

Einzelplan 04

Innenministerium

Inhalt

	Seite
Vorwort	2
Diagramm Nettoausgaben nach Ausgabearten	5
Kap. 04 01 Ministerium	6
Kap. 04 02 Sport	25
Kap. 04 03 Vermessungswesen und Geoinformation	29
Kap. 04 05 Feuerwehrwesen, Katastrophen- und Zivilschutz	37
Kap. 04 07 Ausländer- und Integrationsangelegenheiten	53
Kap. 04 10 Polizei	64
Kap. 04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen	91
Einnahmen und Ausgaben 2013	104
VE-Abschluss 2013	106
Einnahmen MG/TG 2013	107
Ausgaben MG/TG 2013	108
Zusätzliche Kennzahlen zum Kapitel 04 01	111
Zusätzliche Erläuterungen zum Kapitel 04 02	112
Zusätzliche Erläuterungen zum Kapitel 04 03	114
Zusätzliche Kennzahlen zum Kapitel 04 03	124
Zusätzliche Erläuterungen zum Kapitel 04 05	125
Zusätzliche Erläuterungen zum Kapitel 04 07 MG 02	128
Zusätzliche Erläuterungen zum Kapitel 04 07 MG 03	130
Zusätzliche Erläuterungen zum Kapitel 04 07 TG 65	131
Zusätzliche Erläuterungen zum Kapitel 04 10	132
Zusätzliche Kennzahlen (1) zum Kapitel 04 10	136
Zusätzliche Kennzahlen (2) zum Kapitel 04 10	137
Zusätzliche Kennzahlen (3) zum Kapitel 04 10	138
Zusätzliche Kennzahlen (4) zum Kapitel 04 10	139
Zusätzliche Kennzahlen (5) zum Kapitel 04 10	140
Zusätzliche Erläuterungen zum Kapitel 04 16	141
Zusätzliche Kennzahlen (1) zum Kapitel 04 16	145
Zusätzliche Kennzahlen (2) zum Kapitel 04 16	146
Zusätzliche Kennzahlen (3) zum Kapitel 04 16	147
Zusätzliche Kennzahlen (4) zum Kapitel 04 16	148
Statistiken des Epl. 04	149
Inhaltsverzeichnis Stellenpläne und -übersichten	165

Vorwort

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen:

Der Geschäftsbereich des Innenministeriums umfasst neben zentralen Aufgaben der Personalwirtschaft und der allgemeinen Verwaltung vor allem die strategischen Aufgabenbereiche:

1. Unterstützung der politischen Steuerung

Hierzu gehört neben den Querschnittsaufgaben der Allgemeinen Abteilung noch die Bereitstellung der benötigten statistischen Daten und Geodaten, das Vermessungswesen sowie das Personalrecht. Veranschlagt ist dieser Aufgabenbereich im Kapitel Ministerium (0401) sowie im Kapitel Vermessungswesen und Geoinformationen (0403).

2. Verfassungsrecht/Gesetzgebung

Dieser Aufgabenbereich ist im Kapitel Ministerium (0401) veranschlagt.

3. Kommunale Angelegenheiten

Dieser Bereich umfasst im Wesentlichen die Kommunalaufsicht, die im Kapitel Ministerium (0401) veranschlagt ist.

4. Sport

Dieser Aufgabenbereich ist im Kapitel Sport (0402) veranschlagt.

5. Innere Sicherheit

Zum Aufgabenbereich der Inneren Sicherheit zählen die Polizei (0410), der Katastrophen- und Zivilschutz (0405), der Brandschutz (0405), sowie der Verfassungsschutz (0401).

6. Ausländer- und Migrationsangelegenheiten

Veranschlagt im Kapitel Ausländer- und Integrationsangelegenheiten (0407).

7. Aufgaben im Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Veranschlagt im Kapitel Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen (0416).

Das Ministerium gliedert sich wie folgt:

- Stabsstelle Zentrales IT-Management SH
- Allgemeine Abteilung
- Ausländer- und Integrationsangelegenheiten, Stadtentwicklung, Wohnraumförderung, Bauaufsicht und Vermessungswesen
- Kommunalabteilung
- Polizeiabteilung
- Verfassungsschutz

Dem Ministerium sind zugeordnet:

- das Landespolizeiamt (Bildung eines Landespolizeiamtes -GVOBl. Schl.-H. 2004 S. 408-),
- das Landeskriminalamt (Bildung eines Landeskriminalamtes -GVOBl. Schl.-H. 1994 S. 138-),

Dem Ministerium unterstehen folgende Landesbehörden und Einrichtungen:

- das Landesamt für Vermessung und Geoinformation Schleswig-Holstein (GVOBl. Schl.-H. 2010, S. 782),
- die Landesfeuerwehrschule als nicht rechtsfähige Anstalt für die Ausbildung der Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren, die Führungsausbildung im Katastrophenschutz sowie ab 2003 die Ausbildung der Nachwuchskräfte für die Laufbahn des mittleren feuerwehrtechnischen Dienstes nach § 18 Brandschutzgesetz (GVOBl. Schl.-H. 1996 S. 200), zuletzt geändert durch Gesetz vom 01. Februar 2005 (GVOBl. Schl.-H. 2005, S. 57),
- 8 Polizeidirektionen, die Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung und für die Bereitschaftspolizei sowie weitere den Polizeidirektionen nachgeordnete Dienststellen einschließlich 4 Bezirkskriminalinspektionen (Polizeiorganisationsgesetz vom 12. November 2004, GVOBl. Schl.-H. S. 408),
- das Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein als Landesoberbehörde in Neumünster

B. Wesentliche organisatorische Änderungen gegenüber den Vorjahren:

Durch Organisationserlass der Landesregierung wurden folgende Aufgaben an das Innenministerium übertragen:

- von der Staatskanzlei
 - die Aus- und Fortbildung und die Aufsicht über das Ausbildungszentrum für Verwaltung;
- vom Ministerium für Justiz, Europa und Kultur
 - das Aufenthalts-, Asyl- und Freizügigkeitsrecht, die Aufnahme und Integration von Migranten, das Staatsangehörigkeitsrecht, die Geschäftsstelle Härtefallkommission und das Landesamt für Ausländerangelegenheiten;
- vom Finanzministerium
 - das Mitbestimmungs-, Schwerbehinderten- und Statusrecht sowie den Landesbeamtenausschuss;
 - die ressortübergreifenden Informationstechnologien und E-Government, die ressortübergreifende Organisation, die Verwaltungsmodernisierung und Entbürokratisierung, die EU-Dienstleistungsrichtlinie DRL und der Einheitliche Ansprechpartner, sowie die ressortübergreifenden IT-Basisinfrastrukturen.

Folgende Aufgaben wurden an die Staatskanzlei abgegeben:

- Landesplanung und Raumordnung
- Metropolregion

C. Wesentliche veranschlagungstechnische Veränderungen gegenüber den Vorjahren:

Im Rahmen der Neuorganisation wurden

- aus dem Einzelplan 09 die Mittel, Planstellen und Stellen für die Ausländer- und Integrationsangelegenheiten in das Kapitel 0407 übertragen;
- die Mittel, Planstellen und Stellen für Aus- und Fortbildung aus dem Einzelplan 03 in das Kapitel 0401 - TG 62 übertragen;
- die Mittel, Planstellen und Stellen für das Mitbestimmungs-, Schwerbehinderten- und Statusrecht aus dem Einzelplan 05 in das Kapitel 0401 übertragen;
- die Personalkosten für das Zentrale IT-Management SH im Kapitel 0401 TG 70 veranschlagt;
- die Mittel, Planstellen und Stellen für die Landesplanung, Raumordnung und die Metropolregion in den Einzelplan 03 übertragen.

Des Weiteren

- wurde im Kapitel 0401 der Ansatz des Titels 685 10 der MG 07 zum größten Teil im Rahmen der Umsetzung der Ressortdeckung der Statistikkosten verursachungsgerecht in die Einzelpläne der zuständigen Ressorts umgesetzt;
- wurde die 2011 erfolgte Auflösung des Amtes für Katastrophenschutz berücksichtigt:
 - Kapitel 0410 TG 67 (Katastrophenschutz) wurde überwiegend in das Kapitel 0405 TG 63 übertragen.
 - Die Titel 111 67, 119 67 und 231 67 wurden nach Kapitel 0410 TG 68 übertragen.
 - Der Titel 526 67 ist auf den Titel 0401- 526 04 übertragen worden.
 - Aus der TG 68 im Kapitel 0410 (Beseitigung und Vernichtung von Kriegsmunition) sind zwei Planstellen mit Budget für die Aufgabe „Munitionsaltlasten im Meer“ an das MELUR übertragen worden.
- wurden im Kapitel 0416 die Titel für den Investitionspakt als „künftig wegfallend“ gekennzeichnet, da der Bund das Programm nicht auflegen wird.

D. Leerstellen (ohne kostenwirksame Stellen)

Kapitel	01.02.2012
0401	0
0403	0
0405	0
0410	121
Epl. 04	121

Diese Leerstellen sind im Kapitel- und Einzelplanabschluss nicht enthalten.

E. Personalbudget

Personalkostenbudget 2013: 349.472,2 T€

Vollzeitäquivalente im Jahr: 2011: 8.538 Hinweis: Vor Neuorganisation
2012: 8.530

Nachrichtlich:

1.	Versorgungsempfängerinnen/Versorgungsempfänger			
	a)	Anzahl	Stand 01.01.2011:	5.255
			Stand 01.01.2012:	5.250
	b)	Ist	2011 - in T€ - :	135.316,5
		Soll	2012 - in T€ - :	141.691,0
		Soll	2013 - in T€ - :	142.395,2

Hinweis: Das Zahlenwerk zu a) und b) berücksichtigt noch nicht die Änderungen auf Grund der Neuorganisation der Landesregierung.

2.	Vor der regulären Pensionsaltersgrenze vorzeitig in den Ruhestand versetzte Versorgungsempfängerinnen/Versorgungsempfänger			
	a)	Anzahl:	2010: 22	
			2011: 13	
	b)	durchschnittliche Zeitdauer bis zur regulären Pensionsaltersgrenze:	2010: 15 J 8 M	
			2011: 13 J 10 M	
3.	Schwerbehinderte Beschäftigte (Jahresdurchschnitt 2011)			
	Arbeitsplätze nach dem SGB IX			8.677
	Pflichtquote (5 %)			434
	durch Schwerbehinderte besetzte Arbeitsplätze			507

F. Sonstiges

Umfang der Schließung der strategischen Lücke der Polizei durch Umsteuerung von Stelleneinsparungen
(gem. Kabinettsbeschluss zu den Eckwerten des Haushalts 2013 vom 4. September 2012):

Mit Stand 31.12.2012 sind in der Landespolizei zur Schließung der strategischen Lücke 70 Planstellen und Stellen umgesteuert und den Dienststellen zugewiesen worden.

Durch Aufgabenreduzierung, Organisationsentwicklung und Entwicklung eines neuen Stellenverteilungskonzeptes wurden Maßnahmen eingeleitet, die Planstellen identifizieren und in der weiteren Folge in defizitäre Aufgabenbereiche umsteuern sollen; dadurch ist die Schließung der strategischen Lücke im zugestandenen Umfang von bis zu 160 Stellen/Planstellen bis 2015 sichergestellt.

G. Outputorientierte Budgetierung

Im Rahmen der Einführung einer outputorientierten Budgetierung ab 2006 wurden die bisher in den jeweiligen Kapiteln veranschlagten Personalkosten - nicht jedoch die Planstellen und Stellen - mit Durchschnittswerten in die strategischen Aufgabenbereiche umgesetzt.

Die Personalausgaben der im Ministeriumskapitel veranschlagten strategischen Aufgabenbereiche wurden umgesetzt.

Ministerium

(Kapitel 0401)

Sport

(Kapitel 0402)

Geo-Informationen

(Kapitel 0403)

Ausländer- und Migrationsangelegenheiten

(Kapitel 0407)

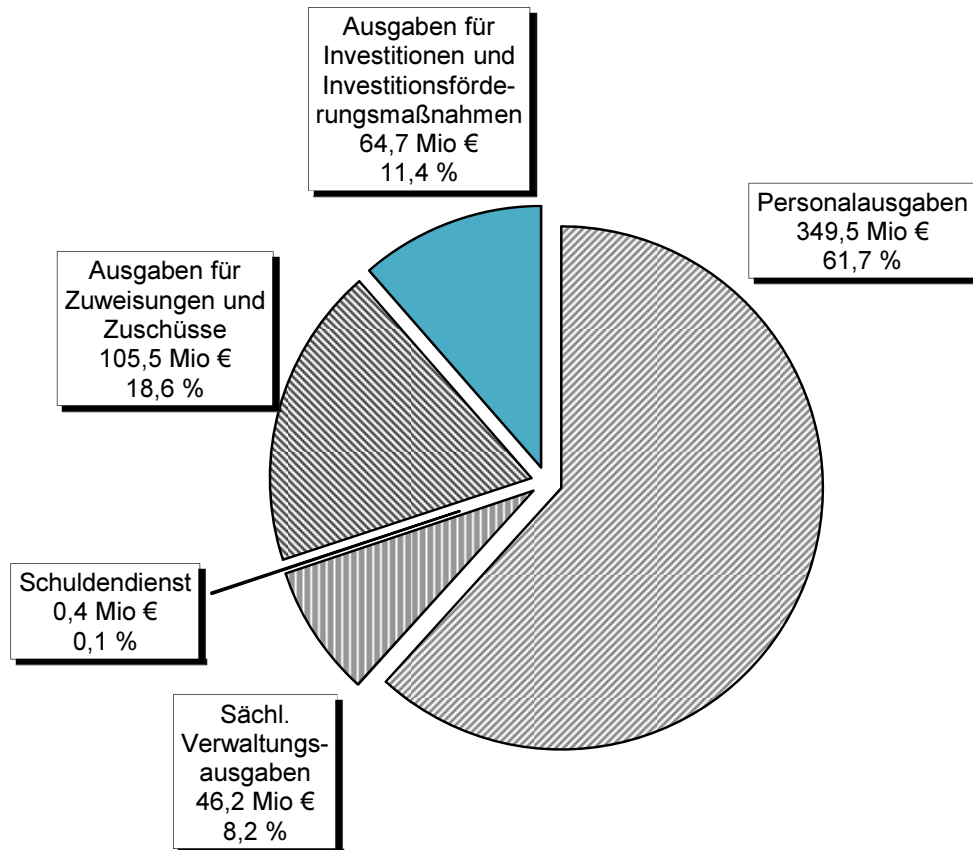
Innere Sicherheit

(Kapitel 0410 „Polizei“, Kapitel 0405 „Brandschutz“ und Titel 0401 - 535 01 „Verfassungsschutz“)

Aufgaben im Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

(Kapitel 0416)

Einzelplan 04 Nettoausgaben nach Ausgabearten 2013



04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

Das Kapitel 04 01 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Einnahmen

- 63 Zentrale Fahrbereitschaft des Innenministeriums
- 69 Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg
- 71 Grenzüberschreitende Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg

Ausgaben

- 06 Raumordnung
- 07 Statistik
- 61 Modernisierung der Verwaltung
- 62 Ausbildung, Umschulung und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- 63 Zentrale Fahrbereitschaft des Innenministeriums
- 66 Ausgleichsabgabe nach SGB IX
- 69 Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg
- 70 Outputorientierte Personalkosten (Zentrales IT-Management SH)
- 71 Grenzüberschreitende Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg
- 72 Ausgaben für Arbeitsmedizin und Arbeitssicherheit, Gesundheitsförderung

Einnahmen

111 01	011	Gebühren und tarifliche Entgelte	150,0	400,0
			107,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

	2013
	EUR
1. Gebühren Beglaubigungen und baurechtliche Erlaubnisse	100.000
2. Gebühren für glücksspielrechtliche Genehmigungen	300.000
Summe	400.000

111 02	011	Erstattung von Prozesskosten	10,0	10,0
			2,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Erstattungen nach dem Zeugen- und Sachverständigen-gesetz (ZSEG) für das gesamte Ressort (einschl. Polizei) wie z. B. Fahrtkosten, Portokosten, Tagegelder bei Gerichtsverfahren usw., die aufgrund von Gerichtsbeschlüssen oder Urteilen von einer Prozesspartei erstattet werden müssen.

112 01	011	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	1,0	1,0
			0,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Einnahmen aus Geldstrafen für gerichtlich oder sonst anerkannte Strafen, Ordnungsstrafen, Disziplinarstrafen, Sühnegelder und Geldbußen einschließlich damit zusammenhängender Prozesskosten usw.

119 01	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen	200,0	220,0
			261,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

	2013
	EUR
1. Abonnenten- und Einzelverkauf für Verkündungsblätter	170.000
2. Kostenerstattung für Veröffentlichungen Dritter (nicht Landesbehörden)	50.000
Summe	220.000

Vgl. Titel 531 03.

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012 Ist 2011	Soll 2013
			T€	
119 02	011	Einnahmen der Verwaltungsbereiche des Ministeriums	2,0 1,6	2,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind die Erlöse aus dem Verkauf unbrauchbarer und entbehrlicher Gegenstände, Rückzahlungen von in Vorjahren geleisteten Ausgaben und Kostenbeiträge für private Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw. sowie sonstige Verwaltungseinnahmen.		
119 03	011	Ablieferungen aus Nebenbeschäftigungen	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
119 06	011	Einnahmen aus dem Verkauf von Broschüren	0,0 0,0	0,0
		Übertragen nach 03 04 - 119 06		
119 99	011	Vermischte Einnahmen	3,0 5,2	3,0
121 02	014	Gewinne aus der Beteiligung des Landes an wirtschaftlichen Unternehmen	0,0 0,0	0,0
131 01	011	Erlöse aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen	0,0 0,0	0,0
132 01	011	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	0,0 0,0	0,0
231 01	011	Erstattungen des Bundes für den "Zensus 2011"	0,0 6.646,7	0,0
		Künftig wegfallend.		
231 02	011	Zuweisungen der Kosten der Bundestagswahl durch den Bund	0,0 0,0	2.500,0
		Erläuterungen: Nach § 50 BWG erstattet der Bund den Ländern zugleich für ihre Gemeinden (Gemeindeverbände) die durch die Wahl veranlassten notwendigen Ausgaben. Vgl. Titel 541 01.		
231 03	011	Zuweisungen der Kosten der Europawahl durch den Bund	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Nach § 25 Abs. 1 EuWG i.V.m. § 50 BWG erstattet der Bund den Ländern zugleich für ihre Gemeinden (Gemeindeverbände) die durch die Wahl veranlassten notwendigen Ausgaben. Vgl. Titel 541 03.		
231 04	249	Zuweisungen des Bundes nach dem Gräbergesetz	1.053,5 1.053,5	1.053,5
		Erläuterungen: Der Bund trägt die Kosten für die in § 10 Abs. 1 des Gesetzes über die Erhaltung der Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft (Gräbergesetz) i.d.F. vom 16. Januar 2012 (BGBl. I S. 98) bezeichneten Maßnahmen für die öffentlich gepflegten Gräber. Vgl. Titel 633 02.		
231 05	249	Zuweisungen des Bundes für die Pflege der verwaisten jüdischen Friedhöfe	13,1 12,6	12,8
		Erläuterungen: Der Bund trägt 50 v.H. der Ausgaben für die Instandsetzung und laufende Pflege der verwaisten jüdischen Friedhöfe. Vgl. Titel 633 03.		
231 06	422	Erstattungen des Bundes für Projekte der Raumordnung	0,0 0,0	0,0
		Übertragen nach 03 04 - 231 06		

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	
271 06	625	Erstattungen der EU für die Durchführung des Projektes CoastPlan im Rahmen von Interreg III C Übertragen nach 03 04 - 271 06	0,0 0,0	0,0
271 07	625	Erstattungen der EU für die Beteiligung an INTERREG-Projekten der Landesplanung Übertragen nach 03 04 - 271 07	0,0 0,0	0,0
281 01	012	Erstattungen von Verwaltungsausgaben in Enteignungsverfahren Erläuterungen: Veranschlagt sind Verwaltungsgebühren und zu erstattende Auslagen, die im Zusammenhang mit Enteignungsverfahren entstehen und von den jeweiligen Antragstellern - ausgenommen das Land Schleswig-Holstein - zu tragen sind.	5,0 5,1	5,0
282 01	011	Einnahmen aus Sponsoring, Spenden und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen Erläuterungen: Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 0401 - 546 02 zu verwenden.	0,0 29,1	0,0
356 05	851	Entnahme aus der Rücklage "Sabbatjahr" Erläuterungen: Vgl. Titel 422 01.	0,0 0,0	0,0
359 01	851	Entnahme aus der Rücklage Personal Erläuterungen: Vgl. Titel 422 01.	0,0 0,0	0,0
359 02	851	Entnahme aus der Rücklage Budget 1 Erläuterungen: Einnahmen stehen für zusätzliche Ausgaben aller Kapitel des Einzelplans der Hauptgruppen 4 und 5 (ohne Obergruppen 41, 42 und 56 bis 59) zur Verfügung.	0,0 0,0	0,0
359 03	851	Entnahme aus der Rücklage des Budgets 2 Erläuterungen: Einnahmen stehen für zusätzliche Ausgaben aller Kapitel des Einzelplans der Hauptgruppen 6 bis 8 und der Obergruppe 98 zur Verfügung.	0,0 0,0	0,0
359 07	851	Entnahme aus der Rücklage "Zensus 2011" Erläuterungen: vgl. MG 07	0,0 0,0	0,0
381 01	891	Anteile der Fachressorts für Statistiken Erläuterungen: Vgl. Titel 685 10 (MG 07).	0,0 404,9	0,0
63 Zentrale Fahrbereitschaft des Innenministeriums				
119 63 (TG 63)	011	Erstattung von Leasingkosten Die Einnahmen sind zweckgebunden bei der TG 63 zu verwenden.	0,0 0,0	0,0
Summe der Titelgruppe 63			0,0 0,0	0,0

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	
		69 Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg		
153 69	692	Zinseinnahmen von Kreisen und Gemeinden	0,0	0,0
(TG 69)			0,0	
		Übertragen nach 03 04 - 153 69		
173 69	692	Darlehensrückflüsse von Kreisen und Gemeinden	0,0	0,0
(TG 69)			0,0	
		Übertragen nach 03 04 - 173 69		
332 69	692	Anteil der Freien und Hansestadt Hamburg an Schuldendiensthilfen, Darlehen und Zuschüssen	0,0	0,0
(TG 69)			0,0	
		Übertragen nach 03 04 - 332 69		
333 69	692	Sonstige Einnahmen	0,0	0,0
(TG 69)			0,0	
		Übertragen nach 03 04 - 333 69		
Summe der Titelgruppe 69			0,0	0,0
			0,0	
		71 Grenzüberschreitende Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg		
153 71	692	Zinseinnahmen von Kreisen und Gemeinden	0,0	0,0
(TG 71)			0,0	
		Übertragen nach 03 04 - 153 71		
173 71	692	Darlehensrückflüsse von Kreisen und Gemeinden	0,0	0,0
(TG 71)			0,0	
		Übertragen nach 03 04 - 173 71		
332 71	692	Anteil der Freien und Hansestadt Hamburg an Zuweisungen für grenzüberschreitende infrastrukturelle Maßnahmen beider Länder	0,0	0,0
(TG 71)			0,0	
		Übertragen nach 03 04 - 332 71		
333 71	692	Sonstige Einnahmen	0,0	0,0
(TG 71)			0,0	
		Übertragen nach 03 04 - 333 71		
Summe der Titelgruppe 71			0,0	0,0
			0,0	
Summe der Einnahmen			1.437,6	4.207,3
			8.530,6	

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

Ausgaben

421 01	011	Bezüge der Ministerin oder des Ministers	145,0	137,5
			145,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

				2013
				EUR
1.		Bezüge		137.500
		Summe		137.500

422 01	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	8.352,4	6.804,4
			8.668,6	

Der Ansatz darf zusätzlich bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei den Titeln 0401 - 356 05 und 0401 - 359 01 überschritten werden.

Über § 10 Abs. 1 HG 2013 hinaus einseitig deckungsfähig zu Gunsten 916 05 und 919 01.

Eingespart wurden 869,0 T€ gemäß Konzept "10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020".

40,0 T€ übertragen von 0402 - 422 01.

187,7 T€ übertragen von 0507 - 422 01.

706,8 T€ übertragen von 0509 - 422 01.

243,5 T€ übertragen von 0301 - 422 01.

931,5 T€ übertragen nach 0301 - 42201.

706,8 T€ übertragen nach 422 70 (TG 70).

422 02	011	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte	0,0	0,0
			0,0	

427 01	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	18,2	18,2
			0,0	

428 01	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	5.283,0	4.530,4
			4.706,0	

739,7 T€ übertragen von 0509 - 428 01.

71,5 T€ übertragen von 0301 - 428 01.

513,3 T€ übertragen nach 0301 - 428 01.

739,7 T€ übertragen nach 428 70 (TG 70).

453 01	011	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	12,2	12,2
			3,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

				2013
				EUR
1.		Trennungsgeld		6.100
2.		Umzugskostenvergütung		6.100
		Summe		12.200

511 01	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	615,3	551,1
			462,1	

1,0 T€ übertragen von 0507 - 511 01.

2,5 T€ übertragen von 0509 - 511 01.

4,0 T€ übertragen nach 0301 - 511 01.

4,6 T€ übertragen von 0901 - 511 01.

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

noch zu 511 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2013 EUR
1.	Büromaterial	114.100
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	55.000
3.	Druck- und Buchbindearbeiten	3.000
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunkgebühren, Datenfernübertragung, Geb. Alarmanlage	324.000
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten	25.000
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	5.000
7.	Unterhaltung von Geräten	20.000
8.	Sonstiges	5.000
Summe		551.100

Zu Position 4:

Veranschlagt sind die Entgelte für Brief- und Frachtdienste für die Staatskanzlei, Ministerien, Landesamt für Denkmalpflege, Landesbibliothek, Landeszentrale für politische Bildung sowie Fernmeldeentgelte für Mobiltelefone.

517 01	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	20,0 37,2	20,0
518 02	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	50,0 49,4	50,0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mieten für Geräte und Kosten für mietvertraglich vereinbarte Wartungen, notwendige Instandsetzungen und Kopierkosten für Fotokopiergeräte.

525 01	011	Ausbildung und Fortbildung	104,6 63,7	104,6
---------------	------------	-----------------------------------	----------------------	--------------

3,0 T€ übertragen von 0507 - 525 01.
3,0 T€ übertragen von 0509 - 525 02.
3,2 T€ übertragen nach 0301 - 525 01.
2,6 T€ übertragen von 0901 - 525 02.

Erläuterungen:

Für fachbezogene und fachübergreifende Fortbildung der Beschäftigten des Innenministeriums mit Ausnahme des Bereichs Polizeivollzugsdienst

526 01	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	40,0 42,3	40,0
---------------	------------	--------------------------------------	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kosten für Rechtsstreitigkeiten für den gesamten Bereich des Innenministeriums (ohne Polizei).

526 02	011	Kosten einer Kontaktstelle zur Bekämpfung der Korruption in Schleswig-Holstein	7,0 4,2	7,0
---------------	------------	---	-------------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die monatliche Aufwandsentschädigung, Reise- und Fortbildungskosten sowie Sachmittelausstattung des Antikorruptionsbeauftragten gemäß Vereinbarung mit dem Land Schleswig-Holstein vom 9. September 2009.

526 03	011	Fachbeiräte und ähnliche Ausschüsse	23,5 22,7	28,0
---------------	------------	--	---------------------	-------------

1,0 T€ übertragen nach 0301 - 526 02.

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Beitrag Schleswig-Holsteins nach dem Königsteiner Schlüssel für einen unabhängigen, länderübergreifenden Fachbeirat Glücksspielsucht und die dazugehörige Geschäftsstelle nach § 10 Abs. 1 Satz 2 Glücksspielstaatsvertrag i.V.m. § 13 Abs. 2 der Verwaltungsvereinbarung Glücksspielstaatsvertrag sowie für die Arbeitsgruppe Evaluation.

526 04	011	Sitzungsgeld und sonstige Ausgaben in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	61,6 41,3	53,6
---------------	------------	--	---------------------	-------------

0,5 T€ übertragen von 0410 - 526 67 (TG 67).

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

noch zu 526 04

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2013 EUR
1.	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	38.900
2.	Dolmetscherkosten	1.500
3.	Sonstige Ausgaben	13.200
Summe		53.600

526 05	011	Ärztliche Untersuchungen	2,5 2,2	2,5
--------	-----	---------------------------------	------------	-----

526 06	011	Kosten der Einigungsstelle	0,5 0,0	0,5
--------	-----	-----------------------------------	------------	-----

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Gewährung einer Pauschalentschädigung an Mitglieder der Einigungsstelle gem. § 53 des Mitbestimmungsgesetzes Schleswig-Holstein vom 11. Dezember 1990 (GVObI. Schl.-H. S. 577), zuletzt geändert durch Gesetz vom v. 04. Februar 2011 (GVObI. Schl.-H. S. 34, 41, ber. S. 48)

526 99	011	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.	23,4 0,0	86,0
--------	-----	---	-------------	------

10,0 T€ übertragen nach 0301 - 526 99

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für ein Gutachten zur Ausgestaltung des Kommunalen Finanzausgleichs und weitere kleinere Gutachten

527 01	011	Dienstreisen	69,1 41,0	69,1
--------	-----	---------------------	--------------	------

0,9 T€ übertragen von 0507 - 527 01.
3,4 T€ übertragen nach 0301 - 527 01.
7,0 T€ übertragen von 0901 - 527 01.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2013 EUR
1.	Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen	64.100
2.	Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen	5.000
Summe		69.100

529 02	011	Zur Verfügung der Ministerin oder des Ministers für Kooperationsmaßnahmen im Ostseeraum, insbesondere mit osteuropäischen Ländern	20,0 3,0	10,0
--------	-----	--	-------------	------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kosten für die Intensivierung der Zusammenarbeit mit osteuropäischen Ländern im Ostseeraum, insbesondere Beratung, Ausbildung und Fortbildung von Praktikantinnen und Praktikanten.

529 10	011	Zur Verfügung des Ministeriums für Repräsentationsaufgaben	7,6 3,3	7,6
--------	-----	---	------------	-----

Erläuterungen:

Die Mittel sind nach den "10 Hinweisen zum Umgang mit Verfügungsmitteln" zu verwenden. Die Verfügungsmittel sind für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen vorgesehen. Die Aufwendungen müssen in einer adäquaten Relation zum jeweiligen Anlass stehen. Die Bewirtungskosten und die Ausgaben für Geschenke sollen einen allgemein üblichen Rahmen nicht überschreiten und dem Grundsatz der Sparsamkeit in besonders strengem Maße entsprechen. Die Ausgaben sind unter Angabe über den die Aufwendungen verursachenden Anlass sowie über Funktion und Anzahl der Begünstigten einzeln zu belegen.

531 02	013	Öffentlichkeitsarbeit	2,0 0,1	0,5
--------	-----	------------------------------	------------	-----

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

noch zu 531 02

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit des Innenministeriums für Broschüren usw. und Informationsveranstaltungen incl. aller Nebenkosten.

Im Einzelplan sind außerdem folgende Maßnahmen für Öffentlichkeitsarbeit und Fachinformationen veranschlagt:

		2013 EUR
1.	Öffentlichkeitsarbeit	
	Titel 0410 - 531 02	5.000
	Titel 0416 - 531 02	25.000
	<i>Summe zu 1.</i>	<u>30.000</u>
2.	Fachinformationen	
		0
	<i>Summe zu 2.</i>	<u>0</u>
Zusammen		<u>30.000</u>

531 03	011	Herausgabe der Verkündungsblätter und anderer Veröffentlichungen	175,0	150,0
			124,0	

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 01 geleistet werden.

533 01	012	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	100,0	110,0
			90,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für den Einsatz eines privaten Dienstleistungsunternehmens in der Pförtnerlei/Telefonzentrale des Innenministeriums.

533 02	681	Kostenerstattung im Rahmen der Marktüberwachung von Bauprodukten	200,0	200,0
			200,0	

Erläuterungen:

Gemäß europäischer Verordnung Nr. 765/2008/EG ist das Land Schleswig-Holstein zur Marktüberwachung von harmonisierten Bauprodukten verpflichtet. Diese Aufgabe wird gegen Kostenerstattung durch die GMSH wahrgenommen.

533 08	011	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen für Personalauswahlverfahren	0,0	0,0
			0,0	

534 01	011	Umzug und Verlegung von Dienststellen	0,0	0,0
			0,0	

534 02	011	Orden und Ehrenzeichen	3,0	3,0
			2,4	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die Verleihung der Freiherr-vom-Stein-Verdienstnadel

534 03	012	Gesundheitsförderung	0,0	0,0
			0,0	

Übertragen nach 04 01 - 534 72

534 04	011	Veranstaltungen mit Gesellschaften, kommunalen Spitzenverbänden usw.	2,5	2,5
			1,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für den Erfahrungsaustausch mit Gesellschaften und Verbänden. Die Mittel sind analog den "10 Hinweisen zum Umgang mit Verfügungsmitteln" zu verwenden. Die Ausgaben sind einzeln zu belegen.

535 01	047	Ausgaben für Zwecke des Verfassungsschutzes	945,1	925,4
			716,9	

Die Haushalts- und Wirtschaftsführung des Verfassungsschutzes wird durch die Präsidentin oder den Präsidenten des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein geprüft.

§ 10 Abs. 1 Haushaltsgesetz findet nur mit Zustimmung des Finanzministeriums Anwendung.

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

noch zu 535 01

Erläuterungen:

Strategischer Aufgabenbereich: Innere Sicherheit.
Vgl. Vorwort Buchstabe G.

Das Gesetz über den Verfassungsschutz im Lande Schleswig-Holstein vom 23. März 1991 (GVOBl. Schl.-H. S. 203), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Januar 2012 (GVOBl. Schl.-H. S. 78), besagt, dass die Aufgaben des Verfassungsschutzes ausschließlich von der Verfassungsschutzbehörde wahrgenommen werden. Verfassungsschutzbehörde ist das Innenministerium. Hier sind alle Ausgaben veranschlagt, die bei der Wahrnehmung dieser Aufgaben entstehen.

536 02	012	Beiträge an deutsche Vereine und Gesellschaften	2,2	2,2
			2,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Beiträge an den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V., Landesverband Schleswig-Holstein, Kiel und Transparency International Deutschland e.V..

541 01	011	Durchführung der Bundestagswahl	0,0	2.500,0
			0,0	

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei 231 02 geleistet werden.

541 02	011	Durchführung der Landtagswahl	54,0	0,0
			1,9	

541 03	011	Durchführung der Europawahl	0,0	0,0
			0,0	

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei 231 03 geleistet werden.

541 04	011	Durchführung der Kommunalwahl	0,0	25,0
			0,0	

541 05	011	Durchführung des Volksabstimmungsgesetzes	0,0	0,0
			0,0	

546 01	011	Kosten einer Ländertagung und sonstiger länderübergreifender Veranstaltungen	4,5	4,5
			2,7	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kosten für die Durchführung von Sitzungen des AK III und des AK VI. Aus dem Ansatz dürfen auch Bewirtungskosten beglichen werden. Die Bewirtungskosten sollen einen allgemein üblichen Rahmen nicht überschreiten und dem Grundsatz der Sparsamkeit in besonders strengem Maße entsprechen.

546 02	011	Ausgaben für Vorhaben aus Sponsoring, Spenden und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen	0,0	0,0
			24,7	

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei 282 01 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

546 99	011	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeiträge	18,0	18,0
			10,1	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2013
		EUR
1.	Unfallrenten, sonstige Renten und Entschädigungen an Dritte aufgrund rechtlicher Verpflichtungen	1.000
2.	Nachrufe, Kranzspenden	3.200
3.	Auslagen des Personalrats	300
4.	Veröffentlichungen in Tageszeitungen	13.500
Summe		18.000

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen anstelle einer Kranzspende auch Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

613 01	821	Zuweisungen zur Förderung von freiwilligen gemeindlichen Gebietsänderungen	200,0	290,0
			0,0	

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

noch zu 613 01

Erläuterungen:

Aus Mitteln dieses Ansatzes werden Zuweisungen gemäß § 32 Finanzausgleichsgesetz für freiwillige gemeindliche Gebietsänderungen wie Eingemeindung, Vereinigung und Auflösung gewährt.

632 01	011	Kostenanteil an den Geschäftsstellen der Arbeitsgemeinschaft der Innenministerien der Länder und der Innenministerkonferenz	5,4	5,4
			4,6	
632 05	419	Beitrag für den Normenausschuss Bauwesen im Deutschen Institut für Normung e.V., Berlin	32,0	33,0
			29,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Anteil des Landes am Deutschen Institut für Normung e.V. (DIN) gem. Vertrag zwischen dem Land Schleswig-Holstein und dem DIN vom 29. Mai 1997 nach dem Königsteiner Schlüssel:

	2013 EUR
1. Normenausschuss Bauwesen im DIN	30.000
2. Europäische Normungsarbeit, Fachbereich Vermessungswesen	3.000
Summe	33.000

632 06	419	Beitrag für die Arbeitsgemeinschaft der für das Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen zuständigen Ministerinnen/Minister der Länder - ARGEBAU-	9,0	9,0
			8,7	

Erläuterungen:

Nach der Verwaltungsvereinbarung über die Tätigkeit und Finanzierung der Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft der für das Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen zuständigen Ministerinnen/Minister der Länder (ARGEBAU) vom 1. Juli 1991 werden die Personal- und Sachausgaben für die Geschäftsstelle der ARGEBAU von den Ländern gemeinsam getragen. Die auf die Länder entfallenden Anteile werden nach dem Verhältnis ihrer Bevölkerungszahlen errechnet.

633 02	249	Zuweisungen an Kreise und Gemeinden nach dem Gräbergesetz	1.053,5	1.053,5
			1.070,7	

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei 231 04 geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten gem. § 1 der Verordnung über die Pauschale für Anlegung, Instandsetzung und Pflege der Gräber, Verlegung und Identifizierung im Sinne des Gräbergesetzes vom 17. Dezember 2004 und 2005 vom 27. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3755) gem. Anerkennung der Ruherechtsentschädigung für neun Friedhöfe.

633 03	249	Zuweisungen an Kreise und Gemeinden für die Pflege verwaister jüdischer Friedhöfe	26,2	25,5
			25,4	

Erläuterungen:

Bund und Land tragen nach einem Abkommen die Kosten für die Instandhaltung und Pflege der verwaisten jüdischen Friedhöfe in Schleswig-Holstein je zur Hälfte.
Vgl. Titel 231 05.

681 02	019	Ersatzleistungen für Schäden aus Staatshaftung	2,5	2,5
			0,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Zahlungen für Schäden aus Staatshaftung nach dem Gesetz über die Errichtung allgemeiner unterer Landesbehörden in Schleswig-Holstein in der Fassung vom 3. April 1996 (GVOBl. Schl.-H. S. 406), zuletzt geändert durch Gesetz vom 1. Februar 2005 (GVOBl. Schl.-H. S. 57), sowie Zahlungen für sonstige Schäden aus Staatshaftung. Der Ansatz ist geschätzt.

685 01	249	Pflege der Kriegsgräber aus den Jahren 1848 bis 1851 und 1864	3,0	3,0
			3,0	

Erläuterungen:

Die Pflege der Kriegsgräber aus den Jahren 1848 bis 1851 und 1864 wird vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V., Landesverband Schleswig-Holstein wahrgenommen. Die dabei entstehenden Kosten werden jährlich abgerechnet.

685 05	681	Anteil an den Kosten des Deutschen Instituts für Bautechnik, Berlin	195,0	185,0
			176,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Kostenanteil des Landes am Deutschen Instituts für Bautechnik (DIBt), Berlin, gemäß Gesetz über das DIBt-Änderungsabkommen vom 6. Juni 2007 (GVOBl. Schl.-H. S. 287) nach dem Königsteiner Schlüssel.

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	
685 06	681	Anteil an den Kosten des Forschungsprogramms bei dem Deutschen Institut für Bautechnik, Berlin	37,0 0,0	38,0
		Erläuterungen: Veranschlagt ist der Kostenanteil des Landes gemäß Beschluss der Ministerkonferenz der ARGEBAU vom 22. Februar 1973 zur Finanzierung von bautechnischen Untersuchungen auf dem Gebiet der Bauaufsicht über das Deutsche Institut für Bautechnik Berlin nach dem Königsteiner Schlüssel.		
812 01	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	22,0 656,7	22,0
916 05	851	Zuführung an die Rücklage "Sabbatjahr"	0,0 56,7	0,0
		Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen beim Titel 422 01 geleistet werden.		
919 01	851	Zuführung an die Rücklage "Personal"	0,0 0,0	0,0
		Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei den Titeln der OG 42 geleistet werden.		
919 02	851	Zuführung an die Rücklage "Budget 1"	0,0 0,0	0,0
		Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen der Hauptgruppen 4 und 5 (ohne Obergruppen 41, 42 und 56 bis 59) aller Kapitel des Einzelplans geleistet werden.		
919 03	011	Zuführung an die Rücklage "Budget 2"	0,0 0,0	0,0
		Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen der Hauptgruppen 6 bis 8 und der Obergruppe 98 aller Kapitel geleistet werden.		
972 02	881	Globale Minderausgaben	0,0 0,0	0,0
		Die Globalen Minderausgaben können grds. auch durch nicht zweckgebundene Mehreinnahmen gedeckt werden.		
06 Raumordnung				
531 06 (MG 06)	422	Grundlagen der Landesentwicklung	0,0 0,0	0,0
		Übertragen nach 03 04 - 531 06		
535 06 (MG 06)	422	Regionalentwicklung	0,0 0,0	0,0
		Übertragen nach 03 04 - 535 06		
632 02 (MG 06)	422	Raumordnungskonferenzen	0,0 0,0	0,0
		Übertragen nach 03 04 - 632 02		
633 06 (MG 06)	692	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,0 0,0	0,0
		Übertragen nach 03 04 - 633 06		
682 01 (MG 06)	422	Zuweisung an öffentliche Unternehmen	0,0 0,0	0,0
		Übertragen nach 03 04 - 682 01		
685 07 (MG 06)	692	Zuschüsse aus den Mitteln des Zukunftsprogramms Wirtschaft	0,0 0,0	0,0
		Übertragen nach 03 04 - 685 07		

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	
Summe der Maßnahmegruppe 06			0,0	0,0
			0,0	
07 Statistik				
Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe Mehreinnahmen bei 231 01 und der Einnahmen bei 359 07 und 381 01 geleistet werden. Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.				
Erläuterungen:				
Strategischer Aufgabenbereich: Geo-Informationen und Statistik.				
Vgl. Vorwort Buchstabe G.				
Veranschlagt ist der anteilige Zuschuss des Trägerlandes Schleswig-Holstein für das Statistische Amt Hamburg und Schleswig-Holstein gem. Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein über die Errichtung eines gemeinsamen Statischen Amtes als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts vom 27. August 2003.				
633 07	014	Erstattung von Ausgaben der Gemeinden für die Durchführung des Zensus 2011	0,0	0,0
(MG 07)			6.299,4	
Erläuterungen:				
Leertitel zur Abwicklung des "Zensus 2011"				
685 09	014	Zuschuss an Hamburg für Personal- und Verwaltungsausgaben des Statistischen Amtes Hamburg / Schleswig-Holstein	0,0	0,0
(MG 07)			0,0	
Übertragen nach 04 01 - 685 10				
685 10	014	Zuschuss an Hamburg für Statistiken der Fachressorts	14.789,7	5.945,9
(MG 07)			19.820,0	
776,1 T€ übertragen nach 0501 - 685 04				
760,5 T€ übertragen nach 0701 - 685 18				
374,7 T€ übertragen nach 0901 - 685 04				
2.507,5 T€ übertragen nach 1301 - 685 04				
709,4 T€ übertragen nach 1001 - 685 04				
4.664,0 T€ übertragen nach 0601 - 685 04				
Erläuterungen:				
Zur Erhöhung der Transparenz der veranschlagten Kosten ist eine Übersicht der derzeitigen Statistiken im Anhang zum Einzelplan hinterlegt. Das IM weist darin alle Statistiken mit den Ist-Kosten der Vorjahre (Zeitreihe) aus. In den Einzelplänen der anderen Ressorts werden nur die Statistiken des jeweiligen Ressorts hinterlegt.				
894 01	014	Zuschuss an Hamburg für Investitionen des Statistischen Amtes Hamburg / Schleswig-Holstein	0,0	0,0
(MG 07)			0,0	
Übertragen nach 04 01 - 685 10				
919 07	851	Zuführung an die Rücklage "Zensus 2011"	0,0	0,0
(MG 07)			1.962,0	
Summe der Maßnahmegruppe 07			14.789,7	5.945,9
			28.081,4	
61 Modernisierung der Verwaltung				
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind Ausgaben zur Durchführung und Umsetzung von Modernisierungsprojekten der Landesregierung im Geschäftsbereich des Innenministeriums (ohne Polizei).				
511 61	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0,0	0,0
(TG 61)			0,0	
525 61	011	Aus- und Fortbildung	25,3	25,3
(TG 61)			7,2	

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

noch zu 525 61

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2013
		EUR
1.	Revisionslehrgänge	10.000
2.	Ergänzungslehrgänge dMB (Berichtswesen usw.)	7.500
3.	KLR-Seminare	7.800
Summe		25.300

534 61	011	Kosten der Verwaltungsreform und der Modernisierung	2,0	2,0
(TG 61)			0,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben der Durchführung von Sitzungen incl. Nebenkosten der unterschiedlichen Projektarbeitsgruppen und sonstigen Pilotvorhaben zur Verwaltungsreform und -modernisierung im Innenministerium.

Summe der Titelgruppe 61			27,3	27,3
			8,0	

62 Ausbildung, Umschulung und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten der Ausbildung und Umschulung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern inklusive der damit im Zusammenhang stehenden Fortbildungen.

422 62	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	1.066,1	1.313,0
(TG 62)			0,0	

Übertragen von 0301 - 422 63.

246,9 T€ übertragen von 428 62 (TG 62)

Erläuterungen:

Veranschlagt sind outputorientierte Personalkosten.

428 62	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	246,9	0,0
(TG 62)			0,0	

Übertragen von 0301 - 428 63.

246,9 T€ übertragen nach 422 62 (TG 62)

Erläuterungen:

Veranschlagt sind outputorientierte Personalkosten.

453 62	012	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	0,0	0,0
(TG 62)			0,0	

Übertragen von 0301 - 453 63.

Erläuterungen:

Vorsorglicher Leertitel.

525 62	012	Aus- und Fortbildung	461,8	451,7
(TG 62)			465,0	

Erstattungen Dritter für Assessment Center können von den Ausgaben abgesetzt werden.

Übertragen von 0301 - 525 63.

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

noch zu 525 62

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2013 EUR
1.	Einstellung:	
1.1	Auswahlverfahren	63.600
1.2	Werbung, Messen	16.600
2.	Kosten für die Ausbildung:	
2.1	Regierungsinspektoranwärter/innen	122.900
2.2	Regierungssekretäranwärter/innen	122.000
2.3	Gebühren zusätzliche Lehrkraft für FHVD	10.000
2.4	Rechtsreferendarinnen und -referendare	74.000
2.5	Reisekosten	6.000
2.6	Jugend- und Ausbildungsvertretung	3.600
3.	Ressortübergreifende Fortbildung (ohne PE)	33.000
Summe		451.700

526 62	011	Ärztliche Untersuchungen	4,0	5,6
(TG 62)			4,2	

Übertragen von 0301 - 525 63.

671 62	012	Anteilige Erstattung für die Mitbenutzung der Kantine von Dataport durch die Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung	25,0	25,0
(TG 62)			28,0	

Übertragen von 0301 - 671 63.

Erläuterungen:

Veranschlagt ist die jährliche Kostenpauschale des Landes Schleswig-Holstein über die Beteiligung an den Sachkosten für den Betrieb der Küche/Cafeteria Dataport - Standort Altenholz - gemäß vertraglicher Vereinbarung zwischen Dataport und dem Land Schleswig-Holstein vom 08. März 2005/29. März 2005.

685 62	133	Kostenanteil des Landes für das Ausbildungszentrum für Verwaltung	555,0	555,0
(TG 62)			535,3	

Übertragen von 0301 - 685 62.

Erläuterungen:

		2013 EUR
1.	für die Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung	530.000
2.	für die Verwaltungsakademie	25.000
Summe		555.000

Anteil des Landes für das Ausbildungszentrum für Verwaltung nach § 6 Abs. 2 des Ausbildungszentrumsgesetzes vom 9. Juli 2003 (GVOBl. Schl.-H., S. 320), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. Februar 2007 (GVOBl. Schl.-H., S. 184).

Summe der Titelgruppe 62	2.358,8	2.350,3
	1.032,5	

63 Zentrale Fahrbereitschaft des Innenministeriums

Die tatsächlichen Einnahmen des Titels 119 63 (TG 63) dürfen zweckgebunden für Ausgaben innerhalb der TG 63 verwendet werden.

422 63	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	0,0	0,0
(TG 63)			0,0	

Erläuterungen:

Veranschlagte Personalkosten im Hinblick auf die outputorientierte Budgetierung.
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

428 63 011 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer 2.546,8 2.496,8
 (TG 63) 2.132,1

511 63 011 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- 12,0 12,0
 (TG 63) und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände 10,7

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2013
		EUR
1.	Büromaterial	3.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	1.000
3.	Druck- und Buchbindearbeiten	0
4.	Fernmeldegebühren	4.000
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten	1.000
6.	Ergänzungsbeschaffungen von Geräten	0
7.	Unterhaltung von Geräten	3.000
8.	Sonstiges	0
Summe		12.000

514 63 011 Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen und dgl. 498,0 400,0
 (TG 63) 337,7

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2013
		EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	100.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung	8.000
3.	Verbrauchsmittel	277.000
4.	Kraftfahrzeugsteuer	15.000
Summe		400.000

Der Ministerpräsident bzw. die Ministerpräsidentin, die Landesministerinnen und Landesminister, die Staatssekretärinnen und Staatssekretäre, die Regierungssprecherin bzw. der Regierungssprecher können über Dienstwagen nach Maßgabe der Richtlinie der Landesregierung für die persönliche Benutzung von Dienstkraftwagen im Lande Schleswig - Holstein vom 10. März 1994 verfügen.

Bei der Dienst- und Schutzkleidung ist die Ersatzbeschaffung für 1 Kfz.- Meisterin oder Kfz.- Meister, 33 Kraftfahrerinnen und Kraftfahrer, 1 Buchbinderin oder Buchbinder, 1 Vervielfältigerin oder Vervielfältigers sowie die Reinigung der Schutzkleidung berücksichtigt.

Bestand an	Soll 2012	Soll 2013	Bestand am 01.02.2012
Sicherheitsfahrzeugen	1	1	1
PKW mit Fahrer/-innen	32	32	32
Selbstfahrerfahrzeugen	44	47	47
Zusammen	77	80	80

518 63 011 Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume, Leasingkosten für Dienstkraftfahrzeuge 216,0 216,0
 (TG 63) 198,2

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2013
		EUR
1.	Garagenmieten für Dienstkraftfahrzeuge	11.000
2.	Leasingkosten für 67 Dienstkraftfahrzeuge incl. Chefwagen	205.000
Summe		216.000

525 63 011 Aus- und Fortbildung 10,0 10,0
 (TG 63) 3,4

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

noch zu 525 63

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Fortbildungskosten für die Kraftfahrerinnen und Kraftfahrer für das Sicherheitstraining mit Fahrzeugen und Fortbildung für das Verwaltungspersonal

527 63	011	Dienstreisen	48,0	48,0
(TG 63)			41,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2013
			EUR
1.	Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen		46.000
2.	Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen		2.000
Summe			48.000

811 63	011	Erwerb von Dienstfahrzeugen	0,0	0,0
(TG 63)			35,0	

Summe der Titelgruppe 63

3.330,8

3.182,8

2.759,0

66 Ausgleichsabgabe nach SGB IX

Erläuterungen:

In der TG 66 werden die im Zusammenhang mit der Beschäftigung Schwerbehinderter anfallenden Ausgaben des Innenministeriums zentral zusammengefasst.

422 66	291	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	0,0	0,0
(TG 66)			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

428 66	291	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	59,2	59,2
(TG 66)			44,8	

632 66	291	Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch - Neuntes Buch - (SGB IX)	20,0	20,0
(TG 66)			0,0	

Erläuterungen:

Nach § 77 Sozialgesetzbuch, Neuntes Buch (SGB IX) Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1046), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3057), sind Arbeitgeber verpflichtet, für jeden unbesetzten Pflichtarbeitsplatz für schwerbehinderte Menschen, abhängig von der jahresdurchschnittlichen Beschäftigungsquote, eine Ausgleichsabgabe in einer Höhe von 115 Euro bis zu 290 Euro monatlich zu zahlen. Die Abrechnung erfolgt für das vorangegangene Kalenderjahr.

Die Beschäftigungsquote für das Land Schleswig-Holstein lag im Jahr 2011 bei 5,93 v.H., sodass eine Ausgleichsabgabe folglich nicht zu zahlen war. Folgende Daten wurden für das Kalenderjahr 2011 zu Grunde gelegt:

Pflichtplätze: 2.843, davon besetzt durch schwerbehinderte Menschen: 3.371, unbesetzte Pflichtplätze: keine.

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

noch zu 632 66

	Arbeitsplätze nach § 73 Abs. 1- 3 SGB IX	5 v.H. Pflicht- quote	Durch Schwer- behinderte besetzte Arbeits- plätze
Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages	132	7	12
Landesrechnungshof	86	4	12
Ministerpräsident Staatskanzlei	192	10	25
Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration	5.078	254	363
Ministerium für Bildung und Kultur	27.540	1.377	1.318
Innenministerium	8.677	434	507
Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume	1.962	98	193
Finanzministerium	4.930	247	445
Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr	7.556	378	410
Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit	673	34	86
Zusammen	56.826	2.843	3.371

Summe der Titelgruppe 66	79,2	79,2
	44,8	

69 Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg

883 69 (TG 69)	692	Zuweisungen an Kreise und Gemeinden	0,0	0,0
--------------------------	-----	--	------------	------------

Übertragen nach 03 04 - 883 69

887 69 (TG 69)	692	Zuweisungen an Zweckverbände	0,0	0,0
--------------------------	-----	-------------------------------------	------------	------------

Übertragen nach 03 04 - 887 69

Summe der Titelgruppe 69	0,0	0,0
	0,0	

70 Outputorientierte Personalkosten (Zentrales IT-Management SH)

422 70 (TG 70)	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	0,0	706,8
--------------------------	-----	--	------------	--------------

706,8 T€ übertragen von 422 01.

428 70 (TG 70)	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0,0	739,7
--------------------------	-----	--	------------	--------------

739,7 T€ übertragen von 428 01.

Summe der Titelgruppe 70	0,0	1.446,5
	0,0	

71 Grenzüberschreitende Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg

883 71 (TG 71)	692	Zuweisungen an Kreise und Gemeinden für grenzüberschreitende infrastrukturelle Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg	0,0	0,0
--------------------------	-----	---	------------	------------

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	
noch zu 883 71				
Übertragen nach 03 04 - 883 71				
887 71	692	Zuweisungen an Zweckverbände	0,0	0,0
(TG 71)			0,0	
Übertragen nach 03 04 - 887 71				
Summe der Titelgruppe 71			0,0	0,0
			0,0	
72		Ausgaben für Arbeitsmedizin und Arbeitssicherheit, Gesundheitsförderung		
Erläuterungen:				
Umsetzung der Unfallverhütungsvorschrift "Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit" der Unfallkasse Schleswig-Holstein für den Geschäftsbereich des Innenministeriums. Die Unfallverhütungsvorschrift wurde aufgrund des Gesetzes über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit (Arbeitssicherheitsgesetz - ArbSichG /ASiG) vom 12. Dezember 1973 (BGBl. I S.1885), zuletzt geändert durch Artikel 226 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407), erlassen.				
427 72	012	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	0,0	0,0
(TG 72)			0,0	
Erläuterungen:				
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.				
511 72	012	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	30,0	30,0
(TG 72)			30,0	
518 72	012	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	1,0	1,0
(TG 72)			1,0	
525 72	012	Aus- und Fortbildung	10,0	10,0
(TG 72)			4,1	
527 72	012	Dienstreisen	5,0	5,0
(TG 72)			5,0	
533 72	012	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen für Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit	240,0	85,0
(TG 72)			138,5	
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind die Maßnahmen zur Umsetzung der Unfallverhütungsvorschrift "Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit" der Unfallkasse Schleswig-Holstein für den Geschäftsbereich des Innenministeriums sowie allgemeine Ausgaben für die arbeitsmedizinische und sicherheitstechnische Betreuung.				
534 72	314	Gesundheitsförderung	0,0	140,0
(TG 72)			104,2	
546 72	012	Sonstige Ausgaben für Arbeitsmedizin und Arbeitssicherheit	5,0	5,0
(TG 72)			7,9	
812 72	012	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0,0	15,0
(TG 72)			0,0	
Summe der Titelgruppe 72			291,0	291,0
			290,7	
Summe der Ausgaben			38.824,6	31.463,7
			49.721,5	

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	366,0 378,7	636,0
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	1.071,6 7.747,0	3.571,3
31 - 34		Schuldenaufnahme, Zuwendungen für Investitionen	0,0 0,0	0,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 404,9	0,0
Gesamteinnahmen			1.437,6 8.530,6	4.207,3
41 - 49		Personalausgaben	17.729,8 15.701,3	16.818,2
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	4.119,5 3.308,8	6.417,7
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	16.953,3 28.001,0	8.190,8
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	22,0 691,7	37,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 2.018,7	0,0
Gesamtausgaben			38.824,6 49.721,5	31.463,7
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-37.387,0 -41.190,9	-27.256,4

04 02 Sport

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

Das Kapitel 04 02 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Ausgaben

03 Finanzierung/Förderung des Baus von Sportstätten für den Hochleistungssport aus Bundeszuweisungen

Einnahmen

119 02	322	Rückzahlungen aus der Förderung des außerschulischen Sports	0,0	0,0
			11,9	

Erläuterungen:

Vorgesehen für Einnahmen aus der Aufhebung von Zuwendungsbescheiden, Überzahlungen oder Abrechnungen von geförderten Maßnahmen.

Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 0402 - 686 02 zu verwenden.

331 01	322	Zuweisungen von Bundesmitteln zur Finanzierung/Förderung des Baus von Sportstätten für den Hochleistungssport	60,0	60,0
			67,2	

Erläuterungen:

Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 0402 - MG 03 zu verwenden.

381 01	891	Einnahmen aus dem Zweckertrag nach dem Gesetz zur Neuordnung des Glücksspiels (Glücksspielgesetz)	6.174,0	6.174,0
			6.174,0	

Erläuterungen:

Nach § 34 Abs. 1 GlSpielG SH vom 20. Oktober 2011 (GVObI. Schl.-H. S. 280) hat "NordwestLotto Schleswig-Holstein" Zweckabgaben an das Land abzuführen.

Nach Abzug der sich aus § 34 Abs. 2 GlSpielG SH ergebenden Verpflichtungen sind gem. § 34 Abs. 3 GlSpielG SH vom verbleibenden Betrag 8 %, mindestens 6,3 Mio. €, zur Förderung des Sports zu verwenden.

Gem. § 34 Abs. 6 GlSpielG SH sind durch das für Sport zuständige Ministerium 90 % dem Landessportverband Schleswig-Holstein e.V. zur Förderung des Sports zuzuwenden (siehe Titel 684 02). Für die allgemeine Förderung des außerschulischen Sports (zuständig ist das Innenministerium, siehe Titel 686 02) stehen 8 % und für die Förderung des außerunterrichtlichen Schulsports (zuständig ist das Ministerium für Bildung und Frauen) 2 % zur Verfügung.

Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei den Titeln 684 02 und 686 02 zu verwenden.

Summe der Einnahmen			6.234,0	6.234,0
			6.253,1	

04 02 Sport

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

Ausgaben

422 01	322	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	106,9	66,9
			58,3	
		40,0 T€ übertragen nach 0401 422 01.		
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind outputorientierte Personalkosten.		
		Vgl. Vorwort Buchstabe G.		
428 01	322	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0,0	0,0
			0,0	
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind outputorientierte Personalkosten.		
		Vgl. Vorwort Buchstabe G.		
		Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
546 01	322	Kosten der Sportministerkonferenz	0,0	0,0
			0,0	
		Weggefallen		
684 02	322	Institutionelle Förderung des Landessportverbandes und seiner Einrichtungen	5.670,0	5.670,0
			5.670,0	
		Mehrausgaben dürfen bis zu 91,84 v.H. der Mehreinnahmen bei Titel 0402 - 381 01 geleistet werden.		
		Übertragbar einschließlich der nicht verbrauchten Einnahmen.		
		Erläuterungen:		
		Siehe Titel 381 01.		
686 02	322	Förderung des außerschulischen Sports	504,0	504,0
			514,1	
		Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 0402 - 119 02 geleistet werden.		
		Übertragbar einschließlich der nicht verbrauchten Einnahmen.		
		Darüber hinaus dürfen Mehrausgaben in Höhe von 8,16 v.H. der tatsächlichen Mehreinnahmen bei Titel 0402 - 381 01 geleistet werden.		
		Erläuterungen:		
		Das Innenministerium hat die Richtlinie über die Förderung des Sports in Schleswig-Holstein (Sportförderrichtlinie) vom 1. Februar 2012 (Amtsbl. Schl.-H. S. 160) erlassen.		
03 Finanzierung/Förderung des Baus von Sportstätten für den Hochleistungssport aus Bundeszuweisungen				
		Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.		
		Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 0402 - 331 01 geleistet werden.		
		Übertragbar einschließlich der nicht verbrauchten Einnahmen.		
		Erläuterungen:		
		Der Bund fördert nach den "Förderrichtlinien Stützpunktsystem" (FRS) vom 10. Oktober 2005 Olympiastützpunkte, Bundesleistungszentren und Bundesstützpunkte bei anteiliger Beteiligung des Landes und der Kommunen.		
		Landesmittel sind bei Titel 0402 - 686 02 veranschlagt.		
883 03	322	Zuweisungen des Bundes für den Bau von Sportstätten für den Hochleistungssport an Kreise und Gemeinden	60,0	60,0
(MG 03)			67,2	
		Erläuterungen:		
		In Schleswig-Holstein werden Olympiastützpunkte/Häuser der Athleten gefördert; z. Zt. Kiel/Segeln und Ratzeburg/Rudern.		
		Siehe Titel 0402 - 331 01.		
893 03	322	Zuweisungen des Bundes für den Bau von Sportstätten für den Hochleistungssport an Verbände und Vereine	0,0	0,0
(MG 03)			0,0	

04 02 Sport

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	

T€

noch zu 893 03

Erläuterungen:

siehe Titel 0402 - 331 01 und 0402 - 883 03 (MG 03).

Summe der Maßnahmegruppe 03	60,0	60,0
	67,2	

Summe der Ausgaben	6.340,9	6.300,9
	6.309,6	

04 02 Sport

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

Abschluss

11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0,0 11,9	0,0
31 - 34		Schuldenaufnahme, Zuwendungen für Investitionen	60,0 67,2	60,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	6.174,0 6.174,0	6.174,0
Gesamteinnahmen			6.234,0 6.253,1	6.234,0
41 - 49		Personalausgaben	106,9 58,3	66,9
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	0,0 0,0	0,0
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	6.174,0 6.184,1	6.174,0
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	60,0 67,2	60,0
Gesamtausgaben			6.340,9 6.309,6	6.300,9
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-106,9 -56,5	-66,9

04 03 Vermessungswesen und Geoinformation

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

Das Kapitel 04 03 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Ausgaben

- 61 Personal des Landesvermessungsamtes Schleswig-Holstein
- 69 Outputorientierte Personalkosten

Einnahmen

111 01	421	Gebühren und tarifliche Entgelte	9.000,0	9.000,0
			8.532,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Gebühren nach der Landesverordnung über Gebühren des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation Schleswig-Holstein (VermGebVO) und die Entgelte nach der Entgeltordnung des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation Schleswig-Holstein (VermEgO). Die Einnahmen können für Ausgaben bei 0403 - 545 01 verwendet werden.

112 01	421	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	0,5	0,5
			0,0	

119 02	421	Einnahmen der Verwaltungsbereiche des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation	1,0	1,0
			0,0	

Erläuterungen:

Erlöse aus dem Verkauf von Altmaterial, Einnahmen aus Aufträgen Dritter und sonstige Verwaltungseinnahmen. Die Einnahmen können für Ausgaben bei 0403 - 545 01 verwendet werden.

119 99	421	Vermischte Einnahmen	2,0	1,0
			1,4	

Erläuterungen:

Die Einnahmen können für Ausgaben bei 0403 - 545 01 verwendet werden.

125 01	421	Einnahmen aus der Abgabe von amtlichen Karten und Sonderkarten	170,0	150,0
			144,2	

Erläuterungen:

Die Einnahmen können für Ausgaben bei 0403 - 545 01 verwendet werden.

125 02	421	Einnahmen aus Vermessungsarbeiten und dem Verkauf von Karten und Geobasisdaten	400,0	320,0
			371,3	

Erläuterungen:

Die Einnahmen können für Ausgaben bei 0403 - 545 01 verwendet werden.

132 01	421	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	5,0	10,0
			0,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Erlös aus dem Verkauf von auszusondernden Dienstfahrzeugen. Vgl. Titel 811 01.

Die Einnahmen können für Ausgaben bei 0403 - 545 01 verwendet werden.

233 01	421	Zuweisungen von Kreisen und Gemeinden	150,0	150,0
			153,5	

Erläuterungen:

Die Einnahmen können für Ausgaben bei 0403 - 545 01 verwendet werden.

04 03 Vermessungswesen und Geoinformation

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	

T€

noch zu 233 01

Veranschlagt sind:
Erstattung der Sachkosten für die Führung und Unterhaltung der Geschäftsstelle der Gutachterausschüsse

		2013
		EUR
1.	Hansestadt Lübeck	45.000
2.	Stadt Flensburg	20.000
3.	Kreis Ostholstein	35.000
4.	Kreis Pinneberg	20.000
5.	Kreis Plön	15.000
6.	Kreis Herzogtum Lauenburg	15.000
Summe		150.000

261 01	421	Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben in Flurbereinigungsverfahren u.ä.	30,0	10,0
			9,1	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Erstattungen von Nebenkosten und Auslagen für Schlussvermessungen im Flurbereinigungsverfahren durch die Teilnehmergeellschaften.

Summe der Einnahmen		9.758,5	9.642,5
		9.212,1	

04 03 Vermessungswesen und Geoinformation

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	
Ausgaben				
422 01	421	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	5.720,4 4.919,3	4.720,4
427 01	421	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	462,7 0,0	0,0
462,7 T€ übertragen nach 428 01.				
428 01	421	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	18.141,0 19.050,5	17.672,3
Eingespart wurden 1.020,0 T€ gemäß Konzept "10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020".				
88,6 T€ übertragen von 428 69 (TG 69).				
462,7 T€ übertragen von 427 01.				
453 01	421	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen	50,0 5,5	21,6
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind:				2013
				EUR
1. Trennungsgeld				15.000
2. Umzugskostenvergütungen				6.600
Summe				21.600
511 01	421	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	355,0 289,2	330,0
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind:				2013
				EUR
1. Büromaterial				70.000
2. Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u. ä.				15.000
3. Druck- und Buchbinderarbeiten				5.000
4. Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren				105.000
5. Ersatzbeschaffung von Geräten				70.000
6. Ergänzungsbeschaffung von Geräten				10.000
7. Unterhaltung von Geräten				50.000
8. Sonstiges				5.000
Summe				330.000
514 01	421	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen und dgl.	510,0 336,7	270,0
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind:				2013
				EUR
1. Haltung von Dienstfahrzeugen				125.000
2. Dienst- und Schutzkleidung (einschl. Feldaufwandsentschädigung)				35.000
3. Verbrauchsmittel				100.000
4. Sonstiges				10.000
Summe				270.000

04 03 Vermessungswesen und Geoinformation

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

noch zu 514 01

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll 2012	Soll 2013	Bestand am 1.2.2012
1. Anhänger	14	14	11
2. Selbstfahrer-PKW	4	6	6
3. Vermessungswagen	42	39	47
Zusammen	60	59	64

517 01 421 **Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume** 10,0 10,0
14,6

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Nebenkosten und tlw. Bewirtschaftungskosten für Gebäude, die nicht als Eigentum im Zentralen Grundvermögen zur Behördenunterbringung verzeichnet sind.

518 02 421 **Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge** 5,0 5,0
4,8

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die Anmietung eines Reprozeichners beim Landesamt für Vermessung und Geoinformation.

525 01 421 **Aus- und Fortbildung** 67,0 67,0
44,1

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Aus- und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten:

		2013 EUR
1. Ausbildung		
1.1 Internatsmäßige Unterbringung der Auszubildenden im Rahmen des Berufsschulunterrichts		18.000
1.2 Unterrichtsentschädigungen, Prüfungsvergütungen, Lehrgangsgebühren usw.		10.000
1.3 Reisekostenvergütungen, Fahrkostenerstattungen im Rahmen der Ausbildung		18.000
<i>Summe zu 1.</i>		<i>46.000</i>
2. Fortbildung		
2.1 Fortbildungsmaßnahmen des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation		21.000
<i>Summe zu 2.</i>		<i>21.000</i>
Zusammen		67.000

Schulungskosten für Automationsvorhaben sind bei 1103-525 37 veranschlagt.

526 03 421 **Ausgaben für die Gutachterausschüsse** 25,0 25,0
23,2

Erläuterungen:

An die Mitglieder der Gutachterausschüsse für Grundstückswerte sind Entschädigungen nach § 6 der Landesverordnung über die Bildung von Gutachterausschüssen über die Ermittlung von Grundstückswerten vom 6. Dezember 1989 (GVOBl. Schl.-H. S. 181) in der zurzeit geltenden Fassung zu zahlen.

Veranschlagt aufgrund der Verträge zur Übertragung der Aufgaben der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses für Grundstückswerte in den Kreisen Pinneberg, Plön und Herzogtum Lauenburg auf die Vermessungsverwaltung.

526 04 421 **Sitzungsgeld und sonstige Ausgaben in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten** 1,8 0,0
0,0

Künftig wegfallend.

526 05 421 **Ärztliche Untersuchungen** 2,0 1,0
0,0

527 01 421 **Dienstreisen** 200,0 180,0
135,7

04 03 Vermessungswesen und Geoinformation

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

noch zu 527 01

Erläuterungen:

Veranschlagt werden die Kosten für die Dienstreisen des vermessungstechnischen Außendienstes und Inlandsdienstreisen.

Veranschlagt sind:

		2013 EUR
1.	Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen	180.000
2.	Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen	0
3.	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	0
Summe		180.000

531 01	421	Veröffentlichungen	2,0	2,0
			0,3	

Erläuterungen:

Das erneuerte Liegenschaftskataster ist durch Offenlegung bekanntzugeben. Vor Beginn der Offenlegungsfrist sind Ort und Zeit der Offenlegung in ortsüblicher Weise (entsprechend der Rechtsvorschriften der betreffenden Gemeinden) bekannt zumachen.

533 01	421	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	180,0	255,0
			183,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2013 EUR
1.	Druck- und kartographische Arbeiten	100.000
2.	Vermessungs- und katastertechnische Arbeiten durch Dritte	5.000
3.	Vergabe von Bildflügen	140.000
4.	Sonstige Leistungsentgelte	10.000
Summe		255.000

534 01	421	Kosten für Umzüge der Vermessungsverwaltung	55,0	0,0
			0,0	

Künftig wegfallend.

Erläuterungen:

Die Veranschlagung von Umzugskosten erfolgt zentral im Einzelplan des Finanzministeriums.

535 01	421	Kosten aus Entschädigungsansprüchen Dritter	0,5	0,5
			0,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die Bereinigung von Flurschäden bei örtlichen Vermessungsarbeiten.

545 01	421	Zahlung von Umsatzsteuer an die Finanzämter	0,0	0,0
			678,6	

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei 0403 - 111 01, 0403 - 119 02, 0403 - 119 99, 0403 - 125 01, 0403 - 125 02, 0403 - 132 01 und 0403 - 233 01 geleistet werden.

546 99	421	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	8,5	8,5
			10,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2013 EUR
1.	Unfallrenten, sonstige Renten und Entschädigungen an Dritte aufgrund rechtlicher Verpflichtungen	0
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen (z.B. Stellenausschreibungen)	4.000
3.	Auslagen für Vorstellungsreisen	0
4.	Sonstige vermischte Ausgaben	4.500
Summe		8.500

04 03 Vermessungswesen und Geoinformation

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

noch zu 546 99

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

632 01	421	Zuweisungen für gemeinsame Einrichtungen der Vermessungsverwaltungen der Länder	11,0	15,0
			10,2	

Erläuterungen:

Aus dem Titel werden Beiträge Schleswig-Holsteins für gemeinsame Einrichtungen der Länder, wie z. Bsp. die Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder in Hannover, getragen.

811 01	421	Erwerb von Dienstfahrzeugen	137,0	137,0
			47,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

				2013
				EUR
1.	Erstmalige Beschaffung			0
2.	Ersatzbeschaffungen			
2.1	3 Vermessungswagen, 2,4 Liter, 65 kw			114.000
2.2	1 Pkw, 1,9 Liter, 65 kw			23.000
Summe				137.000

812 01	421	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	136,0	130,0
			55,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

				2013
				EUR
1.	4 elektrooptische Entfernungsmessgeräte/GPS-Empfänger mit			130.000
	Registriermöglichkeit und Zubehör			
Summe				130.000

61 Personal des Landesvermessungsamtes Schleswig-Holstein

Erläuterungen:

Das Landesvermessungsamt wird ab 01.01.2011 mit den acht Katasterämtern zu einer neuen Behörde zusammengefasst.

422 61	421	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten	0,0	0,0
(TG 61)			12,8	

Künftig wegfallend.

Übertragen nach 0403-422 01.

428 61	421	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0,0	0,0
(TG 61)			37,9	

Künftig wegfallend.

Übertragen nach 0403-42801.

Summe der Titelgruppe 61	0,0	0,0
	50,7	

69 Outputorientierte Personalkosten

Erläuterungen:

Veranschlagt sind outputorientierte Personalkosten. Vgl. Vorwort Buchstabe G.

04 03 Vermessungswesen und Geoinformation

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	
422 69 (TG 69)	421	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	344,1	255,5
		88,6 T€ übertragen nach 428 01.	294,5	
428 69 (TG 69)	421	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0,0	0,0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.	0,0	
Summe der Titelgruppe 69			344,1	255,5
			294,5	
Summe der Ausgaben			26.424,0	24.105,8
			26.155,6	

04 03 Vermessungswesen und Geoinformation

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	9.578,5 9.049,5	9.482,5
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	180,0 162,6	160,0
Gesamteinnahmen			9.758,5 9.212,1	9.642,5
41 - 49		Personalausgaben	24.718,2 24.320,5	22.669,8
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	1.421,8 1.721,9	1.154,0
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	11,0 10,2	15,0
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	273,0 103,0	267,0
Gesamtausgaben			26.424,0 26.155,6	24.105,8
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-16.665,5 -16.943,5	-14.463,3

04 05 Feuerwehrewesen, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

Das Kapitel 04 05 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Einnahmen

- 62 Schiffsbrandbekämpfung
- 63 Katastrophenschutz
- 65 Havariekommando

Ausgaben

- 61 Förderung des Feuerwehrewesens
- 62 Schiffsbrandbekämpfung
- 63 Katastrophenschutz
- 65 Havariekommando
- 69 Outputorientierte Personalkosten

Strategischer Aufgabenbereich: Innere Sicherheit.
Vgl. Vorwort Buchstabe G.

Die Maßnahmen des Kapitels 0405 - außer TG 62, 63, 65 und 69 - werden aus dem Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer und den tatsächlichen Einnahmen - außer TG 62, 63, 65 - des Kapitels 0405 finanziert.

Im Kapitel 0405 - außer TG 62, 63, 65 und 69 - findet § 10 Abs. 1 HG 2013 sinngemäß innerhalb des Kapitels Anwendung.

Erläuterungen:

			2013
Das Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer (Titel 1101 - 059 01) fließt den			
1. Kreisen und kreisfreien Städten nach Abzug			
der für den Betrieb, die Unterhaltung und den Ausbau der Landesfeuerwehr-			
schule (LFS) erforderlichen Mittel,			
1.1	Zuschuss LFS		1.992.100
1.2	Bauunterhaltung (Titel 1204 - 519 05 und 711 05)		151.800
1.3	Bewirtschaftung der LFS durch die GMSH (Titel 1220 - 517 05)		435.000
2.	eines vom Innenministerium zur Durchführung besonderer Maßnahmen im		537.900
Bereich des Feuerwehrewesens zur Verfügung stehenden Betrages, der 15			
v.H. des Steueraufkommens nicht übersteigen darf, und			
3.	des nach § 19 Abs. 2 FAG erforderlichen Betrages (Titel 0405 - 584 61 [TG		400.000
61])			
zur Förderung des abwehrenden Brandschutzes und der technischen Hilfe			9.883.200
zu (Titel 0405 - 633 61 und 883 61 [TG 61])			
Zusammen			13.400.000

Einnahmen

111 01	044	Gebühren und tarifliche Entgelte	16,0	96,0
			167,1	
Erläuterungen:				
Einnahmen aus dem Angebot kostenpflichtiger Veranstaltungen und Lehrgangsplätze.				
119 99	044	Vermischte Einnahmen	0,0	0,0
			0,2	
124 01	044	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	5,0	10,0
			16,0	

04 05 Feuerwehrewesen, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

noch zu 124 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2013
		EUR
1.	Einnahmen aus 1 Dienstwohnung	9.500
2.	Sonstige Einnahmen	500
Summe		10.000

125 01	044	Einnahmen aus der Gewährung von Verpflegung	5,0	5,0
			24,0	

Erläuterungen:

Vgl. Titel 514 01.

132 01	044	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	10,0	10,0
			11,2	

231 01	044	Zuweisungen vom Bund für die Zivilschutzausbildung	90,0	90,0
			179,1	

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Zuschuss des Bundes für die Ausbildung in Führungs- und Sonderlehrgängen der Feuerwehr, Anteil Zivilschutz.

Vgl. Titel 525 01.

62 Schiffsbrandbekämpfung

119 62	044	Vermischte Einnahmen	0,0	0,0
(TG 62)				0,0

231 62	044	Zuweisungen des Bundes	411,1	477,4
(TG 62)				427,1

Erläuterungen:

Der Bund trägt 50 v.H. der Ausgaben für die Schiffsbrandbekämpfung.
Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben der TG 62 zu verwenden.

232 62	044	Zuweisung von Ländern	0,0	0,0
(TG 62)				0,0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

233 62	044	Zuweisung von Gemeinden und Gemeindeverbänden	0,0	0,0
(TG 62)				0,0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Summe der Titelgruppe 62			411,1	477,4
			427,1	

63 Katastrophenschutz

112 63	045	Einnahmen der Verwaltungsbereiche Katastrophenschutz	5,0	25,0
(TG 63)				37,9

Übertragen von 0410 - 112 67 (TG 67).

271 63	045	Erstattungen der EU für die Durchführung des Projektes SAFECOAST im Rahmen des INTERREG III B-Nordsee-Programms	0,0	0,0
(TG 63)				0,0

Künftig wegfallend.

Übertragen von 0410 - 271 67 (TG 67).

04 05 Feuerwehrwesen, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	
359 63 (TG 63)	851	Entnahme aus der Rücklage "Rückzahlung Landeszuschüsse für Investitionen der Kreise und kreisfreien Städte"	0,0	0,0
		Künftig wegfallend.	0,0	
		Übertragen von 0410 - 359 67 (TG 67).		
Summe der Titelgruppe 63			5,0	25,0
			37,9	
65 Havariekommando				
232 65 (TG 65)	044	Zuweisung der Länder	406,0	490,0
			149,1	
		Erläuterungen:		
		Anteil anderer Länder an den Kosten des Havariekommandos.		
		Vgl. Titel 632 65 (TG 65).		
381 65 (TG 65)	891	Erstattung von Kosten für das Havariekommando	0,0	119,8
			0,0	
		Übertragen von 0405 - 389 65 (TG 65).		
		Erläuterungen:		
		Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 631 65 (TG 65) zu verwenden.		
		Vgl. Titel 1002 - 981 65 (TG 65) und 1315 - 981 04 (MG 04).		
389 65 (TG 65)	891	Erstattung von Kosten für das Havariekommando	0,0	0,0
			0,0	
		Übertragen nach 0405 - 381 65 (TG 65).		
Summe der Titelgruppe 65			406,0	609,8
			149,1	
Summe der Einnahmen			948,1	1.323,2
			1.011,7	

04 05 Feuerwehrewesen, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

Ausgaben

422 01	044	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	316,4	316,4
		Erläuterungen:	278,0	
		Veranschlagt sind:		
				2013
				EUR
		1. Bezüge		309.800
		2. Lehrzulagen		6.600
		Summe		316.400
422 03	044	Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungs-	46,9	31,9
		dienst	34,1	
		15,0 T€ übertragen nach 428 01.		
427 01	044	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	1,9	1,9
		Erläuterungen:	1,7	
		Der Internatsbetrieb der Landesfeuerweherschule Schleswig-Holstein erfordert die ständige Vorhaltung des Personals. Bei Erkrankungen ist neben der Anordnung von Mehrarbeitsstunden erforderlich, auch Vertretungs- und Aushilfskräfte einzustellen.		
427 02	044	Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	10,9	10,9
		Erläuterungen:	75,0	
		Veranschlagt sind Kosten für nebenamtliche Lehrkräfte für Sonderthemen, die nicht durch Lehrkräfte der Landesfeuerweherschule Schleswig-Holstein abgedeckt werden können (insbesondere für Spezialthemen bei der Ausbildung des mittleren feuerwehrtechnischen Dienstes).		
428 01	044	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.021,5	1.036,5
			1.099,3	
		15,0 T€ übertragen von 422 03.		
453 01	044	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	12,0	5,0
		Erläuterungen:	7,1	
		Veranschlagt ist das Trennungsgeld für die Anwärtinnen und Anwärter im gehobenen und höheren feuerwehrtechnischen Dienst.		
511 01	044	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	70,0	65,0
		Erläuterungen:	56,2	
		Veranschlagt sind:		
				2013
				EUR
		1. Büromaterial		20.000
		2. Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.		10.000
		3. Druck- und Buchbindearbeiten		1.000
		4. Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren		6.000
		5. Ersatzbeschaffung von Geräten		10.000
		6. Ergänzungsbeschaffung von Geräten		7.000
		7. Unterhaltung von Geräten		11.000
		8. Sonstiges		0
		Summe		65.000
514 01	044	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen u. dgl.	260,0	280,0
			277,2	

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 125 01 geleistet werden.

04 05 Feuerwehrwesen, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

noch zu 514 01

Schadenersatzleistungen Dritter und Einnahmen aus der Abgabe von Betriebsstoffen sind von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2013 EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	110.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung	15.000
3.	Verbrauchsmittel	145.000
4.	Sonstiges	10.000
Summe		280.000

Bestand an Dienstfahrzeugen	Soll 2013	Tatsächlicher Bestand am 1.2.12
Einsatzleitfahrzeuge	1	1
Wirtschaftsfahrzeuge	2	2
Gefahrgutübungsanlagen	1	1
Löschfahrzeuge	7	7
Mehrzweckfahrzeuge	5	5
Motorgeräte	2	2
Rüst- und Gerätewagen	2	3
Tragkraftspritzen	5	5
Wechseladerfahrzeuge	1	1
Abrollbehälter	3	2
Zusammen	29	29

517 01	044	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	60,0	60,0
			46,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2013 EUR
1.	Reinigungsmittel für den Küchenbetrieb, Kleinreparaturen	20.000
2.	Wasser, Abwasser, Abfälle	40.000
Summe		60.000

518 99	044	Leasingraten für Kopiergeräte	10,0	17,0
			15,4	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Leasing-Kosten für 2 Kopiergeräte der Landesfeuerweherschule Schleswig-Holstein.

525 01	044	Aus- und Fortbildung	220,0	250,0
			252,5	

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 231 01 geleistet werden.

Erstattungen aufgrund zentraler Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für den Katastrophenschutz/Zivilschutz sind von der Ausgabe abzusetzen.

04 05 Feuerwehrewesen, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

noch zu 525 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2013 EUR
1.	Aus- und Fortbildung	60.000
2.	Reisekosten und sonstige Nebenkosten	20.000
3.	Lehr- und Lernmittel	140.000
4.	Katastrophenschutzseminare	20.000
5.	Sonstiges	10.000
Summe		250.000

526 04	044	Sitzungsgeld und sonstige Ausgaben für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	0,5	0,5
			0,3	

526 05	044	Ärztliche Untersuchungen	1,0	0,5
			0,1	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die Untersuchung der Lehrkräfte der Landesfeuerweherschule Schleswig-Holstein. Insbesondere nach dem berufsgenossenschaftlichen Grundsatz G 26 muss durch arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen festgestellt werden, ob gegen das Tragen von Atemschutzgeräten gesundheitliche Bedenken bestehen.

527 01	044	Dienstreisen	6,0	5,0
			1,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kosten für Dienstreisen, insbesondere für die Betreuung der Ausbildung auf der Ebene der Stadt- und Kreisfeuerwehrverbände.

546 99	044	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlerträge	2,5	2,5
			7,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2013 EUR
1.	Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen	0
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen	500
3.	Auslagen für Vorstellungsreisen	0
4.	Sonstige vermischte Ausgaben	2.000
Summe		2.500

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommenssteuerrechts verfolgt.

811 01	044	Erwerb von Fahrzeugen	170,0	80,0
			84,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2013 EUR
1.	Erstmalige Anschaffungen	
		0
	<i>Summe zu 1.</i>	<i>0</i>
2.	Ersatzbeschaffungen	
2.1	Löschgruppenfahrzeug LF 10/6	80.000
	<i>Summe zu 2.</i>	<i>80.000</i>
Zusammen		80.000

04 05 Feuerwehrwesen, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	
812 01	044	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	40,0	40,0
			81,3	
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind die Kosten für Geräte für die Ausbildung des mittleren feuerwehrtechnischen Dienstes.		
				2013
				EUR
		1. Erstmalige Anschaffungen		
	1.1	Geräte für die Ausbildung		20.000
		<i>Summe zu 1.</i>		<i>20.000</i>
		2. Ersatzbeschaffungen		
	2.1	Geräte für die Ausbildung		20.000
		<i>Summe zu 2.</i>		<i>20.000</i>
		Zusammen		40.000
61		Förderung des Feuerwehrwesens		
		Erläuterungen:		
		In der Titelgruppe sind die Zuweisungen an die Träger des Feuerwehrwesens und alle Ausgaben für Maßnahmen zur Förderung des Feuerwehrwesens veranschlagt.		
		Die Ausgaben der Titelgruppe 61 werden aus dem Aufkommen der Feuerschutzsteuer finanziert und zweckgebunden zur Förderung des Feuerwehrwesens in Schleswig-Holstein verwendet.		
526 61	044	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.	0,0	0,0
(TG 61)			0,0	
		Erläuterungen:		
		Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
533 61	044	Pflege des Informationssystems	10,0	0,0
(TG 61)			0,0	
		Erläuterungen:		
		Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
534 61	044	Kosten der Verwaltungsaufsicht im Feuerwehrwesen und für Aufklärung und Werbung	70,0	95,0
(TG 61)			76,8	
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind:		
				2013
				EUR
	1.	Kosten der Verwaltungsaufsicht		
	1.1	Reisekosten, Fachliteratur, Dienstkleidung		10.500
	2.	Aufklärung und Werbung in der Feuerwehr		
	2.1	allgemein (Brandschutz, Dienstbesprechungen)		1.500
	2.2	Herausgabe von Feuerwehr-Dienstvorschriften (FwDV)		10.000
	2.3	Herausgabe von Ausbildungsmaterialien		4.500
	2.4	Herausgabe der Feuerwehrfachzeitschrift "Feuerwehr"		12.000
	2.5	Projekt "kindgerechte Aufklärungsbroschüre" im Rahmen der Brandschutzerziehung/-aufklärung		25.000
	3.	Beschaffung von Ehrengaben und Brandschutz-Ehrenzeichen		31.500
		Summe		95.000
535 61	044	Anteilige Kosten für den Digitalfunk	20,0	35,0
(TG 61)			0,0	
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind die Kosten für die Beschaffung von BOS-Sicherheitskarten für Digitalfunkgeräte der öffentlichen Feuerwehren. Der Abruf bei der Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS) erfolgt durch die Autorisierte Stelle Schleswig-Holstein.		

04 05 Feuerwesesen, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	
584 61 (TG 61)	831	Tilgungsausgaben an Sondervermögen	400,0 400,0	400,0
		Erläuterungen: Zuführung der nach § 19 Abs. 2 Finanzausgleichsgesetz aus dem Kommunalen Investitionsfonds in Anspruch genommenen Mittel aus dem "Sondervermögen Landesfeuerwehrschule".		
632 61 (TG 61)	044	Beiträge zu den Einrichtungen im Feuerlöschwesen	38,0 25,5	38,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind:		
				2013
				EUR
		1. Beitrag Brandschutzforschung		30.000
		2. Beitrag Normung		6.500
		3. Beitrag Prüfung Einsatzschutzkleidung		1.500
		Summe		38.000
633 61 (TG 61)	044	Zuweisungen an Kreise und kreisfreie Städte	1.500,0 1.500,0	1.500,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind Zuweisungen zu den Kosten der Träger des Feuerwesesen für den Besuch von Lehrgängen an der Landesfeuerwehrschule Schleswig-Holstein sowie für Maßnahmen der Aus- und Fortbildung auf Kreisebene gem. § 30 Finanzausgleichsgesetz i.V.m. der Richtlinie zur Förderung des Feuerwesesen vom 8. Dezember 2010 (Amtsbl. Schl.-H. S. 1164).		
636 61 (TG 61)	044	Beitrag an die Feuerwehr-Unfallkasse Nord	35,0 31,6	35,0
		Erläuterungen: Das Land beteiligt sich an den Mehrleistungen der Feuerwehr-Unfallkasse Nord mit einer Zuweisung in Höhe von 50 v.H. aus Mitteln der Feuerschutzsteuer.		
684 61 (TG 61)	044	Zuführung an den Landesfeuerwehrverband-Sozialfonds	10,0 0,0	10,0
		Erläuterungen: Der Landesfeuerwehrverband Schleswig-Holstein verfügt über einen Sozialfonds, aus dem er freiwillige Zuwendungen bei Feuerwehrunfällen gewährt. Das Land trägt davon 50 v.H. und hat den Fonds mit einem Grundkapital in Höhe von 40,0 T€ ausgestattet.		
685 61 (TG 61)	044	Zuschüsse an Körperschaften, Verbände, Vereine und ähnliche Institutionen	69,9 56,9	69,9
		Erläuterungen: Zuwendung Ziel: Wahrnehmung koordinierender Tätigkeiten für alle Kreis- und Stadtfeuerwehrverbände		
		Veranschlagt sind:		
				2013
				EUR
		1. Institutionelle Förderung des Landesfeuerwehrverbandes		49.900
		2. Feuerwehrtechnische Veranstaltungen der Jugendfeuerwehren		10.000
		3. Landeszentralstelle Psychosoziale Notfallversorgung (PSNV)		10.000
		Summe		69.900
		Neben der institutionellen Förderung werden besondere Maßnahmen des Landesfeuerwehrverbandes und der schleswig-holsteinischen Jugendfeuerwehren gefördert, insbesondere Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Feuerwehren.		
686 61 (TG 61)	044	Zuschüsse an den Landesfeuerwehrverband für den Betrieb der Ausbildungsstätte Rendsburg	170,0 170,0	220,0
		Erläuterungen: Zuwendung		

04 05 Feuerwehrwesen, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

noch zu 686 61

Ziel:

Unterstützung der praktischen und theoretischen Ausbildung der Angehörigen von Jugendfeuerwehren

Das Jugendfeuerwehrzentrum Schleswig-Holstein in Rendsburg erhält aus Mitteln der Feuerschutzsteuer einen Zuschuss zu den laufenden Betriebskosten (Vertrag vom 26. Oktober 1999).

Mehr aufgrund des Zuschusses für eine neue Heizungsanlage.

812 61 (TG 61)	044	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0,0 47,4	35,0
--------------------------	-----	--	--------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die Beschaffung von Funkgeräten und Zubehör für die Erprobung des Digitalfunks.

883 61 (TG 61)	044	Zuweisungen an Kreise und kreisfreie Städte für Investitionen	6.076,0 11.200,0	8.383,2
--------------------------	-----	--	----------------------------	----------------

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei den Titeln 1204 - 519 05, 1204 - 711 05 und 1220 - 517 05, darüber hinaus bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 1101 - 059 01 geleistet werden.

Erläuterungen:

Das Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer fließt gem. § 30 Finanzausgleichsgesetz nach der Finanzierung besonderer Maßnahmen den Kreisen und kreisfreien Städten zu.

Summe der Titelgruppe 61

8.398,9
13.508,2

10.821,1

62 Schiffsbrandbekämpfung

Darf bis zur Höhe der Mehreinnahmen der TG 62 - mit Ausnahme des Titels 231 62 - überschritten werden.

Erläuterungen:

In der Titelgruppe sind die Mittel für Aufgaben der Sicherstellung der Schiffsbrandbekämpfung auf der Seewasserstraße Ostsee sowie dem Nord-Ostsee-Kanal veranschlagt, soweit nicht die Zuständigkeit des Bundes gegeben ist.

Des Weiteren sind in der Titelgruppe die Mittel für den Feuer- und Katastrophenschutz auf der Unterelbe im Raum Cuxhaven/ Brunsbüttel veranschlagt. Aufgrund der hierzu in 1990 geschlossenen Vereinbarung erstattet der Bund dem Land 50 v.H. der an die Stadt Brunsbüttel zu zahlenden Leistungen für die laufenden zusätzlichen Personal- und Sachkosten der freiwilligen Feuerwehr (Titel 633 62) und das Land dem Bund 50 v.H. der laufenden Kosten für das Chartern eines Feuerlöschschleppers (Titel 631 62).

511 62 (TG 62)	044	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0,0 0,0	0,0
--------------------------	-----	--	-------------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

525 62 (TG 62)	044	Aus- und Fortbildung	33,0 0,0	33,0
--------------------------	-----	-----------------------------	--------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Aus- und Fortbildungskosten an der Marinetechnikschule in Neustadt und an der Landesfeuerwehrschule Schleswig-Holstein in Harrislee sowie gegebenenfalls anderen Ausbildungseinrichtungen.

527 62 (TG 62)	044	Dienstreisen	0,0 0,0	0,0
--------------------------	-----	---------------------	-------------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

533 62 (TG 62)	044	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	0,0 0,0	0,0
--------------------------	-----	---	-------------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

631 62 (TG 62)	044	Landesanteil für die Bereitstellung eines Feuerlöschschleppers	56,5 56,5	56,5
--------------------------	-----	---	---------------------	-------------

04 05 Feuerwehren, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

noch zu 631 62

Erläuterungen:

Die Bereitstellung eines Feuerlöschschleppers für den Feuerschutz auf der Unterelbe (einschl. Übungen) erfolgt durch private Gesellschaften. Veranschlagt ist der Kostenanteil des Landes in Höhe von 50 v.H. bei einer Kostenübernahme des Bundes gemäß Vertrag vom 9. Februar/15. Mai/30.Mai 1990.

633 62	044	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	822,1	1.189,8
(TG 62)			854,2	

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 231 62 geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2013
			EUR
1.	BF Kiel		135.800
2.	BF Flensburg		135.800
3.	BF Lübeck		135.800
4.	FF Brunsbüttel		547.400
5.	FF Rendsburg		235.000
Summe			1.189.800

Der Bund trägt 50 v.H. der Ziffern 1-4; vgl. Titel 231 62 (TG 62).

Mehr wegen der Zuweisung an Rendsburg im Rahmen der Sicherstellung der Schiffsbrandbekämpfung auf dem Nord-Ostsee-Kanal.

812 62	044	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0,0	0,0
(TG 62)			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Summe der Titelgruppe 62	911,6	1.279,3
	910,7	

63 Katastrophenschutz

511 63	045	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	13,0	9,5
(TG 63)			22,7	

Übertragen von 0410 - 511 67 (TG 67).

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2013
			EUR
1.	Büromaterial		1.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u. ä.		0
3.	Druck- und Buchbindearbeiten		0
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren		7.000
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten		1.000
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten		0
7.	Unterhaltung von Geräten		500
8.	Sonstiges		0
Summe			9.500

514 63	045	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen und dgl.	0,0	4,0
(TG 63)			3,1	

0,2 T€ übertragen von 0410 - 514 68 (TG 68).

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

04 05 Feuerwehren, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

noch zu 514 63

			2013 EUR
1		Haltung von Dienstfahrzeugen	3.500
2		Sonstiges	500
Summe			4.000

517 63 (TG 63)	045	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	2,0	2,0
			1,3	

Übertragen von 0410 - 517 67 (TG 67).

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die behelfsmäßige Unterkunft in Lindewitt

			2013 EUR
1.		Heizung	500
2.		Elektrizität	1.000
3.		Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung	300
4.		Sonstiges	200
Summe			2.000

525 63 (TG 63)	045	Aus- und Fortbildung	3,0	4,0
			5,5	

Übertragen von 0410 - 525 67 (TG 67).

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die Aus- und Fortbildung in Fragen des Katastrophenschutzes, Besuche der Landesfeuerweherschule sowie der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz.

527 63 (TG 63)	045	Dienstreisen	7,0	5,5
			4,4	

Übertragen von 0410 - 527 67 (TG 67).

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2013 EUR
1		Reisekosten für Inlandsdienstreisen	4.500
2		Reisekosten für Auslandsdienstreisen	1.000
Summe			5.500

534 63 (TG 63)	045	Planspiele, Übungen, zentrale Ausbildungsveranstaltungen und Kosten der Führungsstäbe	140,0	110,0
			41,4	

Übertragen von 0410 - 534 67 (TG 67).

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für Übungen und Schulungen sowie die Ausstattung für den Katastrophenschutz im Gemeinsamen Lage- und Führungszentrum

04 05 Feuerwehresen, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

noch zu 534 63

			2013	
			EUR	
1.		Kosten des Führungsstabes Katastrophenschutz sowie des Interministeriellen Leitungsstabes		10.000
2.		Kosten für Übungen des Führungsstabes Katastrophenschutz im Zusammenwirken mit den Stäben der unteren Katastrophenschutzbehörden sowie den Kräften des Katastrophenschutzdienstes		15.000
3.		Kosten für Übungen, Schulungen sowie Beratung im Zusammenhang mit dem Katastrophenschutz in der Umgebung kerntechnischer Anlagen		20.000
4.		Kosten für Übungen, Schulungen sowie Beratung im Zusammenhang mit dem Katastrophenschutz außerhalb kerntechnischer Anlagen		15.000
5.		Kosten der Ausstattung des gemeinsamen Lage- und Führungszentrums		20.000
6.		Kosten für die Erstellung externer Notfallpläne, Beratungen, Schulungen und Übungen gemäß Richtlinie 96/82/EG (Seveso-II-Richtlinie) i.V.m. 12. BImSchV		30.000
Summe				110.000

536 63 045 **Vorsorgemaßnahmen für den Katastrophenschutz** **50,0** **50,0**
(TG 63) 44,6

Übertragen von 0410 - 536 67 (TG 67).

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die Fachberatung Strahlenschutz in Notfallsituationen kerntechnischer Anlagen und die Vorkhaltung des Institutes für Strahlenmessung (TÜV-Nord SysTec), sowie für die Beschaffung und Wartung von Geräten und Ausstattungsgegenständen für den Katastrophenschutz in der Umgebung kerntechnischer Anlagen.

546 63 045 **Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbe-** **1,0** **1,0**
(TG 63) **träge** 0,0

Übertragen von 0410 - 546 67 (TG 67).

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2013	
			EUR	
1.		Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen		0
2.		Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen		900
3.		Auslagen für Vorstellungstreffen		0
4.		sonstige vermischte Ausgaben		100
Summe				1.000

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommenssteuerrechts verfolgt.

633 63 045 **Zuweisungen an Kreise und kreisfreie Städte für Zwecke des Katastro-** **505,0** **505,0**
(TG 63) **phenschutzes** 457,9

Übertragen von 0410 - 633 67 (TG 67).

Erläuterungen:

Zuweisungen zur Erhaltung der Handlungsfähigkeit bei der Abwehr von Gefahren für die Allgemeinheit auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes.

Gemäß § 34 des Gesetzes über den Katastrophenschutz in Schleswig-Holstein (LKatSG) vom 10. Dezember 2000 (GVOBl. Schl.-H. S. 664, zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. Januar 2008, GVOBl. Schl.-H. S. 12) und der Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes (Amtsbl. Schl.-H. 2004 S. 834, zuletzt geändert am 26. Oktober 2009, Amtsbl. Schl.-H. S. 1211) gewährt das Land im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel Zuwendungen an die Kreise und kreisfreien Städte für zentrale Förderungsmaßnahmen und die Durchführung von Schwerpunktaufgaben im Katastrophenschutz. Seit 2010 sind die Unterhaltungskosten anteilig für nunmehr 268 vom Bund übernommene Katastrophenschutzfahrzeuge zusammen mit den Kreisen und kreisfreien Städte zu tragen.

04 05 Feuerwehrwesen, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

noch zu 633 63

Veranschlagt sind:

		2013 EUR
1.	Anteil des Landes an den Kosten für die Ausbildung und die Übungen der Helferinnen und Helfer am Standort (grundsätzlich 50 v.H.)	160.000
2.	Anteil des Landes an den Kosten für die Ausbildung der Führungskräfte (100 v.H.)	45.000
3.	Anteil des Landes an den Kosten für die Unterhaltung der Katastrophenschutzfahrzeuge (grundsätzlich 50 v.H.)	300.000
Summe		505.000

684 63 (TG 63)	045	Zuschüsse an Hilfsorganisationen für Mitwirkung im Katastrophenschutz	93,5	93,5
			93,2	

Übertragen von 0410 - 684 67 (TG 67).

Erläuterungen:

Zuweisungen zur Erhaltung der Handlungsfähigkeit bei der Abwehr von Gefahren für die Allgemeinheit auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes.

Gemäß § 34 des Gesetzes über den Katastrophenschutz in Schleswig-Holstein (LKatSG) vom 10. Dezember 2000 (GVOBl. Schl.-H. S. 664, zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. Januar 2008, GVOBl. Schl.-H. S. 12) und der Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes (Amtsbl. Schl.-H. 2004 S. 834, zuletzt geändert am 26. Oktober 2009, Amtsbl. Schl.-H. S.1211) gewährt das Land im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel Zuwendungen an die Träger der privaten Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzdienstes auf Landesebene mit wenigstens 50 Einsatzkräften oder mehr als zwei Einsatzeinheiten. Bezuschusst werden die Verwaltungskosten sowie die Kosten für die Ausbildung und Ausrüstung der Helferinnen und Helfer in den örtlichen Gliederungen, soweit diese nicht vom Bund oder den Kreisen und kreisfreien Städten finanziert werden.

Zuwendungen erhalten:

1. Arbeiter-Samariter-Bund
2. Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft
3. Deutsches Rotes Kreuz
4. Johanniter-Unfall-Hilfe
5. Malteser Hilfsdienst

Für die Vorhaltung des Einsatz- und Logistikzentrums erhält das Deutsche Rote Kreuz zusätzlich einen Betrag von 5.000 €

811 63 (TG 63)	045	Erwerb von Fahrzeugen	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

883 63 (TG 63)	045	Zuweisungen für Investitionen an Kreise und kreisfreie Städte	750,0	800,0
			741,8	

Übertragen von 0410 - 883 67 (TG 67).

04 05 Feuerwehresen, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

noch zu 883 63

Erläuterungen:

Zuweisungen zur Erhaltung der Handlungsfähigkeit bei der Abwehr von Gefahren für die Allgemeinheit auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes.

Gemäß § 34 des Gesetzes über den Katastrophenschutz in Schleswig-Holstein (LKatSG) vom 10. Dezember 2000 (GVOBl. Schl.-H. S. 664, zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. Januar 2008, GVOBl. Schl.-H- S. 12) und der Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes (Amtsbl. Schl.-H. 2004 S. 834, zuletzt geändert am 26. Oktober 2009, Amtsbl. Schl.-H. S.1211) gewährt das Land im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel Zuwendungen an die Kreise und kreisfreien Städte für zentrale Förderungsmaßnahmen und für die Durchführung von Schwerpunktaufgaben im Katastrophenschutz.

In den Jahren 1995 und 2010 wurden vom Bund Katastrophenschutzfahrzeuge übernommen, von denen zur Zeit noch 268 Fahrzeuge im Einsatz sind. Diese Fahrzeuge, die zum Teil älter als 25 Jahre sind, müssen in den nächsten Jahren ersetzt werden, um weiterhin einen funktionsfähigen Katastrophenschutz gewährleisten zu können.

1975 wurde ein langfristiges Investitions- und Ersatzbeschaffungsprogramm zur Komplettierung der Ausstattung der Einheiten und Einrichtungen des friedensmäßigen Katastrophenschutzes aufgelegt. Aus diesem Programm werden neben den Ersatzbeschaffungen für die vom Land bezuschussten Einsatzfahrzeuge auch die zukünftigen Ersatzbeschaffungen für die vom Bund übernommenen Katastrophenschutzfahrzeuge mitfinanziert.

Die Kosten werden grundsätzlich zu zwei Dritteln vom Land getragen. Maßnahmen mit besonderer einsatztaktischer Bedeutung werden im Einzelfall bis zu 100 v.H. gefördert.

Folgende Beschaffungen sind erforderlich:

			2013
			EUR
1.	Ersatzbeschaffung ehemaliger Bundeskatastrophenschutzfahrzeug		
1.1	Betreuungslastkraftwagen - 4 Kfz		120.000
1.2	Sanitätsgerätekraftwagen - 2 Kfz		120.000
1.3	Notfallkrankentransportwagen - 2 Kfz		60.000
	<i>Summe zu 1.</i>		<i>300.000</i>
2.	Katastrophenschutzfahrzeuge Land		
2.1	Reaktorerkundungstruppkraftwagen - 2 Kfz		130.000
2.2	Führungskraftwagen/Einsatzleitwagen - 6 Kfz		150.000
2.3	Mannschaftstransportwagen - 2 Kfz		60.000
	<i>Summe zu 2.</i>		<i>340.000</i>
3.	Fachdienstausstattung, Funkgeräte, persönliche Schutzausstattung		
3.1	Digitale Funkgeräte		100.000
3.2	Messausstattung chemische Stoffe für die Reaktorerkundungstruppkraftwagen - 4 Geräte		
3.3	Ausstattung für die Verletzendekontamination		20.000
3.4	Persönliche Schutzausstattung		20.000
3.5	Schnelleinsatzzelte mit Heizung		20.000
	<i>Summe zu 3.</i>		<i>160.000</i>
Zusammen			800.000

Mehr wegen der Zuweisungen für die Beschaffung digitaler Funkgeräte.

919 63	851	Zuführung an die Rücklage "Rückzahlung von Landeszuschüssen für Investitionen der Kreise und kreisfreien Städte"	0,0	0,0
(TG 63)			0,0	

Künftig wegfallend.

Übertragen von 0410 - 919 67 (TG 67).

981 63	851	Erstattung von Ausgaben für die Durchführung des Projektes SAFECOAST	0,0	0,0
(TG 63)			0,0	

Künftig wegfallend.

Übertragen von 0410 - 981 67 (TG 67).

04 05 Feuerwehrwesen, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012 Ist 2011	Soll 2013
			T€	
Summe der Titelgruppe 63			1.564,5 1.415,9	1.584,5
65 Havariekommando				
631 65 (TG 65)	044	Anteil an den Kosten für das Havariekommando (Brandschutz)	478,2 216,2	700,0
Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 381 65 (TG 65) und der Mehreinnahmen bei Titel 232 65 (TG 65) geleistet werden.				
Übertragen von 0405 - 632 65 (TG 65).				
Erläuterungen:				
Die Kosten der Länder für das Havariekommando werden vom Land Schleswig-Holstein als Abrechnungsstelle gegenüber dem Bund getragen. Die Länder erstatten dem Land Schleswig-Holstein die von ihnen zu tragenden Anteile. Vgl. Titel 232 65 (TG 65).				
Auf Schleswig-Holstein entfallen nach dem Verteilungsschlüssel des Schadstoffbekämpfungsabkommens 30 v.H. der Gesamtkosten für das Havariekommando.				
Mehr wegen der anteiligen Finanzierung der Spezialausbildung "Überleben auf See".				
632 65 (TG 65)	044	Anteil an den Kosten für das Havariekommando (Brandschutz)	0,0 0,0	0,0
Übertragen nach 0405 - 631 65 (TG 65).				
Summe der Titelgruppe 65			478,2 216,2	700,0
69 Outputorientierte Personalkosten				
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind outputorientierte Personalkosten. Vgl. Vorwort Buchstabe G.				
422 69 (TG 69)	044	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	249,1 345,0	495,1
201,4 T€ übertragen von 0410 - 422 67 (TG 67).				
44,6 T€ übertragen von 0410 - 422 70 (TG 70).				
428 69 (TG 69)	044	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	115,1 297,8	406,8
291,7 T€ übertragen von 0410 - 428 67 (TG 67).				
Summe der Titelgruppe 69			364,2 642,8	901,9
Summe der Ausgaben			13.967,0 19.012,5	17.489,9

04 05 Feuerwehresen, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	41,0 256,4	146,0
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	907,1 755,3	1.057,4
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	119,8
Gesamteinnahmen			948,1 1.011,7	1.323,2
41 - 49		Personalausgaben	1.773,8 2.138,0	2.304,5
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	979,0 857,2	1.029,5
56 - 59		Schuldendienst	400,0 400,0	400,0
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	3.778,2 3.462,0	4.417,7
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	7.036,0 12.155,3	9.338,2
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 0,0	0,0
Gesamtausgaben			13.967,0 19.012,5	17.489,9
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-13.018,9 -18.000,8	-16.166,7

04 07 Ausländer- und Integrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

Das Kapitel 04 07 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Einnahmen

- 02 Integration von Migrantinnen und Migranten
- 03 Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten
- 62 Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten
- 65 Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein

Ausgaben

- 02 Integration von Migrantinnen und Migranten
- 03 Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten
- 62 Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten
- 65 Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein
- 69 Outputorientierte Personalkosten

Erläuterungen:

Das Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein wurde zum 1. April 1993 als Landesoberbehörde errichtet. Die Aufgaben bestimmen sich nach dem Landesaufnahmegesetz (LAufnG) vom 23. November 1999 (GVOBl. Schl.-H. S. 391), zuletzt geändert durch Landesverordnung vom 8. September 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 575) und der Ausländer- und Aufnahmeverordnung (AuslAufnVO) vom 19. Januar 2000 (GVOBl. Schl.-H. S. 101) zuletzt geändert durch Verordnung vom 30. April 2011 (GVOBl. Schl.-H. S. 128).

Einnahmen

359 01	851	Entnahme aus der Rücklage	0,0	0,0
			0,0	

Künftig wegfallend.

Übertragen von 0913 - 359 01.

02 Integration von Migrantinnen und Migranten

119 06	291	Einnahmen aus zurückzuzahlenden Zuwendungen einschließlich Zinsen	10,0	10,0
			93,3	

(MG 02)

Übertragen von 0913 - 119 06 (MG 02).

Erläuterungen:

Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben in der MG 02 zu verwenden.

Summe der Maßnahmegruppe 02

10,0	10,0
93,3	

03 Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten

119 02	235	Erstattungen im Rahmen von Asylverfahren	250,0	250,0
			217,0	

(MG 03)

Übertragen von 0407 - 119 62 (TG 62).

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Erstattungen von Ausländerbehörden im Rahmen des Asylverfahrens (Erstattung der Abschiebungskosten) und der abgerechneten Sicherheitsleistungen von Asylbegehrenden und sonstigen Leistungsberechtigten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (Kosten der Ab- oder Zurückschiebung).

04 07 Ausländer- und Integrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	
119 99 (MG 03)	235	Vermischte Einnahmen	0,0 0,0	0,0
231 01 (MG 03)	235	Einnahmen von Fördermitteln der EU für die Neuansiedlung von Flüchtlingen in Schleswig-Holstein Übertragen von 0407 - 231 62 (TG 62). Erläuterungen: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 633 02 (MG 03) zu verwenden.	0,0 161,6	0,0
Summe der Maßnahmegruppe 03			250,0 378,6	250,0
62 Aufnahme und Verteilung von Migranteninnen und Migranten				
119 62 (TG 62)	235	Vermischte Einnahmen Übertragen von 0913 - 119 62 (TG 62). Übertragen nach 0407 - 119 02 (MG 03).	0,0 0,0	0,0
231 62 (TG 62)	246	Einnahmen von Fördermitteln aus dem Europäischen Flüchtlingsfonds (EFF III) für die Neuansiedlung von Flüchtlingen in Schleswig-Holstein Übertragen von 0913 - 231 62 (TG 62). Übertragen nach 0407 - 231 01 (MG 03).	0,0 0,0	0,0
Summe der Titelgruppe 62			0,0 0,0	0,0
65 Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein				
119 65 (TG 65)	235	Vermischte Einnahmen Übertragen von 0913 - 119 65 (TG 65).	2,0 0,3	2,0
Summe der Titelgruppe 65			2,0 0,3	2,0
Summe der Einnahmen			262,0 472,2	262,0

04 07 Ausländer- und Integrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

Ausgaben

919 01	851	Zuführung an die Rücklage	0,0	0,0
			0,0	

Künftig wegfallend.

Übertragen von 0913 - 919 01.

02 Integration von Migrantinnen und Migranten

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen der MG 02 überschritten werden. Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe und mit der MG 03.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel für Zuschüsse

- zur personenbezogenen Beratung von Migrantinnen und Migranten sowie
- zur Steigerung der Teilhabe von Migrantinnen und Migranten

526 01	291	Informationsveranstaltungen	2,0	2,0
			6,6	

(MG 02)

Übertragen von 0913 - 526 01 (MG 02).

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kosten für migrationspolitische Koordinierungsrunden sowie für die Durchführung von Informationsveranstaltungen und für Informationsmaterial.

533 02	291	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Auftragsformen	0,0	2,5
			0,0	

(MG 02)

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die anteiligen Kosten für die Erstellung des Länder-Integrationsmonitorings, das im Zweijahresrhythmus erstellt wird.

681 02	291	Integrationspreis	7,5	7,5
			9,5	

(MG 02)

Übertragen von 0913 - 681 02 (MG 02).

Erläuterungen:

Zur Würdigung der Arbeit von Initiativen und Verbänden im Integrationsbereich ist die Verleihung eines Integrationspreises vorgesehen. Veranschlagt sind Preisgelder für zwei Preisträger sowie die mit der Auslobung des Preises verbundenen Sachkosten.

684 01	291	Institutionelle Förderung von Migrantinnenorganisationen	0,0	240,0
			0,0	

(MG 02)

Erläuterungen:

Zuwendung

Veranschlagt sind die institutionellen Förderungen folgender Organisationen:

			2013 EUR
1.	Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.		120.000
2.	Türkische Gemeinde in Schleswig-Holstein e.V.		120.000
Summe			240.000

684 02	291	Sprachkurse für Flüchtlinge	0,0	50,0
			0,0	

(MG 02)

684 06	291	Projekte zum Aktionsplan Integration	135,0	135,0
			209,1	

(MG 02)

Übertragen von 0913 - 684 06 (MG 02).

04 07 Ausländer- und Integrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

noch zu 684 06

Erläuterungen:

Zuwendung

Der Aktionsplan Integration Schleswig-Holstein "Vielfalt macht stark" richtet die neue Integrationspolitik auf die Verwirklichung von Chancengerechtigkeit in den staatlichen und nichtstaatlichen Strukturen sowie auf den Aufbau einer Willkommens- und Anerkennungskultur aus. Veranschlagt sind Zuschüsse für Projekte zur Umsetzung dieser Ziele durch Wohlfahrtsverbände, Migrantenselbstorganisationen und andere Projektträger.

684 15 (MG 02)	291	Migrationssozialberatung	1.274,4 1.580,1	1.580,0
--------------------------	-----	---------------------------------	---------------------------	----------------

Übertragen von 0913 - 684 15 (MG 02).

Erläuterungen:

Zuwendung

Veranschlagt sind Zuschüsse für die Personal- und Sachkosten zur Sicherstellung der landesweiten wohnortnahen migrations-spezifischen Beratung von Migrantinnen und Migranten (Zuwanderer-Integrations-Management und zur Unterstützung in migrations-spezifischen Bedarfslagen).

Es handelt sich um eine Maßnahme des Landes nach § 45 Aufenthaltsgesetz vom 25. Februar 2008 (BGBl. I S. 162, zuletzt geändert durch Gesetz vom 1. Juni 2012 (BGBl. I S. 1224). und ergänzt die nicht flächendeckenden und nicht für alle Migrantinnen und Migranten geöffneten bundesfinanzierten Angebote.

Summe der Maßnahmegruppe 02	1.418,9 1.805,3	2.017,0
------------------------------------	---------------------------	----------------

03 Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe und mit der MG 02.

Erläuterungen:

Das Land Schleswig-Holstein nimmt folgende Migrantengruppen auf: Asylbegehrende, Spätaussiedler, jüdische Zuwanderer, Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge, Personen im Rahmen bundesweiter humanitärer Aufnahmeaktionen sowie unerlaubt eingereiste Ausländer.

Asylbegehrende werden in der Aufnahmeeinrichtung des Landes aufgenommen und von dort auf eine zugeordnete Gemeinschaftsunterkunft (ZGU) oder auf die Kreise und kreisfreien Städte verteilt.

Das Land erstattet den Gemeinden und Gemeindeverbänden Aufwendungen, die ihnen durch die Aufnahme und Unterbringung von Asylbegehrenden und weiteren nach dem Asylbewerberleistungsgesetz leistungsberechtigten Personen entstehen. Rechtsgrundlage hierfür ist § 2 Satz 3 des Gesetzes zur Ausführung des Asylbewerberleistungsgesetzes vom 11. Oktober 1993 (GVOBl. Schl.-H. S. 498), zuletzt geändert durch Art. 10 der Verordnung vom 8. September 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 575) in Verbindung mit der Landesverordnung über die Erstattung von Aufwendungen für leistungsberechtigte Personen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (Erstattungsverordnung) vom 5. Dezember 1996 (GVOBl. Schl.-H. S. 725), zuletzt geändert durch Art. 9 der Verordnung vom 8. September 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 575) sowie dazu erlassene Verwaltungsvorschriften.

Spätaussiedler, jüdische Zuwanderer, Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge sowie unerlaubt eingereiste Ausländer werden in einer Aufnahmeeinrichtung des Landes aufgenommen und von dort auf die Kreise und kreisfreien Städte verteilt. Für die Dauer ihres Aufenthalts in der Landesunterkunft trägt das Land für diese Personen, wie auch für die untergebrachten Asylbegehrenden, nach § 4 Abs. 1 Satz 1 des Landesaufnahmengesetzes vom 23. November 1999 (GVOBl. Schl.-H. S. 391), zuletzt geändert durch Art. 9 der Verordnung vom 8. September 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 575), die Kosten. Die Landesunterkunft wird vom Landesamt für Ausländerangelegenheiten betrieben.

Personen im Rahmen bundesweiter humanitärer Aufnahmeaktionen werden in aller Regel unmittelbar auf die Kreise und kreisfreien Städte verteilt.

526 02 (MG 03)	235	Dolmetscherkosten	60,0 14,1	25,0
--------------------------	-----	--------------------------	---------------------	-------------

Übertragen von 0407 - 536 62 (TG 62).

04 07 Ausländer- und Integrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

noch zu 526 02

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die für die Durchführung der Asylverfahren notwendigen Dolmetscherkosten.

533 01 (MG 03)	235	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	3.280,5	3.000,0
			2.604,9	

Übertragen von 0407 - 533 62 (TG 62).

Erläuterungen:

Das Land betreibt in Neumünster eine Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende, Spätaussiedler, jüdische Zuwanderer, (Bürger-) Kriegsflüchtlinge, Personen im Rahmen bundesweiter, humanitärer Aufnahmeaktionen sowie unerlaubt eingereiste Ausländer.

Veranschlagt sind folgende durch Werkverträge vergebene Leistungen:

			2013
			EUR
1.	Kosten für die ärztliche Versorgung		1.109.500
2.	Kosten für den Küchenbetrieb		820.000
3.	Kosten für die Unterbringung, Betreuung und Beratung		720.500
4.	Kosten für den Wachdienst		310.000
5.	Sonstiges		40.000
Summe			3.000.000

534 01 (MG 03)	235	Kosten der Rückführung	150,0	295,0
			292,8	

Übertragen von 0407 - 534 62 (TG 62).

Erläuterungen:

Neben den Abschiebungen und Zurückschiebungen in eigener Zuständigkeit führt das Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein im Wege der Amtshilfe auch die Abschiebungen und Zurückschiebungen für Ausländerbehörden in Schleswig-Holstein sowie anderer Bundesländer gegen Kostenerstattung durch. Veranschlagt sind auch die Kosten für die Inanspruchnahme von Haftplätzen in der Abschiebehafteinrichtung Eisenhüttenstadt gem. Verwaltungsvereinbarung zwischen den Ländern Schleswig-Holstein und Brandenburg über die Unterbringung von Abschiebungshaftgefangenen vom 20. Juli 2010. Mehr wegen der Anpassung an die Ausgabenentwicklung.

534 02 (MG 03)	235	Kosten des Transports und der Verteilung	40,0	35,0
			30,2	

Übertragen von 0407 - 535 62 (TG 62).

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Transportkosten im Rahmen der Erstverteilung (in andere Länder) und der Zweitverteilung innerhalb Schleswig-Holsteins (Verteilung auf die Kreise und kreisfreien Städte).

546 99 (MG 03)	235	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	0,0	0,0
			0,0	

Übertragen von 0407 - 546 62 (TG 62).

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

633 01 (MG 03)	287	Erstattungen von Leistungen im Rahmen der Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten	18.585,0	27.465,0
			19.507,0	

Übertragen von 0407 - 633 62 (TG 62).

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2013
			EUR
1.	Erstattungen von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und für die Förderung der freiwilligen Rückkehr		27.365.000
2.	Erstattungen der Kosten für die Unterhaltung der Gemeinschaftsunterkünfte		100.000
Summe			27.465.000

04 07 Ausländer- und Integrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

noch zu 633 01

Zu Position 1:

Die den Gemeinden und Gemeindeverbänden im Rahmen der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern und sonstigen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz leistungsberechtigten Personen entstehenden Aufwendungen werden gemäß der Erstattungsverordnung vom 5. Dezember 1996 (GVOBl. Schl.-H. S. 725), zuletzt geändert durch Verordnung vom 8. September 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 575), in Verbindung mit dem Erstattungserlass vom 25. Februar 2004 - IV 613 - 483.0223.31 - vom Land zu 70 v.H. erstattet. Die Erstattungsregelung sieht vor, dass die Kommunen im Jahr 2013 vierteljährliche Abschlagszahlungen erhalten, die im Folgejahr von den Kommunen abschließend abgerechnet werden.

Darüber hinaus beteiligt sich das Land zu 35 v.H. an den Aufwendungen der vom Bund geförderten Rückkehrprogramme "REAG" und "GARP" für Flüchtlinge, die aus Schleswig-Holstein freiwillig in ihre Heimat zurückkehren. Der Bund trägt 50 v.H. der Kosten, die Kommunen übernehmen 15 v.H.

Zu Position 2:

Das Land erstattet den Kommunen gemäß § 1 Abs. 2 der Erstattungsverordnung vom 5. Dezember 1996 (GVOBl. Schl.-H. S. 725), zuletzt geändert durch Verordnung vom 8. September 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 575), in Verbindung mit dem Erstattungserlass vom 25.2.2004 - IV 613 - 483.0223.31 - die Kosten für die Unterhaltung bzw. Instandsetzung der Gemeinschaftsunterkünfte zu 70 v.H.

Mehr wegen der Erhöhung der Anzahl der Leistungsempfänger sowie der gestiegenen Grundleistungen nach § 3 Asylbewerberleistungsgesetz aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes vom 18. Juli 2012.

633 02 (MG 03)	235	Fördermitteln der EU für die Neuansiedlung von Flüchtlingen in Schleswig-Holstein	0,0 143,9	0,0
--------------------------	-----	--	---------------------	------------

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 231 01 (MG 03) geleistet werden.

Übertragen von 0407 - 635 62 (TG 62).

Erläuterungen:

Die Fördermittel der EU für die Neuansiedlung von Flüchtlingen in Schleswig-Holstein werden an die Kommunen für die Aufnahme von Flüchtlingen im Rahmen humanitärer Aufnahmeaktionen bzw. Resettlement weitergeleitet.

883 01 (MG 03)	235	Zuweisungen an kommunale Gebietskörperschaften für die Herrichtung von Unterkünften	45,0 0,0	45,0
--------------------------	-----	--	--------------------	-------------

Übertragen von 0407 - 883 62 (TG 62).

Erläuterungen:

Nach der Erstattungsverordnung vom 5. Dezember 1996 (GVOBl. Schl.-H. S. 725), zuletzt geändert durch Verordnung vom 8. September 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 575), in Verbindung mit dem Erstattungserlass vom 25. Februar 2004 -IV 613 - 483.0223.31- erstattet das Land den Kreisen und kreisfreien Städten 70 v.H. der Kosten für die Herrichtung neuer Gemeinschaftsunterkünfte für Asylsuchende.

Nach den zuletzt deutlich gestiegenen Zugangszahlen wird erwartet, dass die Kreise und kreisfreie Städte nach einer vorausgegangenen Bedarfsprüfung neue Gemeinschaftsunterkünfte einzurichten haben.

Summe der Maßnahmegruppe 03	22.160,5	30.865,0
	22.592,9	

62 Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten

533 62 (TG 62)	246	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	0,0 0,0	0,0
--------------------------	-----	---	-------------------	------------

Übertragen von 0913 - 533 62 (TG 62).
Übertragen nach 0407 - 533 01 (MG 03).

534 62 (TG 62)	246	Kosten der Rückführung	0,0 0,0	0,0
--------------------------	-----	-------------------------------	-------------------	------------

Übertragen von 0913 - 534 62 (TG 62).
Übertragen nach 0407 - 534 01 (MG 03).

535 62 (TG 62)	246	Kosten des Transports und der Verteilung	0,0 0,0	0,0
--------------------------	-----	---	-------------------	------------

Übertragen von 0913 - 535 62 (TG 62).
Übertragen nach 0407 - 534 02 (MG 03).

04 07 Ausländer- und Integrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	
536 62 (TG 62)	246	Dolmetscherkosten Übertragen von 0913 - 536 62 (TG 62). Übertragen nach 0407 - 526 02 (MG 03).	0,0 0,0	0,0
546 62 (TG 62)	246	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbe- träge Übertragen von 0913 - 546 62 (TG 62). Übertragen nach 0407 - 546 99 (MG 03).	0,0 0,0	0,0
633 62 (TG 62)	235	Erstattung von Leistungen im Rahmen der Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten Übertragen von 0913 - 633 62 (TG 62). Übertragen nach 0407 - 633 01 (MG 03).	0,0 0,0	0,0
635 62 (TG 62)	246	Fördermittel aus dem Europäischen Flüchtlingsfonds (EFF III) für die Neuansiedlung von Flüchtlingen in Schleswig-Holstein Übertragen von 0913 - 635 62 (TG 62). Übertragen nach 0407 - 633 02 (MG 03).	0,0 0,0	0,0
883 62 (TG 62)	235	Zuweisungen an kommunale Gebietskörperschaften für die Herrich- tung von Unterkünften Übertragen von 0913 - 883 62 (TG 62). Übertragen nach 0407 - 883 01 (MG 03).	0,0 0,0	0,0
Summe der Titelgruppe 62			0,0 0,0	0,0
65		Landesamt für Aus- länderangelegenheiten Schleswig-Hol- stein Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe mit Ausnahme der Titel der Obergruppe 42. Erläuterungen: In der Titelgruppe 65 sind die Ausgaben für das Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein in Neumünster zentral veranschlagt.		
422 65 (TG 65)	235	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten Übertragen von 0913 - 422 65 (TG 65).	540,0 332,9	540,0
427 65 (TG 65)	235	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte Übertragen von 0913 - 427 65 (TG 65). Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.	0,0 0,0	0,0
428 65 (TG 65)	235	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Übertragen von 0913 - 428 65 (TG 65).	890,0 907,5	890,0
453 65 (TG 65)	235	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen Übertragen von 0913 - 453 65 (TG 65). Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.	2,0 0,0	0,0

04 07 Ausländer- und Integrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	
511 65 (TG 65)	235	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	40,0	34,5
Übertragen von 0913 - 511 65 (TG 65).			26,5	
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind:				2013
				EUR
1. Büromaterial				9.000
2. Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.				9.000
3. Druck- und Buchbindearbeiten				1.000
4. Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren				9.000
5. Ersatzbeschaffung von Geräten				2.000
6. Ergänzungsbeschaffung von Geräten				3.500
7. Unterhaltung von Geräten				1.000
Summe				34.500
514 65 (TG 65)	235	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	28,0	32,0
Übertragen von 0913 - 514 65 (TG 65).			28,7	
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind:				2013
				EUR
1. Haltung von Dienstfahrzeugen				15.000
2. Verbrauchsmittel				17.000
Summe				32.000
Bestand an Dienstfahrzeugen:			Soll 2013	Bestand
				01.02.2012
Personenkraftwagen			2	2
Transporter			2	2
Zusammen			4	4
518 65 (TG 65)	235	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	5,0	5,0
Übertragen von 0913 - 518 65 (TG 65).			4,5	
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind Gerätemieten und Kosten für die Wartungen von Kopiergeräten.				
525 65 (TG 65)	235	Aus- und Fortbildung	12,0	14,0
Übertragen von 0913 - 525 65 (TG 65).			11,5	
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind die Schulungskosten für Fortbildungsmaßnahmen im Rahmen des Asylverfahrens und ausländerrechtlicher Angelegenheiten sowie für Aufgaben der allgemeinen Verwaltung (Haushalt, Personal, Reisekosten, Qualifizierungsangebot für Angestellte usw.).				
526 65 (TG 65)	235	Gerichts- und ähnliche Kosten	5,0	3,0
Übertragen von 0913 - 526 65 (TG 65).			0,9	
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind Gerichtskosten im Rahmen der Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten.				
527 65 (TG 65)	235	Dienstreisen	3,0	4,0
			3,1	

04 07 Ausländer- und Integrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

noch zu 527 65

Übertragen von 0913 - 527 65 (TG 65).

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kosten für Dienstreisen zur Aufgabenwahrnehmung im Rahmen der Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten.

531 65	235	Veröffentlichungen	1,0	0,0
(TG 65)			0,0	

Übertragen von 0913 - 531 65 (TG 65).

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

533 65	235	Untersuchungen und Schutzimpfungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern	1,0	5,0
(TG 65)			4,7	

Übertragen von 0913 - 533 65 (TG 65).

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kosten für arbeitsmedizinische Untersuchungen und notwendige Impfungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesamtes für Ausländerangelegenheiten. Vgl. Titel 539 65 (TG 65).

539 65	235	Ärztliche Untersuchungen	1,0	1,0
(TG 65)			0,2	

Übertragen von 0913 - 539 65 (TG 65).

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für amtsärztliche Untersuchungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie von Bewerberinnen und Bewerbern ohne Ausgaben für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte. Vgl. Titel 533 65 (TG 65).

546 65	235	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	1,0	2,0
(TG 65)			1,5	

Übertragen von 0913 - 546 65 (TG 65).

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2013
		EUR
1.	Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte	0
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen	0
3.	Sonstige vermischte Ausgaben	2.000
Summe		2.000

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

811 65	235	Erwerb von Fahrzeugen	0,0	40,0
(TG 65)			35,7	

Übertragen von 0913 - 811 65 (TG 65).

Erläuterungen:

Beim Landesamt für Ausländerangelegenheiten wird zum Transport der Asylbewerberinnen und Asylbewerber bei aufenthaltsbeendenden Maßnahmen sowie Vorführungen zu den Botschaften ein Sonderfahrzeug (Transporter) eingesetzt.

04 07 Ausländer- und Integrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

noch zu 811 65

Veranschlagt sind:

			2013 EUR	
1.		Erstmalige Anschaffungen		0
		<i>Summe zu 1.</i>		0
2.		Ersatzbeschaffungen		
2.1		Personenkraftwagen (Transporter)		40.000
		<i>Summe zu 2.</i>		40.000
Zusammen				40.000
812 65	235	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	2,5	0,0
(TG 65)			2,7	
Übertragen von 0913 - 812 65 (TG 65).				
Erläuterungen:				
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.				
Summe der Titelgruppe 65			1.531,5	1.570,5
			1.360,4	
69		Outputorientierte Personalkosten		
422 69	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	530,0	530,0
(TG 69)			0,0	
530,0 T€ übertragen von 0901 - 422 01.				
428 69	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	136,0	136,0
(TG 69)			0,0	
136 T€ übertragen von 0901 - 428 01.				
Summe der Titelgruppe 69			666,0	666,0
			0,0	
Summe der Ausgaben			25.776,9	35.118,5
			25.758,6	

04 07 Ausländer- und Integrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	262,0 310,6	262,0
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	0,0 161,6	0,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0
Gesamteinnahmen			262,0 472,2	262,0
41 - 49		Personalausgaben	2.098,0 1.240,4	2.096,0
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	3.629,5 3.030,2	3.460,0
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	20.001,9 21.449,6	29.477,5
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	47,5 38,4	85,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 0,0	0,0
Gesamtausgaben			25.776,9 25.758,6	35.118,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-25.514,9 -25.286,4	-34.856,5

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

Das Kapitel 04 10 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Einnahmen

- 63 Digitalfunk
- 67 Katastrophenschutz
- 68 Beseitigung und Vernichtung von Kriegsmunition
- 71 Kriminaltechnik

Ausgaben

- 61 Besonderer Einsatz der Polizei
- 62 Polizei-Bigband
- 63 Digitalfunk
- 64 Fahndung, Ermittlung, Einsatz
- 66 Rat für Kriminalitätsverhütung
- 67 Katastrophenschutz
- 68 Beseitigung und Vernichtung von Kriegsmunition
- 69 Outputorientierte Personalkosten (Polizei - ministerieller Bereich)
- 70 Outputorientierte Personalkosten (Katastrophenschutz - ministerieller Bereich)
- 71 Kriminaltechnik

Die Mehreinnahmen der Titel 111 71, 124 02, 125 01, 125 04, 271 01 und 272 01 dürfen für Mehrausgaben bei den Titeln der Hauptgruppen 5 bis 8 verwendet werden.

Erläuterungen:

Strategischer Aufgabenbereich: Innere Sicherheit.

Einnahmen

111 01	042	Gebühren und tarifliche Entgelte	1.930,0	2.200,0
			2.234,7	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Einnahmen nach der Vollzugs- und Vollstreckungskostenverordnung, der Landesverordnung über Verwaltungsgebühren und der Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr.

Veranschlagt sind:

		2013
		EUR
1.	Einnahmen nach der Vollzugs- und Vollstreckungskostenverordnung	725.000
2.	Verwaltungsgebühren und verauslagte Verwaltungskosten	1.475.000
Summe		2.200.000

111 05	042	Einnahmen aus der Verkehrsüberwachung mit Ausnahme von Verwarnungsgeld	0,0	0,0
			0,4	

Künftig wegfallend.

112 01	042	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	10.100,0	10.500,0
			11.198,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2013
		EUR
1.	Einnahmen aus Verwarnungsgeldern, die von der Polizei festgelegt werden	10.498.000
2.	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	2.000
Summe		10.500.000

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	
119 02	042	Einnahmen der Verwaltungsbereiche der Polizei	128,0 60,3	75,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind:		2013 EUR
		1. Einnahmen aus Schadensersatz gegen Dritte		70.000
		2. Erlöse aus dem Verkauf unbrauchbarer oder entbehrlicher Gegenstände		4.000
		3. Sonstiges		1.000
		Summe		75.000
119 99	042	Vermischte Einnahmen	20,0 22,0	20,0
122 01	042	Einnahmen aus Konzessionsabgaben	65,0 43,7	65,0
		Erläuterungen: Veranschlagt ist das Aufkommen aus Konzessionsverträgen über den Anschluss von Überfall- und Einbruchmeldeanlagen bei den Polizeidienststellen.		
124 01	042	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	80,0 78,0	80,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind:		2013 EUR
		1. Entgelte für Nutzung von Raumschießanlagen durch den Bund und andere Länder		50.000
		2. Sonstige Einnahmen		30.000
		Summe		80.000
		Die Sportanlagen in Eutin-Hubertushöhe (PDAFB) dürfen in Abweichung von § 52 LHO Sportvereinen außerhalb der für die Landespolizei festgesetzten Dienststunden unentgeltlich überlassen werden.		
124 02	042	Einnahmen aus der Verpachtung von Kantinenbetrieben	4,0 4,8	5,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind die Einnahmen aus der Verpachtung der Kantinen der Landespolizei in Eutin, Kiel und Lübeck.		
125 01	042	Einnahmen aus der Gewährung von Verpflegung	332,0 265,6	250,0
		Erläuterungen: Die Einzahlungen richten sich nach der Vorschrift über die Verpflegung am Standort der in Gemeinschaftsunterkünften untergebrachten Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten des Landes Schleswig-Holstein (Polizeiverpflegungsvorschrift - PVerpfIV) vom 2. Mai 2005 - IV 435-60.00 - in der derzeit gültigen Fassung. Bei der Berechnung der Verpflegungsgelder werden die für die Beschaffung der Lebensmittel entstehenden Ausgaben zugrunde gelegt. Freiwillige Teilnehmer/-innen an der Mittagsverpflegung zahlen daneben erhöhte anteilige Herstellungskosten. Die Kosten für die Zubereitung der Gemeinschaftsverpflegung sowie die Bewirtschaftung der Küchen sind bei den entsprechenden Sachtiteln veranschlagt.		
125 02	042	Einnahmen aus der Tätigkeit der Polizei Bigband	50,2 27,5	25,0
		Erläuterungen: Siehe Titelgruppe 62.		
125 03	042	Einnahmen der Kraftfahrzeugwerkstätten der Landespolizei	50,0 37,9	50,0
125 04	042	Einnahmen aus der Aus- und Fortbildung von Bediensteten	0,0 10,9	10,0

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	
132 01	042	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	120,0 111,4	654,0
		Historische Polizeifahrzeuge aus dem Bestand der Landespolizei dürfen der "Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf" kostenlos zur Nutzung überlassen werden.		
231 02	042	Zuweisung im Rahmen des Bundesprogramms "kompetent für Demokratie - Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus"	0,0 213,4	0,0
		Erläuterungen: Vgl. Titel 0410 - 671 66 (TG 66)		
231 03	042	Erstattung des Bundes im Rahmen der Durchführung von Kontrollen zur Gefahrenabwehr im Seeverkehr	8,0 11,3	8,0
		Erläuterungen: Veranschlagt aufgrund der " Vereinbarung über die Kostenerstattung durch den Bund für die Durchführung von Kontrollen gemäß Regel 9 von Kapitel XI-2 der Anlage des SOLAS-Übereinkommens durch die Wasserschutzpolizei des Landes Schleswig-Holstein", unterzeichnet am 11. September 2007/15. Januar 2008.		
232 01	042	Zuweisungen von Mehrkosten aus Anlass des Einsatzes von Polizeikräften in anderen Ländern	850,0 1.877,8	1.400,0
271 01	532	Erstattung der EU für die Erhaltung und Bewirtschaftung der Fischereiressourcen	15,0 0,0	1,0
		Erläuterungen: Anteilige Erstattung der Kosten für die Wahrnehmung der Fischereiaufsicht gemäß der Entscheidung der EU-Ratsverordnung 861/2006/EG v. 22. Mai 2006 und der Kommission Umsetzungsverordnung 391/2007/EG v. 11. April 2007		
272 01	042	Zuschüsse der EU für Projekte der Landespolizei Schleswig-Holstein und im Rahmen internationaler polizeilicher Zusammenarbeit	0,0 0,0	0,0
356 05	851	Entnahme aus der Rücklage Sabbatjahr	0,0 0,0	0,0
359 01	851	Entnahme aus der Rücklage Polizeidienstkleidung	0,0 0,0	0,0
63 Digitalfunk				
124 63 (TG 63)	042	Einnahmen von Dritten aus der Mitnutzung landeseigener Basisstationen für den Digitalfunk	32,0 0,0	0,0
		Künftig wegfallend. Erläuterungen: Zentralisierung der Miet- und Bewirtschaftungsleistungen im Finanzministerium		
231 63 (TG 63)	042	Kostenerstattungen für die Bereitstellung eines digitalen Sprech- und Datenfunkverkehrs	1.843,0 0,0	1.617,0
		Erläuterungen: Einnahmen aus der Nutzung landeseigener Digitalfunktechnik durch externe Nutzer, z. B. Bund, Kommunen, Rettungsdienste und andere.		
233 63 (TG 63)	042	Erstattung der Kommunen für Leitungsgebühren und Systemwartung der kooperativen Regionalleitstellen	220,0 130,9	292,0
331 63 (TG 63)	042	Kostenerstattungen des Bundes für den Aufbau eines digitalen Sprech- und Datenfunksystems	0,0 0,0	2.739,0
		Erläuterungen: Der Bund beteiligt sich an den Kosten der nach aktueller Planung insgesamt 170 in Schleswig-Holstein zu erstellenden Basisstationen. Der Anteil des Bundes beträgt 52 von 170. Siehe Ausgaben-Titelgruppe 63		
333 63 (TG 63)	042	Kostenerstattung der Kommunen für den Aufbau eines digitalen Sprech- und Datenfunkverkehrs	0,0 166,9	271,0
359 63 (TG 63)	851	Entnahme aus der Rücklage "Digitalfunk"	0,0 16.000,0	0,0

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

noch zu 359 63

Erläuterungen:
Siehe Titelgruppe 63

		Summe der Titelgruppe 63	2.095,0 16.297,8	4.919,0
67 Katastrophenschutz				
111 67 (TG 67)	045	Einnahmen nach der Kampfmittelverordnung und sonstige Entgelte	0,0 0,0	0,0
Übertragen nach 04 10 - 111 68				
112 67 (TG 67)	045	Einnahmen der Verwaltungsbereiche Katastrophenschutz	0,0 0,0	0,0
Übertragen nach 0405 - 112 63 (TG 63).				
119 67 (TG 67)	045	Vermischte Einnahmen	0,0 0,0	0,0
Übertragen nach 04 10 - 119 68				
132 67 (TG 67)	045	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	10,0 0,0	0,0
Künftig wegfallend.				
231 67 (TG 67)	045	Sonstige Zuweisungen vom Bund	0,0 0,0	0,0
Übertragen nach 04 10 - 231 68				
271 67 (TG 67)	045	Erstattungen der EU für die Durchführung des Projektes SAFECOAST im Rahmen des INTERREG III B-Nordsee-Programms	0,0 0,0	0,0
Übertragen nach 0405 - 271 63 (TG 63).				
359 67 (TG 67)	851	Entnahme aus der Rücklage "Rückzahlung Landeszuschüsse für Investitionen der Kreise und kreisfreien Städte"	0,0 0,0	0,0
Übertragen nach 0405 - 359 63 (TG 63).				
		Summe der Titelgruppe 67	10,0 0,0	0,0
68 Beseitigung und Vernichtung von Kriegsmunition				
111 68 (TG 68)	045	Einnahmen nach der Kampfmittelverordnung und sonstige Entgelte	280,0 326,2	280,0
119 68 (TG 68)	045	Vermischte Einnahmen	10,0 6,2	12,0
132 68 (TG 68)	045	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	0,0 0,0	5,0
231 68 (TG 68)	045	Sonstige Zuweisungen vom Bund	400,0 497,7	400,0
Erläuterungen: Anteil des Bundes an den Kosten der Beseitigung und Vernichtung von Kriegsmunition.				

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	
Summe der Titelgruppe 68			690,0	697,0
			830,1	
71		Kriminaltechnik		
		Erläuterungen:		
		Aufgrund eines Rahmenbeschlusses des Rates der Europäischen Union (2009/905 /JI) sollen die kriminaltechnischen Kernbereiche DNA-Analysen und daktyloskopische Daten akkreditiert werden.		
111 71	042	Einnahmen aus der Durchführung von kriminaltechnischen Untersuchungen	5,0	5,0
(TG 71)			3,3	
Summe der Titelgruppe 71			5,0	5,0
			3,3	
Summe der Einnahmen			16.552,2	20.964,0
			33.329,7	

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

Ausgaben

422 01	042	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	259.264,7	259.965,5
			262.401,1	

Der Ansatz darf bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 0410 - 356 05 überschritten werden.

Über § 10 Abs. 1 HG 2013 hinaus einseitig deckungsfähig zu Gunsten 916 05.

150.800 € übertragen von 0410 422 62.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2013	
			EUR	
1.	Bezüge			243.403.000
2.	Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten			3.970.000
3.	Entschädigung für nicht gewährte Dienstbefreiung			500.000
4.	Polizeizulage			10.540.000
5.	Besondere Zulagen für Taucher, verdeckte Ermittler; sonstige Erschwerniszulagen			32.500
6.	Wechselschicht-/Schichtdienstzulage			1.520.000
Summe				259.965.500

422 02	042	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte	0,0	0,0
			0,0	

422 03	042	Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungs-	7.269,4	7.269,4
		dienst	5.940,4	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2013	
			EUR	
1.	Bezüge			6.884.400
2.	Polizeizulage			250.000
3.	Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten			135.000
Summe				7.269.400

427 01	042	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	0,0	0,0
			0,0	

428 01	042	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	31.269,0	33.135,5
			33.444,5	

142,1 T€ übertragen von 0410 428 67 nach Auflösung des AfK.
1.724,4 T€ übertragen von 0410 428 68 nach Auflösung des AfK.

443 02	042	Heilfürsorge und Sonderkuren	10.600,0	0,0
			11.358,2	

Erläuterungen:

2013 im Einzelplan 11 (Titel 1106.00.44302) veranschlagt.

453 01	042	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	440,0	440,0
			413,9	

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

noch zu 453 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2013
		EUR
1.	Trennungsgeld	310.000
2.	Umzugskostenvergütung	130.000
Summe		440.000

453 03 042 Umzugskosten, Trennungsgeld, Reisebeihilfen in Angelegenheiten der Aus- und Fortbildung **510,0** **510,0**
509,7

Erläuterungen:

Veranschlagt sind persönliche Gebühren für alle in der Ausbildung, Umschulung und Fortbildung befindlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

		2013
		EUR
1.	Ausbildung	205.000
2.	Fortbildung	305.000
Summe		510.000

459 03 042 Pauschalabfindungen **22,0** **22,0**
16,4

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Abfindungen der Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten der Schutzpolizei für besondere Aufwendungen im Dienst aufgrund der vom Innenministerium im Einvernehmen mit dem Finanzministerium herausgegebenen Bestimmungen (Pauschalvergütungsbestimmungen).

511 01 042 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände **4.675,0** **5.148,0**
5.324,9

177,0 T€ übertragen nach 0410 - 511 64 (TG 64)

Einnahmen aus dem Verkauf ungeeigneter Junghunde sind von der Ausgabe abzusetzen.

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

noch zu 511 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2013 EUR
1.	Büromaterial, Druck- und Buchbindearbeiten	570.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	166.000
3.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	1.356.000
4.	Gebühren für Notrufeinrichtungen	169.000
5.	Beschaffung und Unterhaltung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	
5.1	Ersatzbeschaffung	970.000
5.2	Ergänzungsbeschaffung	215.000
5.3	Unterhaltung	360.000
6.	Beschaffung und Unterhaltung von Sportgeräten	
6.1	Ersatzbeschaffung	25.000
6.2	Ergänzungsbeschaffung	6.000
6.3	Unterhaltung	9.000
7.	Beschaffung und Unterhaltung von Verkehrs- und Umweltschutzgeräten	
7.1	Ersatzbeschaffung	110.000
7.2	Ergänzungsbeschaffung	26.000
7.3	Unterhaltung	45.000
8.	Beschaffung und Unterhaltung von Waffen und waffentechnischen Geräten	
8.1	Ersatzbeschaffung	238.000
8.2	Ergänzungsbeschaffung	53.000
8.3	Unterhaltung	87.000
9.	Unterhaltung und Betrieb von Fernmeldeeinrichtungen der Polizei	
9.1	Ersatzbeschaffung	178.000
9.2	Ergänzungsbeschaffung	40.000
9.3	Unterhaltung	65.000
10.	Polizeidiensthunde	
10.1	Ersatzbeschaffung	32.000
10.2	Ergänzungsbeschaffung	0
10.3	Unterhaltung	178.000
11.	Beschaffung und Unterhaltung von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen für das LKA	
11.1	Ersatzbeschaffung	157.000
11.2	Ergänzungsbeschaffung	35.000
11.3	Unterhaltung	58.000
Summe		5.148.000

514 01	042	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen und dgl.	9.620,0	10.500,0
			9.607,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2013 EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	7.235.000
2.	Betrieb und Unterhaltung von Wasserfahrzeugen	1.559.000
3.	Unterhaltung von Dienstfahrrädern	20.000
4.	Verbrauchsmittel	
4.1	Verpflegungskosten	621.000
4.2	Munition und Verbrauchsmaterial waffentechnische Bedarfe	1.065.000
4.3	Sonstiges	0
Summe		10.500.000

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

noch zu 514 01

Bestand an Dienstfahrzeugen der Landespolizei	Soll 2012	Soll 2013	tatsächlicher Bestand am 01.02.2012
1. Kraftfahrzeuge für			
1.1 Personenbeförderung			
1.1.1 PKW mit Fahrerinnen/Fahrern			
1.1.2 PKW für Selbstfahrer/-innen	1.114	1.124	1.114
1.1.3 sonstige	7	7	7
1.2 Lastenbeförderung	8	8	8
2. Spezialfahrzeuge	82	82	82
3. Anhänger	44	44	44
4. Krafträder, Mopeds	51	41	51
5. Wasserfahrzeuge			
5.1 Küstenboote	5	5	5
5.2 Streckenboote	2	2	2
5.3 Streifenboote	11	11	11
5.4 Mobile Streifenboote	15	15	15
5.5 sonstige	11	11	11
Zusammen	1.350	1.350	1.350

Bestand an Dienstfahrzeugen des Bundes bei der PD AFB in Eutin	Soll 2012	Soll 2013	tatsächlicher Bestand am 01.02.2012
1. Kraftfahrzeuge für			
1.1 Personenbeförderung			
1.1.1 PKW mit Fahrerinnen/ Fahrern			
1.1.2 PKW für Selbstfahrer/-innen	72	72	72
1.1.3 sonstige	20	20	20
1.2 Lastenbeförderung	13	13	13
2. Spezialfahrzeuge	27	27	27
3. Anhänger	8	8	8
4. Krafträder, Mopeds	9	9	9
5. Wasserfahrzeuge			
5.1 Küstenboot			
5.2 Streckenboot			
5.3 Streifenboot			
5.4 Mobile Streifenboote			
5.5 sonstige	3	3	3
Zusammen	152	152	152

514 02 042 Dienst- und Schutzkleidung **2.200,0**
2.031,6 **2.000,0**

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 0410 - 359 01 geleistet werden.

Einseitig deckungsfähig zu Gunsten des Titels 0410 - 919 01.

Einnahmen aus dem Bekleidungswesen sind von der Ausgabe abzusetzen.

517 01 042 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume **470,0**
581,7 **580,0**

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

noch zu 517 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2013 EUR
1.	Nebenkosten für Drittanmietungen	50.000
2.	Nebenkosten und Abgaben für landeseigene Liegenschaften	25.000
3.	Reinigung Unterkunftswäsche	50.000
4.	Ausgaben für Leuchtmittel u. a.	80.000
5.	Wiederkehrende Prüfung ortsveränderlicher Betriebsmittel	80.000
6.	Sonstiges (z. B. HB Bau -K 26 Ziff. 4-)	295.000
Summe		580.000

Veranschlagt sind die Bewirtschaftungs- und Nebenkosten für nicht dauerhafte Drittanmietungen. Die Veranschlagung für dauerhafte Drittanmietungen und deren Folgekosten erfolgt seit 2009 durch das Finanzministerium.

518 01	042	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	132,0	184,0
			184,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt für nicht dauerhafte Anmietungen.

518 02	042	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	27,0	44,0
			43,9	

518 03	042	Anmietung von Objekten für Zwecke der Ausbildung bei der PD für Aus- und Fortbildung und für die Bereitschaftspolizei und dem Landeskriminalamt	35,0	52,0
			52,4	

518 99	042	Leasingraten für Dienstkraftfahrzeuge	41,0	87,5
			110,5	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Leasingkosten für 19 Fahrzeuge.

525 01	042	Aus- und Fortbildung	1.589,0	1.326,0
			1.325,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2013 EUR
1.	Lehr- und Lernmittel in Angelegenheiten der Aus- und Fortbildung	50.000
2.	Schulgeld, Unterrichtsentschädigungen, Honorare und Prüfungsgebühren	1.100.000
3.	Kosten der Sportausbildung	48.000
4.	Grenzüberschreitendes deutsch-dänisches Fortbildungsprojekt der Polizei (EU-Zuschuss).	0
5.	Kosten aus Anlass von Übungseinsätzen	78.000
6.	Sonstiges	50.000
Summe		1.326.000

526 01	042	Gerichts- und ähnliche Kosten	90,0	90,0
			89,8	

Erläuterungen:

Im Ansatz enthalten sind auch Kosten, die im Rahmen des Rechtsschutzes für Polizeibeamtinnen und -beamte entstehen.

526 04	042	Sitzungsgeld und sonstige Ausgaben in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	60,6	70,0
			73,2	

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

noch zu 526 04

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2013
		EUR
1.	Ausgaben in Personalvertretungsangelegenheiten	67.400
2.	Ausgaben in Schwerbehindertenangelegenheiten	2.600
Summe		70.000

Zu Position 1:

Veranschlagt sind Ausgaben für Reisen der Mitglieder des Hauptpersonalrats, der Jugend- und Ausbildungsververtretungen, für die Bezirkspersonalräte und örtlichen Personalräte der Landespolizei sowie Schulungs- und Bildungsveranstaltungen für Personalvertreterinnen und Personalvertreter und sonstige Ausgaben. Aus dem Ansatz dürfen auch Entschädigungen für die Benutzung von Fahrzeugen (§ 5 BRKG) gezahlt werden.

Zu Position 2:

Veranschlagt sind Ausgaben für Reisen der Vertrauensfrauen und Vertrauensmänner, der Hauptvertrauensfrau und des Hauptvertrauensmannes der Schwerbehinderten sowie Schulungs- und Bildungsveranstaltungen für Schwerbehindertenvertreterinnen und -vertreter und sonstige Ausgaben. Aus dem Ansatz dürfen auch Entschädigungen für die Benutzung von Fahrzeugen (§ 5 BRKG) gezahlt werden.

526 05	042	Ärztliche Untersuchungen	2,5	1,0
			0,8	

526 06	042	Feststellung von Alkohol im Blut sowie von Drogenmissbrauch bei Personen, die einer Straftat verdächtigt werden	449,0	335,0
			334,4	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2013
		EUR
1.	Arzthonorar	150.000
2.	Laborkosten	130.000
3.	Beschaffung von Alcoteströhrchen, Mundstücken für Atemalkoholmessgeräte, Venülen und sonstigem Spezialbedarf	25.000
4.	Beschaffung von Drogenschnelltests	30.000
Summe		335.000

526 07	042	Feststellung von Alkohol im Blut sowie von Drogenmissbrauch bei Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmern	1.340,0	1.100,0
			1.091,1	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2013
		EUR
1.	Arzthonorar	500.000
2.	Laborkosten	400.000
3.	Beschaffung von Alcoteströhrchen, Mundstücken für Atemalkoholmessgeräte, Venülen und sonstigem Spezialbedarf	100.000
4.	Beschaffung von Drogenschnelltests	100.000
Summe		1.100.000

526 08	042	Zeugenentschädigungen	22,0	22,0
			24,5	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Aufwendungen nach dem Gesetz zur Modernisierung des Kostenrechts vom 5. Mai 2004 (BGBl. I, Nr. 21 S. 718), Artikel 2 - Gesetz über die Vergütung von Sachverständigen (Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz - JVEG), für Personen, die von der Polizei im Ermittlungsverfahren als Zeugen herangezogen werden.

526 09	042	Kosten der Einigungsstelle	1,0	1,0
			0,0	

526 99	042	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.	17,5	10,0
			9,3	

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

noch zu 526 99

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Gutachten und Stellungnahmen von Sachverständigen außerhalb der Landesverwaltung, insbesondere für die Bereiche Kriminalitätsbekämpfung, Verkehrssicherheitsarbeit und Gefahrenabwehr sowie für evtl. erforderlich werdende Gutachten in Personalvertretungsangelegenheiten.

527 01	042	Dienstreisen	210,0 330,4	330,0
--------	-----	---------------------	-----------------------	--------------

Erläuterungen:

			2013	
			EUR	
1.	Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen			300.000
2.	Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen			30.000
Summe				330.000

531 01	042	Nachwuchswerbung der Polizei	35,0 32,4	35,0
--------	-----	-------------------------------------	---------------------	-------------

531 02	042	Öffentlichkeitsarbeit	5,0 7,6	5,0
--------	-----	------------------------------	-------------------	------------

534 01	042	Ausgaben für Kantinenzwecke	1,0 0,3	1,0
--------	-----	------------------------------------	-------------------	------------

535 01	042	Entschädigungsansprüche Dritter	52,0 59,6	60,0
--------	-----	--	---------------------	-------------

536 01	042	Prüfung und Untersuchung von Bewerberinnen und Bewerbern	1,0 0,0	1,0
--------	-----	---	-------------------	------------

536 02	042	Umzüge von Polizeidienststellen	94,0 62,6	0,0
--------	-----	--	---------------------	------------

536 03	042	Beiträge an deutsche Vereine und Gesellschaften	2,0 2,0	2,0
--------	-----	--	-------------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind der Mitgliedsbeitrag des Landespolizeiamtes für die Wasserschutzpolizei als korporatives Mitglied im Deutschen Nautischen Verein sowie der Mitgliedsbeitrag des Lehrbereichs 457 (Fahrschule) der PD AFB für den Fahrlehrerverband Schleswig-Holstein.

538 01	011	Vorbeugende Verbrechensbekämpfung	39,0 31,8	32,0
--------	-----	--	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Anschauungsmaterial für die kriminalpolizeilichen Beratungsstellen sowie Plakataktionen, Merkblätter u.a.

539 01	042	Unterbringung und Verpflegung von Personen im Polizeigewahrsam	420,0 331,5	332,0
--------	-----	---	-----------------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind auch die Kosten für ärztliche Untersuchungen von im Gewahrsam der Polizei befindlichen Personen.

539 02	042	Auslagen nach der Vollzugs- und Vollstreckungskostenverordnung, ausgenommen Kosten des Polizeigewahrsams	240,0 266,2	266,0
--------	-----	---	-----------------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Auslagen nach der Landesverordnung über die Kosten in Vollzugs- und Vollstreckungsverfahren (Vollzugs- und Vollstreckungskostenverordnung - VVKVO -) vom 11. September 2007 (GVOBl. Schl.-H. S. 443).

Im Wesentlichen handelt es sich um Auslagen für das Abschleppen verkehrsbehindernd parkender Fahrzeuge. Die Einnahmen werden bei Tit. 111 01 nachgewiesen.

541 01	042	Verkehrserziehung	5,0 2,4	2,5
--------	-----	--------------------------	-------------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kosten für Anschauungs- und Lehrmaterial.

546 99	042	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	25,0 51,5	51,5
--------	-----	---	---------------------	-------------

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

noch zu 546 99

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2013 EUR
1.	Unfallrenten, sonstige Renten und Entschädigungen aufgrund rechtlicher Verpflichtungen	0
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen	12.000
3.	Auslagen für Vorstellungsreisen	0
4.	Schadensersatzleistungen an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Schäden im Zusammenhang mit dem Beschäftigungsverhältnis	8.000
5.	Sonstige vermischte Ausgaben	31.500
Summe		51.500

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

631 01	042	Erstattung einsatzbedingter Mehrausgaben an die Bundespolizei	50,0 339,4	75,0
632 01	042	Länderübergreifende Einrichtungen und Programme	1.678,7 1.388,9	1.576,0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind nachfolgende Kostenanteile des Landes Schleswig-Holstein

		2013 EUR
1.	Deutsche Hochschule der Polizei in Westfalen	368.000
2.	Wasserschutzpolizei-Schule in Hamburg	320.000
3.	Wasserschutzpolizei Hamburg für das Elbeabkommen	845.000
4.	Bund-Länder-Programm zur vorbeugenden Verbrechensbekämpfung	40.000
5.	Maritimes Sicherheitszentrum des Bundes und der Küstenländer	3.000
6.	Rechen- und Dienstleistungszentrum für Telekommunikationsüberwachung	0
Summe		1.576.000

632 02	042	Anteil an den Kosten der Wasserschutzpolizei-Schule in Hamburg	0,0 0,0	0,0
Übertragen nach 04 10 - 632 01				
632 03	042	Anteil an den Kosten der Wasserschutzpolizei Hamburg - Elbeabkommen -	0,0 0,0	0,0
Übertragen nach 04 10 - 632 01				
632 04	042	Anteil an den Kosten von Bund-Länderprogrammen zur vorbeugenden Verbrechensbekämpfung	0,0 0,0	0,0
Übertragen nach 04 10 - 632 01				
632 05	042	Anteil Schleswig-Holsteins an den Kosten für die Unterbringung ausländischer Polizeieinheiten aus Anlass internationaler Veranstaltungen	0,0 0,0	0,0
632 06	042	Anteil an den Kosten des Maritimen Sicherheitszentrums des Bundes und der Küstenländer	0,0 0,0	0,0
Übertragen nach 04 10 - 632 01				
632 07	042	Anteil an den Kosten für die Kampagne "Aufklärung gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit"	0,0 0,0	0,0

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

noch zu 632 07

Übertragen nach 04 10 - 685 66

632 08	042	Erstattung einsatzbedingter Mehrausgaben an andere Länder	300,0 1.224,4	300,0
--------	-----	---	------------------	-------

632 10	042	Anteil an den Kosten des Technologiezentrums für Telekommunikationsüberwachung	0,0 0,0	0,0
--------	-----	--	------------	-----

Übertragen nach 04 10 - 632 01

633 01	042	Zuweisungen von Verwaltungsausgaben an Kreise für die Überwachung des fließenden Verkehrs	1.870,0 2.302,9	1.870,0
--------	-----	---	--------------------	---------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die anteiligen Kosten der zwischen dem Land und einzelnen Kreisen vereinbarten Projekte der gemeinsamen Überwachung des fließenden Verkehrs, wie sie sich durch die jeweiligen Aufwendungen im Verhältnis zu den Gesamteinnahmen aus Verwarnungsgeld und Geldbußen ergeben:

			2013 EUR
1.	PD Bad Segeberg - Kreis Segeberg		900.000
2.	PD Ratzeburg - Kreis Stormarn		245.000
3.	PD Lübeck - Kreis Ostholstein		155.000
4.	PD Itzehoe - Kreis Steinburg		50.000
5.	PD Bad Segeberg - Kreis Pinneberg		400.000
6.	PD Husum - Kreis Nordfriesland		60.000
7.	PD Neumünster - Kreis Rendsburg-Eckernörde		60.000
Summe			1.870.000

811 01	042	Erwerb von Dienstfahrzeugen	2.995,0 4.983,0	10.000,0
--------	-----	-----------------------------	--------------------	----------

Verpflichtungsermächtigung (in T€) 2013

Neuverpflichtung insgesamt	30.000
Davon fällig Haushaltsjahr 2014	9.000
Davon fällig Haushaltsjahr 2015	9.000
Davon fällig Haushaltsjahr 2016	9.000
Davon fällig Haushaltsjahr 2017 ff	3.000

Erläuterungen:

Belastung aus:			2013
1.	In Anspruch genommene VE der Vorjahre		0
2.	Voraussichtlicher Inanspruchnahme der VE 2012		1.226.000
Zusammen			1.226.000

811 02	042	Erwerb von Wasserschutzpolizeibooten	1.090,0 1.068,6	1.120,2
--------	-----	--------------------------------------	--------------------	---------

Verpflichtungsermächtigung (in T€) 2013

Neuverpflichtung insgesamt	8.934
Davon fällig Haushaltsjahr 2014	6.684
Davon fällig Haushaltsjahr 2015	2.250
Davon fällig Haushaltsjahr 2016	-
Davon fällig Haushaltsjahr 2017 ff	-

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

noch zu 811 02

Erläuterungen:

Belastung aus		2013 EUR
1.	In Anspruch genommener VE aus Vorvorjahren	1.120.200
2.	Voraussichtlicher Inanspruchnahme der VE 2012	
Zusammen		1.120.200

		2013 EUR
1.	Ersatzbeschaffung von 2 Streifenbooten	997.200
2.	Ersatzbeschaffung 2 mobiler Streifenboote	123.000
Summe		1.120.200

811 03	042	Erwerb von Mobilen Streifenbooten	0,0	0,0
			0,0	

Übertragen nach 04 10 - 811 02

812 01	042	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	3.809,9	4.455,5
			4.959,6	

Erläuterungen:

Belastung aus		2013 in EUR
1.	In Anspruch genommener VE aus Vorjahren	500.000
2.	Voraussichtlicher Inanspruchnahme der VE 2012	0
Zusammen		500.000

		2013 EUR
1.	Ersatzbeschaffung Mobiliar	385.000
2.	Sicherungs- und Arbeitsschutzmaßnahmen	123.000
3.	Erwerb von Geräten und Maschinen für Werkstätten	68.000
4.	Erwerb von Geräten für den Umweltschutz	65.000
5.	Erwerb von Geräten für die Verkehrsüberwachung	251.000
6.	Erwerb von Waffen und waffentechnischen Geräten, Optik	425.000
7.	Umsetzung Konzept "Neue Polizeidienstpistole"	500.000
8.	Schutzausrüstung	591.000
9.	Fernmeldetechnisches Gerät	524.500
10.	Ausstattung Vernehmungszimmer sensible Zeugen	18.000
11.	Erwerb von Geräten für das SEK	476.000
12.	Erwerb von Geräten für das MEK	206.000
13.	Geräte für strafprozessuale Maßnahmen der Kriminalpolizei	23.000
14.	Sonstiges	800.000
Summe		4.455.500

812 02	042	Erwerb von fernmeldetechnischen Geräten und Anlagen	0,0	0,0
			0,0	

Übertragen nach 04 10 - 812 01

812 03	042	Erwerb von Geräten, Ausrüstungs- und Ausstattungsgegenständen für Wasserschutzpolizeiboote	0,0	0,0
			0,0	

Übertragen nach 04 10 - 812 01

812 05	042	Erwerb von ballistischer Schutzausrüstung	0,0	0,0
			0,0	

Übertragen nach 04 10 - 812 01

812 06	042	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen für das LKA	0,0	0,0
			0,0	

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	
noch zu 812 06				
Übertragen nach 04 10 - 812 01				
916 05	851	Zuführung an die Rücklage "Sabbatjahr"	0,0 64,9	0,0
Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen beim Titel 422 01 geleistet werden.				
919 01	042	Zuführung an die Rücklage "Polizeidienstkleidung"	0,0 0,0	0,0
Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen beim Titel 514 02 geleistet werden.				
61 Besonderer Einsatz der Polizei				
Erläuterungen:				
Auflösung und sachgerechte Veranschlagung in anderen Bereichen.				
525 61 (TG 61)	042	Kosten aus Anlass von Übungseinsätzen	0,0 0,2	0,0
Summe der Titelgruppe 61			0,0 0,2	0,0
62 Polizei-Bigband				
Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe mit Ausnahme der Titel 422 62 und 428 62.				
Ausgaben bei den Titeln 429 62 und 547 62 dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 125 02 geleistet werden.				
Erläuterungen:				
Zwecks Schließung der strategischen Lücke ist die Auflösung der Polizei-Bigband geplant.				
422 62 (TG 62)	042	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	350,8 172,5	200,0
150.800€ übertragen nach 0410 42201.				
428 62 (TG 62)	042	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	765,9 866,5	765,9
429 62 (TG 62)	042	Nicht aufteilbare Personalausgaben	13,8 5,8	13,8
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind besondere Personalausgaben sowie Pauschalabfindungen für den Leiter der Polizei-Bigband.				
547 62 (TG 62)	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	37,0 21,7	11,2
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind die Kosten für Reisen, Musikveranstaltungen, Noten, Instrumente, Geräte, Instandhaltung und Instandsetzung von dienstlichen und privaten Instrumenten (soweit dienstlich genutzt) sowie sonstige mit der Musiktaetigkeit zusammenhängende Sachkosten.				
Summe der Titelgruppe 62			1.167,5 1.066,5	990,9
63 Digitalfunk				
Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe.				
Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei 0410 - 359 63 und der Mehreinnahmen bei 0410 - 331 63 geleistet werden.				
511 63 (TG 63)	042	Geschäftsbedarf, Kommunikation, Geräte, Ausstattung und Ausrüstung	7,0 2,3	42,0

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	
514 63 (TG 63)	042	Unterhaltungs- und Betriebskosten für die Leitstellen und den Digitalfunk	4.232,0 6.082,8	6.561,0
517 63 (TG 63)	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume für die Basisstationen des Digitalfunks Künftig wegfallend. Erläuterungen: Zentralisierung der Miet- und Bewirtschaftungskosten im Finanzministerium	944,0 185,0	0,0
518 63 (TG 63)	042	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume der Basisstationen für den Digitalfunk Künftig wegfallend. Erläuterungen: Zentralisierung der Miet und Bewirtschaftungskosten im Finanzministerium	796,0 865,5	0,0
526 63 (TG 63)	042	Kosten für externe Beratung	20,0 7,1	5,0
527 63 (TG 63)	042	Dienstreisen Erläuterungen: Veranschlagt sind:	5,0 24,8	10,0
				2013 EUR
1. Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen				10.000
2. Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen				0
Summe				10.000
535 63 (TG 63)	042	Anteilige Kosten des Landes am bundesweiten Projekt Digitalfunk Künftig wegfallend.	0,0 0,0	0,0
547 63 (TG 63)	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	5,0 0,3	1,0
634 63 (TG 63)	042	Erstattungen an die Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS)	923,0 636,4	0,0
711 63 (TG 63)	042	Bauliche Maßnahmen für den Aufbau eines digitalen Sprech- und Datenfunksystems	0,0 11.895,3	109,0
812 63 (TG 63)	042	Einführung eines digitalen Sprech- und Datenfunksystems Die Einnahmen aus der Erstattung der nichtpolizeilichen BOS für den Abruf von Leistungen bei der BDBOS durch die "Autorisierte Stelle SH" fließen diesem Ausgabetitel zu.	75,6 6.709,6	3.103,6
919 63 (TG 63)	851	Zuführung an die Rücklage "Digitalfunk"	0,0 2.320,0	0,0
Summe der Titelgruppe 63			7.007,6 28.729,1	9.831,6
64 Fahndung, Ermittlung, Einsatz				
459 64 (TG 64)	042	Bewegungsgeld Erläuterungen: Veranschlagt sind Kosten für Beamtinnen und Beamte im Rahmen von Ermittlungen.	17,0 15,2	17,0

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

511 64 042 **Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände** **830,0** **1.290,0**
(TG 64) 1.111,8

177,0 T€ übertragen von 0410 - 511 01
Der letzte Satz der Erläuterungen ist verbindlich gem. § 17 Abs. 1 LHO.

Erläuterungen:

		2013 EUR
1.	Büromaterial	54.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u. ä.	0
3.	Druck- und Buchbindearbeiten	0
4.	Telekommunikationsüberwachung - Gebühren und Leitungskosten	817.000
5.	Telekommunikationsüberwachung - Wartung und Unterhaltung	315.000
6.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	92.000
7.	Ersatzbeschaffung von Geräten	0
8.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	0
9.	Unterhaltung von Geräten	0
10.	Sonstiges	12.000
Summe		1.290.000

In Fällen verdeckter Fahndung kann bei der Erteilung von Zahlungsanordnungen auf die Begründung und die Beifügung begründender Unterlagen verzichtet werden.

527 64 042 **Dienstreisen** **135,0** **160,0**
(TG 64) 162,5

Erläuterungen:

		2013 EUR
1.	Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen	130.000
2.	Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen	30.000
Summe		160.000

534 64 042 **Personen- und Zeugenschutz, Fahndung** **225,0** **175,0**
(TG 64) 176,1

Der letzte Satz der Erläuterungen ist verbindlich gem. § 17 Abs. 1 LHO.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Zeugenschutzmaßnahmen im Rahmen des Zeugenschutzharmonisierungsgesetzes (ZSHG).

		2013 EUR
1.	Personenschutzmaßnahmen	20.000
2.	Zeugenschutzmaßnahmen	15.000
3.	Fahndung	140.000
Summe		175.000

Die Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landeskriminalamtes im Rahmen von Personen- und Zeugenschutzmaßnahmen sowie verdeckten Ermittlungen wird durch die Präsidentin oder den Präsidenten des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein geprüft.

In Fällen verdeckter Fahndung kann bei der Erteilung von Zahlungsanordnungen auf die Begründung und die Beifügung begründeter Unterlagen verzichtet werden.

547 64 042 **Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben** **600,0** **610,0**
(TG 64) 2.611,5

Es dürfen zur Gewährung von Geldbelohnungen an Privatpersonen, durch deren Mitwirkung eine strafbare Handlung schneller aufgeklärt bzw. aufgedeckt wird und bei der Wiederergreifung entwichener Gefangener bis zu 40.903 € ausgelobt werden. Das Finanzministerium ist über die ausgelobten Beträge zu unterrichten.

Der letzte Satz der Erläuterungen ist verbindlich gem. § 17 Abs. 1 LHO.

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

noch zu 547 64

Erläuterungen:

		2013
		EUR
1.	Kosten und Gebühren	400.000
2.	Kosten aus Anlass von Einsätzen	120.000
3.	Kaufgeld	30.000
4.	Geldzuwendungen an Dritte	40.000
5.	Sonstige Fahndungskosten	20.000
Summe		610.000

Veranschlagt sind Kosten u.a. für Mieten, Sicherstellung von Kfz., Gutachten im Ermittlungsdienst, Dolmetscher, Leichensachen, Auslobungen, Einsatzkosten für Hubschrauber und für den Schiffsmeldedienst.

In Fällen verdeckter Fahndung kann bei der Erteilung von Zahlungsanordnungen auf die Begründung und die Beifügung begründender Unterlagen verzichtet werden.

Summe der Titelgruppe 64	1.807,0	2.252,0
	4.077,1	

66 Rat für Kriminalitätsverhütung

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe.

Erläuterungen:

Der Rat für Kriminalitätsverhütung hat die Aufgabe, die Entwicklung der Kriminalität und ihre Bedingungen zu analysieren und zu erörtern, die Landesregierung in kriminalpolitischen Fragen zu beraten und ihr entsprechende wissenschaftliche Erkenntnisse und praktische Erfahrungen zu vermitteln. Er soll Initiativen zur Kriminalitätsprävention anregen, unterstützen und auswerten.

Um diese umfassenden Aufgaben erfüllen zu können, führt er alle diejenigen Fachleute und Akteure zusammen, deren Erkenntnisse und Erfahrungen für die Erarbeitung von Präventionskonzepten nutzbar zu machen sind bzw. die zu deren Umsetzung beitragen können. Den organisatorischen Rahmen dazu bilden die Kommission, die Geschäftsführung und die Arbeitsgruppen. Bis auf die Geschäftsführung ist die Tätigkeit der Ratsmitglieder ehrenamtlich.

Durch den Rat für Kriminalitätsverhütung werden Kriminalitätsphänomene aufgegriffen und analysiert mit dem Ziel, kriminalpräventive Konzepte für Gebietskörperschaften, Institutionen und Einrichtungen zu erstellen. Darüber hinaus initiiert und unterstützt er die Gründung kriminalpräventiver Räte auf kommunaler Ebene. Eine fachliche Begleitung der bisher gegründeten lokalen Räte (über 90) findet statt. Die Initiierung weiterer lokaler Räte und Projekte ist beabsichtigt.

511 66 (TG 66)	042	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1,0 0,4	5,0
-------------------	-----	--	-------------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2013
		EUR
1.	Büromaterial	1.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	0
3.	Druck- und Buchbindearbeiten	1.500
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	0
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten	0
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	0
7.	Unterhaltung von Geräten	0
8.	Sonstiges	2.500
Summe		5.000

526 66 (TG 66)	042	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.	1,0 4,4	5,0
-------------------	-----	---	-------------------	------------

527 66 (TG 66)	042	Dienstreisen für die Mitglieder des Rates	6,0 2,4	3,0
-------------------	-----	--	-------------------	------------

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	
noch zu 527 66				
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind die Reisekosten inkl. der Sitzungsgelder für die Mitglieder des Rates und der Geschäftsstelle.				
531 66	042	Öffentlichkeitsarbeit	42,0	37,0
(TG 66)			35,5	
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind die Kosten für die Organisation und Durchführung von Pressekonferenzen, öffentlichen Diskussionsveranstaltungen sowie Veröffentlichungen über Aufgaben und Ziele des Rates. Ferner sind Veranstaltungen und die Erstellung von Broschüren zur Gründung neuer und Unterstützung bestehender örtlicher Räte geplant. Dies gilt besonders für die Fortführung der erstellten Dokumentationsreihe, wie auch für die Informationen aus der Geschäftsführung und die Veröffentlichung von Konzepten. Die Mittel sind analog den "10 Hinweisen zum Umgang mit Verfügungsmitteln" zu verwenden. Die Ausgaben sind einzeln zu belegen.				
671 66	042	Erstattungen im Rahmen des Bundesprogramms "kompetent für Demokratie - Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus"	0,0	0,0
(TG 66)			213,4	
Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 231 02 geleistet werden.				
685 66	042	Zuschüsse für die Förderung von Präventionsprojekten sowie von Maßnahmen zur Aufklärung gegen Rechtsextremismus.	20,0	320,0
(TG 66)			7,0	
Erläuterungen:				
Bezuschussung von Präventionsprojekten, die der Verhütung von Straftaten dienen und entweder vom Landesrat oder von kommunalen Räten für die Kriminalitätsverhütung durchgeführt werden. Gefördert werden daneben Maßnahmen und Projekte zur Aufklärung gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit.				
Summe der Titelgruppe 66			70,0	370,0
			263,1	
67 Katastrophenschutz				
422 67	045	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	200,4	0,0
(TG 67)			170,3	
Darf bis zur Höhe der für diesen Zweck vorgesehenen Einnahmen bei Titel 0410 - 271 67 überschritten werden.				
Künftig wegfallend.				
200,4 T€ aufgrund der Auflösung des AfK nach 0405 - 422 69 übertragen.				
102,1 T€ aufgrund Aufgabenübertragung - Munitionsalllasten ans MELUR nach 1315 - 422 01 übertragen.				
428 67	045	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	433,8	0,0
(TG 67)			146,6	
Darf bis zur Höhe der für diesen Zweck vorgesehenen Einnahmen bei Titel 0410 - 271 67 überschritten werden.				
Künftig wegfallend.				
291.700 € nach Auflösung des AfK nach 0405 - 42869 übertragen.				
142.100 € nach Auflösung des AfK nach 0410 - 42801 übertragen.				
453 67	045	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	0,0	0,0
(TG 67)			0,0	
Deckungsfähig mit 0410-453 01.				
Künftig wegfallend.				
511 67	045	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0,0	0,0
(TG 67)			0,0	
Übertragen nach 0405 - 511 63 (TG 63).				
517 67	045	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	0,0	0,0
(TG 67)			0,0	
Übertragen nach 0405 - 517 63 (TG 63).				

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	
525 67 (TG 67)	045	Aus- und Fortbildung	0,0 0,0	0,0
		Übertragen nach 0405 - 525 63 (TG 63).		
526 67 (TG 67)	045	Sitzungsgeld und sonstige Ausgaben für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	0,0 0,0	0,0
		Übertragen nach 0401 - 526 04.		
527 67 (TG 67)	045	Dienstreisen	0,0 0,0	0,0
		Übertragen nach 0405 - 527 63 (TG 63).		
534 67 (TG 67)	045	Planspiele, Übungen, zentrale Ausbildungsveranstaltungen und Kosten der Führungsstäbe	0,0 0,0	0,0
		Übertragen nach 0405 - 534 63 (TG 63).		
536 67 (TG 67)	045	Vorsorgemaßnahmen für den Katastrophenschutz	0,0 0,0	0,0
		Übertragen nach 0405 - 536 63 (TG 63).		
546 67 (TG 67)	045	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	0,0 0,0	0,0
		Übertragen nach 0405 - 546 63 (TG 63).		
633 67 (TG 67)	045	Zuweisungen an Kreise und kreisfreie Städte für Zwecke des Katastrophenschutzes	0,0 0,0	0,0
		Übertragen nach 0405 - 633 63 (TG 63).		
684 67 (TG 67)	045	Zuschüsse an Hilfsorganisationen für Mitwirkung im Katastrophenschutz	0,0 0,0	0,0
		Übertragen nach 0405 - 684 63 (TG 63).		
883 67 (TG 67)	045	Zuweisungen für Investitionen an Kreise und kreisfreie Städte	0,0 0,0	0,0
		Übertragen nach 0405 - 883 63 (TG 63).		
919 67 (TG 67)	851	Zuführung an die Rücklage "Rückzahlung von Landeszuschüssen für Investitionen der Kreise und kreisfreien Städte"	0,0 0,0	0,0
		Übertragen nach 0405 - 919 63 (TG 63).		
981 67 (TG 67)	891	Erstattung von Ausgaben für die Durchführung des Projektes SAFEC-OAST	0,0 0,0	0,0
		Übertragen nach 0405 - 981 63 (TG 63).		
Summe der Titelgruppe 67			634,2 316,9	0,0
68		Beseitigung und Vernichtung von Kriegsmunition		
		Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe. Darf bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 111 68 (TG 68) überschritten werden.		

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

Erläuterungen:

In der Titelgruppe 68 werden die Ausgaben für die Beseitigung und Vernichtung von Kriegsmunition sowie von unkonventionellen Spreng- und Brandvorrichtungen (USBV) zentral veranschlagt.

Für die Beseitigung der ehemals reichseigenen Kampfmittel werden die Kosten vom Bund erstattet (vgl. Tit. 231 68 (TG 68)).

427 68 (TG 68)	045	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	0,0	0,0
			0,0	

Weggefallen

428 68 (TG 68)	045	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.724,4	0,0
			1.682,6	

Künftig wegfallend.

1.724,4 T€ nach Auflösung des AfK nach 0410 - 428 01 übertragen.

453 68 (TG 68)	045	Umzugskosten, Trennungsgeld, Reisebeihilfen Aus- und Fortbildung	0,0	12,0
			0,0	

511 68 (TG 68)	045	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	32,0	75,0
			30,1	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2013	
			EUR	
1.	Büromaterial			8.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.			4.000
3.	Druck- und Buchbindearbeiten			0
4.	Post- Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren			8.000
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten			51.500
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten			0
7.	Unterhaltung von Geräten			1.500
8.	Sonstiges			2.000
Summe				75.000

514 68 (TG 68)	045	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen und dgl.	59,0	121,0
			86,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2013	
			EUR	
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen			50.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung			7.000
3.	Verbrauchsmittel			53.000
4.	Sonstiges			11.000
Summe				121.000

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

noch zu 514 68

Bestand an Dienstfahrzeugen	Soll 2012	Soll 2013	Tatsächlicher Bestand am 01.02.2012
1. Kraftfahrzeuge für			
1.1 Personenbeförderung			
1.1.1 PKW mit Fahrerinnen/ Fahrern	6	6	6
1.1.3 sonstige	2	2	2
1.2 Lastenbeförderung			
2. Spezialfahrzeuge	18	20	20
3. Anhänger	7	7	7
4. Krafträder, Mopeds			
5. Wasserfahrzeuge			
5.1 Küstenboot			
5.2 Streckenboot			
5.3 Streifenboot			
5.4 Mobiles Streifenboot			
5.5 sonstige	3	3	3
Zusammen	36	38	38

Daneben werden vom Kampfmittelräumdienst noch diverse andere, durch Verbrennungsmotoren betriebene Maschinen verwendet.

517 68 045 **Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume** **138,0** **168,9**
(TG 68) 115,7

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die Bewirtschaftung und Bewachung des Munitionszerlegebetriebes (MZB) in Groß Nordsee:

	2013 EUR
1. Be- und Entwässerung, Müllabfuhr	6.900
2. Kleinreparaturen	14.000
3. Wartungsverträge	25.000
4. Bewachung MZB	123.000
Summe	168.900

518 68 045 **Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge** **0,0** **1,5**
(TG 68) 0,0

525 68 045 **Aus- und Fortbildung** **27,0** **25,0**
(TG 68) 27,6

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die Aus- und Fortbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des KRD zur Lehrgangsteilnahme an der Sprengschule in Dresden und anderen Ausbildungsstätten.

527 68 045 **Dienstreisen** **15,0** **23,0**
(TG 68) 17,0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

	2013 EUR
1. Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen	20.000
2. Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen	3.000
Summe	23.000

534 68 045 **Beseitigung und Vernichtung von Kampfmitteln sowie von unkonventionellen Spreng- und Brandvorrichtungen (USBV)** **335,0** **284,0**
(TG 68) 394,3

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

noch zu 534 68

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die Beseitigung von Fundmunition und Waffen einschl. NATO-Kampfmitteln durch die Außentrupps des Kampfmittelräumdienstes in Schleswig-Holstein und in den Küstengewässern sowie für die Entwicklung und Beschaffung technischer Hilfsmittel und Ausrüstungsgegenstände. Gemäß § 1004 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) i.V.m. § 19 Abs. 2 Nr. 1 des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes (AKG) vom 05. November 1957 (BGBl. I, S. 1747) und den VV zur Durchführung des AKG (Nr. 3 und 3.5) erstattet der Bund den Ländern die Kosten für die Beseitigung der ehemals reichseigenen Kampfmittel.

Veranschlagt sind:

			2013	
			EUR	
1.	Außentrupp			100.000
2.	Einsatztrupp USBV			24.000
3.	Munitionszerlegebetrieb			150.000
4.	Luftbildauswertung			10.000
Summe				284.000

535 68	045	Entschädigungsansprüche Dritter	0,0	5,0
(TG 68)			0,0	

536 68	045	Prämien für die Gruppen-Unfallversicherung	7,0	7,0
(TG 68)			6,7	

Erläuterungen:

Veranschlagt ist die Jahresprämie für die tariflichvertraglich geregelte Gruppenunfallversicherung der Beschäftigten des KR.D.

547 68	045	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	1,0	3,5
(TG 68)			2,7	

811 68	045	Erwerb von Fahrzeugen	150,0	30,0
(TG 68)			251,0	

Erläuterungen:

			2013	
			EUR	
Ersatzbeschaffung 2 Transportanhänger				30.000
Summe				30.000

812 68	045	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	155,0	98,0
(TG 68)			70,5	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die Erstausrüstung des Verwaltungsgebäudes für den Kampfmittelräumdienst und die Ausstattung der Einsatznotunterkunft auf der Insel Helgoland.

Summe der Titelgruppe 68			2.643,4	853,9
			2.684,8	

69 Outputorientierte Personalkosten (Polizei - ministerieller Bereich)

Erläuterungen:

Veranschlagt sind outputorientierte Personalkosten. Vgl. Vorwort Buchstabe G.

422 69	042	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	1.491,3	1.516,7
(TG 69)			776,4	

25,4 T€ übertragen von 0410 - 422 70 nach Auflösung des AfK.

428 69	042	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	194,6	194,6
(TG 69)			156,6	

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	
Summe der Titelgruppe 69			1.685,9	1.711,3
			933,0	
70		Outputorientierte Personalkosten (Katastrophenschutz - ministerieller Bereich)		
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind outputorientierte Personalkosten. Vgl. Vorwort Buchstabe G.		
422 70	045	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	71,0	0,0
(TG 70)			65,2	
		Künftig wegfallend.		
		45,6 T€ nach Auflösung des AfK nach 0405 - 422 69 übertragen. 25,4 T€ nach Auflösung des AfK nach 0410 - 422 69 übertragen.		
428 70	045	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0,0	0,0
(TG 70)			0,0	
		Künftig wegfallend.		
Summe der Titelgruppe 70			71,0	0,0
			65,2	
71		Kriminaltechnik		
		Erläuterungen:		
		Aufgrund eines Rahmenbeschlusses des Rates der Europäischen Union (2009/905 /JI) vom 30. November 2009 sollen die kriminaltechnischen Kernbereiche DNA-Analysen und daktyloskopische Daten akkreditiert werden. Aufgrund der absehbaren Akkreditierung weiterer Felder der Kriminaltechnik werden die Ausgaben zu einer Titelgruppe zusammengefasst.		
453 71	042	Umzugskosten, Trennungsgeld, Reisebeihilfen Aus- und Fortbildung	19,0	20,0
(TG 71)			16,9	
		Erläuterungen:		
				2013
				EUR
		1. Ausbildung		0
		2. Fortbildung		20.000
		Summe		20.000
511 71	042	Beschaffung und Unterhaltung von kriminal- und fototechnischen Geräten	332,0	352,0
(TG 71)			278,6	
		Erläuterungen:		
				2013
				EUR
		1. Ersatzbeschaffung von Geräten		69.000
		2. Ergänzungsbeschaffung von Geräten		88.000
		3. Unterhaltung von Geräten		195.000
		4. Sonstiges		0
		Summe		352.000
514 71	042	Ausgaben für kriminal- und fototechnische Geräte (KT-Verbrauch)	680,0	727,5
(TG 71)			460,6	
525 71	042	Aus- und Fortbildung	7,0	8,6
(TG 71)			5,1	

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	
526 71 (TG 71)	042	Kosten für externe Beratung	45,0 0,0	30,0
		Erläuterungen:		
		Externe Beratung im Rahmen der laufenden Akkreditierungsverfahren im Bereich DNA-Analysen und Daktyloskopie sowie zukünftig vorgesehener Fachgebiete.		
527 71 (TG 71)	042	Dienstreisen	15,0 12,5	24,0
		Erläuterungen:		
				2013
				EUR
		1. Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen		16.000
		2. Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen		8.000
		Summe		24.000
533 71 (TG 71)	042	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen für die Durchführung von molekulargenetischen Untersuchungen	1.273,5 260,9	585,0
535 71 (TG 71)	042	Kosten und Gebühren für das Akkreditierungsverfahren	8,0 0,0	20,0
546 71 (TG 71)	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungskosten	2,5 0,0	3,5
812 71 (TG 71)	042	Erwerb von kriminaltechnischen Geräten, Labor- und Büroausstattung	900,0 832,7	692,0
Summe der Titelgruppe 71			3.282,0 1.867,3	2.462,6
Summe der Ausgaben			361.437,9 392.482,9	361.879,9

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

Abschluss

11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	13.216,2 14.431,7	14.236,0
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	3.336,0 2.731,1	3.718,0
31 - 34		Schuldenaufnahme, Zuwendungen für Investitionen	0,0 166,9	3.010,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 16.000,0	0,0
Gesamteinnahmen			16.552,2 33.329,7	20.964,0
41 - 49		Personalausgaben	314.657,1 318.158,8	304.082,4
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	32.763,6 35.056,5	34.048,2
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	4.841,7 6.112,4	4.141,0
71 - 79		Baumaßnahmen	0,0 11.895,3	109,0
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	9.175,5 18.875,0	19.499,3
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 2.384,9	0,0
Gesamtausgaben			361.437,9 392.482,9	361.879,9
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-344.885,7 -359.153,2	-340.915,9

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

Das Kapitel 04 16 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Einnahmen

03 Wohnraumförderung

04 Städtebauförderung

Ausgaben

03 Wohnraumförderung

04 Städtebauförderung

Erläuterungen:

Strategischer Aufgabenbereich: Aufgaben im Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen.
Vgl. Vorwort Buchstabe G.

Bewilligung und Auszahlung der Darlehen und Zuschüsse für die Wohnraum- und Städtebauförderung erfolgen durch die Investitionsbank Schleswig-Holstein, der die Mittel zur Auszahlung zugeführt werden.

Die veranschlagten Haushaltsmittel in der Maßnahmegruppe 04 enthalten die finanzielle Abwicklung der Städtebauförderungsprogramme mit den Fälligkeiten 2013.

Die soziale Wohnraumförderung in Schleswig-Holstein wird durch ein- oder mehrjährige Wohnraumförderungsprogramme gewährleistet.

Einnahmen

119 02	411	Rückzahlung überzahlter Beträge aus Landesmitteln einschl. Zweckentfremdungszinsen	5,0 0,0	5,0
		Erläuterungen:		
		Zweckentfremdet eingesetzte Landesmittel sind unter Berechnung von Zinsen zurückzufordern und an das Land abzuführen.		
119 03	411	Rückzahlung überzahlter Beträge aus Bundesmitteln einschl. Zweckentfremdungszinsen	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen:		
		Vgl. Titel 631 01.		
161 01	411	Zinseinnahmen von öffentlichen Unternehmen	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen:		
		Derzeit erhält das Land keine Zinsen aus dem von der Investitionsbank Schleswig-Holstein geführten Bankkonto für Treuhandmittel.		
162 01	411	Zinseinnahmen aus Wohnungsbaudarlehen des Bundes	0,3 0,3	0,3
		Erläuterungen:		
		Vgl. Titel 182 01.		
162 02	411	Zinseinnahmen aus Wohnungsbaudarlehen des Landes	3,8 4,7	2,0
		Erläuterungen:		
		Vgl. Titel 182 02.		
162 03	411	Zinseinnahmen aus Darlehen in sozial dringlichen Fällen	9,7 12,4	10,0
		Erläuterungen:		
		Vgl. Titel 182 03.		
162 04	411	Zinseinnahmen aus der Baufinanzierung der Siedlerschule Neumünster	0,1 0,0	0,1
		Erläuterungen:		
		Vgl. Titel 182 04.		
182 01	411	Rückflüsse aus Wohnungsbaudarlehen des Bundes	15,8 15,2	14,2

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	
noch zu 182 01				
Erläuterungen:				
Am 31.12.2011 betrug die zugrunde liegende Darlehensforderung 398.667,81 €				
182 02	411	Rückflüsse aus Wohnungsbaudarlehen des Landes	79,3 79,1	59,8
Erläuterungen:				
Am 31.12.2011 betrug die zugrunde liegende Darlehensforderung 293.747,66 €				
182 03	411	Rückflüsse aus Darlehen in sozial dringlichen Fällen	6,8 80,8	6,2
Erläuterungen:				
Am 31.12.2011 betrug die zugrunde liegende Darlehensforderung 337.447,23 €				
182 04	411	Rückflüsse aus Darlehen zur Baufinanzierung der Siedlerschule Neumünster	0,5 0,5	0,5
Erläuterungen:				
Am 31.12.2011 betrug die zugrunde liegende Darlehensforderung 1.925,43 €				
231 01	233	Erstattung des Anteils des Bundes am Wohngeld	36.750,0 34.287,7	26.500,0
Erläuterungen:				
Vgl. Titel 681 02.				
231 02	233	Erstattung des Heizkostenzuschusses für Wohngeldempfänger durch den Bund	0,0 0,1	0,0
Erläuterungen:				
Vgl. Titel 681 01.				
03 Wohnraumförderung				
331 30 (MG 03)	411	Kompensationsleistungen des Bundes für die soziale Wohnraumförderung	12.620,0 12.620,0	12.620,0
Erläuterungen:				
Vgl. Titel 884 30 (MG 03).				
Summe der Maßnahmegruppe 03			12.620,0 12.620,0	12.620,0
04 Städtebauförderung				
221 05 (MG 04)	411	Zuschüsse für Forschungsvorhaben zur Weiterentwicklung des Wohnungs- und Städtebaues aus Finanzhilfen des Bundes	0,0 0,0	0,0
Übertragen nach 0416 - 331 20 (MG 04).				
233 01 (MG 04)	423	Rückzahlung von Bundesmitteln für Städtebauförderungsprogramme durch die Kommunen einschl. Zweckentfremdungszinsen	0,0 1.091,3	0,0
Erläuterungen:				
Rückzahlung vorausgezahlter Fördermittel für die Städtebauförderungsprogramme durch die Kommunen aufgrund von Zwischen- und Schlussabrechnungen einschließlich z.B. Rückziehungen von Fördermitteln und Einnahmen aus Grundstücksveräußerungen und Ausgleichsbeträgen sowie Zinsen für nicht fristgerechten oder nicht zweckentsprechenden Mitteleinsatz (Zweckentfremdungszinsen).				
Vgl. Titel 883 15 (MG 04).				
233 02 (MG 04)	423	Rückzahlung von Landesmitteln für Städtebauförderungsprogramme durch die Kommunen einschl. Zweckentfremdungszinsen	0,0 1.184,1	0,0
Erläuterungen:				
Siehe Titel 233 01 (MG 04).				
Vgl. Titel 883 16 (MG 04).				
331 13 (MG 04)	423	Finanzhilfen des Bundes zum Investitionspakt zur energetischen Modernisierung sozialer Infrastruktur in den Kommunen	469,0 0,0	0,0

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	
noch zu 331 13				
Künftig wegfallend.				
Erläuterungen:				
Vgl. Titel 883 13 (MG 04).				
331 15	423	Finanzhilfen des Bundes für Städtebauförderungsprogramme	10.549,0	11.982,0
(MG 04)			11.234,0	
Erläuterungen:				
Vgl. Titel 883 15 (MG 04).				
331 20	423	Zuweisungen für Forschungsvorhaben zur Weiterentwicklung des Wohnungs- und Städtebaues aus Finanzhilfen des Bundes	0,0	0,0
(MG 04)			0,0	
Übertragen von 0416 - 221 05 (MG 04).				
Erläuterungen:				
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.				
Vgl. Titel 883 20 (MG 04).				
Summe der Maßnahmegruppe 04			11.018,0	11.982,0
			13.509,4	
Summe der Einnahmen			60.509,3	51.200,1
			60.610,2	

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	
Ausgaben				
422 01	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	816,7 793,0	816,7
		Erläuterungen: Veranschlagt sind outputorientierte Personalkosten. Vgl. Vorwort Buchstabe G.		
428 01	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	620,0 555,3	620,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind outputorientierte Personalkosten. Vgl. Vorwort Buchstabe G.		
526 99	011	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.	50,0 50,3	50,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind die Kosten für folgende Gutachten im Rahmen der Wohnraum- und Städtebauförderung, insbesondere im Bereich Klimaschutz und nachhaltige Stadtentwicklung: 1. Wirtschaftlichkeit und Energieeffizienz von Sanierungsmaßnahmen im Gebäudebestand 2. Evaluierung der städtebaulichen Gesamtmaßnahmen in der Städtebauförderung (Arbeitshilfen für die Kommunen)		
531 02	013	Öffentlichkeitsarbeit	25,0 18,2	25,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind Mittel für die eigene Öffentlichkeitsarbeit in Form von Veranstaltungen, Veröffentlichungen und Ausstellungen.		
631 01	411	Erstattung an den Bund aus zurückgezahlten Beträgen einschl. Zweckentfremdungszinsen	0,0 0,0	0,0
		Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 119 03 geleistet werden. Erläuterungen: Zweckentfremdet eingesetzte Bundesfinanzhilfen sind unter Berechnung von Zinsen zurückzufordern und an den Bund abzuführen.		
671 01	233	Erstattung von Verwaltungskosten an die Datenstelle der Deutschen Rentenversicherung	0,0 0,0	6,5
		Erläuterungen: Nach § 38 Nr. 3 Wohngeldgesetz vom 24. September 2008 (BGBl. I S. 1856), zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. November 2012 (BGBl. I S. 2291), sind der Datenstelle der Deutschen Rentenversicherung die im Rahmen der Durchführung des automatisierten Datenabgleichs im Wohngeldverfahren entstehenden Verwaltungskosten durch die Länder zu erstatten.		
671 02	419	Erstattung von Verwaltungskosten an die Investitionsbank Schleswig-Holstein	51,0 52,0	51,0
		Erläuterungen: Die Abwicklung der Wohngelderstattung wurde per Vertrag an die Investitionsbank Schleswig-Holstein übertragen. Dazu gehören die Erstattungen an die Wohngeldbehörden und die hälftigen Erstattungsabrechnungen mit dem Bund.		
681 01	233	Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger	0,0 0,1	0,0
		Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 231 02 geleistet werden. Erläuterungen: Im Rahmen der Umsetzung des am 14. Juli 2005 in Kraft getretenen Neunten Gesetzes zur Änderung des WoGG vom 7. Juli 2005 (BGBl. I S. 2026) ist eine Überprüfung der Ansprüche von Heimbewohnern auf Heizkostenzuschuss erforderlich geworden. Der Bund übernimmt die nachzuzahlenden Heizkostenzuschüsse.		
681 02	233	Erstattung von Wohngeld an die Bewilligungsstellen	73.500,0 68.575,4	53.000,0

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

noch zu 681 02

Erläuterungen:

Das Wohngeld wird aufgrund des Wohngeldgesetzes (WoGG) vom 24. September 2008 (BGBl. I S. 1856), zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. November 2012 (BGBl. I S. 2291), geleistet. Das Land führt die mit dem Wohngeld zusammenhängenden Aufgaben im Auftrage des Bundes durch (Art. 104 a Abs. 3, Art. 85 GG, § 32 Wohngeldgesetz - WoGG). Die Aufgaben hat das Land durch das Gesetz zur Durchführung des Wohngeldgesetzes vom 14. Dezember 2004 auf die kommunalen Wohngeldbehörden übertragen, die auch das Wohngeld an die Leistungsempfänger und Leistungsempfängerinnen auszahlen. Das von den Wohngeldbehörden verauslagte Wohngeld wird vom Land erstattet. Die Hälfte der auf das Land Schleswig-Holstein entfallenden Wohngeldleistungen wird nach § 32 WoGG durch den Bund erstattet (vgl. Titel 231 01).

03 Wohnraumförderung

Erläuterungen:

Die Wohnraumförderung erfolgt durch die Vergabe von Zuwendungen, die von der Investitionsbank Schleswig-Holstein an die Empfänger ausgezahlt werden. Die Bereitstellung der Zuwendungsmittel, Zinsen und Geldbeschaffungskosten zur Mitfinanzierung der Landeswohnraumförderungsprogramme erfolgt aus dem Zweckvermögen Wohnraumförderung/Krankenhausfinanzierung.

Der Bund zahlt gemäß Art. 143 c GG i. V. m. dem Entflechtungsgesetz (Art. 13 des Föderalismusreform-Begleitgesetzes vom 5. September 2006, BGBl. I S. 2098) den Ländern von 2007 bis 2013 Kompensationsleistungen, die für die Ausfinanzierung der Altverpflichtungen des Bundes nach II. WoBauG und WoFG sowie zur Finanzierung von investiven Maßnahmen der Wohnraumförderung einzusetzen sind (siehe Titel 884 30). Schleswig-Holstein erhält eine Kompensationsleistung in Höhe von 12,62 Mio. €. Bund und Länder überprüfen bis zum Ende des Jahres 2013, in welcher Höhe die Finanzierungsmittel noch angemessen und erforderlich sind.

661 30 (MG 03)	411	Erstattung von Zinsen und Geldbeschaffungskosten für Darlehen zur Mitfinanzierung der Landeswohnraumförderungsprogramme	0,0 0,0	0,0
--------------------------	-----	--	-------------------	------------

Erläuterungen:

Die bei der Refinanzierung von Wohnraumförderungsprogrammen entstehenden Zinsverbindlichkeiten werden aus dem Zweckvermögen Wohnraumförderung/Krankenhausfinanzierung getragen. Das Land zahlt daher zurzeit für ein Programmvolumen von 90 Mio. € keine Zinszuschüsse an die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB).

Durch die Abgabe einer "Garantieerklärung" für die im jeweils abgelaufenen Programmjahr ausgereichten bzw. entstehenden Darlehen ergibt sich eine Entlastung des Landeshaushalts durch Verminderung der notwendigen Einstellungen in den Fonds für Zinsausgleich. Eine Garantieerklärung wurde erstmals 1996 für die ab 1. Januar 1995 entstandenen Darlehen ausgegeben. Nach § 18 Abs. 5 Haushaltsgesetz 2013 darf das Innenministerium im Einvernehmen mit dem Finanzministerium im Rahmen der Bewilligung von Darlehen zur sozialen Wohnraumförderung der IB die Übernahme der bei der IB entstehenden Darlehensforderungen zum Nennwert bis zur Höhe von weiteren 90 Mio. € nach Verrechnung von Tilgungen zusagen.

Nach der Ertragsrechnung der Zweckerücklage des Zweckvermögens Wohnraumförderung/Krankenhausfinanzierung der IB kann die Tilgung wie bisher aus der Zweckerücklage erbracht werden.

884 30 (MG 03)	411	Zuweisung an das Zweckvermögen Wohnraumförderung/Krankenhausfinanzierung bei der Investitionsbank Schleswig-Holstein aus Kompensationsleistungen des Bundes	12.620,0 12.620,0	12.620,0
--------------------------	-----	--	-----------------------------	-----------------

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 331 30 (MG 03) geleistet werden.

Erläuterungen:

Die Mittel werden gemäß § 10 Abs. 1 Investitionsbankgesetz vom 7. Mai 2003 (GVOBl. Schl.-H. S. 206), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 789) in die Zweckerücklage des Zweckvermögens Wohnraumförderung/Krankenhausfinanzierung bei der Investitionsbank Schleswig-Holstein übertragen.

Summe der Maßnahmegruppe 03			12.620,0	12.620,0
			12.620,0	

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

04 Städtebauförderung

Erläuterungen:

Die Förderung städtebaulicher Maßnahmen hat folgende Ziele:

1. Funktionsstärkung und Aufwertung von Innenstädten und Ortsteilzentren
2. Soziale und wirtschaftliche Stabilisierung sowie städtebauliche Entwicklung in Problemgebieten
3. Zukunftssichernder Stadtbau insbesondere durch die Entwicklung und Wiedernutzung innerstädtischer Flächen
4. Sicherung und Erhaltung historischer Stadtkerne mit denkmalwerter Bausubstanz
5. Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge in Städten und Gemeinden in dünn besiedelten ländlichen Räumen.

Die Förderung erfolgt im Rahmen von Bund-Länder-Programmen, Landesprogrammen und EU-Programmen (EFRE, ESF).

Die Gemeinschaftsfinanzierung der Bund-Länder-Programme (je ein Drittel Bundes-, Landes- und kommunaler Anteil) beruht auf Verwaltungsvereinbarungen über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes an die Länder nach Artikel 104 b des Grundgesetzes zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen.

633 04 (MG 04)	423	Zinszuschüsse an Sonstige (IB-Fonds Städtebauförderung)	14,5 0,0	0,0
		Künftig wegfallend.		
633 41 (MG 04)	692	Zuweisungen an Gemeinden aus Mitteln des Zukunftsprogramms Wirtschaft	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Die Mittel sind im Kapitel 0612 - MG 17 veranschlagt. Vorgesehen ist die Förderung von Projekten der Fördermaßnahme "Stärkung der Städte und Regionen durch nachhaltige Stadtentwicklung" im Zukunftsprogramm Wirtschaft.		
685 41 (MG 04)	692	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen aus Mitteln des Zukunftsprogramms Wirtschaft	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Die Mittel sind im Kapitel 0612 - MG 17 veranschlagt. Vorgesehen ist die Förderung von Projekten der Fördermaßnahme "Stärkung der Städte und Regionen durch nachhaltige Stadtentwicklung" im Zukunftsprogramm Wirtschaft.		
883 13 (MG 04)	423	Zuschüsse des Bundes zum Investitionspakt zur energetischen Modernisierung sozialer Infrastruktur in den Kommunen	469,0 0,0	0,0
		Künftig wegfallend.		
883 14 (MG 04)	423	Zuschüsse des Landes zum Investitionspakt zur energetischen Modernisierung sozialer Infrastruktur in den Kommunen	1.875,6 0,0	0,0
		Künftig wegfallend.		
883 15 (MG 04)	423	Zuweisungen aus Finanzhilfen des Bundes für Städtebauförderungsprogramme	10.549,0 12.325,3	11.982,0
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2013	
		Neuverpflichtung insgesamt	10.137	
		Davon fällig Haushaltsjahr 2014	2.668	
		Davon fällig Haushaltsjahr 2015	3.201	
		Davon fällig Haushaltsjahr 2016	2.668	
		Davon fällig Haushaltsjahr 2017 ff	1.600	

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 331 15 (MG 04), darüber hinaus bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 233 01 (MG 04) geleistet werden.

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

noch zu 883 15

Erläuterungen:

Die Belastung des Haushaltsjahres 2013 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung 2012 stellt sich wie folgt dar:

		2013 EUR
1.	In Anspruch genommene VE der Vorjahre	8.897.000
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2012	2.552.000
Summe		11.449.000

Die finanzielle Abwicklung der einzelnen Programme über mehrere Programmjahre ist in den folgenden Tabellen dargestellt. Die erste Tabelle ist eine Zusammenfassung aller Programme. Aus ihr ergeben sich der Gesamtansatz und die Verpflichtungsermächtigungen.

Programmjahr	2013	2014	2015	2016 ff	Summe
2009	1.867.000	0	0	0	1.867.000
2010	3.066.000	1.830.000	0	0	4.896.000
2011	3.964.000	3.304.000	1.981.000	0	9.249.000
2012	2.552.000	3.074.000	2.576.000	1.520.000	9.722.000
2013	533.000	2.668.000	3.201.000	4.268.000	10.670.000
2014		540.000	2.700.000	7.560.000	10.800.000
2015			550.000	10.450.000	11.000.000
2016				11.200.000	11.200.000
	11.982.000	11.416.000	11.008.000	34.998.000	69.404.000

Die Programme im Einzelnen:

Sanierung und Entwicklung

Programmjahr	2013	2014	2015	2016ff	Summe
2009	275.000	0	0	0	275.000
2010	272.000	163.000	0	0	435.000
2011	632.000	527.000	315.000	0	1.474.000
2012	159.000	191.000	174.000	81.000	605.000
	1.338.000	881.000	489.000	81.000	2.789.000

Soziale Stadt

Programmjahr	2013	2014	2015	2016ff	Summe
2009	521.000	0	0	0	521.000
2010	785.000	468.000	0	0	1.253.000
2011	283.000	236.000	142.000	0	661.000
2012	331.000	398.000	332.000	199.000	1.260.000
2013	66.050	333.250	399.300	532.400	1.331.000
2014		70.000	350.000	980.000	1.400.000
2015			70.000	1.330.000	1.400.000
2016				1.400.000	1.400.000
	1.986.050	1.505.250	1.293.300	4.441.400	9.226.000

Stadtumbau West

Programmjahr	2013	2014	2015	2016ff	Summe
2009	684.000	0	0	0	684.000
2010	1.014.000	605.200	0	0	1.619.200
2011	1.758.000	1.465.000	879.000	0	4.102.000
2012	709.000	854.000	711.000	427.000	2.701.000
2013	165.450	827.250	992.700	1.323.600	3.309.000
2014		165.000	825.000	2.310.000	3.300.000
2015			170.000	3.230.000	3.400.000
2016				3.400.000	3.400.000
	4.330.450	3.916.450	3.577.700	10.690.600	22.515.200

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

noch zu 883 15

Aktive Stadt- und Ortsteilzentren

Programmjahr	2013	2014	2015	2016 ff	Summe
2009	204.000	0	0	0	204.000
2010	538.000	320.800	0	0	858.800
2011	678.000	565.000	338.000	0	1.581.000
2012	725.000	873.000	728.000	435.000	2.761.000
2013	153.300	766.500	919.800	1.226.400	3.066.000
2014		155.000	775.000	2.170.000	3.100.000
2015			155.000	2.945.000	3.100.000
2016				3.200.000	3.200.000
	2.298.300	2.680.300	2.915.800	9.976.400	17.870.800

Städtebaulicher Denkmalschutz West

Programmjahr	2013	2014	2015	2016 ff	Summe
2009	183.000	0	0	0	183.000
2010	318.000	190.000	0	0	508.000
2011	289.000	241.000	145.000	0	675.000
2012	290.000	350.000	291.000	175.000	1.106.000
2013	64.150	320.750	384.900	513.200	1.283.000
2014		65.000	325.000	910.000	1.300.000
2015			65.000	1.235.000	1.300.000
2016				1.300.000	1.300.000
	1.144.150	1.166.750	1.210.900	4.133.200	7.655.000

Kleinere Städte und Gemeinden

Programmjahr	2013	2014	2015	2016 ff	Summe
2010	139.000	83.000	0	0	222.000
2011	324.000	270.000	162.000	0	756.000
2012	338.000	408.000	340.000	203.000	1.289.000
2013	84.050	420.250	504.300	672.400	1.681.000
2014		85.000	425.000	1.190.000	1.700.000
2015			90.000	1.710.000	1.800.000
2016				1.900.000	1.900.000
	885.050	1.266.250	1.521.300	5.675.400	9.348.000

883 16 423 **Zuweisungen des Landes für Städtebauförderungsprogramme** **10.797,9** **10.812,4**
(MG 04) 11.391,9

Verpflichtungsermächtigung (in T€) 2013

Neuverpflichtung insgesamt	10.619
Davon fällig Haushaltsjahr 2014	2.500
Davon fällig Haushaltsjahr 2015	2.919
Davon fällig Haushaltsjahr 2016	2.600
Davon fällig Haushaltsjahr 2017 ff	2.600

Der Ansatz darf bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 233 02 (MG 04) überschritten werden.

Für einen Teil der Bundesmittel lässt der Bund zu, dass sie für Modellvorhaben in den Gebieten der Sozialen Stadt und dann auch für Zwecke wie Spracherwerb, Verbesserung von Schul- und Bildungsabschlüssen, Betreuung von Jugendlichen in der Freizeit sowie im Bereich der lokalen Ökonomie wie Gründerzentren eingesetzt werden können. Für die Komplementärmittel des Landes zu diesen Bundesmitteln gilt entsprechendes.

Erläuterungen:

Zuwendung

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

noch zu 883 16

Die Belastung des Haushaltsjahres 2013 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung 2012 stellt sich wie folgt dar:

		2013 EUR
1.	In Anspruch genommene VE aus Vorjahren	6.684.700
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2012	4.076.000
Summe		10.760.700

Die finanzielle Abwicklung der einzelnen Programme über mehrere Programmjahre ist in den folgenden Tabellen dargestellt. Die erste Tabelle ist eine Zusammenfassung aller Programme. Aus ihr ergeben sich der Gesamtansatz und die Verpflichtungsermächtigungen.

Programmjahr (alle Programme)	2013	2014	2015	2016 ff	Summe
2009	1.621.700	0	0	0	1.621.700
2010	2.863.000	1.954.000	0	0	4.817.000
2011	2.200.000	2.200.000	2.200.000	0	6.600.000
2012	4.076.000	3.772.600	2.200.000	2.200.000	12.248.600
2013	51.700	2.500.000	2.918.300	5.200.000	10.670.000
2014		385.800	2.500.000	7.914.200	10.800.000
2015			994.100	10.005.900	11.000.000
2016				11.200.000	11.200.000
	10.812.400	10.812.400	10.812.400	36.520.100	68.957.300

Die Programme im Einzelnen:

Sanierung und Entwicklung

Programmjahr	2013	2014	2015	2016 ff	Summe
2009	172.000	0	0	0	172.000
2010	272.000	254.000	0	0	526.000
2011	302.000	300.000	310.000	0	912.000
2012	500.000	550.000	350.000	300.000	1.700.000
	1.246.000	1.104.000	660.000	300.000	3.310.000

Soziale Stadt

Programmjahr	2013	2014	2015	2.016	Summe
2009	150.000	0	0	0	150.000
2010	741.000	600.000	0	0	1.341.000
2011	283.000	250.000	142.000	0	675.000
2012	400.000	400.000	300.000	200.000	1.300.000
2013	0	400.000	623.000	308.000	1.331.000
2014		385.800	400.000	614.200	1.400.000
2015			194.100	1.205.900	1.400.000
2016				1.400.000	1.400.000
	1.574.000	2.035.800	1.659.100	3.728.100	8.997.000

Stadtumbau West

Programmjahr	2013	2014	2015	2016 ff	Summe
2009	968.700	0	0	0	968.700
2010	1.112.400	600.000	0	0	1.712.400
2011	747.000	676.000	933.790	0	2.356.790
2012	1.600.000	1.200.000	400.000	800.000	4.000.000
2013	0	800.000	800.000	1.709.000	3.309.000
2014		0	700.000	2.600.000	3.300.000
2015			300.000	3.100.000	3.400.000
2016				3.400.000	3.400.000
	4.428.100	3.276.000	3.133.790	11.609.000	22.446.890

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

noch zu 883 16

Aktive Stadt- und Ortsteilzentren

Programmjahr	2013	2014	2015	2016 ff	Summe
2009	135.000	0	0	0	135.000
2010	537.600	400.000	0	0	937.600
2011	354.000	334.000	240.210	0	928.210
2012	576.000	1.072.600	500.000	550.000	2.698.600
2013	0	500.000	666.000	1.900.000	3.066.000
2014		0	400.000	2.700.000	3.100.000
2015			200.000	2.900.000	3.100.000
2016				3.200.000	3.200.000
	1.602.600	2.306.600	2.006.210	11.250.000	17.165.410

Städtebaulicher Denkmalschutz West

Programmjahr	2013	2014	2015	2016 ff	Summe
2009	196.000	0	0	0	196.000
2010	200.000	100.000	0	0	300.000
2011	218.000	440.000	412.000	0	1.070.000
2012	900.000	350.000	300.000	150.000	1.700.000
2013	0	300.000	300.000	683.000	1.283.000
2014		0	400.000	900.000	1.300.000
2015			200.000	1.100.000	1.300.000
2016				1.300.000	1.300.000
	1.514.000	1.190.000	1.612.000	4.133.000	8.449.000

Kleinere Städte und Gemeinden

Programmjahr	2013	2014	2015	2016 ff	Summe
2010	0	0	0	0	0
2011	296.000	200.000	162.000	0	658.000
2012	100.000	200.000	350.000	200.000	850.000
2013	51.700	500.000	529.300	600.000	1.681.000
2014		0	600.000	1.100.000	1.700.000
2015			100.000	1.700.000	1.800.000
2016				1.900.000	1.900.000
	447.700	900.000	1.741.300	5.500.000	8.589.000

883 20 423 **Zuweisungen für Forschungsvorhaben zur Weiterentwicklung des Wohnungs- und Städtebaues aus Finanzhilfen des Bundes** **0,0** **0,0**
(MG 04)

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 331 20 (MG 04) geleistet werden.

Übertragen von 0416 - 893 08 (MG 04).

Erläuterungen:

Der Bund fördert die Durchführung von Forschungsmaßnahmen, mit denen an konkreten Projekten neue, durch praktische Anwendung abgesicherte Erkenntnisse für Bundesaufgaben auf dem Gebiet des Wohnungswesens und des Städtebaus gewonnen oder vorhandene Erkenntnisse auf Handlungsbedarfe des Bundes überprüft werden sollen. Der Einsatz der Mittel erfolgt nach Richtlinien des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung im Rahmen des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus (ExWoSt).

883 41 692 **Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden aus Mitteln des Zukunftsprogramms Wirtschaft** **0,0** **0,0**
(MG 04)

Erläuterungen:

Die Mittel sind im Kapitel 0612 - MG 17 veranschlagt. Vorgesehen ist die Förderung von Projekten der Fördermaßnahme "Stärkung der Städte und Regionen durch nachhaltige Stadtentwicklung" im Zukunftsprogramm Wirtschaft.

891 41 692 **Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen aus Mitteln des Zukunftsprogramms Wirtschaft** **0,0** **0,0**
(MG 04)

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	

noch zu 891 41

Erläuterungen:

Die Mittel sind im Kapitel 0612 - MG 17 veranschlagt.
 Vorgesehen ist die Förderung von Projekten der Fördermaßnahme "Stärkung der Städte und Regionen durch nachhaltige Stadtentwicklung" im Zukunftsprogramm Wirtschaft.

893 08	411	Zuschüsse für Forschungsvorhaben zur Weiterentwicklung des Wohnungs- und Städtebaues aus Finanzhilfen des Bundes	0,0	0,0
(MG 04)			0,0	

Übertragen nach 0416 - 883 20 (MG 04).

894 41	692	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen aus Mitteln des Zukunftsprogramms Wirtschaft	0,0	0,0
(MG 04)			0,0	

Erläuterungen:

Die Mittel sind im Kapitel 0612 - MG 17 veranschlagt .
 Vorgesehen ist die Förderung von Projekten der Fördermaßnahme "Stärkung der Städte und Regionen durch nachhaltige Stadtentwicklung" im Zukunftsprogramm Wirtschaft.

Summe der Maßnahmegruppe 04	23.706,0		22.794,4
	23.717,2		

Summe der Ausgaben	111.388,7		89.983,6
	106.381,5		

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2012	Soll 2013
			Ist 2011	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	121,3 193,0	98,1
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	36.750,0 36.563,2	26.500,0
31 - 34		Schuldenaufnahme, Zuwendungen für Investitionen	23.638,0 23.854,0	24.602,0
Gesamteinnahmen			60.509,3 60.610,2	51.200,1
41 - 49		Personalausgaben	1.436,7 1.348,3	1.436,7
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	75,0 68,5	75,0
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	73.565,5 68.627,5	53.057,5
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	36.311,5 36.337,2	35.414,4
Gesamtausgaben			111.388,7 106.381,5	89.983,6
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-50.879,4 -45.771,3	-38.783,5

04 Innenministerium
Abschluss Einnahmen und Ausgaben 2013

Kapitel	Bezeichnung	Jahr	Einnahmen					Gesamteinnahmen
			01 - 09 Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	11 - 19 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	21 - 29 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	31 - 34 Schulden- aufnahme, Zuwendun- gen für Investitionen	35 - 39 Besondere Finanzie- rungs- einnahmen	
- T€ -								
04 01	Ministerium	2013		636,0	3.571,3			4.207,3
		2012		366,0	1.071,6			1.437,6
04 02	Sport	2013				60,0	6.174,0	6.234,0
		2012				60,0	6.174,0	6.234,0
04 03	Vermessungswesen und Geoinformation	2013		9.482,5	160,0			9.642,5
		2012		9.578,5	180,0			9.758,5
04 05	Feuerwehrwesen, Katastro- phen- und Zivilschutz	2013		146,0	1.057,4		119,8	1.323,2
		2012		41,0	907,1			948,1
04 07	Ausländer- und Integra- tionsangelegenheiten	2013		262,0				262,0
		2012		262,0				262,0
04 10	Polizei	2013		14.236,0	3.718,0	3.010,0		20.964,0
		2012		13.216,2	3.336,0			16.552,2
04 16	Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen	2013		98,1	26.500,0	24.602,0		51.200,1
		2012		121,3	36.750,0	23.638,0		60.509,3
	Summe Haushalt	2013		24.860,6	35.006,7	27.672,0	6.293,8	93.833,1
	Summe Haushalt	2012		23.585,0	42.244,7	23.698,0	6.174,0	95.701,7
	mehr(+) / weniger(-)		0,0	+1.275,6	-7.238,0	+3.974,0	+119,8	-1.868,6

Ausgaben								Jahr	Kapitel
41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben		
- T€ -									
16.818,2	6.417,7		8.190,8		37,0		31.463,7	2013	04 01
17.729,8	4.119,5		16.953,3		22,0		38.824,6	2012	
66,9			6.174,0		60,0		6.300,9	2013	04 02
106,9			6.174,0		60,0		6.340,9	2012	
22.669,8	1.154,0		15,0		267,0		24.105,8	2013	04 03
24.718,2	1.421,8		11,0		273,0		26.424,0	2012	
2.304,5	1.029,5	400,0	4.417,7		9.338,2		17.489,9	2013	04 05
1.773,8	979,0	400,0	3.778,2		7.036,0		13.967,0	2012	
2.096,0	3.460,0		29.477,5		85,0		35.118,5	2013	04 07
2.098,0	3.629,5		20.001,9		47,5		25.776,9	2012	
304.082,4	34.048,2		4.141,0	109,0	19.499,3		361.879,9	2013	04 10
314.657,1	32.763,6		4.841,7		9.175,5		361.437,9	2012	
1.436,7	75,0		53.057,5		35.414,4		89.983,6	2013	04 16
1.436,7	75,0		73.565,5		36.311,5		111.388,7	2012	
349.474,5	46.184,4	400,0	105.473,5	109,0	64.700,9		566.342,3	2013	
362.520,5	42.988,4	400,0	125.325,6		52.925,5		584.160,0	2012	
-13.046,0	+3.196,0	0,0	-19.852,1	+109,0	+11.775,4	0,0	-17.817,7		
Überschuss (+) / Zuschuss (-) 2013							-472.509,2		
Überschuss (+) / Zuschuss (-) 2012							-488.458,3		

04 Innenministerium

Abschluss Verpflichtungsermächtigungen 2013

Kapitel	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigung	Von dem Gesamtbetrag entfallen auf				
			2013	2014	2015	2016	2017 ff.
		T€					
04 10	Polizei	38.934,0	15.684,0	11.250,0	9.000,0	3.000,0	
04 16	Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen	20.756,0	5.168,0	6.120,0	5.268,0	4.200,0	
	Summe des Einzelplans	59.690,0	20.852,0	17.370,0	14.268,0	7.200,0	

04 Innenministerium

Einnahmen der Maßnahme- / Titelgruppen 2013

Kapitel MG/TG	Bezeichnung	Jahr	Einnahmen					Gesamt- einnahmen
			01 - 09 Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	11 - 19 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	21 - 29 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	31 - 34 Schulden- aufnahme, Zuwendun- gen für Investitionen	35 - 39 Besondere Finanzie- rungs- verfahren	
- T€ -								
04 01	Ministerium							
63	Zentrale Fahrbereitschaft des Innenministeriums	2013		0,0				0,0
		2012		0,0				0,0
04 05	Feuerwehrwesen, Katastro- phen- und Zivilschutz							
62	Schiffsbrandbekämpfung	2013		0,0	477,4			477,4
		2012		0,0	411,1			411,1
63	Katastrophenschutz	2013		25,0	0,0		0,0	25,0
		2012		5,0	0,0			5,0
65	Havariekommando	2013			490,0		119,8	609,8
		2012			406,0		0,0	406,0
04 07	Ausländer- und Integra- tionsangelegenheiten							
02	Integration von Migrantinnen und Migranten	2013		10,0				10,0
		2012		10,0				10,0
03	Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten	2013		250,0	0,0			250,0
		2012		250,0				250,0
62	Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten	2013						
		2012						
65	Landesamt für Aus- länderangelegenheiten Schles- wig-Holstein	2013		2,0				2,0
		2012		2,0				2,0
04 10	Polizei							
63	Digitalfunk	2013		0,0	1.909,0	3.010,0	0,0	4.919,0
		2012		32,0	2.063,0	0,0	0,0	2.095,0
67	Katastrophenschutz	2013		0,0				0,0
		2012		10,0				10,0
68	Beseitigung und Vernichtung von Kriegsmunition	2013		297,0	400,0			697,0
		2012		290,0	400,0			690,0
71	Kriminaltechnik	2013		5,0				5,0
		2012		5,0				5,0
04 16	Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen							
03	Wohnraumförderung	2013				12.620,0		12.620,0
		2012				12.620,0		12.620,0
04	Städtebauförderung	2013			0,0	11.982,0		11.982,0
		2012			0,0	11.018,0		11.018,0
	Summe Haushalt	2013		589,0	3.276,4	27.612,0	119,8	31.597,2
	Summe Haushalt	2012		604,0	3.280,1	23.638,0	0,0	27.522,1

04 Innenministerium

Ausgaben der Maßnahme- / Titelgruppen 2013

Kapitel MG/TG Bezeichnung	Jahr	Ausgaben							Gesamt- ausgaben
		41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzierungs- ausgaben	
- T€ -									

04 01 Ministerium

07 Statistik

2013				5.945,9				0,0	5.945,9
2012				14.789,7					14.789,7

61 Modernisierung der Verwaltung

2013		27,3							27,3
2012		27,3							27,3

62 Ausbildung, Umschulung und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

2013	1.313,0	457,3		580,0					2.350,3
2012	1.313,0	465,8		580,0					2.358,8

63 Zentrale Fahrbereitschaft des Innenministeriums

2013	2.496,8	686,0				0,0			3.182,8
2012	2.546,8	784,0				0,0			3.330,8

66 Ausgleichsabgabe nach SGB IX

2013	59,2			20,0					79,2
2012	59,2			20,0					79,2

70 Outputorientierte Personalkosten (Zentrales IT-Management SH)

2013	1.446,5								1.446,5
2012									

72 Ausgaben für Arbeitsmedizin und Arbeitssicherheit, Gesundheitsförderung

2013	0,0	276,0				15,0			291,0
2012	0,0	291,0				0,0			291,0

04 02 Sport

03 Finanzierung/Förderung des Baus von Sportstätten für den Hochleistungssport aus Bundeszuweisungen

2013						60,0			60,0
2012						60,0			60,0

04 03 Vermessungswesen und Geoinformation

61 Personal des Landesvermessungsamtes Schleswig-Holstein

2013	0,0								0,0
2012	0,0								0,0

69 Outputorientierte Personalkosten

2013	255,5								255,5
2012	344,1								344,1

04 05 Feuerwehrwesen, Katastrophen- und Zivilschutz

61 Förderung des Feuerwehrwesens

2013		130,0	400,0	1.872,9		8.418,2			10.821,1
2012		100,0	400,0	1.822,9		6.076,0			8.398,9

62 Schiffsbrandbekämpfung

2013		33,0		1.246,3		0,0			1.279,3
2012		33,0		878,6		0,0			911,6

63 Katastrophenschutz

2013		186,0		598,5		800,0	0,0		1.584,5
2012		216,0		598,5		750,0	0,0		1.564,5

04 Innenministerium

Ausgaben der Maßnahme- / Titelgruppen 2013

Kapitel	Jahr	Ausgaben							Gesamt- ausgaben
		41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	
MG/TG	Bezeichnung								
- T€ -									
70	Outputorientierte Personalkosten (Katastrophenschutz - ministerieller Bereich)								
	2013	0,0							0,0
	2012	71,0							71,0
71	Kriminaltechnik								
	2013	20,0	1.750,6				692,0		2.462,6
	2012	19,0	2.363,0				900,0		3.282,0
04 16	Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen								
03	Wohnraumförderung								
	2013				0,0		12.620,0		12.620,0
	2012				0,0		12.620,0		12.620,0
04	Städtebauförderung								
	2013				0,0		22.794,4		22.794,4
	2012				14,5		23.691,5		23.706,0
Summe	2013	11.308,9	16.635,3	400,0	40.761,1	109,0	48.716,2	0,0	117.930,5
Summe	2012	12.007,3	16.409,6	400,0	40.127,3	0,0	44.525,6	0,0	113.469,8

Anlage zum Kapitel 0401

Kennzahlen

für den
Aufgabenbereich:

Statistik

Ländervergleich Statistik

Haushaltsansätze für den Aufgabenbereich Statistik

Bundesland	Ausgaben Mio. € im Jahr 2008	Einwohner am 31.12.2008	Ausgaben je Einwohner
Brandenburg	24	2.522.493	9,50 €
Hamburg	12	1.772.100	6,80 €
Thüringen	15	2.267.763	6,80 €
Sachsen	26	4.192.801	6,30 €
Saarland	6	1.030.324	6,20 €
Bremen	4	661.866	5,80 €
Rheinland-Pfalz	22	4.028.351	5,50 €
Sachsen-Anhalt	13	2.381.872	5,30 €
Schleswig-Holstein	15	2.834.260	5,30 €
Berlin	16	3.431.675	4,70 €
Hessen	29	6.064.953	4,70 €
Bayern	56	12.519.728	4,50 €
Nordrhein-Westfalen	63	17.933.064	3,50 €
Baden-Württemberg	33	10.749.506	3,10 €
Niedersachsen	22	7.947.244	2,80 €
Mecklenburg-Vorpommern	3	1.664.356	1,80 €
Flächenländer West	247	63.107.430	3,90 €
Deutschland	360	82.002.356	4,40 €

Quellen

Benchmarking Bericht der Senatorin für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen 2009

(Die bremischen Ressorts im Städte- und Ländervergleich), erschienen im Juni 2010, hier: Kennziffer 07-O-02 (Ausgaben für die Landesstatistik je Einwohner in Euro), ermittelt aus den Haushaltsansätzen der Bundesländer (Schleswig-Holstein: Zuschuss zum Statistischen Amt für HH und SH). Beachte dort (S. 53 f.) auch methodische Hinweise zur **eingeschränkten Vergleichbarkeit**. Angaben gerundet, fehlende Angaben für Mecklenburg-Vorpommern aus Haushaltsplan 2008/2009 (Ausgabenplan 2008, Funktion 014 Statistischer Dienst) ergänzt.

Einwohner:

Statistisches Bundesamt, Fachserie 1 (Bevölkerung und Erwerbstätigkeit), Reihe 1.3 (Bevölkerungsfortschreibung), Tabelle 3.1, Ausgabe 2009, korrigierte Version vom 31.05.2011.

Zusätzliche Erläuterungen

für den
Aufgabenbereich: **Förderung des außerschulischen Sports**

<p>Globale Zielbeschreibung und Unterziele</p>	<p>Aufgrund des Gesetzes zur Neuordnung des Glücksspiels (Glücksspielgesetz) vom 20. Oktober 2011 (GVOBl. Schl.-H S.280) sind von den Konzessionsabgaben, nach Erfüllung der anderen sich aus dem Gesetz ergebenden Verpflichtungen, 8 %, mindestens 6,3 Mio. Euro für die Förderung des Sports zu verwenden. Davon sind 90 % (= 5.67 Mio. €) für den Landessportverband, 8 % (= 504.000,- €) für die allgemeine Förderung des außerschulischen Sports und 2 % (=126.000,- €) für die Förderung des außerunterrichtlichen Schulsports bestimmt. Über die Verwendung dieser Mittel befinden die zuständigen Ministerien. Das IM hat die Sportförderrichtlinie vom 1.2.2012 (Amtsbl. Schl.-H. S. 160) erlassen. Diese Richtlinie regelt die Vergabe der Fördermittel für die allgemeine Förderung des außerschulischen Sports durch das Innenministerium, soweit sie nicht für strategisch konzeptionelle Ziele der Sportentwicklung in Schleswig-Holstein eingesetzt werden. Durch die Zuwendungen des Innenministeriums sollen Einrichtungen, Maßnahmen und Projekte zur Unterstützung und Weiterentwicklung eines landesweiten, vielfältigen und sozialverträglichen Sportangebotes gefördert werden.</p> <p>Insbesondere:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Förderung des Landessportverbandes Schleswig-Holstein und seiner Einrichtungen • Strategisch konzeptionelle Ziele der Sportentwicklung in SH • Breitensport (vorrangig Kinder und Jugendliche) • Förderung von Sportprojekten/Veranstaltungen • Förderung des Leistungssports einschl. Baumaßnahmen • Förderung von Maßnahmen im Behindertensport • Maßnahmen gegen Doping im Sport • Integration durch Sport • Kommunale Sport(stätten)entwicklungsplanung • Stärkung des Ehrenamtes/Ehrungen • Maßnahmen zur Unterstützung der Teilhabe von Kindern und Jugendlichen am Vereinssport • Fußball-Fan-Projekte • Partnerschulen des Leistungssports 			
Kennzahlen/Indikatoren für				
<p>Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung</p>	Mengen (Anzahl Bescheide)			Qualitäten / Bürgerorientierung
	2011 (Ist)	2012 (Plan)	2013 (Plan)	
<ul style="list-style-type: none"> • Förderung des Landessportverbandes Schleswig-Holstein und seiner Einrichtungen • Mitgliederzahl im LSV Davon: Erwachsene Jugendliche (bis 18J.) • Anzahl der Vereine im LSV 	<p>1</p> <p>837.985</p> <p>526.819</p> <p>311.166</p> <p>2.692</p>	<p>1</p>	<p>1</p>	<p>Ordnungsgemäße Antragsabwicklung</p>

<p>Anzahl der Zuwendungsbescheide</p> <ul style="list-style-type: none"> • Förderung von Sportprojekten/ Veranstaltungen • Förderung des Leistungssports einschl. Baumaßnahmen • Förderung von Maßnahmen im Behindertensport • Anti Doping Maßnahmen • Integration durch Sport • Sportstättenentwicklungsplanung • Stärkung des Ehrenamtes/Ehrungen • Wettbewerb Sportfreundliche Kommune • Strategisch konzeptionelle Ziele der Sportentwicklung in SH • Breitensport (vorrangig Kinder und Jugendliche) siehe Sportprojekte • Maßnahmen zur Unterstützung der Teilhabe von Kindern und Jugendlichen am Vereinssport • Fußball-Fan-Projekte • Partnerschulen des Leistungssports 	<p>12</p> <p>6</p> <p>12</p> <p>1</p> <p>3</p> <p>3</p> <p>40</p> <p>3</p> <p>0</p> <p>0</p> <p>0</p> <p>1</p>	<p>15</p> <p>6</p> <p>14</p> <p>1</p> <p>4</p> <p>3</p> <p>40</p> <p>3</p> <p>1</p> <p>1</p> <p>2</p> <p>2</p>	<p>15</p> <p>6</p> <p>14</p> <p>1</p> <p>4</p> <p>3</p> <p>40</p> <p>entfällt</p> <p>1</p> <p>1</p> <p>2</p> <p>3</p>	
<p>Externe Zielgruppen</p>	<p>Kommunen, gemeinnützige Sportvereine und -verbände die in SH ansässig sind, sowie deutsche Sportvereine in Nordschleswig, wenn sie gleichzeitig auch Träger der Maßnahme sind und gemeinnützige Verbände und Vereine.</p>			
<p>Vereinbarungszeitraum</p>	<p>2013</p>			
<p>Position der Zielvereinbarung im Landeshaushalt</p>	<p>Einzelplan: 04 Kapitel: 0402</p>			
<p>Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln</p>	<p>Gesetz zur Neuordnung des Glücksspiels (Glücksspielgesetz) vom 20. Oktober 2011 (GVOBl. Schl.-H S.280); Sportförderrichtlinie vom 1.2.2012 (Amtsbl. Schl.-H. S.160).</p>			
<p>Zeitplan / Meilensteine</p>	<p>Die Bewilligungen erfolgen für die Projekte aus den jährlich vorhandenen Haushaltsmitteln</p>			
<p>Berichtswesen</p>	<p>Nicht vorgesehen</p>			

Zusätzliche Erläuterungen

für den

Aufgabenbereich:

Vermessung und Geoinformation

<p>Globale Zielbeschreibung und Unterziele</p>	<p>Nach dem Vermessungs- und Katastergesetz ist es die Aufgabe der <u>Landesvermessung</u> die geodätischen Grundlagen für eine allgemeine Landesaufnahme, für das Liegenschaftskataster und für andere Vermessungen zu schaffen und zu erhalten, das gesamte Landesgebiet aufzunehmen und die Ergebnisse in Karten und digitalen Modellen darzustellen. Die digitalen Modelle müssen als Basis für geographische Informationssysteme geeignet sein. Die Landesvermessung hat insbesondere die Belange von Planung, Rechtsverkehr, Verteidigung, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft sowie des Umwelt- und Naturschutzes zu berücksichtigen.</p> <p>Nach dem o.g. Gesetz sind im <u>Liegenschaftskataster</u> die Flurstücke und Gebäude (Liegenschaften) für das Landesgebiet nachzuweisen, wie es die Belange der Planung einschließlich der Bauleitplanung, des Rechtsverkehrs, der Verwaltung und der Wirtschaft an ein grundstücksbezogenes Basisinformationssystem erfordern. Das Liegenschaftskataster muss geeignet sein, als amtliches Verzeichnis der Grundstücke im Sinne des § 2 Abs. 2 der Grundbuchordnung zu dienen, es muss die Ergebnisse der amtlichen Bodenschätzung nachweisen.</p> <p>Auf der Grundlage des Geodateninfrastrukturgesetz für das Land Schleswig-Holstein (GDIG) nimmt die Koordinierungsstelle Geodateninfrastruktur Schleswig-Holstein (Kst. GDI-SH) Aufgaben im Bereich <u>Geoinformation</u> wahr. Dazu zählen die Koordinierung der Ausführung der Beschlüsse des Lenkungsgremiums Geodateninfrastrukturgesetz Schleswig-Holstein und die operativen Aufgaben beim Ausbau und Betrieb der Geodateninfrastruktur Schleswig-Holstein (GDI-SH).</p> <p>Zuständig für die Landesvermessung, Einrichtung, Fortführung und Erneuerung des Liegenschaftskatasters sowie Geoinformation ist das Landesamt für Vermessung und Geoinformation Schleswig-Holstein (LVermGeo SH).</p> <p>Es ist 2011 auf der Grundlage des Konzeptes „Zentrale Zusammenfassung der Aufgaben Kataster/Vermessung auf Landesebene“ aus den 8 Katasterämtern und dem Landesvermessungsamt Schleswig-Holstein hervorgegangen. Die abschließenden Maßnahmen zur <u>Reorganisation</u> der Vermessungs- und Katasterverwaltung sollen 2017 erfolgen.</p> <p><u>Landesvermessung</u></p> <ol style="list-style-type: none">1. Die geodätischen Grundlagen umfassen die Herstellung, Erhaltung und Erneuerung des Lage-, Höhen- und Schwerefestpunktfeldes sowie die Einrichtung und Unterhaltung von Referenzstationen eines Satellitenpositionierungsdienstes zur Realisierung des Raumbezuges.2. Die Landesaufnahme umfasst die regelmäßige Aufnahme aller topographischen Veränderungen sowie die Bereitstellung des Amtlichen Topographisch-Kartographischen Informationssystems (ATKIS®).3. Das Landesgebiet in Karten und digitalen Modellen darzustellen bedeutet die Bearbeitung und Herausgabe von topographischen Landeskartenwerken sowie die Bereitstellung von Produkten auf der Basis von ATKIS®.4. In einer IT-Leitstelle werden alle IT-Belange der Vermessungs- und Katasterverwaltung betreut. Das umfasst die Beschaffung, Installation und Pflege der Hardware und Netze sowie die Beschaffung, Entwicklung, Pflege und Schulung von Anwendersoftware.
---	--

Liegenschaftskataster

1. Als Grundlage für die Fortführung des Liegenschaftskatasters werden auf Grund von Anträgen Vermessungen (Teilungen, Gebäudeeinemessungen, Grenzherstellungen, etc.) durchgeführt, deren Ergebnisse dann in das Liegenschaftskataster übernommen werden.
2. Das L VermGeo SH hat die Nachweise des Liegenschaftskatasters vorzuhalten um jedem daraus Auskünfte und analoge oder digitale Auszüge erteilen zu können.
3. Für die Fortführung des Liegenschaftskatasters müssen auch die Ergebnisse der Vermessungen der anderen Vermessungsstellen (beigebrachte Vermessungen) in die Nachweise des Liegenschaftskatasters übernommen werden.
4. Nach Abschluss von Flurbereinigungen ist das Liegenschaftskataster neu aufzustellen, da der Flurbereinigungsplan, sobald er rechtskräftig geworden ist, das Liegenschaftskataster als amtliches Verzeichnis der Grundstücke ersetzt.
5. Um den Anforderungen der Nutzer an ein Geobasisinformationssystem gerecht zu werden und um den Nutzern die Möglichkeit zu eröffnen, einen schnellen, unkomplizierten und zeitgemäßen Vertriebsweg zu nutzen, wurden die bisher getrennt geführten Daten des Automatisierten Liegenschaftsbuchs (ALB) und der Automatisierten Liegenschaftskarte (ALK) in 2011 in einem System, dem Amtlichen Liegenschaftskatasterinformationssystem (ALKIS[®]), zusammengeführt. Daten, die nicht automatisiert in das ALKIS[®]-Modell überführt werden konnten, müssen durch Nachmigrationen überführt werden.

Geoinformation

Mit Inkrafttreten des GDIG hat sich die Aufgabe des ressortübergreifenden Geodatenmanagements im L VermGeo SH erweitert und eine formale Grundlage bekommen. Die Bereitstellung und Verwendung der Geobasisdaten ist in diesem Zusammenhang über die Nutzung der fachneutralen Kernkomponenten geregelt. Damit ist eine wesentliche Grundlage für die GDI-SH in Form von einheitlichen Geobasisdaten gelegt. Die Aufgaben werden im Rahmen von Servicestellen wahrgenommen. Erweitert hat sich die Zuständigkeit des L VermGeo SH als Kst. GDI-SH, die für Land und Kommunen als zentrale Kontaktstelle für die Datenbereitstellung gemäß der Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2007 zur Schaffung einer Geodateninfrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft - INSPIRE - fungiert. Über die INSPIRE-Initiative sind künftig Geodaten aus 34 Annexthemen standardisiert bereitzustellen. Neben den eigenen Geobasisdaten sind auch Fachdaten von Land und Kommunen als Dienste anzubieten. Da über INSPIRE ein eigenes Datenmodell gesetzlich verpflichtend eingebracht worden ist, sind landesweit die betroffenen Geodaten aufzubereiten. Dieses soll im Rahmen einer Zielarchitektur erfolgen. Dem Geoserver kommt hierbei die zentrale Funktion als Daten- und Dienstzugriffsstelle zu.

Reorganisation

Die zentrale Zusammenfassung der Aufgaben der Vermessungs- und Katasterverwaltung erfordert die organisatorische Bündelung der Aufgaben der acht Katasterämter und des Landesvermessungsamtes Schleswig-Holstein in einer Landesbehörde. Abgeleitet von notwendigen Grundgrößen der Behördenteile an einzelnen Standorten sieht das Konzept vor, dass es neben der zentralen Stelle in Kiel an vier weiteren Standorten im Land Außenstellen geben soll.

Strategische Ziele:

- Versorgung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Verwaltung, Wirtschaft, Verteidigung, Wissenschaft usw. mit aktuellen, genauen, zuverlässigen Geoinformationen.
- Schutz des Eigentums an Grund und Boden.

	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Aufgabenerfüllung auf der Grundlage moderner und betriebswirtschaftlich optimaler Arbeitsprozesse (Satellitenvermessung, Laserscan-Erfassung, digitale Orthophotos, automatische Modell- und Kartographische Generalisierung, zentrale Photogrammetrie und Datenanalyse, Kst. GDI-SH und IT-Leitstelle). ➤ Reorganisation der Vermessungs- und Katasterverwaltung.
--	---

Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung im Bereich <u>Landesvermessung</u>	Kennzahlen/Indikatoren für			Qualitäten / Bürgerorientierung
	Mengen			
	2011 (Ist)	2012 (Plan)	2013 (Plan)	
Grundlagenvermessung				
	Punkte			
- Nivellementnetz	386	-	-	<p>Die Neubeobachtung des Deutschen Haupthöhennetzes DHHN wurde in 2011 abgeschlossen. Die Bereitstellung von genauen Höheninformationen wird künftig in immer stärkerem Maße der Satellitenpositionierungsdienst übernehmen.</p> <p>Der amtliche Satellitenpositionierungsdienst der deutschen Landesvermessung (SAPOS[®]) wird für ganz Deutschland von den in der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland (AdV) organisierten Vermessungsverwaltungen der Bundesländer und den Fachbehörden mit Vermessungsaufgaben der Bundesministerien für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung, des Innern und der Verteidigung im Rahmen ihres hoheitlichen Auftrags betrieben. Er bildet mit seinen Referenzstationssystemen eine geodätische Grundinfrastruktur für den Raumbezug im Zentrum Europas. Eine hohe Verfügbarkeit ist eine unabdingbare Voraussetzung für den betriebswirtschaftlichen Einsatz des SAPOS[®] und die dadurch möglich werdende Einschränkung der Pflege und Erhaltung sowie des trigonometrischen Netzes als auch des Höhenfestpunktnetzes.</p>
	Verfügbarkeit in %			
- Positionierungsdienst	99,8	100	100	

<p>Topographische Landes- aufnahme</p>				<p>Durch die Umstellung auf das AFIS®-ALKIS®-ATKIS®</p>
<p>Bereitstellung des Amtlichen Topographisch-Kartographischen Informationssystems (ATKIS®)</p>				
<p>- ATKIS® - Digitales Landschaftsmodell 1:5.000 (Basis-DLM)</p>	12.964	9.000	9.000	<p>(AAA)-Modell konnte die periodische Aktualisierung in 2009 und 2010 nicht in vollem Umfang erbracht werden. Der in der periodischen Aktualität geforderte 5-jährige Zyklus wird voraussichtlich in 2013 wieder erreicht werden. Die Spitzenaktualität ist bereits ab 2010 wieder für die gesamte Landesfläche gewährleistet.</p>
<p>- ATKIS® - Digitales Orthophoto (DOP)</p>	8.668	7.000	7.000	<p>Die DOP bilden einen wesentlichen Bestandteil aktueller Geobasisdaten. Intern dienen sie im Wesentlichen zur Aktualisierung des Basis-DLM. Sie sind im 3-jährigen Zyklus fortzuführen. Der Bildflug wird in Kooperation mit dem MELUR durchgeführt.</p>
<p>- ATKIS® - Digitales Gelände-Modell (DGM)</p>	3.482	6.000	6.000	<p>Das auf Laserscan-Befliegung basierende DGM ist mit Hilfe der digitalen Photogrammetrie zu aktualisieren, Bruchkanten sind festzulegen und an das Basis-DLM anzupassen. Um die Arbeitsleistung zu gewährleisten, sind weitere Entwicklungen und Softwaremodule erforderlich. Die geplante Aktualisierung in 2011 von 6000 km² konnte aufgrund knapper Personalressourcen nicht realisiert werden.</p>
<p>- ATKIS® - Digitale Topographische Karte 1:5.000 (DTK5), 4359 Stück</p>	16.000	16.000	16.000	<p>Zur Vorhaltung eines aktuellen großmaßstäbigen topographischen Kartenwerks 1:5000 (DTK5) ist die jährliche Bearbeitung der Landesfläche erforderlich. Die Daten des Basis-DLM werden dabei durch weitere aus ALKIS® ergänzt (Flurstücke, Gebäude). Die DTK5 wird aus diesen beiden Datensätzen jährlich, landesweit, vollautomatisiert abgeleitet.</p>

Kartenwerke und digitale Modelle	Kartenblätter			
- Topographische Karte 1: 100.000 (TK100), 17 Stück	17	0	0	Aufgrund der Priorität der Digitalen Topographischen Karte 1:100.000 (DTK100), um den vereinbarungsgemäß festgelegten Bedarf der Bundeswehr bis Ende 2011 zu erfüllen, wurde diese landesweit im Rahmen der Modell- und kartographischen Generalisierung (AdV-Projekt) auf der Grundlage des ATKIS® Basis-DLM neu erstellt. Im Rahmen dieses AdV-Projektes werden in 2012 und 2013 zunächst die DTK50, und parallel dazu von 2012 bis 2014 die DTK25 neu erstellt.
- Topographische Karte 1: 50.000 (TK50), 54 Stück	0	36	18	
- Topographische Karte 1:25.000 (TK25), 177 Stück	0	35	71	
- Kreis- und Freizeitkarten	4	4	4	Die Kreiskarten und die flächendeckend geführten Freizeitkarten sind im Rahmen des Verwaltungsbedarfs und im Interesse des Tourismusbereichs zu aktualisieren.
- ATKIS®-Internetkarte	Fläche in km ²			Die für Online-Dienste erstellten Internetkarten sind jährlich landesweit auf der Grundlage des ATKIS® Basis-DLM zu aktualisieren. Sie sind wesentlicher Bestandteil der Online-Dienste bzw. des DigitalenAtlasNord (DANord).
	27.000	27.000	27.000	
IT-Leitstelle	Hard- und Softwareausstattung werden laufend ersetzt, jeweils 120 PCs im Jahr. Ergänzungsbeschaffung von Flachbildschirmen für das AAA-Projekt:			Die in Kooperation mit weiteren Bundesländern entwickelten Softwarekomponenten zur Führung der Daten des AFIS®-ALKIS®-ATKIS®-Konzeptes der AdV sind unerlässlich zur einheitlichen Datenhaltung der amtlichen Geodaten
	Anzahl			
	0	40	100	

	<p>Umzug mit den zentralen Komponenten des AAA-Verfahrens in das neue Dataport ZaBI-Rechenzentrum in 2012 und 2013.</p> <p>Migration des Infrastruktursystems von IKOTECH III auf „+1“ in 2012 und 2013.</p>	<p>des Liegenschaftskatasters und der Landesvermessung. Mit dem AAA-Projekt wird das Ziel verfolgt, bessere, einheitliche Produkte und eine stärkere Verwendung der Geobasisdaten zu erreichen.</p> <p>Die länderübergreifende Zusammenarbeit bei fachlichen IT-Maßnahmen unterstreicht die Notwendigkeit einer IT-Leitstelle innerhalb des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation Schleswig-Holstein.</p>
--	--	---

Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung im Bereich <u>Liegenschaftskataster</u>	Kennzahlen/Indikatoren für			Qualitäten / Bürgerorientierung
	Mengen			
	2011 (Ist)	2012 (Plan)	2013 (Plan)	
<p>Zeitnahe Durchführung von Vermessungen und Aktualisierung der Nachweise (Fortführung des Liegenschaftskatasters)</p> <p>Produkte:</p>	Anzahl der Auftragseingänge (Antragszahlen) je Produkt p.a.			Ordnungsgemäße und kundengemäße Auftragsabwicklung.
- eigene Zerlegungen	745	700	650	
- eigene Gebäudeeintrimmessungen	2.958	4.000	4.000	
- eigene Grenzherstellungen	197	180	170	
- eigene langgestreckte Anlagen	10 km	10 km	10 km	
- beigebrachte Zerlegungen	3.360	3.400	3.400	
- beigebrachte Gebäudeeintrimmessungen	6.577	9.000	9.500	
- beigebrachte Grenzherstellungen	1.088	1.100	1.200	
- beigebrachte langgestreckte Anlagen	30 km	30 km	30 km	

<p>- Katasterbenutzungen</p>	<p>46.421 41.000 38.000</p> <p>Auszüge aus den Nachweisen des Liegenschaftskatasters</p>	<p>Seit 2010 können auch Kommunen und Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure über den Geoserver amtliche Auszüge erteilen.</p>
<p>- Erneuerungsarbeiten</p>	<p>Erneuerung des Liegenschaftskatasters nach Flurbereinigungen.</p> <p>Insgesamt ist das Liegenschaftskataster noch für eine Fläche von ca. 63.000 ha neu aufzustellen (Stand 31.12.2011).</p> <p>Ist 2010: 12.000 ha Ist 2011: 7.000 ha</p> <p>In den Jahren 2012 bis 2013 soll jeweils das Liegenschaftskataster für eine Fläche von 10.000 ha neu aufgestellt werden.</p> <p>Dies ist auch Aufgabe für die Folgejahre.</p>	<p>Flurbereinigungsverfahren verursachen umfangreiche Arbeiten, in der Regel sind sie mit Neuvermessungen der Verfahrensgebiete verbunden. Nach Abschluss der Flurbereinigungsschlussvermessungen ist das Liegenschaftskataster zu erneuern, um den Belangen der Planung einschließlich der Bauleitplanung, des Rechtsverkehrs, der Verwaltung und der Wirtschaft an ein grundstücksbezogenes Basisinformationssystem gerecht zu werden.</p>
<p>- Photogrammetrie</p>	<p style="text-align: center;">Fläche in km²</p> <p>74 10 150</p>	<p>Zentral werden die Katasterabteilungen in ihrer Aufgabe zur Flurbereinigungsschlussvermessung durch Einsatz der Photogrammetrie und durch eine Methode der intensiven mathematischen Datenanalyse unterstützt.</p>
<p>- Koordinatenbestimmung</p>	<p>25 1,5 30</p>	
<p>- Analyseverfahren</p>	<p>25 4,6 30</p>	
<p>- Topographische Erfassung von Gebäuden</p>	<p>In 2011 erfolgte der Umstieg auf das Verfahren ALKIS[®], daher konnte in dem Jahr nur ein geringer Fortschritt in den oben genannten Bereichen erzielt werden.</p> <p>400 1.500 1.500</p>	<p>Durch die Bereitstellung topographisch erfasster Gebäudedaten wird ein wichtiger Beitrag zur Vollständigkeit und Aktualität der Gebäude im Liegenschaftskataster geleistet. Die Vervollständigung der Adressdaten ist ein wesentliches Qualitätskriterium des Liegenschaftskatasters.</p>
<p>- Nachmigration</p>	<p>Folgearbeiten nach dem Umstieg auf das bundeseinheitliche System ALKIS[®].</p> <p>Bei der Migration der Altdaten konnten ca. 11.000 Objekte nicht automatisch umgesetzt werden. Diese Migrationsobjekte sind in 2012 und 2013 händisch zu überführen. Um dem Anspruch an ein Informationssystem gerecht zu werden, sind Informationen nach zu erfassen bzw. zu ergänzen. Parallel dazu ist der Datenbestand einer ständigen Qualitätskontrolle zu unterziehen.</p>	<p>Das ALKIS[®]-Konzept ist Bestandteil des AFIS[®]-ALKIS[®]-ATKIS[®]-Konzeptes der AdV und ist unerlässlich zur Schaffung eines einheitlichen amtlichen Geodatenbestands der Vermessungs- und Katasterverwaltung aus den digitalen Daten des Liegenschaftskatasters, der Topographie und der Landesvermessung. Mit ALKIS[®] werden mehrere Ziele verfolgt, die</p>

<p>- Digitalisierung</p>	<p>Aufbau des Digitalen Archivs</p> <p>Die Katasterabteilungen führen umfangreiche Vermessungsunterlagen in analoger Form. Diese bestehen aus Papier und Folien in unterschiedlichen Formaten und Qualitäten. Zur Reduzierung der Bearbeitungszeiten im täglichen Gebrauch, zur Sicherung neuer Dokumente, zur Realisierung eines multiplen Zugriffs und zum Erhalt des Bestandes wird dieses Archiv auf digitale Führung umgestellt.</p>	<p>letztlich zu besseren Produkten und einer stärkeren Kundenorientierung führen sollen.</p> <p>Die digitale Führung der Daten soll die Originale ersetzen und gleichzeitig als Gebrauchsarchiv dienen. Durch die Digitalisierung werden die bis zu 125 Jahre in Gebrauch befindlichen Dokumente vor dem Verfall bewahrt.</p> <p>In absehbarer Zukunft soll für die Vermessungsstellen nach dem Vermessungs- und Katastergesetz ein Online-Zugriff auf die Vermessungsunterlagen möglich sein.</p>
---------------------------------	---	--

<p>Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung im Bereich Geoinformation</p>	<p>Kennzahlen/Indikatoren für</p>	<p>Qualitäten / Bürgerorientierung</p>
<p>Geoportal als Baustein der Geodateninfrastruktur Schleswig-Holstein</p>	<p>1. Geoserver (Internetvertriebssystem) Nutzungswege:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Shop, 2. Bezug von digitalen Daten, 3. Auszüge aus dem Liegenschaftskataster (ALKIS) 4. Auskunft- und Bearbeitungssystem 5. Geoweb-Services <p><i>Plan 2012: Fertigstellung des digitalen (Geo)datenvertriebs</i></p> <p>2. SH-MIS: Bereitstellung von Metadaten für die GDI-SH und INSPIRE</p> <p>3. DANord: Präsentation von Geodaten</p> <p>4. INSPIRE-Datenbereitstellung: Daten- und Dienstebereitstellung von INSPIRE betroffenen Geodaten</p> <p><i>Plan 2011-2017: Aufbau Zielarchitektur</i></p>	<p>Mit dem in Kooperation zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein entwickelten Geoserver werden über das Internet Geodaten und Geodatendienste für Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Verwaltung vertrieben und bereitgestellt. Der Geoserver ist eine wesentliche Grundlage der Geodateninfrastruktur Schleswig-Holstein und Bestandteil der E-Government-Strategie des Landes Schleswig-Holstein. Im Rahmen des GDIG ist ein Geoportal aufzubauen, in dem die vorhandenen GDI-Bausteine schleswig-holsteinisches Metainformationssystem (SH-MIS), DigitalerAtlasNord (DANord, ein Kooperationsprojekt der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg mit Beteiligung der Kommunen) und der Geoserver eine wesentliche Grundlage bilden.</p>

	Kennzahlen/Indikatoren für	Qualitäten / Bürgerorientierung
Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung bei der <u>Reorganisation</u>		
Zusammenlegung räumlich getrennter Abteilungen	Zusammenlegung der Standorte <ul style="list-style-type: none"> - der Abteilung 4 in Lübeck, - der Abteilung 6 in Husum und - der Abteilung 7 in Elmshorn. 	Geeignete schlankere Strukturen öffentlicher Verwaltung zu schaffen, Bürokratie abzubauen, Verwaltungsprozesse zu vereinfachen, Effizienzpotentiale zu heben, vorhandene Ressourcen sparsam einzusetzen und eine konsequente Bürgerorientierung zu verwirklichen.

	Wirtschaftlichkeit / Kosten	Fachliche Zielerreichung
Analyse und Optimierung sowie Standardisierung der internen Arbeitsabläufe zur Auftragsabwicklung (insbesondere) in den Marktleistungsbereichen zur Reduzierung der Produktkosten (Benchmarking zwischen den Katasterabteilungen).	Nutzung eines auf der Kosten- und Leistungsrechnung basierenden Berichtswesens. Aufgrund der ALKIS®-Einführung wurden anders als in den Vorjahren die eigenen Vermessungen im Jahr 2011 nicht kostendeckend durchgeführt. Für die Jahre 2012-2013 soll weiterhin eine Kostendeckung von 100% erzielt werden.	Optimierung der Leistungserstellung bei mindestens gleichbleibend hoher Qualität.
Externe Zielgruppen	Bürgerinnen und Bürger Kommunen, Kreise und Ämter Notare und Notarinnen Wasser- und Bodenverbände Flurbereinigungsverwaltung Finanzverwaltung und Grundbuchämter Energieversorgungsunternehmen Sonstige andere Stellen der Verwaltung und der Wirtschaft	
Vereinbarungszeitraum	2012 bis 2013	
Position der Zielvereinbarung im Landeshaushalt	Einzelplan: 04 Kapitel: 03 Weitere Haushaltsmittel (Informationstechnologie) sind für das HH-jahr 2012 im Kapitel 1103 und ab HH-jahr 2013 im Kapitel 1402 nachgewiesen.	
Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln	Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (Vermessungs- und Katastergesetz – VermKatG) vom 12. Mai 2004 (GVOBl. Schl.-H. S. 128), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Dezember 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 782). Geodateninfrastrukturgesetz für das Land Schleswig-Holstein (GDIG) vom 15. Dezember 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 717), geändert durch Gesetz vom 19. Januar 2012 (GVOBl. Schl.-H. S. 89, 94). Landesverordnung zur Durchführung des Vermessungs- und Katastergesetzes vom 12. Mai 2009 (GVOBl. Schl.-H. S. 312). Landesverordnung zum Lenkungsgremium und zur Koordinierungsstelle Geodateninfrastruktur Schleswig-Holstein (Lenkungs- und Koordinierungsverordnung zur GDI-SH - GDILenKVO) vom 14. Februar 2012 (GVOBl. Schl.-H. S. 288). Landesverordnung über Gebühren des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation Schleswig-Holstein (VermGebVO) vom 3. März 2011 (GVOBl. Schl.-H. S. 97).	

	Entgeltordnung des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation Schleswig-Holstein (VermEgO) vom 8. April 2011. Konzept „Zentrale Zusammenfassung der Aufgaben Kataster/Vermessung auf Landesebene“ vom 20.04.2010.
Zeitplan / Meilensteine	SAPOS®: - 100 % Verfügbarkeit 100% in 2012. ATKIS®: - Einhaltung des 5-Jahres-Zyklus in 2013. IT-Leitstelle: - Beginn des Umzugs mit den zentralen Komponenten des AAA-Verfahrens in das neue Dataport-Rechenzentrum in 2012. Erneuerungsarbeiten: - Für die Flurbereinigungsverfahren (Stand 31.12.2011), für die die Schlussvermessungen durchgeführt werden können, soll das Liegenschaftskataster in den nächsten 8 Jahren neu aufgestellt werden. Geoserver: - Fertigstellung wesentlicher Bausteine in 2012. Zusammenlegungen: - Abteilung 6 in 2012 und - Abteilung 4 in 2013.
Berichtswesen	Interner Bericht: Jahresbericht zur Kosten- und Leistungsrechnung.

Anlage zum Kapitel 0403

Kennzahlen

für den
Aufgabenbereich: Vermessung und Geoinformation

Ländervergleich Vermessung und Geoinformation

Ausgaben der Länder im Aufgabenbereich

Bundesland	Ausgaben Mio. € im Jahr 2008	Einwohner am 31.12.2008	Ausgaben je Einwohner
Sachsen-Anhalt	56	2.381.872	23,51 €
Hamburg	41	1.772.100	23,14 €
Rheinland-Pfalz	80	4.028.351	19,86 €
Thüringen	44	2.267.763	19,40 €
Hessen	108	6.064.953	17,81 €
Berlin	54	3.431.675	15,74 €
Niedersachsen	125	7.947.244	15,73 €
Bremen	10	661.866	15,11 €
Mecklenburg-Vorpommern	20	1.664.356	12,02 €
Bayern	139	12.519.728	11,10 €
Schleswig-Holstein	29	2.834.260	10,23 €
Sachsen	42	4.192.801	10,02 €
Brandenburg	23	2.522.493	9,12 €
Saarland	9	1.030.324	8,74 €
Baden-Württemberg	32	10.749.506	2,98 €
Nordrhein-Westfalen	34	17.933.064	1,90 €
Flächenländer West	556	63.107.430	8,81 €
Deutschland	843	82.002.356	10,28 €

Quellen

Ausgaben:

Statistisches Bundesamt, Fachserie 14 (Finanzen und Steuern), Reihe 3.1 (Rechnungsergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts), Tabelle 8 (Bereinigte Ausgaben [nur!] der Länder in den Funktionen 421 Kataster- und Vermessungsverwaltung & 422 Raumordnung und Landesplanung), Ausgabe 2008, korrigierte Version vom 19.10.2011.

Einwohner:

Statistisches Bundesamt, Fachserie 1 (Bevölkerung und Erwerbstätigkeit), Reihe 1.3 (Bevölkerungsfortschreibung), Tabelle 3.1, Ausgabe 2009, korrigierte Version vom 31.05.2011.

Für weitergehende Informationen zur Datenermittlung vgl. auch die Angaben in den o.g. Quellen. Differenzen in den Summen durch Rundungen.

Zusätzliche Erläuterungen

für den
Aufgabenbereich:

Feuerwehrwesen

<p>Globale Zielbeschreibung und Unterziele</p>	<p>Das Globalziel ist die Sicherstellung des Feuerwehrwesens in Schleswig-Holstein. Das Feuerwehrwesen umfasst:</p> <ul style="list-style-type: none">• die Bekämpfung von Bränden und den Schutz von Menschen und Sachen vor Brandschäden (abwehrender Brandschutz),• die Hilfeleistung bei Not- und Unglücksfällen (Technische Hilfe),• die Verhütung von Bränden und Brandgefahren (vorbeugender Brandschutz, Mitwirkung der Feuerwehren bei Brandschutzerziehung und Brandschutzaufklärung),• die Mitwirkung im Katastrophenschutz. <p>Es ist ein besonderes Teilgebiet der Gefahrenabwehr, das den Gemeinden und Kreisen als pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe übertragen ist. Die Gemeinden halten öffentliche Feuerwehren vor, die Kreise überörtliche Einrichtungen.</p> <p>Zurzeit bestehen 4 Berufsfeuerwehren mit etwa 720 Beamten und mehr als 1.390 freiwillige Feuerwehren mit ungefähr 49.000 aktiven Mitgliedern.</p> <p>Den mehr als 410 Jugendfeuerwehren gehören circa 9.600 Jugendliche an. Weiter gibt es 26 Werkfeuerwehren mit mehr als 1.100 haupt- und nebenberuflichen Mitgliedern. Sie alle sind mit rund 2.000 Löschfahrzeugen und etwa 800 Spezialfahrzeugen ausgerüstet.</p> <p>Das Land fördert das Feuerwehrwesen. Seine Aufgaben sind im besonderen,</p> <ul style="list-style-type: none">• die Gemeinden und Kreise auf dem Gebiet des Feuerwehrwesens zu unterstützen und zu beraten,• eine Landesfeuerweherschule zu unterhalten,• den Gemeinden und Kreisen für den abwehrenden Brandschutz und die Technische Hilfe Zuwendungen zu gewähren und• die Brandschutzforschung und -normung zu unterstützen. <p>Das vielfältige Einsatzspektrum der Feuerwehren und der sachgerechte Einsatz der vorhandenen Ausrüstung erfordert besonders von den aktiven Mitgliedern der freiwilligen Feuerwehren intensive Ausbildung und ständige Fortbildung in den Feuerwehren.</p> <p>Die Landesfeuerweherschule Schleswig-Holstein (LFS) mit Sitz in Harrislee ist eine nichtrechtsfähige Anstalt im Geschäftsbereich des Innenministeriums und bildet Fach- und insbesondere Führungskräfte in den Bereichen Feuerwehrwesen und Katastrophenschutz aus. Sie konzipiert und unterstützt die Ausbildung auf Kreis- und Ortsebene.</p> <p>Es werden jährlich über 250 Lehrgänge für ca. 25.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer (gerechnet auf Tagesbasis) angeboten.</p> <p>Alle Führungspositionen in den Freiwilligen Feuerwehren Schleswig-Holsteins haben als Voraussetzung eine oder mehrere Ausbildungen an der LFS.</p> <p>Weiterhin werden Angehörige der Berufsfeuerwehren und Werkfeuerwehren geschult. Ergänzt wird das Angebot durch Ausbildungsveranstaltungen für Dritte sowie durch zahlreiche Veranstaltungen wie Arbeitstreffen von Fachverbänden, Workshops zu ausgewählten Themen und Seminaren.</p>
---	---

	Strategische Ziele:					
	<ol style="list-style-type: none"> 1) Erhalt und Fortentwicklung des flächendeckenden Feuerwehrwesens in Schleswig-Holstein. 2) Aus- und Fortbildung der Feuerwehrangehörigen. 3) Führungsausbildung im Katastrophenschutz. 4) Unterstützung der Forschung und Normung im Bereich des Feuerwehrwesens. 					
Kennzahlen/Indikatoren für						
Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung	Mengen			Qualitäten / Bürgerorientierung		
	2011 (Ist)	2012 (Plan)	2013 (Plan)	2011	2012	2013
Lehrgangsteilnehmertage – freiwillige Feuerwehren	15.289	15.000	16.500			
Lehrgangsteilnehmertage – Berufsfeuerwehren	5.185	6.000	4.500			
Lehrgangsteilnehmertage – Katastrophenschutz	2.944	3.200	3.200			
Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung	Wirtschaftlichkeit / Kosten			Fachliche Zielerreichung		
	2011 (Ist)	2012 (Plan)	2013 (Plan)	2011	2012	2013
Kosten der LFS pro Einwohner (in €)	1,02	0,93	0,93			
Investitionsmittel pro Einwohner (in €)	4,48	2,68	3,14			
Investitionsmittel pro Feuerwehrangehöriger (in €)	213,03	127,50	149,10			
Unterstützung von Gremien und Verbänden pro Feuerwehrangehöriger (in €)	4,76	5,42	6,26			
Kosten der Forschung und Normung pro Feuerwehrangehöriger (in €)	0,43	0,64	0,64			
Externe Zielgruppen	Die Menschen in Schleswig-Holstein.					
Vereinbarungszeitraum	2013					
Position der Zielvereinbarung im Landshaushalt	Einzelplan: 04 Kapitel: 0405, 1204, 1220					
Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln	Gesetz über den Brandschutz und die Hilfeleistungen der Feuerwehren, Gesetz über den Finanzausgleich in Schleswig-Holstein, Gesetz über den Katastrophenschutz in Schleswig-Holstein.					
Zeitplan / Meilensteine	Daueraufgabe					
Berichtswesen	Jahresbericht der Landesfeuerweherschule Schleswig-Holstein.					

Zusätzliche Erläuterungen
für den Aufgabenbereich
Ausländer- und Migrationsangelegenheiten (Kapitel 0407)
hier: **Integration von Migrantinnen und Migranten (MG 02)**

Globale Zielbeschreibung	<p>Die Förderung des Integrationsprozesses von Migrantinnen und Migranten durch migrationsspezifische Beratung ist eine wichtige Säule der Integrationsförderung und wurde im November 2011 vom Kabinett beschlossenen Aktionsplan Integration ausdrücklich hervorgehoben. Ihre Aufgabe ist es, den Integrationsprozess der Migranten und Migrantinnen mit Daueraufenthalt frühzeitig zu initiieren, zu steuern und zu begleiten, insbesondere für Personen mit vorübergehendem Aufenthalt bietet sie Beratung in konkreten migrationsspezifischen Krisensituationen an. Schleswig-Holstein ergänzt damit die nicht flächendeckenden und nicht für alle Migrantinnen und Migranten geöffneten bundesfinanzierten Beratungsangebote nach § 45 Aufenthaltsgesetz zu einem landesweiten wohnortnahe Angebot.</p> <p>Ab 2012 stehen daneben die Ziele des Aktionsplanes Integration im Fokus, d.h. die Verwirklichung von Chancengerechtigkeit in den staatlichen und nichtstaatlichen Strukturen sowie der Aufbau einer Willkommens- und Anerkennungskultur. Hierzu werden strukturbezogene Projekte zur Verbesserung der Rahmenbedingungen der Teilhabe gefördert und der Integrationspreis vergeben.</p>			
Maßnahmen und Kennziffern zur Zielerreichung	Mengenergebnisse	Qualitätskennzahl/ - Indikator	Wirtschaftlichkeit/ Kosten	fachliche Zielerreichung
Informationsveranstaltungen	2011 <ul style="list-style-type: none"> ▪ 3 Veranstaltungen ▪ 100 Teilnehmer Broschüre: Auflage 1.000 Stück		Breite Wirksamkeit in der Öffentlichkeit gegenüber geringen Gesamtkosten	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Öffentlicher Diskurs integrationspolitischer Inhalte
Integrationspreis	2011 <ul style="list-style-type: none"> ▪ 2 Preisträger ▪ 9 Anerkennungen ▪ 74 Bewerber 		Breite Wirksamkeit in der Öffentlichkeit gegenüber geringen Gesamtkosten	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Öffentliche Würdigung von Integrationsengagement
Landesweite Beratungsprojekte/Projekte zum Aktionsplan Integration	2011 <ul style="list-style-type: none"> ▪ 43 Veranstaltungen für Migrantinnen und Migranten ▪ 25 Veranstaltungen für Fachdienste ▪ 88 geschulte Multiplikatoren (weitere 152 von diesen durchgeführte Veranstaltungen mit 1.175 Teilnehmern) 			<ul style="list-style-type: none"> ▪ Informationsvermittlung zur Ermöglichung von mehr Teilhabe ▪ Schulung von Multiplikatoren ▪ Bessere Zusammenarbeit an Schnittstellen
Migrationssozialberatung	2011 <ul style="list-style-type: none"> ▪ 32 Beratungsstellen mit 33,77 Personalstellen 4. Quartal 2011 3.905 Teilnehmer (58 % Frauen) ▪ 2.022 Migrantinnen und Migranten in der Beratung zur Integrationsförderung ▪ 1.883 Migrantinnen und Migranten in der Krisenberatung 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Landesweites bedarfsgerechtes Angebot an migrationsspezifischer Beratung 4. Quartal 2011 ▪ Ausgewählte Wirkungskennzahlen der Beratung zur Integrationsförderung: Sprachkursteilnahme 75 % Arge-Übermittlung 75 % Unabhängigkeit von staatlichen Transferleistungen 18 % Kita-Besuch 90% Elternbezogene Aktivitäten 83% ▪ Kennzahlen aus der Krisenberatung Fachdienst-Weiterleitung 75 % Fachdienst – 	Geringere Kosten bei Trägern öffentlicher Leistungen durch Unterstützung bei der Integration in den Arbeitsmarkt Geringere Folgekosten bei den Regeldiensten durch adäquate Inanspruchnahme	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Deckung des Beratungsbedarf im Integrationsprozess und in migrationsspezifischen Bedarfslagen ▪ Bessere Zusammenarbeit an Schnittstellen

Position im Landeshaushalt	Einzelplan 04 Kapitel 0407			
Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln	<ul style="list-style-type: none"> - Freiwillige Leistungen des Landes. - Rahmenkonzept für eine Sozialberatung für Migrantinnen und Migranten in Schleswig-Holstein (Migrationssozialberatung) vom 10.01.2006, das in 2012 überarbeitet wird. - Ende 2012 auslaufende Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Migrationssozialberatung und landesweiten Beratungsprojekten vom 8. 1. 2010, die ab 1. 1. 2013 durch RL für 2013-2015 ersetzt wird. - Wirkung und Erfolge der Migrationssozialberatung – Controlling-Konzept – vom 3.12.2007 			
Zur Zielerreichung zur Verfügung gestellte Ressourcen	Kammerales Globalbudget in Einnahmen und Ausgaben je Hauptgruppe	Ist 2011 T€	Soll 2012 T€	SOLL 2013 T€
	Gesamteinnahmen	93,3	10,0	10,0
	Gesamtausgaben	1.805,3	1.418,9	1.967,0
	davon Sachausgaben inkl. Investitionen	6,6	2,0	4,5
	Zuwendungen mit Ausnahme von Investitionen	1.798,7	1.416,9	1.962,5
	Saldo	- 1.712,0	- 1.408,9	- 1.957,0

Zusätzliche Erläuterungen
für den Aufgabenbereich:
Ausländer- und Integrationsangelegenheiten (Kapitel 0407)
hier: Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten (MG 03)

Globale Zielbeschreibung und Unterziele	Weitestgehende Freihaltung der Kommunen von den Aufwendungen für dort untergebrachte Leistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Zu diesem Zweck werden den Kreisen (auch für die Ämter und Gemeinden) und kreisfreien Städten die Aufwendungen, die ihnen durch die Aufnahme und Unterbringung von Asylbegehenden und weiteren nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) leistungsberechtigten Personen entstehen, vom Land erstattet.				
Kennzahlen/Indikatoren für die Erstattung von Aufwendungen nach dem AsylbLG					
Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung	Mengen			Qualitäten / Bürgerorientierung	
	2011	2012	2013	2011	2012
Zahl der Leistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	4.398	4.800	5.100		
Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung	Wirtschaftlichkeit / Kosten			Fachliche Zielerreichung	
	2011	2012	2013	2011	2012
Durchschnittlicher Erstattungsaufwand des Landes je Leistungsempfänger und Jahr (in €)	4.315	4.580	4.800		
Erstattungsausgaben je 1000 Einwohner/innen (in €)	6.700	7.800	8.800		
Externe Zielgruppen	Landkreise und kreisfreie Städte				
Vereinbarungszeitraum	2013				
Position der Zielvereinbarung im Landeshaushalt	Einzelplan: 04 Kapitel: 07 Maßnahmegruppe MG 03				
Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln	§ 2 Satz 3 des Gesetzes zur Ausführung des Asylbewerberleistungsgesetzes vom 11. Oktober 1993 (GVOBl. Schl.-H. S. 498), zuletzt geändert durch Art. 10 der Verordnung vom 8. September 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 575), Landesverordnung über die Erstattung von Aufwendungen für leistungsberechtigte Personen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (Erstattungsverordnung) vom 5. Dezember 1996 (GVOBl. Schl.-H. S. 725), zuletzt geändert durch Art. 11 der Verordnung vom 8. September 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 575), Verwaltungsvorschriften in Form des Erstattungserlasses vom 25.2.2004.				
Zur Zielerreichung zur Verfügung gestellte Ressourcen	Kamerales Globalbudget in Einnahmen und Ausgaben je Hauptgruppe	Ist 2011 T€	Soll 2012 T€	SOLL 2013 T€	
	Gesamteinnahmen	378,6	250,0	250,0	
	Gesamtausgaben	22.592,9	22.160,5	28.477,0	
	davon Sachausgaben inkl. Investitionen	2.942,0	3.575,5	3.400,0	
	Zuwendungen mit Ausnahme von Investitionen	19.650,9	18.585,0	25.077,0	
	Saldo	- 22.414,3	- 21.910,5	- 28.227,0	

Zusätzliche Erläuterungen
für den Aufgabenbereich
Ausländer- und Migrationsangelegenheiten (Kapitel 0407)
hier: Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein (TG 65)

<p>Globale Zielbeschreibung und Unterziele</p>	<p>Ziele des Landesamtes sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Beschleunigung des asyl- und aufenthaltsrechtlichen Verfahrens sowie • die Beschleunigung der Aufenthaltsbeendigung ausreisepflichtiger Personen. <p>Zu erstem Ziel gehören die Erstaufnahme- und Verteilverfahren folgender Personengruppen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Asylbegehrende im Sinne von § 1 Abs. 1 Asylverfahrensgesetz (AsylVfG), • unerlaubt eingereiste Ausländerinnen und Ausländer gemäß § 15a Aufenthaltsgesetz (AufenthG), • Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und deren Ehegattinnen und Ehegatten und Abkömmlinge, • Ausländerinnen und Ausländer, die nach § 22 AufenthG aufgenommen werden, • Ausländerinnen und Ausländer, die auf Grund einer Anordnung nach § 23 AufenthG einreisen und eine Aufenthaltserlaubnis oder eine Niederlassungserlaubnis erhalten, • Ausländerinnen und Ausländer, denen nach § 24 AufenthG eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird. <p>Zu zweitem Ziel gehört, dass das Landesamt für Ausländerangelegenheiten (LfA) als landesweite Koordinierungsstelle für die Beschaffung von Heimreisedokumenten und die organisatorische Vorbereitung der Abschiebung vollziehbar ausreisepflichtiger Personen die Ausländerbehörden der Kreise und kreisfreien Städte bei der Erfüllung dieser Aufgaben unterstützt. Die Konzentrierung der Rückkehrförderung beim LfA dient der Bündelung von fachspezifischem Know-how und damit der Beschleunigung der Ausreise von nicht-bleibeberechtigten Personen einschließlich der damit verbundenen Reduzierung der Landesausgaben.</p> <p>In der Titelgruppe 65 sind die Personalausgaben und die Verwaltungsausgaben für das LfA zentral veranschlagt.</p>			
<p>Externe Zielgruppen</p>	<p>Ausländer, Spätaussiedler, Ausländer-, Jugend- und Sozialbehörden der Kreise und kreisfreien Städte Schleswig-Holsteins, Bundespolizei und Landespolizei, Abschiebehafteinrichtung</p>			
<p>Position der Zielvereinbarung im Landeshaushalt</p>	<p>Einzelplan 04 Kapitel 0407 Titelgruppe 65</p>			
<p>Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln</p>	<p>Das Land Schleswig-Holstein hat gem. § 44 AsylVfG und § 15a AufenthG Erstaufnahmeeinrichtungen für Asylsuchende und unerlaubt eingereiste Ausländer vorzuhalten. Gem. § 1 i.V.m. § 3 Landesaufnahmegesetz (LAufnG) verantwortet für das Innenministerium das LfA die Aufnahme, Unterbringung und Verteilung der genannten Personen, derzeit zusätzlich u.a. die von Spätaussiedler/innen und jüdischen Zuwander/innen. Die Landesbehörde ist gem. § 3 Abs. 2 u. 3 Ausländer- und Aufnahmeverordnung (AuslAufnVO) zudem Ausländerbehörde für die in der Landesunterkunft Wohnverpflichteten. Die Verpflichtung für Asylsuchende, in Gemeinschaftsunterkünften zu wohnen, erwächst aus § 53 AsylVfG. Die Ausreisepflicht von nicht bleibeberechtigten Ausländern statuieren die §§ 50 ff AufenthG. Gem. § 4 AuslAufnVO ist das Landesamt Koordinierungsstelle für Abschiebungen.</p>			
<p>Zur Zielerreichung zur Verfügung gestellte Ressourcen</p>	<p>Kamerales Globalbudget in Einnahmen und Ausgaben je Hauptgruppe</p>	<p>Ist 2011 T€</p>	<p>SOLL 2012 T€</p>	<p>SOLL 2013 T€</p>
<p>Gesamteinnahmen</p>		<p>0,3</p>	<p>2,0</p>	<p>2,0</p>
<p>Gesamtausgaben</p>		<p>1.360,4</p>	<p>1.531,5</p>	<p>1.570,5</p>
<p>davon</p>				
<p>Personalausgaben</p>		<p>1.240,4</p>	<p>1.432,0</p>	<p>1.430,0</p>
<p>Sachausgaben inkl. Investitionen</p>		<p>120,0</p>	<p>99,5</p>	<p>140,5</p>
<p>Saldo</p>		<p>-1.360,1</p>	<p>-1.529,5</p>	<p>-1.568,5</p>

Zusätzliche Erläuterungen

für den
Aufgabenbereich:

Polizei

<p>Globale Zielbeschreibung und Unterziele</p>	<p>Die Polizei hat die freiheitlich demokratische Grundordnung zu schützen. Ihr Handeln zielt dabei auf die Achtung und den Schutz der Würde des Menschen ab.</p> <p>Die Landespolizei leistet für die Menschen in Schleswig-Holstein einen wesentlichen Beitrag zur Inneren Sicherheit durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> • den Schutz der Menschen in Schleswig-Holstein vor Kriminalität, • den Schutz der Menschen vor den Gefahren des Straßenverkehrs (Unfallhäufigkeit/Unfallfolgen), • die Steigerung der Lebensqualität durch Erhöhung der subjektiven Sicherheit (erlebbarer Raum von Freiheit, Sicherheit und Rechtsfrieden), • die Intensivierung der Bekämpfung des (islamistischen) Terrorismus und die Gewährleistung der Anti-Terror-Maßnahmen zur Verhütung entsprechender Anschläge. <p>Die wesentlichen Aufgaben der Polizei sind der weitestgehende Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Kriminalität, Verkehrsunfällen mit Toten und Verletzten und schnelle Hilfeleistung bei Gefahren- und Notfälle. Eine effektive reaktive und präventive Kriminalitätsbekämpfung, eine offensive repressive und präventive Verkehrssicherheitsarbeit, die Vermittlung eines hohen Sicherheitsgefühls sowie eine schnelle Einsatzreaktionsfähigkeit sollen durch eine effiziente Polizeiorganisation gewährleistet werden.</p> <p>Für die effektive Aufgabenwahrnehmung werden unter anderem folgende strategische Ziele verfolgt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung: <ul style="list-style-type: none"> ○ Bekämpfung der Organisierten und schweren Kriminalität (inkl. Rockerkriminalität), der Korruptions- und Wirtschaftskriminalität, ○ der Sexualdelikte, der Kinderpornografie sowie des politischen Extremismus, ○ Cybercrime. • Im Bereich der Verkehrssicherheitsarbeit: <ul style="list-style-type: none"> ○ Reduzierung der Verkehrsunfälle mit den Unfallursachen Alkohol, Medikamente und Drogen im Straßenverkehr sowie überhöhte Geschwindigkeit. • Im Bereich der Gefahrenabwehr: <ul style="list-style-type: none"> ○ Hohe Präsenz und schnelle Hilfeleistung bei Sofortlagen. ○ Gewährleistung der Fischereiaufsicht und der maritimen Terrorabwehr. 	
<p>Kennzahlen/Indikatoren für</p>		
<p>Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung</p>	<p>Mengen</p>	<p>Qualitäten / Bürgerorientierung</p>
<p>Schutz vor Kriminalität durch flächendeckende Präsenz: Erstellung von Sicherheitskonzepten durch die Behörden der Landespolizei.</p>	<p>8 Sicherheitskonzepte</p>	

<p>Umsetzung der Sicherheitskonzepte einschließlich der <u>Nachstreifenkonzepte</u>.</p> <p>Gewährleistung der jederzeitigen Erreichbarkeit durch Polizeiruf 110.</p> <p>Sicherstellung der schnellen Verfügbarkeit von Polizeikräften vor Ort bei Kriminalitätsslagen.</p>		<p>Die Nachstreifenkonzepte gewährleisten die schnelle Verfügbarkeit (in der Regel innerhalb von 10 min) von Polizeikräften bei Sofortlagen.</p>
---	--	--

<p>Besondere Projekte:</p> <p>Einführung des Digitalfunks für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben und paralleler Aufbau von vier Regionalleitstellen</p> <p>Optimierung von Führungsprozessen durch systematische Nutzung der Instrumente Zielvereinbarung und Controlling</p> <p>Kontinuierliche Verbesserung zur Optimierung des Ressourceneinsatzes</p> <p>@rtus-Auswertung</p> <p>Akkreditierung Kriminaltechnik</p> <p>Rechen- und Dienstleistungszentrum TKÜ Polizei</p>	<table border="0"> <thead> <tr> <th style="text-align: left;">Ist-Ausgaben</th> <th style="text-align: left;">Geplante Ausgaben</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>2008: 15.068,0 T€</td> <td></td> </tr> <tr> <td>2009: 37.789,7 T€</td> <td></td> </tr> <tr> <td>2010: 36.964,6 T€</td> <td></td> </tr> <tr> <td>2011: 28.729,1 T€</td> <td></td> </tr> <tr> <td></td> <td>2012: 7.007,6 T€</td> </tr> <tr> <td></td> <td>2013: 9.831,6 T€</td> </tr> </tbody> </table>	Ist-Ausgaben	Geplante Ausgaben	2008: 15.068,0 T€		2009: 37.789,7 T€		2010: 36.964,6 T€		2011: 28.729,1 T€			2012: 7.007,6 T€		2013: 9.831,6 T€	<p>Nutzung eines effektiven und institutionalisierten Controllings mit einem dazugehörigen Berichtswesen.</p> <p>Durchführung von regelmäßigen Controllinggesprächen zwischen Landespolizeidirektor und Behördenleitern und Behördenleitern und Dienststellenleitern.</p> <p>Initiierung und Durchführung von Maßnahmen im Bereich der Aufbau- und Ablauforganisation. Nutzung von Methoden des Prozessmanagements.</p> <p>EU-Vorgaben, zeitlich gestaffelt.</p> <p>Kooperation Norddeutschland.</p>
Ist-Ausgaben	Geplante Ausgaben															
2008: 15.068,0 T€																
2009: 37.789,7 T€																
2010: 36.964,6 T€																
2011: 28.729,1 T€																
	2012: 7.007,6 T€															
	2013: 9.831,6 T€															

Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung	Wirtschaftlichkeit/Kosten	Fachliche Zielerreichung
<p>Schutz vor Kriminalität durch flächendeckende Präsenz</p> <p>Kriminalitätsbekämpfung</p> <p>Reduzierung der Verkehrsunfälle mit verletzten und getöteten Personen</p> <p>Konsequente Verfolgung von Verkehrsdelikten, hier: Alkohol im Straßenverkehr § 316 StGB, § 24 a I StVG</p> <p>Konsequente Verfolgung von Verkehrsdelikten, hier: Drogen § 24a -2- StVG</p>	<p>Gesamtzahl der Beschäftigten:</p> <p>2004 = 8.135 2005 = 8.114 2006 = 8.179 2007 = 8.204 2008 = 8.204 2009 = 8.182 2010 = 8.135 2011 = 8.138 2012 = 8.123</p> <p>Planstellen und Stellen der Haushaltsjahre 2004 bis 2012 im Kapitel 0410 - Polizei - inklusive Stellen für Auszubildende.</p>	<p>Systematische Lageauswertung und la-geangepasster Ressourceneinsatz.</p> <p>Die Steigerung der Aufklärungserfolge durch Fortsetzung der Qualitätsoffensive im Strafverfahren ist ein wesentliches Ziel der Landespolizei Schleswig-Holstein.</p> <p>Durchführung von Schwerpunktkontrollen Alkohol.</p> <p>Durchführung von Schwerpunktkontrollen Drogen. Fortbildung von Beschäftigten „Drogen-erkennung im Straßenverkehr“.</p>
<p>Externe Zielgruppen</p>	<p>Bürgerinnen und Bürger Kommunen, Ämter und Kreise Staatsanwaltschaften und Gerichte Sonstige andere Stellen der Verwaltung und der Wirtschaft</p>	
<p>Vereinbarungszeitraum</p>	<p>2013</p>	
<p>Position der Zielvereinbarung im Landeshaushalt</p>	<p>Einzelplan: 04 Kapitel: 0410</p>	

Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln	Insbesondere: <ul style="list-style-type: none">▪ Allgemeines Verwaltungsgesetz für das Land Schleswig-Holstein (Landesverwaltungsgesetz – LVwG - i. d. F. der Bekanntmachung vom 2. Juni 1992 (GVOBl. Schl.-H. S. 243; ber. S. 534), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24.4.2012 (GVOBl. S. 530).▪ Strafprozessordnung (StPO) i. d. F. der Bekanntmachung vom 7. April 1987 (BGBl. I S. 1074; 1319), zuletzt geändert durch Gesetzes vom 21. Juli 2012 (BGBl. I S. 1566).▪ Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 602), zuletzt geändert durch Gesetzes vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2258; 2353).
Zeitplan/Meilensteine	Umsetzung des systematischen Zielvereinbarungsverfahrens ab 2009. Nutzung eines effektiven Controllings und Berichtswesens. Einführung des Digitalfunks bis 2013. Akkreditierung Kriminaltechnik LKA: DNA bis 2013, Daktyloskopie bis 2015.
Berichtswesen	Controllingberichte

Anlage zum Kapitel 0410

Kennzahlen

für den
Aufgabenbereich: Polizei

Ländervergleich Polizei

Beschäftigte der Polizei (Polizeidichte)

Bundesland	Vollzeitäquivalent der Beschäftigten am 30.06.2011	Einwohner am 31.12.2011 ¹	Polizeidichte je 100.000 Einw.
Berlin	22.414	3.460.725	648
Hamburg	9.277	1.786.448	519
Bremen	3.203	660.706	485
Brandenburg	8.938	2.503.273	357
Sachsen-Anhalt	8.342	2.335.006	357
Mecklenburg-Vorpommern	5.771	1.642.327	351
Saarland	3.332	1.017.567	327
Sachsen	13.731	4.149.477	331
Thüringen	7.333	2.235.025	328
Rheinland-Pfalz	11.775	4.003.745	294
Bayern	36.799	12.538.696	293
Hessen	17.540	6.067.021	289
Niedersachsen	22.404	7.918.293	283
Schleswig-Holstein	7.681	2.834.259	271
Baden-Württemberg	28.216	10.753.880	262
Nordrhein-Westfalen	46.691	17.845.154	262
Flächenländer West	174.438	62.978.615	277
Deutschland	253.448	81.751.602	310

¹ vorläufige Ergebnisse

Quellen

Beschäftigte:

Statistisches Bundesamt, Fachserie 14 (Finanzen und Steuern), Reihe 6 (Personal des öffentlichen Dienstes), Tabelle 4.2, Ausgabe 2011, korrigiert am 15. August 2012 (Tabelle 8.1.1).

Einwohner:

Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, vorläufige Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung, Ausgabe 2011, erschienen am 25. Juli 2012.

Für weitergehende Informationen zur Datenermittlung vgl. auch die Angaben in den o.g. Quellen. Differenzen in den Summen durch Rundungen.

Anlage zum Kapitel 0410

Kennzahlen

für den
Aufgabenbereich:

Polizei

Ländervergleich Polizei**Personalausgaben je Beschäftigten**

Bundesland	Ausgaben Mio. € im Jahr 2009	Vollzeitäquivalent der Beschäftigten am 30.06.2009	Ausgaben je Beschäftigten
Berlin	858	21.720	39.503 €
Hessen	704	17.119	41.124 €
Nordrhein-Westfalen	1.909	46.057	41.449 €
Hamburg	373	9.185	40.610 €
Bayern	1.476	36.083	40.906 €
Baden-Württemberg	1.149	27.921	41.152 €
Niedersachsen	884	22.115	39.973 €
Bremen	127	3.147	40.356 €
Rheinland-Pfalz	494	11.652	42.396 €
Schleswig-Holstein	305	7.703	39.595 €
Sachsen	547	13.944	39.228 €
Sachsen-Anhalt	343	8.807	38.946 €
Mecklenburg-Vorpommern	245	6.370	38.462 €
Brandenburg	337	9.338	36.089 €
Thüringen	274	7.416	36.947 €
Saarland	116	3.389	34.228 €
Flächenländer West	7.037	172.039	40.904 €
Deutschland	10.141	251.966	40.247 €

QuellenAusgaben:

Statistisches Bundesamt, Fachserie 14 (Finanzen und Steuern), Reihe 3.1 (Rechnungsergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts), Tabelle 8, Ausgabe 2009, Version vom 26. Juni 2012

Beschäftigte:

Statistisches Bundesamt, Fachserie 14 (Finanzen und Steuern), Reihe 6 (Personal des öffentlichen Dienstes), Tabelle 4.2, Ausgabe 2009, Version vom 22.07.2010

Für weitergehende Informationen zur Datenermittlung vgl. auch die Angaben in den o.g. Quellen. Differenzen in den Summen durch Rundungen.

Anlage zum Kapitel 0410

Kennzahlen

für den
Aufgabenbereich:

Polizei

Ländervergleich Polizei**Ausgaben der öffentlichen Haushalte im Aufgabenbereich Polizei**

Bundesland	Ausgaben Mio. € im Jahr 2009	Einwohner am 31.12.2009	Ausgaben je Einwohner
Berlin	1.116	3.442.675	324,17 €
Hamburg	480	1.774.224	270,54 €
Bremen	151	661.716	228,19 €
Mecklenburg-Vorpommern	315	1.651.216	190,77 €
Sachsen-Anhalt	429	2.356.219	182,07 €
Brandenburg	436	2.511.525	173,60 €
Sachsen	873	4.168.732	209,42 €
Hessen	978	6.061.951	161,33 €
Thüringen	347	2.249.882	154,23 €
Bayern	1.826	12.510.331	145,96 €
Rheinland-Pfalz	620	4.012.675	154,51 €
Saarland	142	1.022.585	138,86 €
Niedersachsen	1.085	7.928.815	136,84 €
Nordrhein-Westfalen	2.423	17.872.763	135,57 €
Schleswig-Holstein	361	2.832.027	127,47 €
Baden-Württemberg	1.335	10.744.921	124,24 €
Flächenländer West	8.770	62.986.068	139,24 €
Deutschland	12.873	81.802.257	157,37 €

QuellenAusgaben:

Statistisches Bundesamt, Fachserie 14 (Finanzen und Steuern), Reihe 3.1 (Rechnungsergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts), Tabelle 8 (Bereinigte Ausgaben der Länder im FPL 042 Polizei), Ausgabe 2009, erschienen am 26. Juni 2012.

Einwohner:

Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, vorläufige Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung, Ausgabe 2011, erschienen am 25. Juli 2012.

Für weitergehende Informationen zur Datenermittlung vgl. auch die Angaben in den o.g. Quellen. Differenzen in den Summen durch Rundungen sowie Zahlungen zwischen den Ländern.

Anlage zum Kapitel 0410

Kennzahlen

für den
Aufgabenbereich:

Polizei

Ländervergleich Polizei**Ausgaben der Bundesländer im Aufgabenbereich öffentliche Sicherheit und Ordnung**

Bundesland	Ausgaben Mio. € im Jahr 2009 (nur Länder)	Einwohner am 31.12.2009	Ausgaben je Einwohner (nur Länder)	<i>informativ:</i> Ausg. je Einw. inkl. Kommunen
Baden-Württemberg	1.404	10.744.921	130,67 €	206,14 €
Bayern	1.907	12.510.331	152,43 €	233,81 €
Berlin	1.525	3.442.675	442,97 €	442,97 €
Brandenburg	458	2.511.525	182,36 €	319,33 €
Bremen	223	661.716	337,00 €	337,00 €
Hamburg	645	1.774.224	363,54 €	363,54 €
Hessen	1.122	6.061.951	185,09 €	286,54 €
Mecklenburg-Vorpommern	325	1.651.216	196,82 €	322,79 €
Niedersachsen	1.137	7.928.815	143,40 €	251,11 €
Nordrhein-Westfalen	2.509	17.872.763	140,38 €	250,16 €
Rheinland-Pfalz	655	4.012.675	163,23 €	242,98 €
Saarland	151	1.022.585	147,66 €	228,83 €
Sachsen	924	4.168.732	221,65 €	343,75 €
Sachsen-Anhalt	453	2.356.219	192,26 €	320,00 €
Schleswig-Holstein	378	2.832.027	133,47 €	239,76 €
Thüringen	362	2.249.882	160,90 €	266,68 €
Flächenländer West	9.263	62.986.068	147,06 €	241,75 €
Deutschland	14.178	81.802.257	173,32 €	265,22 €

QuellenAusgaben:

Statistisches Bundesamt, Fachserie 14 (Finanzen und Steuern), Reihe 3.1 (Ergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts), Tabelle 8 [Bereinigte Ausgaben der Länder in den Funktionen 042 Polizei, 043 Öffentliche Ordnung (nur Stadtstaaten), 044 Brandschutz, 045 Katastrophenschutz sowie 049 sonstige Einrichtungen und Maßnahmen (u.a. Verfassungsschutz, Kampfmittelbeseitigung, Rettungsdienste), zur Information auch Ausgaben der Länder und Kommunen in vergleichbaren Funktionen], Ausgabe 2009, erschienen am 26. Juni 2012.

Einwohner:

Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, vorläufige Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung, Ausgabe 2011, erschienen am 25. Juli 2012.

Für weitergehende Informationen zur Datenermittlung vgl. auch die Angaben in den o.g. Quellen. Differenzen in den Summen durch Rundungen sowie Zahlungen zwischen den Ländern.

Anlage zum Kapitel 0410

Kennzahlen

für den
Aufgabenbereich

Polizei

Ländervergleich Polizei

Aufklärungsquote und Kriminalitätsverteilung

Bundesland	Aufklärungsquote insgesamt in 2011	Aufklärungsquote Mord & Totschlag	erfasste Fälle 2011 auf 100.000 Einw.
Thüringen	65,1%	95,3%	6.136
Bayern	64,0%	96,1%	4.969
Niedersachsen	61,4%	99,2%	6.974
Rheinland-Pfalz	60,6%	98,4%	6.861
Mecklenburg-Vorpommern	58,4%	96,3%	7.820
Baden-Württemberg	58,6%	100,4%	5.420
Hessen	58,5%	96,7%	6.541
Sachsen-Anhalt	57,4%	82,2%	8.021
Sachsen	56,9%	95,3%	7.083
Saarland	54,3%	100,0%	6.807
Brandenburg	51,0%	93,1%	7.896
Schleswig-Holstein	48,2%	95,9%	7.751
Nordrhein-Westfalen	49,1%	97,9%	8.470
Bremen	47,6%	103,3%	14.077
Berlin	46,1%	82,7%	14.286
Hamburg	44,3%	93,4%	12.812
Deutschland	54,7%	96,1%	7.328

Aufklärungsquoten über 100 Prozent sind u.a. dadurch zu erklären, dass im Berichtszeitraum noch Fälle aus den Vorjahren nachträglich aufgeklärt wurden.

Quellen

Alle Angaben (einschl. Einwohnerzahl zum 1.1.2011): Bundeskriminalamt / Bundesministerium des Inneren, Polizeiliche Kriminalstatistik, Tabelle 9 bzw. 26, Ausgabe 2011, Version April 2012.

Für weitergehende Informationen zur Datenermittlung vgl. auch die Angaben in den o.g. Quellen, dort auch methodische Hinweise zur eingeschränkten Vergleichbarkeit.

Zusätzliche Erläuterungen

für den
Aufgabenbereich:

Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen
hier: **Soziale Wohnraumförderung**

<p>Globale Zielbeschreibung und Unterziele</p>	<p>Die soziale Wohnraumförderung verfolgt folgende Ziele:</p> <ul style="list-style-type: none"> • bedarfsgerechte und nachhaltige Wohnraumversorgung für Haushalte, die sich am Markt nicht angemessen mit Wohnraum versorgen können und auf Unterstützung angewiesen sind, • Erhaltung und Schaffung angemessener Wohnumfelder und stabiler Wohn- und Nachbarschaftsverhältnisse sowie Bewohner- und Quartiersstrukturen, • Unterstützung des effizienten Einsatzes und Verbrauchs von Energie bei Wohngebäuden als Beitrag zum Klimaschutz. <p>Zielgruppen der sozialen Wohnraumförderung sind insbesondere Haushalte mit Kindern, ältere Menschen und Menschen mit Behinderung. Mit den Fördergegenständen für investive und soziale Maßnahmen der Wohnumfeld- und Quartiersförderung bzw. für Konzepte, Pilot- und Modellprojekte sowie vorbereitende Untersuchungen, soweit sie der Energieeinsparung und dem Klimaschutz im Bereich Wohnen besonders dienen bzw. die Ziele der sozialen Wohnraumförderung unterstützen, wurden Fördermöglichkeiten geschaffen, die Wohnraumförderung und Stadtentwicklung u. a. stärker miteinander verknüpfen sollen.</p>			
<p>Kennzahlen/Indikatoren für</p>				
<p>Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung</p>	<p>Mengen (in Wohneinheiten)</p>			<p>Qualitäten / Bürgerorientierung</p>
	2010 (Ist)	2011 (Ist)	2011 bis 2013 (Plan pro Jahr)	
<p>I. Mietwohnungsbau (MW) a) Neubau b) Bestand Summe MW</p> <p>II. Eigentum (ET) a) Neubau davon Oberzentren Umland HH Sonst. Kreise b) Bestandserwerb Summe ET</p>	<p>1.811 759 <hr/>2.570</p> <p>459 158 150 151 <hr/>62 521</p>	<p>792 523 <hr/>1.315</p> <p>392 130 129 133 <hr/>69 461</p>	<p>780 340 <hr/>1.120</p> <p>350 <hr/>175 525</p>	<p>Ausrichtung der Förderbestimmungen auf die Zielgruppe durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Mietobergrenzen: <ul style="list-style-type: none"> - Regionalstufe I 4,85 €/m² - Regionalstufe II 4,95 €/m² - Regionalstufe III 5,10 €/m² • Kostenobergrenzen der Bau- oder Erwerbsmaßnahme: <ul style="list-style-type: none"> - RMH/ETW* 163,0 T€ - DHH/REH* 178,0 T€ - freist. EFH* 190,0 T€ • Einkommensgrenzen für MW und ET nach § 8 Abs. 2 SHWoFG i. V. m. Abschnitt III der SHWoFG-DVO <p>Wohnflächengrenzen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Höhe der Förderdarlehen in Abhängigkeit von regionaler Prioritätensetzung • Niedrigverzinsten und zinslose Kredite <p><small>* RMH = Reihenmittelhaus, ETW = Eigentumswohnung, DHH = Doppelhaushälfte, REH = Reihenendhaus, EFH = Einfamilienhaus</small></p>

Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung	Wirtschaftlichkeit / Kosten in Mio. €			Fachliche Zielerreichung
	2010 (Ist)	2011 (Ist)	2011 bis 2013 (Plan)	2010/2011 (Ist)
Programmvolumen inkl. Bundesmittel: I. Mietwohnungsbau (MW) a) Neubau b) Bestand c) Abriss/Neubau u.a. Summe MW II. Eigentum (ET) a) Neubau b) Bestandserwerb Summe ET			360,0 240,0 120,0	Programmzielerfüllung: 1. Wohneinheiten (WE) I.a 2.603 WE I.b <u>1.282 WE</u> 3.885 WE II.a 851 WE II.b <u>131 WE</u> 982 WE 2. Fördervolumen (€) Mietwohnungsbau 239,4 Mio. € Eigentum 55,9 Mio. €
Externe Zielgruppen	Haushalte, die sich am Markt nicht angemessen mit Wohnraum versorgen können und auf Unterstützung angewiesen sind.			
Vereinbarungszeitraum	2013			
Position der Zielvereinbarung im Landeshaushalt	Einzelplan: 04 Kapitel: 0416 Die Finanzierung der Programme erfolgt aus dem Zweckvermögen Wohnraumförderung/Krankenhausfinanzierung bei der IB SH.			
Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln	Schleswig-Holsteinisches Wohnraumförderungsgesetz, Kabinettsbeschluss für das jeweilige Programmjahr, Investitionsbankgesetz, Föderalismusreformbegleitgesetz, Entflechtungsgesetz			
Zeitplan / Meilensteine				
Berichtswesen	Fördercontrolling des IM			

Zusätzliche Erläuterungen

für den
Aufgabenbereich: Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen
hier: **Städtebauförderung**

Globale Zielbeschreibung und Unterziele	Ziel ist die Stärkung der Städte – insbesondere der Ober-, Mittel- und Untertentren des Landes. Sie sollen als attraktive, zukunftsfähige Wohn- und Wirtschaftsstandorte und als Versorgungszentren auch für die Region weiterentwickelt werden.					
Kennzahlen/Indikatoren für						
Ausgewählte Maßnahmen / Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung	Mengen (*) (Mindestanzahl der Fördergebiete)			Qualitäten / Bürgerorientierung		
	2011 Ist	2012 Soll	2013 Soll	2011 Ist	2012 Soll	2013 Soll
Städtebauförderung (Bund-Länder-Programme)				Die Messung der Beteiligungsverfahren und -veranstaltungen im Zusammenhang mit Städtebauförderungsmaßnahmen, bei denen in geeignetem Zusammenhang durch Befragungen von Bürgerinnen und Bürgern auch die „Kundenzufriedenheit“ ermittelt werden kann, ist künftig geplant.		
1. Sanierung und Entwicklung	3	1	0			
2. Soziale Stadt	4	6	5			
3. Stadtumbau	9	5	9			
4. Aktive Stadt- und Ortsteilzentren	5	4	4			
5. Städtebaulicher Denkmalschutz	1	2	2			
6. Kleinere Städte und Gemeinden	7	4	6			
Ausgewählte Maßnahmen / Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung	Wirtschaftlichkeit / Kosten (Verwaltungskosten je 1000 € Zuwendungsbetrag)			Fachliche Zielerreichung		
	2011 Ist	2012 Soll	2013 Soll	2011 Ist	2012 Soll	2013 Soll
Städtebauförderung (B-L-Programme)				Ländervergleichskennzahl: Einsatz von mindestens 90% der Fördermittel in OZ , MZ und UZ (*)		
1. Sanierung und Entwicklung	11,68	14,75	12,70	100 %	100 %	100 %
2. Soziale Stadt	12,27	14,75	12,70	100 %	100 %	100 %
3. Stadtumbau	11,85	14,75	12,70	100 %	100 %	100 %
4. Aktive Stadt- und Ortsteilzentren	6,42	14,75	12,70	100 %	100 %	100 %
5. Städtebaulicher Denkmalschutz	12,02	14,75	12,62	100 %	100 %	100 %
6. Kleinere Städte und Gemeinden	12,05	14,74	12,70	100 %	100 %	100 %

Externe Zielgruppen	Städte, insbesondere Ober-, Mittel- und Unterzentren, Bürgerinnen und Bürger der geförderten Städte und ihrer Umlandgemeinden / Region
Vereinbarungszeit	2013
Position der Zielvereinbarung im Landeshaushalt	Einzelplan: 04 Kapitel: 0416
Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln	Artikel 104 b GG, Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung, Besonderes Städtebaurecht (zweites Kapitel des BauGB), Städtebauförderungsrichtlinien 2005 und die Verwaltungsvorschriften zu § 44 LHO
Zeitplan / Meilensteine	Jahresprogramme
Berichtswesen	Jährliche Sachstands- und Ergebnisberichte der geförderten Gemeinden

Anlage zum Kapitel 0416

Kennzahlen

für den

Aufgabenbereich:

Städtebauförderung

Ländervergleich Städtebauförderung**Abruf der Bundesfinanzhilfen**

Bundesland	Bundesfinanzhilfe im Jahr 2009	Einwohner am 31.12.2009	Volumen je Einwohner
Sachsen	112.810.245 €	4.168.732	27,06 €
Brandenburg	52.229.000 €	2.511.525	20,80 €
Sachsen-Anhalt	48.719.400 €	2.356.219	20,68 €
Thüringen	43.220.787 €	2.249.882	19,21 €
Mecklenburg-Vorpommern	31.489.000 €	1.651.216	19,07 €
Berlin	33.451.000 €	3.442.675	9,72 €
Baden-Württemberg	60.564.072 €	10.744.921	5,64 €
Bremen	3.063.259 €	661.716	4,63 €
Saarland	3.776.881 €	1.022.585	3,69 €
Schleswig-Holstein	9.778.000 €	2.832.027	3,45 €
Nordrhein-Westfalen	60.748.000 €	17.872.763	3,40 €
Bayern	40.014.000 €	12.510.331	3,20 €
Hessen	17.721.713 €	6.061.951	2,92 €
Hamburg	4.942.000 €	1.774.224	2,79 €
Rheinland-Pfalz	9.908.000 €	4.012.675	2,47 €
Niedersachsen	18.829.118 €	7.928.815	2,37 €
Flächenländer West	221.339.784 €	62.986.068	3,51 €
Deutschland	551.264.475 €	81.802.257	6,74 €

Quellen

Bundesfinanzhilfe: Mittelabfluss Bund im Jahr 2009 per 31.12., Drucksache 17/2664 des Deutschen Bundestages vom 28.07.2010 (Frage 2).

Einwohner: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1 (Bevölkerung und Erwerbstätigkeit), Reihe 1.3 (Bevölkerungsfortschreibung), Tabelle 3.1, Ausgabe 2009, korrigierte Version vom 31.05.2011.

für den Aufgabenbereich:

Kennzahlen
Städtebauförderung

Anlage zum Kapitel 0416

Ländervergleich Städtebauförderung

Aufteilung der Bundesfinanzhilfen auf die Förderungsprogramme

Bundesland	Städtebauförderungsprogramme im Jahr 2010													Summe
	Sanierung und Entwicklung		Soziale Stadt		Stadtumbau West		Aktive Stadt-/ Ortsteilzentren		Städtebaulicher Denkmalschutz		Kleinere Städte und Gemeinden			
	Anteil an BfH des Landes	BfH in € pro geförderter Maßnahme	Anteil an BfH des Landes	BfH in € pro geförderter Maßnahme	Anteil an BfH des Landes	BfH in € pro geförderter Maßnahme	Anteil an BfH des Landes	BfH in € pro geförderter Maßnahme	Anteil an BfH des Landes	BfH in € pro geförderter Maßnahme	Anteil an BfH des Landes	BfH in € pro geförderter Maßnahme		
Baden-Württemberg	27%	304.110 €	23%	393.964 €	21%	376.477 €	17%	373.000 €	8%	449.500 €	3%	223.429 €	353.068 €	
Bayern	9%	67.195 €	26%	155.562 €	23%	131.086 €	22%	176.239 €	16%	122.530 €	4%	93.040 €	128.286 €	
Berlin	6%	412.500 €	38%	153.108 €	27%	581.000 €	21%	626.200 €	8%	579.000 €	0%	- €	280.113 €	
Bremen	9%	148.500 €	30%	88.818 €	34%	222.600 €	18%	295.000 €	10%	166.500 €	0%	- €	150.455 €	
Hamburg	9%	77.111 €	32%	207.250 €	25%	475.250 €	23%	223.875 €	10%	390.000 €	0%	- €	218.657 €	
Hessen	18%	103.685 €	24%	153.440 €	28%	145.917 €	22%	207.206 €	9%	169.688 €	0%	- €	148.533 €	
Niedersachsen	25%	181.506 €	16%	144.889 €	27%	198.324 €	25%	328.042 €	6%	111.857 €	0%	- €	192.383 €	
Nordrhein-Westfaler	11%	492.600 €	26%	467.694 €	29%	757.029 €	20%	434.375 €	10%	449.316 €	4%	421.111 €	515.848 €	
Rheinland-Pfalz	16%	102.143 €	20%	164.619 €	32%	397.357 €	18%	314.800 €	11%	210.111 €	4%	178.750 €	205.047 €	
Saarland	19%	61.059 €	19%	133.375 €	25%	231.833 €	20%	136.000 €	10%	143.750 €	7%	185.000 €	122.867 €	
Schleswig-Holstein	9%	361.333 €	26%	446.000 €	36%	548.625 €	18%	534.800 €	8%	974.400 €	4%	147.467 €	467.346 €	
Deutschland West	15%	166.925 €	25%	229.598 €	27%	294.772 €	20%	292.235 €	10%	211.115 €	3%	184.148 €	236.574 €	

Quellen

Ursprüngliche Daten ermittelt durch das Referat IV 25 Städtebauförderung zum 03.11.2011 auf Basis von Veröffentlichungen des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung ("Bundesprogramme") für das Programmjahr 2010, erschienen 25.08.2011. Verfügbar über http://www.staedtebaufoerderung.info/clin_030/nn_1087344/StBauf/DE/UeberDieStBF.

Anlage zum Kapitel 0416

Kennzahlen

für den

Aufgabenbereich:

Wohnraumförderung

Ländervergleich Wohnraumförderung**Bundeszuschüsse (jährliche Kompensationsleistung 2007-2013)**

Bundesland	Bundesmittel (jährlich)	Einwohner am 31.12.2009	Volumen je Einwohner
Sachsen	59.638.000 €	4.168.732	14,31 €
Thüringen	29.106.000 €	2.249.882	12,94 €
Mecklenburg-Vorpommern	21.321.000 €	1.651.216	12,91 €
Brandenburg	30.277.000 €	2.511.525	12,06 €
Sachsen-Anhalt	23.967.000 €	2.356.219	10,17 €
Berlin	32.584.000 €	3.442.675	9,46 €
Saarland	6.547.000 €	1.022.585	6,40 €
Nordrhein-Westfalen	97.072.000 €	17.872.763	5,43 €
Hamburg	9.516.000 €	1.774.224	5,36 €
Niedersachsen	39.860.000 €	7.928.815	5,03 €
Hessen	30.311.000 €	6.061.951	5,00 €
Bayern	61.317.000 €	12.510.331	4,90 €
Bremen	3.138.000 €	661.716	4,74 €
Rheinland-Pfalz	18.709.000 €	4.012.675	4,66 €
Schleswig-Holstein	12.620.000 €	2.832.027	4,46 €
Baden-Württemberg	42.218.000 €	10.744.921	3,93 €
Flächenländer West	308.654.000 €	62.986.068	4,90 €
Deutschland	518.201.000 €	81.802.257	6,33 €

Quellen

Bundesmittel: Jährliche Kompensationsleistung laut § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 4 des Gesetzes zur Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen (EntflechtG).

Einwohner: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1 (Bevölkerung und Erwerbstätigkeit), Reihe 1.3 (Bevölkerungsfortschreibung), Tabelle 3.1, Ausgabe 2009, korrigierte Version vom 31.05.2011.

Kennzahlenfür den
Aufgabenbereich:

Wohnraumförderung

Ländervergleich Wohnraumförderung**Anteil geförderter Wohneinheiten (nur Neubau) an allen fertiggestellten Wohnungen**

Bundesland	Neubauförderung Wohneinheiten 2006 bis 2008	Fertiggestellte Wohnungen insg. 2006 bis 2008	Anteil Förderung an Fertigstellungen 2006 bis 2008	zur Info: Anteil Bindungsbestand per 31.12.2008
Hamburg	4.836	11.209	43,1%	13,4%
Nordrhein - Westfalen	28.469	127.372	22,4%	7,7%
Rheinland - Pfalz	5.878	38.348	15,3%	4,1%
Schleswig - Holstein	3.183	24.155	13,2%	4,4%
Sachsen - Anhalt	835	9.919	8,4%	3,8%
Bayern	10.403	137.699	7,6%	2,8%
Bremen	182	3.278	5,6%	3,6%
Hessen	2.380	46.083	5,2%	4,7%
Baden - Württemberg	4.005	98.118	4,1%	1,5%
Niedersachsen	2.121	58.023	3,7%	2,2%
Thüringen	370	10.135	3,7%	1,0%
Brandenburg	550	24.278	2,3%	3,4%
Saarland	36	5.476	0,7%	1,0%
Berlin	0	10.677	0,0%	12,7%
Mecklenburg - Vorpommern	0	14.557	0,0%	0,8%
Sachsen	0	16.765	0,0%	4,1%
Flächenländer West	56.475	535.274	10,6%	...
Deutschland	63.248	636.092	9,9%	4,6%

Quellen

Neubauförderung (Anzahl Wohneinheiten) & Anteil Bindungsbestand aus Wohnraumförderung am gesamten Wohnungsbestand: Erhebung der Fachkommission Wohnungsbauförderung / Senator für Umwelt, Bau und Verkehr Bremen, wiedergegeben in Mezler/Seyfried, Neue Datenbasis Wohnraumförderung, in: Bundesbaublatt 11/2010, S. 12 - 15; beachte dort auch methodische Hinweise zur **eingeschränkten Vergleichbarkeit**.

Fertiggestellte Wohnungen: Statistisches Bundesamt, Fachserie 5 (Bauen und Wohnen), Lange Reihen Baugenehmigungen / Baufertigstellungen, Tabelle 4.4, Ausgabe 2010, Version vom 11.08.2011.

Einwohner: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1 (Bevölkerung und Erwerbstätigkeit), Reihe 1.3 (Bevölkerungsfortschreibung), Tabelle 3.1, Ausgabe 2009, korrigierte Version vom 31.05.2011.

Für weitergehende Informationen zur Datenermittlung vgl. auch die Angaben in den o.g. Quellen.

Finanzministerium					
EVAS	Statistik	Rechtsgrundlage	2009 T€	2010 T€	Periodizität
Ausg. u. Einnahmen öffentlicher Haushalte			260,0	337,2	
71121	Haushaltsansätze des öffentlichen Gesamthaushalts	Finanz- und Personalstatistikgesetz			jährlich
71126	Haushaltsansätze der Länder	Finanz- und Personalstatistikgesetz			jährlich
71136	Vierteljährliche Kassenergebnisse der Länder	Finanz- und Personalstatistikgesetz			vierteljährlich
71137	Vierteljährliche Kassenergebnisse der Gemeinden	Finanz- und Personalstatistikgesetz			vierteljährlich
71146	Rechnungsergebnisse der Länder	Finanz- und Personalstatistikgesetz			jährlich
71147	Rechnungsergebnisse der Gemeinden	Finanz- und Personalstatistikgesetz			jährlich
71148	Rechnungsergebnisse der Zweckverbände	Finanz- und Personalstatistikgesetz			jährlich
Steuerhaushalt			3,3	4,1	
71211	Statistik über das Steueraufkommen des Bundes und der Länder	Finanz- und Personalstatistikgesetz			monatlich
71231	Realsteuervergleich	Finanz- und Personalstatistikgesetz			jährlich
Schulden Länder, Gemeinden, Zweckverbände			60,1	57,5	
71316	Vierteljährliche Schulden der Länder	Finanz- und Personalstatistikgesetz			vierteljährlich
71321	Jährliche Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts	Finanz- und Personalstatistikgesetz			jährlich
71325	Jährliche Schulden der Sozialversicherungen	Finanz- und Personalstatistikgesetz			jährlich
71326	Jährliche Schulden der Länder	Finanz- und Personalstatistikgesetz			jährlich
71327	Jährliche Schulden der Gemeinden	Finanz- und Personalstatistikgesetz			jährlich
71328	Jährliche Schulden der Zweckverbände	Finanz- und Personalstatistikgesetz			jährlich
Vermögen (Aktiva)			8,6	16,8	
71411	Finanzvermögen des öffentlichen Gesamthaushalts	Finanz- und Personalstatistikgesetz			jährlich
71415	Finanzvermögen der Sozialversicherung	Finanz- und Personalstatistikgesetz			jährlich
71416	Finanzvermögen der Länder	Finanz- und Personalstatistikgesetz			jährlich
71417	Finanzvermögen der Gemeinden	Finanz- und Personalstatistikgesetz			jährlich
71418	Finanzvermögen der Zweckverbände	Finanz- und Personalstatistikgesetz			jährlich
Sonstiges Öffentliche Haushalte			74,0	40,9	
71911	Berichtskreismanagement Finanz- und Personalstatistiken	Bundesstatistikgesetz			unregelmäßig
Jahres- und Vierteljahresabschlüsse			51,1	54,8	
72111	Jahresabschlüsse öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen	Finanz- und Personalstatistikgesetz			jährlich
72112	Vierteljahresdaten öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors	Finanz- und Personalstatistikgesetz			vierteljährlich
Schulden (öffentliche Fonds, Einrichtungen, Unternehmen)			9,9	9,3	
72211	Jährliche Schulden der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen	Finanz- und Personalstatistikgesetz			jährlich
72212	Vierteljährliche Schulden der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors	Finanz- und Personalstatistikgesetz			vierteljährlich
Vermögen			0,8	1,9	
72311	Finanzvermögen der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors	Finanz- und Personalstatistikgesetz			jährlich

Finanzministerium					
EVAS	Statistik	Rechtsgrundlage	2009 T€	2010 T€	Periodizität
Sonstiges ÖFEU, Unternehmen mit Rechnungswesen.			1,1	2,2	
72900	Sonstiges im Bereich öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen mit eigenem Rechnungswesen	Finanz- und Personalstatistikgesetz			unregelmäßig
Lohn- und Einkommensteuer			87,9	110,9	
73111	Lohn- und Einkommensteuerstatistik	Steuerstatistikgesetz			3-jährlich
73121	Statistik im Feststellungsverfahren	Steuerstatistikgesetz			jährlich
Körperschaftsteuer			7,2	16,2	
73211	Körperschaftsteuerstatistik	Steuerstatistikgesetz			3-jährlich
Umsatzsteuer Voranmeldungen			144,3	192,9	
73311	Umsatzsteuerstatistik (Voranmeldungen)	Steuerstatistikgesetz			jährlich
Umsatzsteuer Veranlagungen			0,6	19,6	
73321	Umsatzsteuer (Veranlagungen)	Steuerstatistikgesetz			jährlich
Gewerbesteuern			6,5	1,8	
73511	Gewerbesteuerstatistik	Steuerstatistikgesetz			3-jährlich
Steuern vom Vermögen			58,5	37,4	
73611	Erbschaft- und Schenkungssteuerstatistik	Steuerstatistikgesetz			5-jährlich
Steuerverteilung			12,6	73,3	
73711	Lohnsteuerzerlegung	Steuerstatistikgesetz			jährlich
73721	Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer: Schlüsselzahlermittlung	Steuerstatistikgesetz			3-jährlich
73722	Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer: Modellrechnungen	Steuerstatistikgesetz			3-jährlich
Personal im öffentlichen Dienst			123,8	81,2	
74111	Personalstandstatistik des Bundes	Finanz- und Personalstatistikgesetz			jährlich
74121	Personalstandstatistik der Länder, Gemeinden und -verbände	Finanz- und Personalstatistikgesetz			jährlich
74211	Versorgungsempfängerstatistik	Finanz- und Personalstatistikgesetz			jährlich
74900	Sonstiges im Bereich Personal im öffentlichen Dienst	Finanz- und Personalstatistikgesetz			jährlich
Geschäftsstatistiken Steuern			0,0	0,0	
79911	Tabaksteuerstatistik	Steuerstatistikgesetz			vierteljährlich
79921	Biersteuer-, Schaumweinsteuerstatistik	Steuerstatistikgesetz			monatlich
79931	Energiesteuerstatistik	Steuerstatistikgesetz			jährlich
79941	Branntweinmonopol- und Brantweinsteuerstatistik	Steuerstatistikgesetz			jährlich
79951	Geschäftsstatistik zur Lohn- und Einkommensteuer	Steuerstatistikgesetz			jährlich
Programmierung Umsatzsteuerstatistik			20,1	22,8	
79200	Verbundprogrammierung Umsatzsteuer				jährlich
Laufende Verdiensterhebungen			0,0	0,0	
Summen			930,3	1.081,1	

Sozialministerium					
EVAS	Statistik	Rechtsgrundlage	2009 T€	2010 T€	Periodizität
Todesursachen			103,2	110,3	
23211	Todesursachenstatistik	Bevölkerungstatistikgesetz			jährlich
Schulstatistik			16,7	13,7	
21131	Statistik der Schulen des Gesundheitswesens	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse			jährlich
Sozialhilfe			155,2	114,4	
22111	Statistik der Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe	Sozialgesetzbuch			jährlich
22121	Statistik der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (ohne Kurzzeitempänger) - Empfänger am 31.12.	Sozialgesetzbuch			jährlich
22122	Statistik der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (ohne Kurzzeitempänger) - Zu- und Abgänge	Sozialgesetzbuch			vierteljährlich
22123	Statistik der Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt mit kurzzeitiger Hilfestellung	Sozialgesetzbuch			vierteljährlich
22124	Stichprobe der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt	Sozialgesetzbuch			jährlich
22131	Statistik der Empfänger von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII	Sozialgesetzbuch			jährlich
22132	Stichprobe über die Empfänger von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII	Sozialgesetzbuch			jährlich
22151	Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	Sozialgesetzbuch			jährlich
22152	Stichprobe über die Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	Sozialgesetzbuch			jährlich
Pflege			26,7	74,0	
22411	Statistik über ambulante Pflegeeinrichtungen (Pflegedienste)	Pflegestatistikverordnung			2-jährlich
22412	Statistik über stationäre Pflegeeinrichtungen (Pflegeheime)	Pflegestatistikverordnung			2-jährlich
22421	Statistik über die Empfänger von Pflegegeldleistungen	Pflegestatistikverordnung			
Kinder- und Jugendhilfe – ohne Kindertagesbetreuung			181,0	156,2	
22517	Statistik der erzieherischen Hilfe, der Eingliederungshilfe für seelisch Behinderte und der Hilfe für junge Volljährige	Sozialgesetzbuch			jährlich
22521	Statistik der Adoptionen	Sozialgesetzbuch			jährlich
22522	Statistik der Pflegeerlaubnis, Pfleg-, Vormund-, Beistandschaften, Sorgerecht, Sorgeerklärungen	Sozialgesetzbuch			jährlich
22523	Statistik der vorläufigen Schutzmaßnahmen	Sozialgesetzbuch			jährlich
22531	Statistik der Maßnahmen der Jugendarbeit	Sozialgesetzbuch			4-jährlich
22542	Statistik der Einrichtungen und tätigen Personen - ohne Tageseinrichtungen	Sozialgesetzbuch			4-jährlich
22551	Statistik der Ausgaben und Einnahmen der Kinder- und Jugendhilfe	Sozialgesetzbuch			jährlich
Kindertagesbetreuung			59,3	92,1	
22541	Statistik der Kinder und tätigen Personen in Tageseinrichtungen	Sozialgesetzbuch			4-jährlich
22543	Statistik der Kinder und tätigen Personen in öffentlich geförderter Kindertagespflege	Sozialgesetzbuch			jährlich
22544	Statistik der Plätze in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege	Sozialgesetzbuch			jährlich
22545	Statistik über Personen in Großtagespflegestellen und die dort betreuten Kinder	Sozialgesetzbuch			jährlich
Behinderte, Kriegsopfer			8,0	4,4	
22711	Statistik der schwerbehinderten Menschen	Sozialgesetzbuch			2-jährlich
22731	Statistik der Kriegsopferfürsorge	Kriegsopferfürsorge-statistikgesetz			2-jährlich
Sozialberichterstattung in der amtlichen Statistik			6,4	5,8	
22811	Sozialberichterstattung in der amtlichen Statistik	Sozialgesetzbuch			jährlich
Sonstige Öffentliche Sozialleistungen			0,0	0,0	
22922	Statistik zum Elterngeld	Gesetz zum Elterngeld und zur Elternzeit			vierteljährlich

Sozialministerium					
EVAS	Statistik	Rechtsgrundlage	2009 T€	2010 T€	Periodizität
Krankenhausstatistik			75,5	70,0	
23111	Grunddaten der Krankenhäuser	Krankenhausstatistik-Verordnung			jährlich
23112	Grunddaten der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen	Krankenhausstatistik-Verordnung			jährlich
23121	Kostennachweis der Krankenhäuser	Krankenhausstatistik-Verordnung			jährlich
23131	Diagnosen der Krankenhauspatienten	Krankenhausstatistik-Verordnung			jährlich
23132	Diagnosen der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungspatienten	Krankenhausstatistik-Verordnung			jährlich
Strafverfolgung und -vollzug			1,6	0,8	
24321	Anteil Maßregelvollzugsstatistik	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse			jährlich
Summen			633,6	641,7	

Ministerium für Bildung und Wissenschaft					
EVAS	Statistik	Rechtsgrundlage	2009 T€	2010 T€	Periodizität
Allgemeinbildende u. berufliche Schulen			539,0	442,3	
21111	Statistik der allgemeinbildenden Schulen	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse			jährlich
21121	Statistik der beruflichen Schulen	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse			jährlich
21141	Statistik der Lehrerseminare, des Lehrernachwuchses	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse			jährlich
Hochschulen			97,4	87,7	
21311	Statistik der Studenten	Hochschulstatistikgesetz			halbjährlich
21321	Statistik der Prüfungen	Hochschulstatistikgesetz			halbjährlich
21331	Statistik der Gasthörer	Hochschulstatistikgesetz			jährlich
21341	Personal- und Stellenstatistik	Hochschulstatistikgesetz			jährlich
21351	Statistik der Habilitationen	Hochschulstatistikgesetz			jährlich
21371	Hochschulfinanzstatistik, jährlich	Hochschulstatistikgesetz			jährlich
21372	Hochschulfinanzstatistik vj	Hochschulstatistikgesetz			vierteljährlich
21381	Hochschulstatistische Kennzahlen	Hochschulstatistikgesetz			
Ausbildungsförderung			6,0	2,8	
21411	Statistik der Bundesausbildungsförderung (BAföG)	Bundesausbildungsförderungsgesetz			jährlich
21421	Statistik der Aufstiegsfortbildungsförderung (AFBG / Meister-BAföG)	Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz			jährlich
Schulstatistik			0,0	77,4	
	Projekt Schulstatistik	Vereinbarung ab 2011			laufend
Sonstiges Bildung und Kultur			55,7	59,4	
21901	Lehrerstatistik	Runderlass über die Durchführung der Erhebung stat. Daten für die Zwecke der Schulaufsicht-Verwaltung-Planung (Schulstatistik)			laufend
21902	Schulfinanzstatistik				
Summen			698,1	669,5	

Ministerium für Justiz, Kultur und Europa					
EVAS	Statistik	Rechtsgrundlage	2009 T€	2010 T€	Periodizität
Kultur			2,8	3,9	
21611	Kulturstatistik				
Insolvenzen, Jahresabschlüsse			105,7	81,4	
52411	Statistik über beantragte Insolvenzverfahren	Gerichtsverfassungsgesetz			monatlich
52431	Statistik über beendete Insolvenzverfahren und Restschuldbefreiung	Gerichtsverfassungsgesetz			jährlich
Justizgeschäftsstatistiken			154,9	125,9	
24211	Statistik bei den Staats- und Amtsanwaltschaften (StA-Statistik)	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse			jährlich
24221	Statistik über Straf- und Bußgeldverfahren (StP/OWi-Statistik)	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse			jährlich
24231	Statistik über Zivilsachen (ZP-Statistik)	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse			jährlich
24241	Statistik über Familiensachen (F-Statistik)	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse			jährlich
24251	Statistik in der Verwaltungsgerichtsbarkeit (VwG-Statistik)	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse			jährlich
24261	Statistik in der Finanzgerichtsbarkeit (FG-Statistik)	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse			jährlich
Strafverfolgung und -vollzug			66,1	43,3	
24311	Strafverfolgungsstatistik	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse			jährlich
24321	Anteil Strafvollzugvollzugsstatistik	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse			jährlich
Bewährungshilfe			6,7	19,6	
24411	Bewährungshilfestatistik	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse			jährlich
Arbeits- und Sozialgerichte			27,7	36,2	
24271	Sozialgerichtsbarkeit	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse			jährlich
24281	Arbeitsgerichtsbarkeit	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse			jährlich
Summen			364,0	310,4	

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume					
EVAS	Statistik	Rechtsgrundlage	2009 T€	2010 T€	Periodizität
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden			1,6	1,5	
42341	Holzbearbeitungsstatistik	Agrarstatistikgesetz			jährlich
Abfallwirtschaft			154,4	145,2	
32111	Erhebung der Abfallentsorgung	Umweltstatistikgesetz			jährlich
32121	Erhebung der öffentlich-rechtlichen Abfallentsorgung	Umweltstatistikgesetz			4-jährlich
32131	Erhebung der Einsammlung und Rücknahme von Verpackungen	Umweltstatistikgesetz			jährlich
32141	Erhebung über die Aufbereitung und Verwertung von Bau- und Abbruchabfällen	Umweltstatistikgesetz			2-jährlich
32151	Erhebung der besonders überwachungsbedürftigen Abfälle, über die Nachweise zu führen sind	Umweltstatistikgesetz			jährlich
32161	Erhebung über die Abfallerzeugung	Umweltstatistikgesetz			4-jährlich
Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung			119,0	68,8	
32211	Erhebung der öffentlichen Wasserversorgung	Umweltstatistikgesetz			3-jährlich
32212	Erhebung der öffentlichen Abwasserbeseitigung	Umweltstatistikgesetz			3-jährlich
32213	Erhebung der öffentlichen Abwasserbehandlung	Umweltstatistikgesetz			3-jährlich
32214	Erhebung des Klärschlammes	Umweltstatistikgesetz			jährlich
32221	Erhebung der nichtöffentlichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung	Umweltstatistikgesetz			3-jährlich
32251	Erhebung über die Wassereigenversorgung und -entsorgung privater Haushalte	Umweltstatistikgesetz			3-jährlich
32271	Erhebung der Wasser- und Abwasserentgelte	Umweltstatistikgesetz			3-jährlich
Wassergefährdende Stoffe			22,3	41,2	
32311	Statistik über Unfälle beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen	Umweltstatistikgesetz			jährlich
32331	Erhebung der Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen	Umweltstatistikgesetz			5-jährlich
Luftverunreinigungen			20,1	17,7	
32421	Erhebung bestimmter klimawirksamer Stoffe	Umweltstatistikgesetz			jährlich
Umweltschutzausgaben und -produkte			49,2	37,7	
32511	Erhebung der Investitionen für den Umweltschutz	Umweltstatistikgesetz			jährlich
32531	Erhebung der Waren und Dienstleistungen für den Umweltschutz	Umweltstatistikgesetz			jährlich
Umweltstatistiken (GLU)			17,7	1,5	
32911	Gesamtleitdatei "Umweltstatistiken"(GLU)	Umweltstatistikgesetz			
Energiestatistiken			129,7	116,3	
43311	Monatsbericht über die Elektrizitätsversorgung	Energiestatistikgesetz			monatlich
43321	Monatsbericht über die Gasversorgung	Energiestatistikgesetz			monatlich
43331	Erhebung über Stromabsatz, Erlöse	Energiestatistikgesetz			jährlich
43341	Erhebung über Abgabe, Ein- und Ausfuhr von Gas sowie Erlöse	Energiestatistikgesetz			jährlich
43351	Erhebung über Stromerzeugungsanlagen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	Energiestatistikgesetz			jährlich
43371	Jahreserhebung über die Stromspeisung bei Netzbetreibern	Energiestatistikgesetz			jährlich
43381	Jahreserhebung über Klärgas	Energiestatistikgesetz			jährlich
43391	Jahreserhebung über Flüssiggas	Energiestatistikgesetz			jährlich
43411	Jahreserhebung über Erzeugung, Verwendung, Bezug und Abgabe von Wärme	Energiestatistikgesetz			jährlich
43421	Erhebung über Geothermie	Energiestatistikgesetz			jährlich
43521	Erhebung über Biotreibstoffe	Energiestatistikgesetz			jährlich
43531	Jahreserhebung über die Energieverwendung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	Energiestatistikgesetz			jährlich
Energiebilanz			40,3	67,1	
43611	Projekt Energiebilanz	Vertrag mit dem Land SH			jährlich

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume					
EVAS	Statistik	Rechtsgrundlage	2009 T€	2010 T€	Periodizität
UGR			103,2	101,8	
85111	Emittentenstruktur (Luftschadstoffe, Abfall, Abwasserentsorgung etc.)	Landtagsbeschluss			
85121	Physische Input-, Outputtabellen	Landtagsbeschluss			
85131	Einzelne Materialien	Landtagsbeschluss			
85211	Bodennutzung	Landtagsbeschluss			
85311	Umweltzustandsindikatoren	Landtagsbeschluss			
85411	Ausgaben und Anlagevermögen für Umweltschutz	Landtagsbeschluss			
85421	Umweltbezogene Steuern und Gebühren	Landtagsbeschluss			
85511	Vermeidungskosten	Landtagsbeschluss			
85900	Sonstiges im Bereich UGR	Landtagsbeschluss			
Betriebsregister Landwirtschaft			172,4	101,7	
41111	Betriebsregister Landwirtschaft	Agrarstatistikgesetz			monatlich
Landwirtschaftszählung - Gartenbau			1,6	1,7	
41145	Landwirtschaftszählung - Gartenbau	Agrarstatistikgesetz			10-jährlich
Bodennutzung und Ernte			271,2	220,0	
41213	Allgemeine Zierpflanzenerhebung	Agrarstatistikgesetz			4-jährlich
41214	Erhebung über die Speisepilze	Agrarstatistikgesetz			jährlich
41215	Gemüseerhebung	Agrarstatistikgesetz			halbjährlich
41221	Baumschulerhebung	Agrarstatistikgesetz			4-jährlich
41231	Baumobstanbauerhebung	Agrarstatistikgesetz			5-jährlich
41232	Erhebung über die Strauchbeeren	Agrarstatistikgesetz			jährlich
41241	Ernte- und Betriebsberichterstattungen (EBE): Feldfrüchte und Grünland (einschließlich Anbauflächen und Vorräte)	Agrarstatistikgesetz			9 x je Jahr
41243	Ernte- und Betriebsberichterstattungen (EBE): Obst	Agrarstatistikgesetz			vierteljährlich
41246	Besondere Ernte- und Qualitätsermittlung	Agrarstatistikgesetz			jährlich
41255	Erhebung der Weinbestände	Agrarstatistikgesetz			jährlich
Sonstiges Land- und Forstw., Fischerei			42,9	9,5	
41900	Sonstiges im Bereich Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Agrarstatistikgesetz			laufend
Preise Land- und Forstw., Prod. Gew., GH			0,0	0,0	
61211	Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte	Preisstatistikgesetz			
61221	Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel	Preisstatistikgesetz			
61231	Index der Erzeugerpreise forstwirtschaftlicher Produkte	Preisstatistikgesetz			
Bodenmarkt			7,0	5,6	
61521	Kaufwerte für landwirtschaftliche Grundstücke	Preisstatistikgesetz			jährlich
Verdiensterhebung in der Landwirtschaft			0,2	11,9	
62311	Verdiensterhebung in der Landwirtschaft	Verdienststatistikgesetz			4-jährlich
Struktur land- und forstwirtschaftliche Betriebe			378,0	47,3	
41121	Allgemeine Agrarstrukturenerhebung (ASE)	Agrarstatistikgesetz			4-jährlich
41122	Repräsentative Agrarstrukturenerhebung (ASE)	Agrarstatistikgesetz			4-jährlich
Bodennutzungshaupterhebung			0,0	0,0	
41271	Bodennutzungshaupterhebung	Agrarstatistikgesetz			jährlich
Viehbestand und tierische Erzeugung			96,8	89,0	
41312	Erhebung über die Viehbestände (Rinder im Mai und November)	Agrarstatistikgesetz			halbjährlich
41313	Repräsentative Erhebung über die Viehbestände (Schweine) im Mai und November	Agrarstatistikgesetz			halbjährlich
41314	Repräsentative Erhebung über die Viehbestände (Schafe) im November	Agrarstatistikgesetz			jährlich
41323	Geflügelstatistik: Erhebung in Unternehmen mit Legehennenhaltung	Agrarstatistikgesetz			monatlich
41331	Schlachtungs- und Schlachtgewichtsstatistik	Agrarstatistikgesetz			monatlich
41341	Milcherzeugungs- und Milchverwendungsstatistik	Agrarstatistikgesetz			monatlich
EG ASE 2005			84,5	0,0	
41123	Gemeinschaftliche Agrarstrukturenerhebung (EG-ASE)	Agrarstatistikgesetz			2-jährlich

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume					
EVAS	Statistik	Rechtsgrundlage	2009 T€	2010 T€	Periodizität
EG ASE 2007			59,1	-9,7	
41123	Gemeinschaftliche Agrarstrukturerhebung (EG-ASE)	Agrarstatistikgesetz			2-jährlich
Landwirtschaftszählung - LZ 2010			31,3	79,9	
41141	Landwirtschaftszählung - Haupterhebung, allgemein: Landwirtschaft, nationaler Teil	Agrarstatistikgesetz			10-jährlich
Aquakulturstatistik			0,2	3,9	
41362	Aquakulturstatistik	Agrarstatistikgesetz			
EG Landwirtschaftszählung und ASE 2010			417,4	1.122,8	
41151	Landwirtschaftszählung - Erhebung über landwirtsch. Produktionsmethoden (ELPM)	Agrarstatistikgesetz			
41141	Landwirtschaftszählung	Agrarstatistikgesetz			10-jährlich
Klimaschutz			0,3	4,3	
99148	Klimaschutz	Emissionsberichterstattungsverordnung zum Agrarstatistikgesetz			nur in 2011
Summen			2.220,4	2.286,7	

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie					
EVAS	Statistik	Rechtsgrundlage	2009 T€	2010 T€	Periodizität
Berufsbildung					
21211	Berufsbildungsstatistik zum 31.12.	Berufsbildungsgesetz	27,7	19,7	jährlich
Laufende Wirtschaftsrechnungen					
63111	Laufende Wirtschaftsrechnungen: Allgemeine Angaben	Wirtschaftsrechnungengesetz	148,6	109,6	jährlich
63121	Laufende Wirtschaftsrechnungen: Haushaltsbuch	Wirtschaftsrechnungengesetz			jährlich
Einkommens- und Verbrauchsstichprobe					
63211	Einkommens- und Verbrauchsstichproben: Einführungsinterview, Allgemeine Angaben	Wirtschaftsrechnungengesetz	84,6	3,3	5-jährlich
63221	Einkommens- und Verbrauchsstichproben: Haushaltsbuch	Wirtschaftsrechnungengesetz			5-jährlich
63231	Einkommens- und Verbrauchsstichproben: Feinschreibung NGT	Wirtschaftsrechnungengesetz			5-jährlich
Dauerstichprobe					
63311	Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte	Mikrozensusgesetz	50,2	35,9	jährlich
EU-SILC					
63411	EU-SILC: Personenbogen	EU-SILC-Verordnung	65,3	74,2	jährlich
63421	EU-SILC: Haushaltsbogen	EU-SILC-Verordnung			jährlich
IKT (Haushalte) Allgemein					
99161	Erhebung über die private Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien	Informationsgesellschaftsstatistikgesetz	14,5	23,5	jährlich
IKT (Haushalte) 2009					
			12,1	1,2	
Kreditinstitute					
47211	Kreditstatistik	Gesetz über Deutsche Bundesbank	0,0	0,0	
47241	Statistik der Bausparkassen				
47251	Statistik der Einlagen und aufgenommenen Kredite	Gesetz über Deutsche Bundesbank			
47271	Statistik der Forderungen und Verbindlichkeiten	Gesetz über Deutsche Bundesbank			
42000S Verarb. Gew. Bergb., Gew. v. Steinen, Erden					
42221	Jahresbericht für Unternehmen im Bereich Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Produzierendes Gewerbe-Statistikgesetz	156,1	147,7	jährlich
42231	Investitionserhebung im Bereich Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Produzierendes Gewerbe-Statistikgesetz			jährlich
42261	Schätzung von Angaben für fachliche Unternehmensteile im Bereich Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EU-Strukturverordnung			jährlich
42271	Jahresbericht für Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Produzierendes Gewerbe-Statistikgesetz			jährlich
42331	Wehrgüterstatistik	Produzierendes Gewerbe-Statistikgesetz			monatlich
Monatsbericht Verarb. Gewerbe etc.					
42111	Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung für Betriebe im Bereich Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Produzierendes Gewerbe-Statistikgesetz	279,0	217,2	monatlich
Produktionserhebung im Verarbeitenden Gewerbe					
42121	Monatliche Produktionserhebung im Bereich Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Produzierendes Gewerbe-Statistikgesetz	219,8	173,4	monatlich
42131	Vierteljährliche Produktionserhebung im Bereich Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Produzierendes Gewerbe-Statistikgesetz			vierteljährlich

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie					
EVAS	Statistik	Rechtsgrundlage	2009 T€	2010 T€	Periodizität
Energie- und Wasserversorgung			55,4	42,3	
43111	Monatsbericht im Bereich der Energie- und Wasserversorgung	Produzierendes Gewerbe-Statistikgesetz			monatlich
43211	Investitionserhebung im Bereich der Energie- und Wasserversorgung	Produzierendes Gewerbe-Statistikgesetz			jährlich
43221	Kostenstrukturerhebung im Bereich der Energie- und Wasserversorgung	Produzierendes Gewerbe-Statistikgesetz			jährlich
Baugewerbe			396,2	333,4	
44111	Monatsbericht im Bauhauptgewerbe (einschl. Auftragseingangsindizes)	Produzierendes Gewerbe-Statistikgesetz			monatlich
44131	Vierteljahreserhebung im Ausbaugewerbe	Produzierendes Gewerbe-Statistikgesetz			vierteljährlich
44141	Statistik über den Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe (einschl. Indizes)	Produzierendes Gewerbe-Statistikgesetz			vierteljährlich
44211	Jahreserhebung einschl. Investitionserhebung im Bauhauptgewerbe	Produzierendes Gewerbe-Statistikgesetz			jährlich
44221	Jahreserhebung einschl. Investitionserhebung im Ausbaugewerbe	Produzierendes Gewerbe-Statistikgesetz			jährlich
44231	Totalerhebung im Bauhauptgewerbe	Produzierendes Gewerbe-Statistikgesetz			jährlich
44241	Zusatzerhebung im Ausbaugewerbe	Produzierendes Gewerbe-Statistikgesetz			jährlich
Eisenbahnverkehr, Straßenpersonenverkehr			19,8	20,1	
46181	Vierteljährliche Statistik des gewerblichen Personennahverkehrs und des Omnibusfernverkehrs	Verkehrsstatistikgesetz			vierteljährlich
46182	Jährliche / 5-jährliche Statistik des gewerblichen Personennahverkehrs und des Omnibusfernverkehrs	Verkehrsstatistikgesetz			jährlich
Gewerbeanzeigen			199,7	158,4	
52311	Gewerbeanzeigenstatistik	Gewerbeordnung			monatlich
Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen			20,7	15,5	
52911	Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen	Informationsgesellschaftsstatistikgesetz			jährlich
Handwerk, handwerksähnliches Gewerbe			27,5	63,4	
53111	Handwerkszählung	Handwerksstatistikgesetz			jährlich
53211	Vierteljährliche Handwerksberichterstattung	Handwerksstatistikgesetz			vierteljährlich
VGR der Länder			153,5	159,2	
82111	Entstehungsrechnung	VO zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen			jährlich
82211	Verteilungsrechnung Inländerkonzept	VO zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen			jährlich
82311	Verteilungsrechnung Inlandskonzept	VO zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen			jährlich
82411	Umverteilungsrechnung	VO zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen			jährlich
82511	Verwendungsrechnung	VO zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen			jährlich
82611	VGR-Bezugszahlen	VO zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen			jährlich
82711	Kreisberechnungen	VO zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen			jährlich
82900	Sonstiges im Bereich VGR der Länder	ESVG95			

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie					
EVAS	Statistik	Rechtsgrundlage	2009 T€	2010 T€	Periodizität
Erwerbstätigenrechnung			101,8	103,5	
13311	Länderberechnung Erwerbstätige	verschiedene Verordnungen zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen			vierteljährlich
13312	Kreisberechnungen Erwerbstätige	VO zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen			jährlich
13313	Länderberechnungen zum Arbeitsvolumen	VO zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen			vierteljährlich
Tourismus			373,6	409,2	
45511	Monatserhebung im Tourismus	Beherbergungsstatistikgesetz			monatlich
Verbraucherpreise			327,5	418,3	
61131	Index der Einzelhandelspreise	Preisstatistikgesetz			monatlich
Verbraucherpreisindex für Deutschland			0,1	0,5	
61111	Verbraucherpreisindex für Deutschland	Preisstatistikgesetz			monatlich
Harmonisierter Verbraucherpreisindex in der EU			7,2	5,7	
61121	Harmonisierter Verbraucherpreisindex in der EU	Preisstatistikgesetz			monatlich
61241	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	Preisstatistikgesetz			
61281	Index der Großhandelsverkaufspreise	Preisstatistikgesetz			
Preise für Bauleistungen			44,9	33,2	
61261	Messzahlen für Bauleistungspreise und Preisindizes für Bauwerke	Preisstatistikgesetz			vierteljährlich
Bodenmarkt			7,0	5,6	
61511	Statistik der Kaufwerte für Bauland	Preisstatistikgesetz			vierteljährlich
Handel, Instandh., Rep. Kfz, Gebrauchsgüter			141,6	162,1	
45211	Monatserhebung im Großhandel und in der Handelsvermittlung	Handelsstatistikgesetz			monatlich
45212	Monatserhebung im Kfz- und Einzelhandel sowie in der Instandhaltung und Reparatur von Kfz	Handelsstatistikgesetz			monatlich
45213	Jahreserhebung im Handel sowie in der Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	Handelsstatistikgesetz			jährlich
Gastgewerbe			54,4	69,7	
45411	Monatserhebung im Gastgewerbe	Handelsstatistikgesetz			monatlich
45421	Jahreserhebung im Gastgewerbe	Handelsstatistikgesetz			jährlich
URS (95)			654,6	575,2	
52111	Unternehmensregister-System 95 (URS 95)	Europäische und nationale Vorschriften, u. a. : • Verordnung (EWG) Nr. 2186/93, Nr. 696/93 und Nr. 177/2008 • Statistikregistergesetz - StatRegG • Verwaltungsdatenverwendungsgesetz			laufend
URS (neu)			1,2	22,1	
52121	Unternehmensregister-System neu	gleiche Rechtsgrundlagen wie für 52111 URS 95			laufend
MEG II und andere neue Aufgaben			25,3	40,0	
99137	MEG II und andere neue Aufgaben	Mittelstandsentlastungsgesetz			laufend/ monatlich
Verwaltungsdatenspeicher Beschäftigte			3,4	1,3	
99141	Verwaltungsdatenspeicher Beschäftigte	Verwaltungsdatenverwendungsgesetz			monatlich
Binnen- und Seeschifffahrt			120,6	96,2	
46321	Güterverkehrsstatistik der Binnenschifffahrt	Verkehrsstatistikgesetz			monatlich
46331	Seeverkehrsstatistik	Verkehrsstatistikgesetz			monatlich
Dienstleistungen			168,7	67,9	
47400	Dienstleistungen				laufend
Dienstleistungsstatistik auf Grundlage der Konjunkturverordnung der EU			0,0	120,0	
47414	Dienstleistungsstatistik auf Grundlage der Konjunkturverordnung der EU	Dienstleistungskonjunkturstatistikgesetz			vierteljährlich

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie					
EVAS	Statistik	Rechtsgrundlage	2009 T€	2010 T€	Periodizität
Dienstleistungsstatistik auf Grundlage der Strukturverordnung der EU			0,0	90,8	
47415	Dienstleistungsstatistik auf Grundlage der Strukturverordnung der EU	Dienstleistungsstatistikgesetz			jährlich
Piloterhebungen im Bereich Dienstleistungen			0,0	0,0	
47416	Piloterhebungen				unregelmäßig
Außenhandel			36,8	45,6	
51900	Sonstiges im Bereich Außenhandel	Außenhandelsstatistikgesetz			unregelmäßig
Verdienststruktur			0,7	45,7	
62111	Verdienststrukturerhebung	Verdienststatistikgesetz			4-jährlich
Verdiensterhebung Prod. Gewerbe, Handel etc.			110,7	137,7	
62321	Vierteljährliche Verdiensterhebung	Verdienststatistikgesetz			vierteljährlich
Arbeitskosten			294,9	44,7	
62411	Arbeitskostenerhebung	Verdienststatistikgesetz			4-jährlich
Summen			4.405,5	4.093,2	

Innenministerium					
EVAS	Statistik	Rechtsgrundlage	2009 T€	2010 T€	Periodizität
Fortschreibung Bevölkerungsstand					
12411	Fortschreibung des Bevölkerungsstandes	Bevölkerungsstatistikgesetz	63,9	52,9	monatlich
Bevölkerungsvorausberechnungen					
12421	Bevölkerungsvorausberechnungen	Vereinbarung zwischen dem Statistischen Bundesamt und den Ländern	14,6	11,3	3-jährlich
Einbürgerungen Ausländer					
12511	Einbürgerungsstatistik	Staatsangehörigkeitsgesetz	8,2	4,8	jährlich
12521	Ausländerstatistik	Gesetz über das Ausländerzentralregister (AZR-Gesetz)			
Natürliche Bevölkerungsbewegungen					
12611	Statistik der Eheschließungen	Bevölkerungsstatistikgesetz	113,4	121,3	monatlich
12612	Statistik der Geburten	Bevölkerungsstatistikgesetz			monatlich
12613	Statistik der Sterbefälle	Bevölkerungsstatistikgesetz			monatlich
12621	Sterbetafeln	Bevölkerungsstatistikgesetz			jährlich
12631	Statistik rechtskräftiger Urteile in Ehesachen				
12651	Begründung von Lebenspartnerschaften	Bevölkerungsstatistikgesetz			monatlich
12661	Aufhebung von Lebenspartnerschaften	Bevölkerungsstatistikgesetz			monatlich
Wanderungen					
12711	Wanderungsstatistik	Bevölkerungsstatistikgesetz	375,8	401,0	monatlich
Überprüfung der Einwohnerzahlen					
12920	Überprüfung der Einwohnerzahlen		49,3	31,9	laufend
Volkzählungen - Zensus					
12111	Volkzählung	Zensusgesetz 2011	853,3	2.045,6	10-jährlich
Mikrozensus					
12211	Grundprogramm des Mikrozensus	Mikrozensusgesetz	740,6	721,2	jährlich
12212	Zusatzprogramm des Mikrozensus	Mikrozensusgesetz			jährlich
Bundestagswahlen					
14111	Allgemeine Bundestagswahlstatistik	Wahlstatistikgesetz	104,1	15,7	4-jährlich
14121	Repräsentative Bundestagswahlstatistik	Wahlstatistikgesetz			4-jährlich
Europawahlen					
14211	Allgemeine Europawahlstatistik	Wahlstatistikgesetz	115,7	2,3	5-jährlich
14221	Repräsentative Europawahlstatistik	Wahlstatistikgesetz			5-jährlich
Landtagswahlen					
14311	Landtagswahlstatistik	Landeswahlgesetz	45,3	34,8	5-jährlich
Kommunalwahlen					
14411	Kreistagswahlen	Gemeinde- und Kreiswahlgesetz	0,5	9,4	5-jährlich
Volksentscheide					
14511	Volksentscheide	Volksabstimmungsgesetz/Landeswahlgesetz	0,0	0,0	unregelmäßig
Sonstiges im Bereich Wahlen					
14901	Wahlkoordination		233,2	179,0	
Verwaltungsdatenspeicher Umsatz und Beschäftigte					
52941	Verwaltungsdatenspeicher		10,4	0,0	
Kommunale Finanzstatistiken					
79901	Kommunaler Finanzausgleich SH	Finanzausgleichsgesetz S-H	123,5	68,0	jährlich
79902	Berechnung Gemeindeanteil Einkommenssteuer und	Gemeindefinanzreformgesetz			5 x p. a.
79903	Berechnung Gemeindeanteil Umsatzsteuer	Gemeindefinanzreformgesetz			1/4-jährlich
79904	Berechnung Sonderausgleich § 35 FAG	Finanzausgleichsgesetz S-H			jährlich
Straßenverkehr (o. Personenbeförderung)					
46241	Statistik der Straßenverkehrsunfälle	Straßenverkehrsunfallstatistikgesetz	174,3	160,2	monatlich

Innenministerium					
EVAS	Statistik	Rechtsgrundlage	2009 T€	2010 T€	Periodizität
Flächennutzung			40,8	26,6	
33111	Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung	Agrarstatistikgesetz			4-jährlich
33141	Jährliche Erhebung der Siedlungs- und Verkehrsflächen	Agrarstatistikgesetz			jährlich
33900	Sonstiges im Bereich Flächennutzung	Agrarstatistikgesetz			
Beschäftigtenstatistik			28,6	25,3	
13111	Vierteljährliche Bestandsauszählungen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten				
Arbeitsmarktstatistik BfA			9,7	7,5	
13211	Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit				
Bautätigkeit			278,2	317,6	
31111	Statistik der Baugenehmigungen	Hochbaustatistikgesetz			monatlich
31121	Statistik der Baufertigstellungen	Hochbaustatistikgesetz			jährlich
31131	Statistik des Bauüberhangs	Hochbaustatistikgesetz			jährlich
31141	Statistik des Bauabgangs	Hochbaustatistikgesetz			jährlich
Gebäude und Wohnungen			9,8	8,4	
31231	Fortschreibung des Wohngebäude- und Wohnungsbestandes	Hochbaustatistikgesetz			jährlich
Asylbewerberleistungen			31,9	15,1	
22211	Statistik der Ausgaben und Einnahmen für Asylbewerberleistungen	Asylbewerberleistungsgesetz			jährlich
22221	Statistik der Empfänger von Asylbewerberleistungen - Empfänger am 31.12.	Asylbewerberleistungsgesetz			jährlich
22231	Statistik der Empfänger von besonderen Asylbewerberleistungen	Asylbewerberleistungsgesetz			jährlich
Wohngeld			72,2	87,8	
22311	Allgemeines Wohngeld zum 31.12.	Wohngeldgesetz			jährlich
22312	Allgemeines Wohngeld - Quartale	Wohngeldgesetz			vierteljährlich
22313	Stichprobe zum Allgemeinen Wohngeld	Wohngeldgesetz			jährlich
Raumbezug Statistische Daten			19,7	15,0	
99136	Raumbezug Statistische Daten	Geodateninfrastrukturgesetz			
zAGRA			309,3	90,1	
99124	zAGRA	Verbundverfahren (Agrarstatistikgesetz)			
AGRA2010			588,1	786,5	
99125	AGRA 2010	Verbundverfahren (Agrarstatistikgesetz)			
AGRA2010 - zentrale Produktion			13,8	140,5	
99147	AGRA2010 - zentrale Produktion	Verbundverfahren (Agrarstatistikgesetz)			
AGRA			219,0	15,8	
41511	Verbundprogrammierung AGRA	Verbundverfahren (Agrarstatistikgesetz)			
Herkunfts- u. Informationssystem Tier (HIT)			25,1	11,3	
99131	Herkunfts- u. Informationssystem Tier (HIT)	Verbundverfahren (Agrarstatistikgesetz)			
AGRATAB 2010			42,9	310,9	
99146	AGRATAB 2010	Verbundverfahren (Agrarstatistikgesetz)			
Projekt Düngemittelerhebung			7,6	0,3	
99135	Projekt Düngemittelerhebung	Patenlandaufgabe			
Gebiet			23,4	12,4	
11111	Feststellung des Gebietsstands	Landesregelungen			monatlich
Sonstiges Bereich Gebiet			21,6	15,6	
11911	Gemeindeverzeichnis	Landesregelungen			jährlich
Regionale Daten			69,8	62,3	
99120	Regionale Daten				

Innenministerium					
EVAS	Statistik	Rechtsgrundlage	2009 T€	2010 T€	Periodizität
Sonstige Gemeinkosten					
	Forschungsdatenzentrum		22,9	20,5	
	Projekt "ESARI" (IT-Verfahren im Statistikkamt)		193,5	0,0	
	Projekt "SIGMA" (Zentrale Dokumenteneingangsverarbeitung)		325,5	415,4	
	Betrieb Eingangsverarbeitungszentrum		0,0	138,2	
	Projekt "TFO" (Organisationsoptimierung)		6,8	0,0	
	Projekt "Einführung Landesinformationssystem"		213,8	218,9	
	Projekt "Geschäftsmodell" (Prüfauftrag LRH)		69,5	112,5	
	Auftragsarbeiten für Dritte		0,7	0,6	
	Referenzsystem Eingangsverarbeitung Zensus 2011		40,3	18,4	
	Übriges		1,8	0,0	
			5.712,5	6.732,9	

Stellenplan Stellenübersichten

	Seite
Kap. 04 01 Ministerium	166
Kap. 04 03 Vermessungswesen und Geoinformation	174
Kap. 04 05 Feuerwehrwesen, Katastrophen- und Zivilschutz	177
Kap. 04 07 Ausländer- und Integrationsangelegenheiten	179
Kap. 04 10 Polizei	181
Abschluss Stellenpläne und -übersichten	190
Hebungen 2013	192
Übertragungen 2013	193
kw-Vermerke	194
ku-Vermerke	196
Neue Stellen 2013	197
Einsparungen 2013	198

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen
--

		Stellenanzahl		Vom Soll 2012 waren am 01.02.2012 besetzt mit	
		2012	2013	beamteten Hilfskräften	Arbeit- nehmern
422 01					
Bedarf an Beamtinnen und Beamten					
FESTE GEHÄLTER					
<i>Bes.Gruppe</i>					
Planmäßige Beamtinnen und Beamte					
B10	Staatssekretäre/-innen	1	0		
B9	Staatssekretäre/-innen	0	1		
B7	Ministerialdirigenten/-innen	0	1		
B5	Ministerialdirigenten/-innen	4	4		
B2	Ministerialräte/-innen	6	6		
Summe [Planmäßige Beamtinnen und Beamte]:		11	12	0	0
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER					
<i>Bes.Gruppe</i>					
Planmäßige Beamtinnen und Beamte					
A16	Ministerialräte/-innen	18	21		2
A15	Regierungsdirektoren/-innen, Regierungsbaudirektoren/-innen, Branddirektoren/-innen, Regierungsvermessungsdirektoren/-innen, Regierungsvolkswirtschaftsdirektoren/-innen	19	20		1
A14	Oberregierungsräte/-innen, Oberregierungsbauräte/-innen, Oberbrandräte/-innen, Oberregierungsvolkswirtschaftsräte/-innen, Oberregierungsvermessungsräte/-innen	8	7		
A13 LG 2.2	Regierungsräte/-innen, Regierungsvolkswirtschaftsräte/-innen, Regierungsvermessungsräte/-innen, Brandräte/-innen	3	3		
A13 LG 2.1	Oberamtsräte/-innen	55	68 ¹⁾		
A13 LG 2.1	Erste Polizeihauptkommissare/-innen, Erste Kriminalhauptkommissare/-innen	2	2		
A12	Amtsräte/-innen	40	51		3
A11	Regierungsamtmänner/-frauen, Regierungsvermessungsamtmänner/-frauen, Regierungsbrandamtmänner/-frauen, Regierungsbauamtmänner/-frauen, Bibliotheksamtmänner/-frauen	46	43		4
A10	Regierungsoberinspektoren/-innen, Regierungsoberbauinspektoren/-innen, Regierungsoberbrandinspektoren/-innen, Regierungsvermessungsoberinspektoren/-innen, Bibliotheks-oberinspektoren/-innen	6	8		
A9 LG 2.1	Regierungsinspektoren/-innen	5	4		
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	21	18 ²⁾		
A8	Regierungshauptsekretäre/-innen	21	22		1

04 01 Ministerium

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

A6 LG 1.1 Oberamtsmeister/-innen	1	1		
Summe [Planmäßige Beamtinnen und Beamte]:	245	268	0	11
Summe :	256	280	0	11

- 1) 1 Planstelle ist mit einer Amtszulage gemäß Fußnote 11 zur Bes.Gruppe A 13 BesO ausgestattet.
- 2) 7 Planstellen sind mit einer Amtszulage gemäß Fußnote 3 zur Bes.Gruppe A 9 BesO ausgestattet.

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle A13 LG 2.1 für ein freigestelltes Personalratmitglied (aus HH 1992)

Planstellen künftig umzuwandeln:

1 Stelle B7 in B5 Änderung Landesbesoldungsordnung / Haushaltsbegleitgesetz 2011/2012 (aus HH 2011/2012)

1 Stelle A6 LG 1.1 in E5 jeweils mit Ausscheiden der Stelleninhaberinnen oder der Stelleninhaber (ehemals 2) (aus HH 2001)

Vermerke:

1 Stelle A11 darf nur mit einem oder einer arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2001)

1 Stelle A10 darf nur mit einem oder einer arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2001)

Nachrichtlich:

Freistellung mit Dienstbezügen

- die Planstelle ist im Stellenplan enthalten -

			2012	2013
1.	für die Tätigkeit an der Verwaltungsfachhochschule Altenholz gemäß § 14 Abs. 16 HG 2013 - Fachbereich Allgemeine Verwaltung			
1.1	A 15	höherer Dienst	1	1
		<i>Summe zu 1.</i>	1	1
Zusammen			1	1

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Planmäßige Beamtinnen und Beamte													
1	B10										1	-1	Herabgruppierung nach B 9 gemäß Änderung der Landesbesoldungsordnung/Haushaltsbegleitgesetz 2011/2012
2	B9										1	+1	Herabgruppierung von B 10 gemäß Änderung der Landesbesoldungsordnung/Haushaltsbegleitgesetz 2011/2012
3	B7			1								+1	von 0901-422 01; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung
4	B2			1								0	von 0501-42201; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung
5					1								Nach 0301-422 01; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung
Planmäßige Beamtinnen und Beamte													
6	A16			2								+3	von 0901-422 01; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung
7				2									von 0501-42201; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung
8					1								Nach 0301-422 01; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung
9	A15			1								+1	Übertragen von 04 10 42267 - Auflösung AfK
10				1									von 0501-42201; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung
11				2									von 0301-42201; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung
12					3								Nach 0301-422 01; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung
13	A14			1								-1	von 0901-422 01; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung
14				1									von 0501-42201; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung
15					3								Nach 0301-422 01; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung
16	A13 LG 2.2			1								0	von 0901-422 01; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung
17					1								Nach 0301-422 01; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung
18	A13 LG 2.1			1								+13	Übertragen von 04 10 42267 - Auflösung AfK
19				4									von 0901-422 01; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
20				7									von 0501-42201; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung
21					1								Übertragung nach 0403-422 01 aufgrund der zentralen Zusammenfassung der Aufgaben Kataster/Vermessung
22					8								Nach 0301-422 01; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung
23								10					Hebungen aus A 12 (Strukturverbesserung)
24	A12			2								+11	Übertragen von 04 10 42267 - Auflösung AfK
25				4									von 0901-422 01; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung
26				3									von 0501-42201; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung
27				2									von 0301-42201; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung
28								10					Hebungen aus A 11 (Strukturverbesserung)
29									10				Hebungen nach A 13 (Strukturverbesserung)
30	A11			2								-3	von 0901-422 01; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung
31				1									von 0501-42201; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung
32					1								Übertragung nach 0403-422 01 aufgrund der zentralen Zusammenfassung der Aufgaben Kataster/Vermessung
33					1								Nach 0301-422 01; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung
34								6					Hebungen aus A 10 (Strukturverbesserung)
35									10				Hebungen nach A 12 (Strukturverbesserung)
36	A10			4								+2	von 0501-42201; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung
37					1								Übertragen nach 1301 422 01 aufgrund Stellenmehrbedarf Energiewende
38								5					Hebungen aus A 9 LG 2.1 (Strukturverbesserung)
39									6				Hebungen nach A 11 (Strukturverbesserung)
40	A9 LG 2.1							4				-1	Hebungen aus A 9 LG 1.2 (Strukturverbesserung)
41									5				Hebungen nach A 10 (Strukturverbesserung)
42	A9 LG 1.2			1								-3	Übertragen von 04 10 42267 - Auflösung AfK
43									4				Hebungen nach A 9 LG 2.1 (Strukturverbesserung)
44	A8			1								+1	von 0301-42201; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung
Summe:				45	21			35	35	1	1	+24	

04 01 Ministerium

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

weggefallene Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

10 Stellen A11 am 31.12.2013 Im Zusammenhang mit der Einführung einer Anti-Terror-Datei (aus HH 2007/2008)
 6 Stellen A8 am 31.12.2013 Im Zusammenhang mit der Einführung einer Anti-Terror-Datei (aus HH 2009/2010)

Stellenanzahl
 2012 2013

428 01

Entgeltgruppe

AT B5	1	0
E15	4	4
E13	9	16
E12	7	12
E11	10	13
E10	11	10
E9	5	12
E8	13	12
E7	2	2
E6	18	13
E5	26	26
E3	4	0
Summe :	110	120

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle E15 (aus HH 2004/2005)

Vermerke:

10 Stellen E9 dürfen nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. "kleine E 9": Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, keine Stufen 5 und 6) (aus HH 2013)
 1 Stelle E6 darf nur mit einem oder einer arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2001)
 1 Stelle E5 darf nur mit einem oder einer arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2001)
 1 Stelle E5 darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2007/2008)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	AT B5				1							-1	Nach 0301-428 01; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung
2	E13			1								+7	von 0501-42801; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung
3					1								Nach 0301-428 01; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung
4								7					Hebungen aus E 12 (Strukturverbesserung)
5	E12			2								+5	Übertragen von 0410 42867 - Auflösung AfK
6				5									von 0501-42801; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung
7					2								Nach 0301-428 01; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung
8								7					Hebungen aus E 11 (Strukturverbesserung)
9									7				Hebungen nach E 13 (Strukturverbesserung)
10	E11			2								+3	Übertragen von 0410 42867 - Auflösung AfK
11				2									von 0501-42801; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung
12					1								Nach 0301-428 01; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung
13								7					Hebungen aus E 10 (Strukturverbesserung)
14									7				Hebungen nach E 12 (Strukturverbesserung)
15	E10			1								-1	von 0501-42801; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung
16								5					Hebungen aus E 9 (Strukturverbesserung)
17									7				Hebungen nach E 11 (Strukturverbesserung)
18	E9			2								+7	von 0501-42801; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung
19								10					Hebungen aus E 8 gem. § 11 Abs. 3 HG 2011/2012, Inkrafttreten Entgeltordnung zum 1. Jan. 2012
20									5				Hebungen nach E 10 (Strukturverbesserung)
21	E8			1								-1	von 0901-428 01; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung
22				2									von 0301-42801; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung
23					1								Nach 0301-428 01; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung
24								7					Hebungen aus E 6 gem. § 11 Abs. 3 HG 2011/2012, Inkrafttreten Entgeltordnung zum 1. Jan. 2012
25									10				Hebungen nach E 9 gem. § 11 Abs. 3 HG 2011/2012, Inkrafttreten Entgeltordnung zum 1. Jan. 2012

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
26	E6				2							-5	Nach 0301-428 01; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung
27								4					Hebungen aus E 5 gem. § 11 Abs. 3 HG 2011/2012, Inkrafttreten Entgeltordnung zum 1. Jan. 2012
28									7				Hebungen nach E 8 gem. § 11 Abs. 3 HG 2011/2012, Inkrafttreten Entgeltordnung zum 1. Jan. 2012
29	E5			2								0	Übertragen von 0410 42867 - Auflösung AfK
30				1									von 0901-428 01; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung
31					1								Nach 0301-428 01; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung
32								2					Hebungen aus E 3 gem. § 11 Abs. 3 HG 2011/2012, Inkrafttreten Entgeltordnung zum 1. Jan. 2012
33									4				Hebungen nach E 6 gem. § 11 Abs. 3 HG 2011/2012, Inkrafttreten Entgeltordnung zum 1. Jan. 2012
34	E3		2									-4	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020
35									2				Hebungen nach E 5 gem. § 11 Abs. 3 HG 2011/2012, Inkrafttreten Entgeltordnung zum 1. Jan. 2012
Summe:			2	21	9			49	49			+10	

neue Vermerke:

Vermerke:

10 Stellen E9 dürfen nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere (aus HH 2013) Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. "kleine E 9": Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, keine Stufen 5 und 6)

Stellenanzahl		Vom Soll 2012 waren am 01.02.2012 besetzt mit	
2012	2013	beamteten Hilfskräften	Arbeitnehmern

422 62 (62)

AUFSTIEGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

A13 LG 2.2	Regierungsräte/-innen	0	21		
Anw. LG 2.1	Regierungsinspektoranzwarter/-innen	0	56		
Anw. LG 1.2	Anwärter/-innen mittlerer Dienst	0	35		
Summe :		0	112	0	0

Planstellen künftig wegfallend:

5 Stellen Anw. LG am 31.07.2016 Ressortübergreifender Bedarf aufgrund steigender Ruhestandszahlen. (aus HH 2013) 2.1

04 01 Ministerium

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

6 Stellen Anw. LG am 31.07.2015 Ressortübergreifender Bedarf aufgrund steigender Ruhestandszahlen. (aus HH 2013)
1.2

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A13 LG 2.2			15								+21	Von 0301-422 63 TG 63; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung
2								6					Hebungen aus Anw. LG 1.2 (Strukturverbesserung)
3	Anw. LG 2.1	5										+56	Ressortübergreifender Bedarf aufgrund steigender Ruhestandszahlen.
4				51									von 0301-42263 Tg. 63; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung
5	Anw. LG 1.2	6										+35	Ressortübergreifender Bedarf aufgrund steigender Ruhestandszahlen.
6				35									von 0301-42263 Tg. 63; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung
7									6				Hebungen nach A 13 LG 2.2 (Strukturverbesserung)
Summe:		11		101				6	6			+112	

neue Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

5 Stellen Anw. LG am 31.07.2016 Ressortübergreifender Bedarf aufgrund steigender Ruhestandszahlen. (aus HH 2013)
2.1

6 Stellen Anw. LG am 31.07.2015 Ressortübergreifender Bedarf aufgrund steigender Ruhestandszahlen. (aus HH 2013)
1.2

	Stellenanzahl	
	2012	2013
428 63 (63)		
<i>Entgeltgruppe</i>		
Cheffahrer	23	23
PKW-Fahrer	13	13
Summe :	36	36

04 03 Vermessungswesen und Geoinformation

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		Vom Soll 2012 waren am 01.02.2012 besetzt mit	
		2012	2013	beamteten Hilfskräften	Arbeit- nehmern
422 01					
Bedarf an Beamtinnen und Beamten					
FESTE GEHÄLTER					
<i>Bes. Gruppe</i>					
Landesamt für Vermessung und Geoinformation					
B3	Direktor/-in des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation	1	1		
Summe [Landesamt für Vermessung und Geoinformation]:		1	1	0	0
AUFSTIEGENDE GEHÄLTER					
<i>Bes. Gruppe</i>					
Landesamt für Vermessung und Geoinformation					
A16	Leitende Regierungsvermessungsdirektoren/-innen	3	3		
A15	Regierungsvermessungsdirektoren/-innen	10	9		
A14	Oberregierungsvermessungsräte/-innen	11	11		
A13 LG 2.2	Regierungsvermessungsräte/-innen	2	2		
A13 LG 2.1	Oberamtsräte/-innen	14	12		
A12	Amtsräte/-innen	28	28		
A11	Regierungsvermessungsamtänner/-frauen, Regierungskartographenamtänner/-frauen	30	29		
A10	Regierungsvermessungsoberinspektoren/-innen, Regierungskartographenoberinspektoren/-innen	2	2		
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	18	18 ¹⁾		
A8	Regierungsvermessungshauptsekretäre/-innen, Regierungskartographenhauptsekretäre/-innen	6	5		
Anw. LG 2.2	Regierungsvermessungsreferendare/-innen	3	3		
Summe [Landesamt für Vermessung und Geoinformation]:		127	122	0	0
Summe :		128	123	0	0

1) 2 Planstellen sind mit einer Amtszulage gemäß Fußnote 3 zur Bes. Gruppe A 9 BesO ausgestattet.

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	A12	am 30.09.2015	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers wegen Inanspruchnahme der Altersteilzeit	(aus HH 2007/2008)
1 Stelle	A12	am 31.10.2015	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers wegen Inanspruchnahme der Altersteilzeit	(aus HH 2007/2008)
1 Stelle	A9 LG 1.2	am 28.02.2013	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers wegen Inanspruchnahme der Altersteilzeit	(aus HH 2011/2012)

04 03 Vermessungswesen und Geoinformation

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

- 1 Stelle A8 am 31.08.2014 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers wegen Inanspruchnahme der Altersteilzeit (aus HH 2007/2008)
- 1 Stelle A8 am 31.05.2018 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers wegen Inanspruchnahme der Altersteilzeit (aus HH 2009/2010)

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Landesamt für Vermessung und Geoinformation													
1	A15		1									-1	Realisierung eines kw-Vermerkes (10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020)
2	A13 LG 2.1		1									-2	Realisierung eines kw-Vermerkes (10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020)
3			2										10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020
4				1									Übertragung von 0401-422 01 aufgrund der zentralen Zusammenfassung der Aufgaben Kataster/Vermessung
5	A11		2									-1	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020
6				1									Übertragung von 0401-422 01 aufgrund der zentralen Zusammenfassung der Aufgaben Kataster/Vermessung
7	A8		1									-1	Realisierung eines kw-Vermerkes (10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020)
Summe:			7	2								-5	

neue Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

- 1 Stelle A9 LG 1.2 am 28.02.2013 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers wegen Inanspruchnahme der Altersteilzeit (aus HH 2011/2012)

Stellenanzahl
2012 2013

428 01

Entgeltgruppe

Landesamt für Vermessung und Geoinformation

E13	0	2
E12	26	24
E11	62	63
E10	11	10
E9	0	125
E8	135	102
E7	2	2
E6	188	115
E5	64	32
Auszubild.	34	28

Summe [Landesamt für Vermessung und Geoinformation]: 522 503

Summe : 522 503

Vermerke:

04 03 Vermessungswesen und Geoinformation

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

125 Stellen E9 dürfen nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. "kleine E 9": Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, keine Stufen 5 und 6) (aus HH 2013)

1 Stelle E6 darf nur mit einem oder einer arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2001)

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Landesamt für Vermessung und Geoinformation													
1	E13							2				+2	Hebungen aus E 12 gem. § 11 Abs. 3 HG 2011/2012, Inkrafttreten Entgeltordnung zum 1. Jan. 2012
2	E12								2			-2	Hebungen nach E 13 gem. § 11 Abs. 3 HG 2011/2012, Inkrafttreten Entgeltordnung zum 1. Jan. 2012
3	E11							1				+1	Hebungen aus E 10 gem. § 11 Abs. 3 HG 2011/2012, Inkrafttreten Entgeltordnung zum 1. Jan. 2012
4	E10								1			-1	Hebungen nach E 11 gem. § 11 Abs. 3 HG 2011/2012, Inkrafttreten Entgeltordnung zum 1. Jan. 2012
5	E9							125				+125	Hebungen aus E 8 gem. § 11 Abs. 3 HG 2011/2012, Inkrafttreten Entgeltordnung zum 1. Jan. 2012
6	E8							92				-33	Hebungen aus E 6 gem. § 11 Abs. 3 HG 2011/2012, Inkrafttreten Entgeltordnung zum 1. Jan. 2012
7									125				Hebungen nach E 9 gem. § 11 Abs. 3 HG 2011/2012, Inkrafttreten Entgeltordnung zum 1. Jan. 2012
8	E6							19				-73	Hebungen aus E 5 gem. § 11 Abs. 3 HG 2011/2012, Inkrafttreten Entgeltordnung zum 1. Jan. 2012
9									92				Hebungen nach E 8 gem. § 11 Abs. 3 HG 2011/2012, Inkrafttreten Entgeltordnung zum 1. Jan. 2012
10	E5		13									-32	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020
11									19				Hebungen nach E 6 gem. § 11 Abs. 3 HG 2011/2012, Inkrafttreten Entgeltordnung zum 1. Jan. 2012
12	Auszubild.		6									-6	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020
Summe:			19					239	239			-19	

neue Vermerke:

Vermerke:

125 Stellen E9 dürfen nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. "kleine E 9": Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, keine Stufen 5 und 6) (aus HH 2013)

weggefallene Vermerke:

Vermerke:

1 Stelle E5 darf nur mit einem oder einer Schwerbehinderten besetzt werden (besondere Überleitung nach dem TVÜ-L; ursprünglich aus dem HH 2001) (aus HH 2007/2008)

04 05 Feuerwehrwesen, Katastrophen- und Zivilschutz

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

	Stellenanzahl		Vom Soll 2012 waren am 01.02.2012 besetzt mit	
	2012	2013	beamteten Hilfskräften	Arbeit- nehmern
422 01				
Bedarf an Beamtinnen und Beamten				
AUFSTIEGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
A15	Branddirektoren/-innen	1	1	
A13 LG	Oberamtsräte/-innen	1	1	
2.1				
A12	Amtsräte/-innen	3	3	2
A11	Regierungsbrandamtmänner/- frauen	4	5	1
A10	Regierungsoberbrandinspektoren/ -innen	1	1	
A9 LG 2.1	Regierungsbrandinspektoren-/ innen	0	1	
A9 LG 1.2	Hauptbrandmeister/-innen	2	0	1
Summe :		12	12	0 4

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stel- len	Ein- spa- run- gen	Über- tragungen		Umwand- lungen		Hebungen		Herabgrup- pierungen		Sum- me	Bemerkungen
				Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A11							1				+1	Hebung aus A 9 LG 1.2 (Strukturverbes- serung)
2	A9 LG 2.1							1				+1	Hebung aus A 9 LG 1.2 (Strukturverbes- serung)
3	A9 LG 1.2									1		-2	Hebung nach A 11 (Strukturverbesserung)
4										1			Hebung nach A 9 LG 2.1 (Strukturverbes- serung)
Summe:								2	2			0	

	Stellenanzahl	
	2012	2013
422 03		
Bedarf an Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst		
<i>Bes.Gruppe</i>		
Anw. LG	Brandreferendare/-innen	1 1
2.2		
Anw. LG	Regierungsoberbrandinspektorwärter/-innen	2 1
2.1		
Summe :		3 2

04 05 Feuerwehren, Katastrophen- und Zivilschutz

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	Anw. LG 2.1		1									-1	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020
Summe:			1									-1	

Stellenanzahl
2012 2013

428 01

Entgeltgruppe

E12	1	2
E11	5	4
E9	0	1
E8	3	4
E6	4	3
E5	6	5
E4	4	4
Summe :	23	23

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E12							1				+1	Hebung aus E 11 (Strukturverbesserung)
2	E11								1			-1	Hebung nach E 12 (Strukturverbesserung)
3	E9							1				+1	Hebung aus E 8 (Strukturverbesserung)
4	E8							2				+1	Hebung aus E 6 (Strukturverbesserung)
5									1				Hebung nach E 9 (Strukturverbesserung)
6	E6							1				-1	Hebung aus E 5 (Strukturverbesserung)
7									2				Hebung nach E 8 (Strukturverbesserung)
8	E5								1			-1	Hebung nach E 6 (Strukturverbesserung)
Summe:								5	5			0	

04 07 Ausländer- und Integrationsangelegenheiten

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

	Stellenanzahl		Vom Soll 2012 waren am 01.02.2012 besetzt mit	
	2012	2013	beamteten Hilfskräften	Arbeit- nehmern
422 65 (65)				
Bedarf an Beamtinnen und Beamten Landesamt für Ausländerangelegenheiten				
AUFSTIEGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
A15	Regierungsdirektoren/-innen	1	1	
A14	Oberregierungsräte/-innen	1	1	
A13 LG	Oberamtsräte/-innen	2	2	
2.1				
A12	Amtsräte/-innen	1	1	
A11	Regierungsamtmänner/-frauen	3	3	1
A10	Regierungsoberinspektoren/-innen	1	1	1
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	5	5 ¹⁾	
A8	Regierungshauptsekretäre/-innen	1	1	1
Summe :		15	15	0
				3

1) 1 Planstelle ist mit einer Amtszulage gemäß Fußnote 3 zu BesGr. A 9 BesO ausgestattet.

Vermerke:

1 Stelle A11 darf nur mit einem oder einer arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2001)

	Stellenanzahl	
	2012	2013
428 65 (65)		
<i>Entgeltgruppe</i>		
E11	2	2
E9	3	7
E8	6	2
E6	9	9
E5	1	1
Summe :	21	21

Vermerke:

4 Stellen E9 dürfen nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. "kleine E9": Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, keine Stufen 5 und 6). (aus HH 2013)

04 07 Ausländer- und Integrationsangelegenheiten

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E9							4				+4	Hebungen aus E 8 gem. § 11 Abs. 3 HG 2011/2012, Inkrafttreten Entgeltordnung zum 1. Jan. 2012 Hebungen nach E 9 gem. § 11 Abs. 3 HG 2011/2012, Inkrafttreten Entgeltordnung zum 1. Jan. 2012
2	E8								4			-4	
Summe:								4	4			0	

neue Vermerke:

Vermerke:

4 Stellen E9 dürfen nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. "kleine E9": Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, keine Stufen 5 und 6). (aus HH 2013)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen
--

		Stellenanzahl		Vom Soll 2012 waren am 01.02.2012 besetzt mit	
		2012	2013	beamteten Hilfskräften	Arbeit- nehmern
422 01					
Bedarf an Beamtinnen und Beamten					
FESTE GEHÄLTER					
<i>Bes. Gruppe</i>					
B3	Landespolizeidirektor/-in, Direktor/ -in des Landeskriminalamtes	2	2		
AUFSTIEGENDE GEHÄLTER					
<i>Bes. Gruppe</i>					
A16	Leitende Regierungsmedizinalkommissare/-innen	1	1		
A16	Leitende Polizeidirektoren/-innen, Leitende Kriminaldirektoren/-innen	12	13 ³⁾		
A15	Regierungsdirektoren/-innen	2	2		
A15	Regierungsmedizinalkommissare/-innen	5	5		
A15	Wissenschaftliche Direktoren/-innen	3	3		1
A15	Polizeischulrektoren/-innen	1	1		
A15	Polizeidirektoren/-innen, Kriminaldirektoren/-innen	32	30		
A14	Oberregierungsräte/-innen	1	1		
A14	Polizeischulkonrektoren/-innen	1	1		
A14	Wissenschaftliche Oberräte/-innen	7	7		
A14	Polizeioberberräte/-innen, Kriminaloberberräte/-innen	32	32		
A13 LG 2.2	Regierungsräte/-innen	3	3		
A13 LG 2.2	Wissenschaftliche Räte/-innen	0	0		
A13 LG 2.2	Polizeiräte/-innen, Kriminalräte/-innen	19	18		
A13 LG 2.1	Oberamtsräte/-innen	11	11		
A13 LG 2.1	Polizeischuloberlehrer/-innen	6	6		
A13 LG 2.1	Erste Kriminalhauptkommissare/-innen	63	63		
A13 LG 2.1	Erste Polizeihauptkommissare/-innen	100	110		
A12	Amtsräte/-innen	12	15		
A12	Kriminalhauptkommissare/-innen	122	122		
A12	Polizeihauptkommissare/-innen	195	215		
A11	Regierungsamt männer/-frauen	15	17		
A11	Kriminalhauptkommissare/-innen	264	274		
A11	Polizeihauptkommissare/-innen	495	505		
A11	Verwaltungsamt männer/-frauen	1	0		
A10	Regierungsoberinspektoren/-innen	12	15		
A10	Verwaltungsoberinspektoren/-innen	3	0		
A10	Kriminaloberkommissare/-innen	363	353		
A10	Polizeioberkommissare/-innen	1.450	1.410		1
A9 LG 2.1	Regierungsinspektoren/-innen	8	5		
A9 LG 2.1	Kriminalkommissare/-innen	234	234		
A9 LG 2.1	Polizeikommissare/-innen	630	630		1

04 10 Polizei

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	51	51	1)
A9 LG 1.2	Polizeihauptmeister/-innen	1.408	1.408	2)
A8	Regierungshauptsekretäre/-innen	6	6	
A8	Polizeiobermeister/-innen	763	763	
A8	Verwaltungshauptsekretäre/-innen	0	0	
A7	Polizeimeister/-innen	356	356	
A7	Regierungsoberssekretäre/-innen, Regierungsfischereiobersekretäre/-innen	0	0	
Summe :		6.689	6.688	0 3

- 1) 15 Planstellen sind mit einer Amtszulage gemäß Fußnote 1 zur Bes. Gruppe A 9, Anlage 1, SH BesG ausgestattet.
- 2) 100 Planstellen sind mit einer Amtszulage gemäß Fußnote 1 zur Bes. Gruppe A 9, Anlage 1, SH BesG ausgestattet.
- 3) 4 Planstellen sind mit einer Amtszulage gemäß Vorbemerkung Nr. 5, Anlage 1, SH BesG ausgestattet.

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	A13 LG 2.1	(EPHK) für freigestelltes Personalratsmitglied (HG 2007/2008)	(aus HH 2009/2010)
2 Stellen	A10	(POK) für freigestellte Personalratsmitglieder (HG 2007/2008)	(aus HH 2009/2010)

Dienstwohnungen:

2013

0 Beamtinnen, Beamte des ländlichen Dienstes BesGr. A 7 bis A 9

Nachrichtlich:

Freistellung von Polizeivollzugsbeamten/-innen für Tätigkeiten an der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung in Altenholz gemäß § 14 Abs. 16 Haushaltsgesetz 2013:

				2012	2013
1.	Fachbereich Polizei				
1.1	A 15	LG 2.2			1
1.1	A 14	LG 2.2		1	1
1.2	A 13	LG 2.2		1	1
1.3	A 13	LG 2.1		1	1
1.4	A 12	LG 2.1		1	1
<i>Summe zu 1.</i>				4	5
Zusammen				4	5

04 10 Polizei

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A16		1									+1	Realisierung eines kw-Vermerkes aus HH2007/2008 (10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020)
2								2					Hebung nach polizeiinterner Dienstpostenbewertung
3	A15									2		-2	Hebung nach polizeiinterner Dienstpostenbewertung
4	A13 LG 2.2		1									-1	Realisierung eines kw-Vermerkes aus HH2007/2008 (10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020)
5	A13 LG 2.1							10				+10	Hebungen aus A 12 (Strukturverbesserungen Polizei)
6	A12							2				+3	Hebung nach Einführung polizeiinterner Dienstpostenbewertung
7								1					Hebung nach Einführung polizeiinterner Dienstpostenbewertung
8	A12							30				+20	Hebungen aus A 11 (Strukturverbesserungen Polizei)
9									10				Hebungen nach A 13 (Strukturverbesserungen Polizei)
10	A11							3				+2	Hebung nach Einführung polizeiinterner Dienstpostenbewertung
11									1				Hebung nach Einführung polizeiinterner Dienstpostenbewertung
12	A11							10				+10	Hebungen aus A 10 (Strukturverbesserungen Polizei)
13	A11							40				+10	Hebungen aus A 10 (Strukturverbesserungen Polizei)
14									30				Hebungen nach A 12 (Strukturverbesserungen Polizei)
15	A11			1								-1	Übertragen von 0410 42267 - Auflösung AfK
16										2			Hebung nach Einführung polizeiinterner Dienstpostenbewertung
17	A10							3				+3	Hebung nach Einführung polizeiinterner Dienstpostenbewertung
18	A10									3		-3	Hebung nach Einführung polizeiinterner Dienstpostenbewertung
19	A10									10		-10	Hebungen nach A 11 (Strukturverbesserungen Polizei)
20	A10									40		-40	Hebungen nach A 11 (Strukturverbesserungen Polizei)
21	A9 LG 2.1									3		-3	Hebung nach Einführung polizeiinterner Dienstpostenbewertung
Summe:			2	1				101	101			-1	

Stellenanzahl

2012

2013

422 03

Bedarf an Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst

Bes.Gruppe

Anw. LG Polizeikommissaranwärter/-innen, Kriminalkommissaranwärter/-innen
2.1

185

210

04 10 Polizei

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Anw. LG 1.2	Polizeimeisteranwärter/-innen, Kriminalmeisteranwärter/-innen	350	405
Summe :		535	615

Planstellen künftig wegfallend:

- 25 Stellen Anw. LG am 31.12.2016 Bedarf aufgrund steigender Ruhestandszahlen (aus HH 2013)
2.1
- 55 Stellen Anw. LG am 31.12.2016 Bedarf aufgrund steigender Ruhestandszahlen. (aus HH 2013)
1.2

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	Anw. LG 2.1	25										+25	Bedarf aufgrund steigender Ruhestandszahlen
2	Anw. LG 1.2	55										+55	Bedarf aufgrund steigender Ruhestandszahlen
Summe:		80										+80	

neue Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

- 25 Stellen Anw. LG am 31.12.2016 Bedarf aufgrund steigender Ruhestandszahlen (aus HH 2013)
2.1
- 55 Stellen Anw. LG am 31.12.2016 Bedarf aufgrund steigender Ruhestandszahlen. (aus HH 2013)
1.2

Einstellungen 2013: 235 Anwärterinnen und Anwärter

	Stellenanzahl	
	2012	2013
428 01		
<i>Entgeltgruppe</i>		
E15	1	1
E14	3	4
E13	1	5
E12	5	1
E11	20	24
E10	45	47
E9	17	146
E8	181	55
E7	16	16
E6	102	354
E5	410	178
E4	41	48
E3	23	18
Auszu-bild.	3	3
Summe :	868	900

Vermerke:

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

124 Stellen	E9	dürfen nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. kleine E 9: Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, keine Stufen 5 und 6)	(aus HH 2013)
4 Stellen	E8	dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2001)
1 Stelle	E8	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2004/2005)
4 Stellen	E6	dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2001)
2 Stellen	E6	dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	E6	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	E6	darf nur mit einem oder einer arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2006)
15 Stellen	E5	dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2001)
2 Stellen	E5	dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2002)
1 Stelle	E5	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2003)
4 Stellen	E5	dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2003)
1 Stelle	E5	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2004/2005)
5 Stellen	E5	dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2004/2005)
3 Stellen	E5	dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2004/2005)
2 Stellen	E3	dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2002)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E14							1				+1	gem. § 11 Abs. 3 HG 2011/2012, Inkrafttreten Entgeltordnung zum 1. Jan. 2012
2	E13							5				+4	gem. § 11 Abs. 3 HG 2011/2012, Inkrafttreten Entgeltordnung zum 1. Jan. 2012
3									1				gem. § 11 Abs. 3 HG 2011/2012, Inkrafttreten Entgeltordnung zum 1. Jan. 2012
4	E12			1								-4	Übertragen von 0410 42868 - Auflösung AfK
5									5				gem. § 11 Abs. 3 HG 2011/2012, Inkrafttreten Entgeltordnung zum 1. Jan. 2012
6	E11			1								+4	Übertragen von 0410 42868 - Auflösung AfK
7				1									Übertragen von 0410 428 67 - Auflösung AfK
8								2					gem. § 11 Abs. 3 HG 2011/2012, Inkrafttreten Entgeltordnung zum 1. Jan. 2012
9	E10			2								+2	Übertragen von 0410 42868 - Auflösung AfK
10								2					Hebung zur Einstellung von IT-Fachkräften (IT-Sicherheitsmanagement)
11									2				gem. § 11 Abs. 3 HG 2011/2012, Inkrafttreten Entgeltordnung zum 1. Jan. 2012
12	E9			4								+129	Übertragen von 0410 42868 - Auflösung AfK
13								124					gem. § 11 Abs. 3 HG 2011/2012, Inkrafttreten Entgeltordnung zum 1. Jan. 2012
14								1					Hebung gem. tatsächlicher Besetzung
15	E8			1								-126	Übertragen von 0410 42867 - Auflösung AfK
16									124				gem. § 11 Abs. 3 HG 2011/2012, Inkrafttreten Entgeltordnung zum 1. Jan. 2012
17									2				Hebung zur Einstellung von IT-Fachkräften (IT-Sicherheitsmanagement)
18									1				Hebung gem. tatsächlicher Besetzung
19	E6			10								+252	Übertragen von 0410 42868 - Auflösung AfK
20								242					gem. § 11 Abs. 3 HG 2011/2012, Inkrafttreten Entgeltordnung zum 1. Jan. 2012
21	E5			10								-232	Übertragen von 0410 42868 - Auflösung AfK
22									242				gem. § 11 Abs. 3 HG 2011/2012, Inkrafttreten Entgeltordnung zum 1. Jan. 2012
23	E4			2								+7	Übertragen von 0410 42868 - Auflösung AfK
24								5					gem. § 11 Abs. 3 HG 2001/2012, Inkrafttreten Entgeltordnung zum 1. Jan. 2012
25	E3								5			-5	gem. § 11 Abs. 3 HG 2001/2012, Inkrafttreten Entgeltordnung zum 1. Jan. 2012
Summe:				32				382	382			+32	

neue Vermerke:

Vermerke:

124 Stellen E9 dürfen nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere (aus HH 2013) Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. kleine E 9: Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, keine Stufen 5 und 6)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

	Stellenanzahl		Vom Soll 2012 waren am 01.02.2012 besetzt mit	
	2012	2013	beamteten Hilfskräften	Arbeitnehmern
422 67 (67)				
AUFSTIEGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
A15	Regierungsdirektoren/-innen	1	0	
A14	Oberregierungsräte/-innen	1	0	
A13 LG	Oberamtsräte/-innen	1	0	
2.1				
A12	Amtsräte/-innen	3	0	
A11	Regierungsamtmänner/-frauen	1	0	
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	1	0	
Summe :		8	0	0

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A15				1							-1	Übertragen nach 04 01 42201 - Auflösung AfK
2	A14				1							-1	Übertragung nach 1301 422 01 aufgrund Aufgabenübertragung - Munitionsaltlasten
3	A13 LG 2.1				1							-1	Übertragen nach 04 01 42201 - Auflösung AfK
4	A12				2							-3	Übertragen nach 04 01 42201 - Auflösung AfK
5					1								Übertragung nach 1301 422 01 aufgrund Aufgabenübertragung - Munitionsaltlasten
6	A11				1							-1	Übertragen nach 0410 42201 - Auflösung AfK
7	A9 LG 1.2				1							-1	Übertragen nach 04 01 42201 - Auflösung AfK
Summe:					8							-8	

	Stellenanzahl	
	2012	2013
428 67 (67)		
<i>Entgeltgruppe</i>		
E14	0	0
E12	2	0
E11	3	0
E8	1	0
E5	2	0
Summe :	8	0

04 Innenministerium

Abschluss Stellenpläne und -übersichten 2013

Kapitel	Bezeichnung	Jahr	Beamtinnen und Beamte			Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Nachwuchskräfte	Summe Spalte 4-8
			422 01 422 TG	Z. A. 422 02	im Vorb.D. 422 03			
1	2	3	4	5	6	7	8	9
04 01	Ministerium	2013	392	-	-	156	-	548
		2012	256	-	-	146	-	402
04 03	Vermessungswesen und Geoinformation	2013	123	-	-	475	28	626
		2012	128	-	-	488	34	650
04 05	Feuerwehrwesen, Katastrophen- und Zivilschutz	2013	12	-	2	23	-	37
		2012	12	-	3	23	-	38
04 07	Ausländer- und Integrationsangelegenheiten	2013	15	-	-	21	-	36
		2012	15	-	-	21	-	36
04 10	Polizei	2013	6.688	-	615	897	3	8.203
		2012	6.697	-	535	903	3	8.138
Summe		2013	7.230	-	617	1.572	31	9.450
		2012	7.108	-	538	1.581	37	9.264

Abschluss Stellenpläne und -übersichten 2013

in Wirtschaftsbetrieben			Leerstellen		Jahr	Bezeichnung	Kapitel
Planstellen	Stellen	Summe Spalte 10+11					
10	11	12	13	14	15	16	17
-	-	-	-	-	2013	Ministerium	04 01
-	-	-	-	-	2012		
-	-	-	-	-	2013	Vermessungswesen und Geoinformation	04 03
-	-	-	-	-	2012		
-	-	-	-	-	2013	Feuerwehrwesen, Katastro- phen- und Zivilschutz	04 05
-	-	-	-	-	2012		
-	-	-	-	-	2013	Ausländer- und Integra- tionsangelegenheiten	04 07
-	-	-	-	-	2012		
-	-	-	-	-	2013	Polizei	04 10
-	-	-	-	-	2012		
-	-	-	-	-	2013		Summe
-	-	-	-	-	2012		

04 Innenministerium

Hebungen 2013

Kapitel	Beamtinnen und Beamte		Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer		Zahl
	aus BesGr.	in BesGr.	aus EntgeltGr.	in EntgeltGr.	
1	2	3	4	5	6
04 01	Ministerium				
	A12	A13 LG 2.1			10
	A11	A12			10
	A10	A11			6
	A9 LG 2.1	A10			5
	A9 LG 1.2	A9 LG 2.1			4
	Anw. LG 1.2	A13 LG 2.2			6
			E12	E13	7
			E11	E12	7
			E10	E11	7
			E9	E10	5
			E8	E9	10
			E6	E8	7
			E5	E6	4
		E3	E5	2	
04 03	Vermessungswesen und Geoinformation				
			E12	E13	2
			E10	E11	1
			E8	E9	125
			E6	E8	92
		E5	E6	19	
04 05	Feuerwehrwesen, Katastrophen- und Zivilschutz				
	A9 LG 1.2	A11			1
	A9 LG 1.2	A9 LG 2.1			1
			E11	E12	1
			E8	E9	1
			E6	E8	2
		E5	E6	1	
04 07	Ausländer- und Integrationsangelegenheiten				
			E8	E9	4
04 10	Polizei				
	A15	A16			2
	A12	A13 LG 2.1			10
	A11	A12			30
	A11	A12			2
	A11	A12			1
	A10	A11			40
	A10	A11			10
	A10	A11			3
	A9 LG 2.1	A10			3
			E13	E14	1
			E12	E13	5
			E10	E11	2
			E8	E10	2
		E8	E9	124	
		E8	E9	1	
		E5	E6	242	
		E3	E4	5	
Summe	144	144	679	679	823

04 Innenministerium

Übertragungen 2013

Kapitel	Beamtinnen und Beamte		Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer		Zahl
	aus BesGr.	in BesGr.	aus EntgeltGr.	in EntgeltGr.	
1	2	3	4	5	6
04 01	Ministerium				
nach 03 01	B2 A16 A15 A14 A13 LG 2.2 A13 LG 2.1 A11	B2 A16 A15 A14 A13 LG 2.2 A13 LG 2.1 A11	AT B5 E13 E12 E11 E8 E6 E5	AT E13 E12 E11 E8 E6 E5	1 1 3 3 1 8 1 1 1 2 1 1 2 1
nach 04 03	A13 LG 2.1 A11	A13 LG 2.1 A11			1 1
nach 13 01	A10	A10			1
04 10	Polizei				
nach 04 01	A15 A13 LG 2.1 A12 A9 LG 1.2	A15 A13 LG 2.1 A12 A9 LG 1.2	E12 E11 E5	E12 E11 E5	1 1 2 1 2 2 2
nach 04 10	A11	A11	E12 E11 E11 E10 E9 E8 E6 E5 E4	E12 E11 E11 E10 E9 E8 E6 E5 E4	1 1 1 1 2 4 1 10 10 2
nach 13 01	A14 A12	A14 A12			1 1
Summe	29	29	47	47	76

Kapitel Titel BesGr. EntgeltGr.	Anzahl	Haushalts- plan der 1. Aus- bringung	Wirksamwerden Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	kw-Vermerke			Bemerkung
				realisiert und nachvollzogen	weggefallen (*) bzw. geändert	unverändert	
1	2	3	4	5	6	7	8
04 01 Ministerium							
422 01							
A13 LG 2.1	1	1992	für ein freigestelltes Personalratmitglied			1	
A11	10	2007/2008	am 31.12.2013 Im Zusammenhang mit der Einführung einer Anti-Terror-Datei		10(*)		Weggefallen, da Aufhebung der Anti-Terror-Datei nicht absehbar
A8	6	2009/2010	am 31.12.2013 Im Zusammenhang mit der Einführung einer Anti-Terror-Datei		6(*)		Weggefallen, da Aufhebung der Anti-Terror-Datei nicht absehbar
428 01							
E15	1	2004/2005				1	
04 03 Vermessungswesen und Geoinformation							
422 01							
A15	1	2007/2008	am 31.08.2011 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers wegen Inan- spruchnahme der Altersteilzeit	1			10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020
A13 LG 2.1	1	2007/2008	am 30.09.2012 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers wegen Inan- spruchnahme der Altersteilzeit	1			10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020
A12	1	2007/2008	am 30.09.2015 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers wegen Inan- spruchnahme der Altersteilzeit			1	
A12	1	2007/2008	am 31.10.2015 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers wegen Inan- spruchnahme der Altersteilzeit			1	
A8	1	2003	am 31.03.2012 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers wegen Inan- spruchnahme der Altersteilzeit	1			10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020
A8	1	2007/2008	am 31.08.2014 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers wegen Inan- spruchnahme der Altersteilzeit			1	
A8	1	2009/2010	am 31.05.2018 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers wegen Inan- spruchnahme der Altersteilzeit			1	
428 01							
E12	1	1990	am 31.12.2011 für ein freigestelltes Personalratsmitglied	1			

in Spalte 5: kw-Vermerk im Jahr 2012 realisiert und im HH 2013 nachvollzogen
in Spalte 6: kw-Vermerk im HH 2013 weggefallen(*) bzw. geändert (neues Datum)
in Spalte 7: kw-Vermerk im HH 2013 unverändert weiter ausgebracht

04 Innenministerium

kw-Vermerke 2012

Kapitel Titel BesGr. EntgeltGr.	Anzahl	Haushalts- plan der 1. Aus- bringung	Wirksamwerden Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	kw-Vermerke			Bemerkung
				realisiert und nachvollzogen	weggefallen (*) bzw. geändert	unverändert	
1	2	3	4	5	6	7	8
04 10 Polizei							
422 01							
A16	1	2007/2008	künftig wegfallend gem. § 12 a Abs. 2 HG 2006	1			10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020
A13 LG 2.2	1	2007/2008	künftig wegfallend gem. § 12 a Abs. 2 HG 2006	1			10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020
A13 LG 2.1	1	2009/2010	(EPHK) für freigestelltes Personalratsmitglied (HG 2007/2008)			1	
A10	2	2009/2010	(POK) für freigestellte Personalratsmitglieder (HG 2007/2008)			2	
Summe				6	16	9	

in Spalte 5: kw-Vermerk im Jahr 2012 realisiert und im HH 2013 nachvollzogen

in Spalte 6: kw-Vermerk im HH 2013 weggefallen(*) bzw. geändert (neues Datum)

in Spalte 7: kw-Vermerk im HH 2013 unverändert weiter ausgebracht

04 Innenministerium

ku-Vermerke 2012

Kapitel Titel		Anzahl	Haushalts- plan der 1. Aus- bringung	Wirksamwerden Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	ku-Vermerke			Bemerkung
aus BesGr. EntgeltGr.	in BesGr. EntgeltGr.				realisiert und nachvollzogen	weggefallen (*) bzw. geändert	unverändert	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
04 01 Ministerium								
422 01								
B10	B9	1	2011/2012	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers (Änderung der Landesbesoldungsordnung / Haushaltsbegleitgesetz 2011/ 2012)	1			mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers (Änderung der Landesbesoldungsordnung / Haushaltsbegleitgesetz 2011/ 2012)
B7	B5	1	2011/2012	Änderung Landesbesoldungsord- nung / Haushaltsbegleitgesetz 2011/2012			1	Von 0901-422 01; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsver- teilung wegen Regierungs- neubildung
A6 LG 1.1	E5	1	2001	jeweils mit Ausscheiden der Stelleninhaberinnen oder der Stelleninhaber (ehemals 2)			1	
Summe					1	0	2	

in Spalte 6: ku-Vermerk im Jahr 2012 realisiert und im HH 2013 nachvollzogen
in Spalte 7: ku-Vermerk im HH 2013 weggefallen(*) bzw. geändert (neues Datum)
in Spalte 8: ku-Vermerk im HH 2013 unverändert weiter ausgebracht

04 Innenministerium

Neue Stellen 2013

Kapitel	Beamtinnen und Beamte	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	Zahl
	BesGr.	EntgeltGr.		
1	2	3	4	5
04 01	Ministerium			
	Anw. LG 2.1		Ressortübergreifender Bedarf aufgrund steigender Ruhestandsahlen.	5
	Anw. LG 1.2		Ressortübergreifender Bedarf aufgrund steigender Ruhestandsahlen.	6
04 10	Polizei			
	Anw. LG 2.1		Bedarf aufgrund steigender Ruhestandsahlen	25
	Anw. LG 1.2		Bedarf aufgrund steigender Ruhestandsahlen	55
Summe	91	0		91

04 Innenministerium

Einsparungen 2013

Kapitel	Beamtinnen und Beamte	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	Zahl
	BesGr.	EntgeltGr.		
1	2	3	4	5
04 01	Ministerium			2
		E3	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020	
04 03	Vermessungswesen und Geoinformation			1 2 1 2 1 13 6
	A15		Realisierung eines kw-Vermerkes (10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020)	
	A13 LG 2.1		10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020	
	A13 LG 2.1		Realisierung eines kw-Vermerkes (10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020)	
	A11		10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020	
	A8		Realisierung eines kw-Vermerkes (10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020)	
		E5 Auszubild.	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020	
04 05	Feuerwehrwesen, Katastrophen- und Zivilschutz			1
	Anw. LG 2.1		10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020	
04 10	Polizei			1 1
	A16		Realisierung eines kw-Vermerkes aus HH2007/2008 (10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020)	
	A13 LG 2.2		Realisierung eines kw-Vermerkes aus HH2007/2008 (10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020)	
Summe	10	21		31